

Die Neue Gesell- schaft 1

1980
27. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Telefon (0 22 21) 37 80 21-25
Postcheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: NVV Druck & Service 5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.
Studentenabonnement gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 8

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid †
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

Die NG-Redaktion hatte bei der Vorbereitung dieses Heftes die Wahl, den (schwierigen) Versuch zu unternehmen, möglichst alle Themen des Berliner SPD-Parteitag zu „verarbeiten“ und damit auf andere Beiträge zu verzichten, oder aber dieses Heft als den Beginn einer Diskussion über Argumente vom und Ergebnisse des Parteitags anzusehen. Die Redaktion hat sich für die zweite Möglichkeit entschieden, damit ohne allzu häufige Wiederholung den einzelnen Parteitags Themen der Platz eingeräumt werden kann, der zu ihrer ausführlichen Behandlung nötig ist. Damit wird Ihrer Meinung nach jedenfalls im Rahmen der „Neuen Gesellschaft“ nicht gegen die übliche Forderung nach möglichst großer Aktualität verstoßen, denn schließlich sollte zumindest inhaltlich ein Parteitag nicht sofort nur im jeweiligen Archiv abgeheftet werden.

Was den Parteitag selbst angeht, so wäre zu fragen, ob das, was ihm an Anträgen, im Form eines „Ziegelsteins aus Papier“ (Herbert Wehner), vorlag, geeignet war, das Bedürfnis nach politischer Willensbildung von „unten“ nach „oben“, das Bedürfnis nach innerparteilicher Demokratie zu befriedigen. Das ist ein Thema, das „Die Neue Gesellschaft“ spätestens

nach den Bundestagswahlen im nächsten Herbst beschäftigen muß.

Aktuelle Themen sind zur Zeit Friedenspolitik und Sozialpolitik. Die Artikel von Alfons Pawelczyk, Karsten Voigt und Eugen Glombig beziehen sich auf die Diskussion des Parteitags und die entsprechenden Ergebnisse. Für die Arbeiten von Pawelczyk und Voigt gilt, daß sie vor dem afghanischen Abenteuer der Sowjetunion geschrieben wurden, aber daß an ihrem Inhalt dennoch nichts geändert werden mußte. Rationale Friedenspolitik ist eben nicht, wie Teile der CDU/CSU glauben, nur eine Schönwetterpolitik, sondern ist in ihren Grundzügen auch in Zeiten verstärkter Spannungen gültig.

„Die Neue Gesellschaft“ hat selten Anlaß, Artikel aus Tageszeitungen nachzudrucken. Wegen der fundierten Analyse der Veränderungen, die sich in den letzten Jahren innerhalb der USA sowohl gesellschaftlich wie politisch ergeben haben, ist die Ausnahme durch den Artikel Herbert von Borchs aus der „Süddeutschen Zeitung“ sicher gerechtfertigt.

Das vorliegende Heft weist eine weitere Ausnahme auf: zwei Rezensionen zum selben Buch. Allerdings scheinen der Redaktion sowohl die Autorin Raymonda Tawil wie auch ihr Thema, das Leben einer Palästinenserin auf der von Israel besetzten Westbank, geeignet, kontrovers diskutiert zu werden.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
4	Herbert Wehner	Dank Im Gedenken an Carlo Schmid
4	Gerhard Jahn	Carlo Schmid zum Gedenken
		Thema Parteitag Dokumentation
8	Herbert Wehner	Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion
19	Willy Brandt	Vertrauen nicht verspielen
22	Helmut Schmidt	Kein humaner Fortschritt ohne Frieden und Gerechtigkeit
26	Heinz Oskar Vetter	Wir brauchen die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei
27	Walter Jens	Grußwort der sozialdemokratischen Wählerinitiative
30	Willy Brandt	Kritische Anmerkungen zum Ablauf des Parteitags
31	Willy Brandt	Zum Antrag des Parteivorstandes „Erhöhung der Zahl der Parteivorstandsmitglieder“
32	Friedrich Halstenberg/ Herbert Wehner	Zum Thema „Morgenpost“
34	Eugen Glombig	Zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Alterssicherung
41	Alfons Pawelczyk	Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik
47	Karsten D. Volgt	Schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf
52	Claus-Dieter Krohn	Die Ideologischen Wurzeln der CSU-Kampagne gegen die Sozialdemokratie
56	Ulla Knapp	Funktion und Grenzen des Staatsingriffs im Kapitalismus
63	Thomas Ebert/ Jürgen Egert	Zur Aktualität Eduard Heimanns
68	Herbert von Borch	Die Auserwählten fühlen sich selbst entfremdet
72	George-Günther Eckstein	Machtverschiebung in den USA
76	Horst Heimann	Reformistischer und revolutionärer Sozialismus in Frankreich
79	Roland A. Höhne	Die widersprüchliche Strategie der Kommunistischen Partei Frankreichs
82	Yitzhak Patish	Der Erziehungsgedanke des Givat-Haviva-Instituts
84	Teddy Preuss	Die Problematik der besetzten Gebiete
88		Leserbriefe
89		Kritik
96		Mitarbeiter dieses Heftes

Herbert Wehner: Dank im Gedenken an Carlo Schmid

Zu den herausragenden Gestalten der Nachkriegs-demokratie in Deutschland gehört Carlo Schmid. Er ist nicht einzuordnen in eine Rangfolge. Er ist nicht austauschbar. Seine Persönlichkeit verkörperte kostbare Eigenheiten europäischen Geistes. Er war im besten Sinne des Begriffes ein europäischer Patriot. Die Spuren seines Wirkens werden auch durch noch so aufregende Wirbel modischer Aktualitäten nicht verweht werden können.

Carlo Schmid hat vom ersten Tage nach Kriegsende an im damaligen Lande Württemberg-Hohenzollern Menschen aufgerichtet und zusammengebracht, einander bei zu stehen und die Voraussetzungen für die Ordnung der Lebensverhältnisse in mitbürgerlicher Verantwortung zu schaffen. Er ist in den Jahrzehnten seines Wirkens auch in den ständig größer werdenden Bereichen seiner Verantwortung immer der anregende inspirierende Helfer geblieben.

Als einer der Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist Carlo Schmid der sprachmächtige Sachwalter republikanischer Geisteshaltung geworden. Er hat als Parlamentarier prägend gewirkt wie kein anderer. Daß er Vizepräsident und nicht Präsident des Bundestages war, daß er stellvertretender Vorsitzender und nicht Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gewesen ist, sagt nichts über den tatsächlichen Rang seiner parlamentarischen Qualitäten.

Der Sozialdemokrat Carlo Schmid ist ein Aktivposten der Nachkriegsentwicklung der deutschen So-

zialdemokratie. Er hatte weder den Ehrgeiz, eine „Schule“ oder Richtung zu bilden oder zu repräsentieren, noch wäre er entsprechend ein- oder unterzuordnen. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und durch ihn wirkt die ganze Sozialdemokratie in unserem Volke und verbindend zwischen den Völkern. Und dies beschränkt sich nicht auf eine Himmelsrichtung.

Als Mitglied der Bundesregierung während der Zeit von 1966 bis 1969 wie als Berater von Bundesregierungen in Jahren vorher oder danach hat Carlo Schmid stets dem Ganzen gedient und zu keiner Zeit den konkreten Einzelmenschen aus dem Auge verloren. Das gilt für Probleme der Verständigung mit anderen Völkern und Staaten wie für Einzelschicksale von Kriegsgefangenen und -verurteilten und für Menschen, die ihre Heimat verloren haben.

In einer Zeit des Abbröckelns wesentlicher gemeinsamer Erkenntnisse mag es nachdenkenswert sein, in Erinnerung zu bringen, was Carlo Schmid im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates am 20. Oktober 1948 zur Präambel des Grundgesetzes ausgesprochen hat. Diese Rede bringt eindringlich die Beweggründe des Handelns zum Ausdruck, die Carlo Schmid besaßen. In ihrem Schlußsatz heißt es:

„Aber nur der ist ein wahrer Patriot, der durch die Freiheit seines engeren Vaterlandes hindurch das große Vaterland will, das das Vaterland von uns ist, der Vaterlander ist, der Vaterlander der Sieger und der Besiegten dieses Krieges, und das heißt, Europa.“

Viele in Deutschland und in anderen Ländern haben Carlo Schmid für vieles zu danken.

Gerhard Jahn: Carlo Schmid zum Gedenken

Ein guter Freund ist von uns gegangen. Wir müssen Abschied nehmen von Carlo Schmid. Seine Freundschaft, seine Kraft, seine unverwechselbare Persönlichkeit, sein Rat werden uns in Zukunft fehlen.

Doch hinterläßt er uns mehr als die Erinnerung an einen Staatsmann, ohne den unsere Bundesrepublik Deutschland kaum gedacht werden kann. Und er hinterläßt uns auch mehr als die Erinnerung an einen großen Sozialdemokraten, der auf das Ver-

ständnis seiner Partei nach 1945 eingewirkt hat wie wenige andere.

Carlo Schmid hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die Geschichte Europas und die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mitgeformt.

Wie sehr hat sich Theodor Eschenburg doch geirrt, als er einmal über Carlo Schmid schrieb: „Viel wollte er, mehr konnte er, wenig erreichte er.“

Daß er unendlich viel wollte und konnte, wissen wir. Wieviel er aber auch erreicht hat, das wird eine sorgsame Würdigung der großen Lebensleistung dieses Mannes aufzuzeigen haben. Das wird bei der



Vielfalt seiner Begabungen eine anspruchsvolle Aufgabe sein. Dem Gelehrten, dem Politiker, dem Übersetzer, dem Parlamentarier, dem Schriftsteller, dem Staatsmann wird man gleichermaßen gerecht werden müssen. Es ist kein vorschnelles Urteil, das Ergebnis schon jetzt festzuhalten: Carlo Schmid hat nicht nur Spuren hinterlassen, er hat Beständiges gestaltet.

Einen „Titel“ hat Carlo Schmid gern und selbstverständlich angenommen: den, einer der „Väter des Grundgesetzes“ zu sein. Nicht wegen der ihm entsprechenden liebevoll-patriarchalischen Wendung, sondern weil sich darin die grundlegende Bedeutung seiner Arbeit im Parlamentarischen Rat für Entstehen und Gestalt der Bundesrepublik Deutschland ausdrückt. Als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat und vor allem als Vorsitzender des Hauptausschusses dieser verfassungsgebenden Versammlung hat er das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland geprägt, wie kaum ein anderer. Vieles, was jetzt noch entscheidend zur Beständigkeit unserer Republik beiträgt, ist von ihm erdacht, bedacht und durchgesetzt worden.

Carlo Schmid war nach seiner Bildung und nach den Erfahrungen mit den Schrecken des Nationalsozialismus ein Gegner der Todesstrafe. Er hat mit dafür gesorgt, daß ein ausdrückliches Verbot in das Grundgesetz aufgenommen wurde. Für ihn war das mehr, als dem Strafrecht eine Weisung mit Verfassungsrang zu geben. Die tiefe Achtung vor Leben und Würde des einzelnen und die Absage an eine schrankenlose Gewalt des Staates sollten hier für die Bürger erkennbar festgeschrieben werden.

Dem entsprach auch sein Streben nach einer umfassenden Festlegung der Grundrechte. Carlo Schmid wollte die Grundrechte – nicht zuletzt nach den Erfahrungen der Weimarer Reichsverfassung – nicht nur als Schutzrechte des Bürgers gegen staatliche Willkür verstanden wissen. Sie sollten Grundlage des staatlichen Handelns im sozialen Bundesstaat sein. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat dieses Verständnis aufgenommen. Seine Entscheidungen auf dem Gebiet der Grundrechte sind eine vielfältige Bestätigung der Gedanken Carlo Schmidts.

Ihm danken wir es auch und ihm schulden wir es, wenn es darum geht, den Artikel 3 des Grundgesetzes in die Wirklichkeit umzusetzen. Bei der Neuordnung der sozialen Alterssicherung zugunsten der gleichen Rechtsstellung für die Frauen werden wir es zu leisten haben.

Und daß an dem in Art. 16 des Grundgesetzes verankerten Asylrecht nicht gedeutelt werden darf, muß

manchem heute wieder einmal gesagt werden. Sein Verständnis vom Staat soll an dieser Stelle in Erinnerung gebracht werden: „Warum haben wir sehr viel Staat? Weil die Menschen von sehr vielen Seiten bedroht sind, von mehr Seiten, als in meiner Kindheit. Worum hat der Staat sich in meiner Jugend bis 1914 gekümmert? Er hat sich gekümmert um die Landesverteidigung, um die Rechtspflege, um die Schulen, um die Steuern, die er braucht, und dann hat er noch so etwas wie ein paar Medizinalräte gehabt, die Seuchenpolizei machten, und Kreistierärzte – aber das war in etwa alles. Alles andere machte die Gesellschaft. Die Gesellschaft, die sehr hübsch definiert ist bei Hegel als die Selbstregulierung der Bedürfnisse, eine gefährliche Definition. Während heute der Staat doch, Gott sei Dank, begriffen hat, daß er den Menschen wirklich freistellen will von dem, was ihn bedroht: Von der Angst ums tägliche Brot, von der Angst um sein Leben, die Gesundheit, Angst vor Einbrüchen von außen her, die sein Leben grundlegend verändern können. Dafür muß er Vorsorge treffen.“

Stark war auch der Einfluß Carlo Schmidts im Parlamentarischen Rat auf die Ausgestaltung unserer staatlichen Organisation. „So viel Föderalismus als möglich und nur so viel Zentralismus als nötig“, forderte er.

Sein Staatsverständnis verlangte ausgewogene Gewaltenteilung, nicht im Sinne ungeordneter Zersplitterung, sondern als Verpflichtung zum gesamtstaatlichen Zusammenwirken.

Verfassungsgeschichtliche Bedeutung nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland hat sein ganz eigenes „staatspolitisches Kind“, das „konstruktive Mißtrauensvotum“. Kaum jemals in der neueren Verfassungsgeschichte hat es eine so entscheidende Fortentwicklung der demokratischen Formen gegeben. Wenn die Bundesrepublik sich zu einem stabilen Staatswesen entwickelt hat, wenn die Koalitions- und Regierungskrisen der Weimarer Republik der Vergangenheit angehören, dann ist dies zu einem großen Teil sein Verdienst.

Über Carlo Schmidts Entscheidung für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist viel gesagt und geschrieben worden. Einen wesentlichen Grund hat er so beschrieben: „Aber ich bin ein Schuldiger geworden und meinesgleichen auch, die sogenannten Gebildeten, weil wir zu elitär, zu fein waren. Nicht, weil wir uns bildeten, aber weil wir meinten, Bildung verpflichtete uns dem Staat gegenüber, es genüge, daß wir gebildet und schön sind, damit auch dieser Staat schön und gebildet erscheine. Nun sagte ich mir: Ich

muß mein Leben ändern.

Ich kann es aber nicht anders ändern, als daß ich versuche, in der Zeit, die kommen wird und von der ich gewünscht habe, daß sie kommen solle, den Spaten in die Hand zu nehmen, und anfangs, in der Wüstenei herumzugraben, zu probieren, ob da Fundamente überhaupt noch möglich sind."

Damit hat er nicht nur für viele seiner Generation einen Standort bestimmt. Damit hat er zugleich vielen Jungen, die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ihren Weg suchten, eine Richtung gegeben. Ihrer hat er sich damals besonders angenommen. Viele danken es ihm noch heute. Und kann solches Denken nicht auch noch heute jungen Bürgern helfen, ihren Weg in unserem Staat zu finden?

Rückschauend scheint sein Schritt zur politischen Kärner-Arbeit in der SPD vorgezeichnet. Er war bei Ende des Ersten Weltkrieges Mitglied eines Soldatenrates, an der Universität dann Mitbegründer eines Sozialistischen Studentenbundes. In seinen Erinnerungen sagte er über sich, daß er bis 1945 der Partei nur „rechters“ noch nicht angehört hatte.

„Das Bewußtsein, daß die Menschen, die nicht vom bloßen Kapitalertrag leben, sondern deren Kapital ausschließlich oder wesentlich ihre Arbeitskraft ist, sich zusammenschließen müssen, um zu verhindern, daß sie der Ausbeutung durch das Kapital zum Opfer fallen, das heißt, vom Kapital in Lebensbedingungen hinabgestoßen werden, in denen dem Menschen ein Leben in Würde und Freiheit nicht mehr möglich ist“, begründete seine Entscheidung.

Carlo Schmid gehörte zu den Sozialdemokraten der ersten Stunde in Süddeutschland. Sehr schnell nahm er mit Kurt Schumacher Kontakt auf, nahm an den Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes teil und wurde schon 1947 in den Parteivorstand gewählt. Innerparteilich ist – neben seiner Arbeit als Fraktionsvorsitzender im Parlamentarischen Rat – sein Beitrag zum Godesberger Programm sein bleibendes Verdienst.

Er gehört zu den Architekten des neuen Fundaments, auf das die deutschen Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit aufbauen konnten und das sich als so beständig erwies, daß es sie zur Regierungsverantwortung und in der Regierungsverantwortung tragen konnte und trägt.

In vielen Parlamentsdebatten hat er mit seinen Reden die Haltung der Sozialdemokraten deutlich gemacht, vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik. Er sah die Aufgabe der Opposition darin, die Regierung dazu zu zwingen, immer wieder die Trag-

fähigkeit ihrer Politik zu prüfen. Seine Argumente zwangen zum Nachdenken. Seine Arbeit gäbe ein Lehrbuch der parlamentarischen Opposition. Seine großen Reden waren ebenso Herausforderungen an die Regierungen Adenauers wie glaubwürdige und überzeugende Darstellung sozialdemokratischer Politik. Wenn er sprach, zeigte er die Bedeutung der offenen parlamentarischen Auseinandersetzung für den Staat auf.

Aus der Opposition heraus als Vizepräsident des Deutschen Bundestages und als Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses schuf er das Bild eines großen Parlamentariers und Staatsmannes. Eine Meinungsumfrage aus dem Jahre 1965 erkor ihn zu dem Politiker, den die größte Zahl der Bürger als vorbildlich ansah. Die Anerkennung, Zustimmung und Zuneigung, die ihm zuteil wurde, führte ihn 1959 zur Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten. Adenauer glaubte damals, daß er seine eigene Person in die Waagschale werfen müsse, um ein angemessenes Gegengewicht zu schaffen.

Die Aussöhnung unseres Volkes mit den Opfern der nationalsozialistischen Gewalt bleibt uns als ein Teil seines Lebenswerkes, dem er sich besonders hingab. In Polen und Israel wird der Name Carlo Schmid bewahrt werden. Mit der Aufgabe des Koordinators für die deutsch-französischen Beziehungen wurde einem bedeutsamen Teil seines Lebenswerkes auch eine äußere Form gegeben. Er, der in Sprache, Kultur und Denken der beiden Nationen, die so viel aneinander gelitten haben, gleichermaßen zu Hause war, konnte einen der seltenen ganz persönlichen Beiträge zur Geschichte leisten, indem er sich für die Verständigung der Jugend, der Menschen, der Politiker einsetzte. Niemand wußte so wie er, daß ohne deutsch-französische Aussöhnung die Einigung Europas nicht erreichbar sein würde.

Seine Vorstellungen bleiben gültig: „Wir werden versuchen müssen, durch unser Verhalten unseren Nachbarn zu beweisen, daß die Einheit Deutschlands keine Gefahr für sie darstellen würde, sondern ihnen zum Vorteil gereichen könnte. Wie die Dinge liegen, wird dies erst der Fall sein, wenn alle Staaten Europas in einem System kollektiver Sicherheit eingebunden sind, das unter der Garantie der Weltmächte steht und den Bestand und den Frieden eines jeden Staates vor jeder Bedrohung schützt.“

Carlo Schmid wird und kann nicht nur in der Erinnerung bleiben. Blicke er nicht lebendig in uns, gäben wir etwas auf, das weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands je verlieren dürfen.



**Berliner
Parteitag
3.-7. 12. 1979**

DOKUMENTATION

Herbert Wehner: Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion

Meine Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Nach diesen brüderlichen Worten Bruno Kreiskys, die ja für uns auch ermunternde und ermutigende Worte sind, muß ich mich nun mit dem Teil unserer Arbeit befassen, über den im Jahrbuch der SPD 1977-1979 auf den Seiten 3 bis 151 schriftlich berichtet wird, nämlich unter dem Titel: „Die Sozialdemokraten in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag 1977 bis 1979.“ Ich nehme an, daß die Delegierten dieses Parteitags diesen Bericht auswerten und dazu beitragen, ihn den Mitgliedern und Freunden unserer Partei zu vermitteln. Daß die, die hier sitzen, ihn schon haben lesen können, nehme ich, weil er insgesamt ein solcher „Ziegelstein“ ist, nicht an.

Meine Ausführungen hier und heute sind nicht als eine Wiederholung des schriftlichen Berichts zu verstehen – wozu übrigens im Drang der Tagesordnungspunkte unseres Parteitags nicht die erforderliche Zeit zur Verfügung stünde –, sondern ich möchte die mir gewährte Redezeit dazu verwenden, Euch zum Verständnis für das Bemühen der Fraktion der SPD im Bundestag zu helfen, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Ich kann das nur anhand einiger Beispiele.

Es ist, offen zugegeben, für manche Sozialdemokraten oft nicht leicht, zu verstehen oder anderen verständlich zu machen, daß z. B. Beschlüsse von Parteitag oder Anträge von Ortsvereinen nicht unverzüglich umgesetzt werden in öffentlich sicht- oder hörbar gemachte parlamentarische Initiativen und positive Entscheidungen. Das liegt einmal an den Mehrheitsverhältnissen, das liegt zum anderen an Koalitionsnotwendigkeiten, und das liegt auch daran, daß man die Dinge Zug um Zug in Bewegung zu bringen hat; sonst geht gar nichts.

Die Bundestagsfraktion gibt mindestens in jeder Sitzungswoche, aber manchmal auch sonst, ein Heft „Thema der Woche“ heraus. Darin wird beschrieben und dokumentiert, worüber debattiert wurde und wird und in welchen Fragen etwas in Bewegung gekommen ist oder sich auf der Strecke befindet, auf der dann Bewegung möglich ist. Ich bitte alle herzlich, sich dieses Hilfsmittels zu bedienen. So sieht es aus. Die Farbe ist keine Bekenntnisfarbe, aber was drinsteht, ist wichtig für alle, die in den Gliederungen der Partei verantwortliche Arbeit leisten.

Was die der Bundestagsfraktion überwiesenen Anträge betrifft, so legen wir regelmäßig schriftlich Rechenschaft ab über die in und von der Fraktion auf Grund der Anträge unternommenen Schritte und deren Ergebnisse. Es kann gar nicht schaden, wenn hier oder da deutlich gemacht wird – sei es von Ortsvereinen, sei es von Unterbezirken –, daß sie solche Berichte oder solche Bescheide bisher nicht bekommen haben. Dann müssen wir einmal die Kanäle prüfen und säubern, die uns miteinander verbinden. Kritik nehmen wir mit Aufmerksamkeit entgegen und prüfen, was wir besser machen müssen und besser machen können.

Erlaubt mir bitte einen Hinweis auf eine leider fehlerhafte Angabe im schriftlichen Bericht: Auf der Seite 7 dieses „Ziegelsteins“, des Jahrbuchs, gibt es einen kurzen Absatz, der am Rande die Bezeichnung „Keine Verjährung für Mord“ trägt. Fehlerhaft ist die Zahl, wonach für die von uns eingeleitete und gar nicht so einfach zustandegebrachte Änderung des Strafgesetzbuches 225 Ja-Stimmen abgegeben worden seien. In Wirklichkeit ergab die Schlußabstimmung 255 Ja-Stimmen und 222 Nein-Stimmen der voll stimmberechtigten Mitglieder des Bundestages, ferner 16 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen der Berliner Abgeordneten.

Warum ich das hier ausdrücklich berichtige? Weil ich nicht weiß, ob ihr das Blättchen bekommen werdet, auf dem stehen wird, daß diese Zahl falsch ist. Randbemerkung von mir: Manchmal sagt man den Sozialdemokraten nach, sie blähten gewisse Erfolge auf. Hier kann man das Gegenteil sehen: Sie mindern sie, und das gerade bei einem Beschluß, von dem ich persönlich annehme – ich verlange nicht, daß alle die gleiche Meinung haben –, dies war etwas, was lange gefehlt hat. 255 Stimmen, so daß Mord nicht mehr verjähren kann, und das war die letzte Möglichkeit!

Mir hat das weh getan – entschuldigt bitte; wenn manche von Sentimentalität bei mir sprechen würden, würde ich das nicht übel nehmen –, besonders

deshalb, weil ich am 25. Oktober 1978, als ich mit einigen Kollegen der Fraktion zu einem Besuch bei unserer israelischen Schwesterpartei war, dort in einer öffentlichen Pressekonferenz auf die Frage von Korrespondenten, was ich denn als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag angesichts der Ende 1979 auslaufenden Frist zu tun gedächte, erklärt hatte: Ich kann das nicht bestimmen, aber ich werde alles daransetzen, daß Verjährung des Verbrechens Mord generell aufgehoben wird. Ich sah damals die Chance, daß dies eine Mehrheit bekomme. Wie gesagt, das war schwer genug. Mit der Entscheidung, die am 3. Juli 1979 mit einer deutlichen Mehrheit von 255 Stimmen getroffen worden ist, ist unserem Volk ein guter Dienst getan worden, auch in den Augen und im Urteil der anderen Völker, nicht nur um uns herum, sondern aller derer, die während des Zweiten Weltkriegs unter dem gelitten haben, was es da an Greueln gegeben hat.

Erreicht haben wir diesen Beschluß – bei einigen Schwankungen, die es in dieser Zeit gegeben hat – mit Geduld und Beharrlichkeit durch die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, durch eine – ich ziehe meinen Hut vor denen – standfeste Gruppe von Abgeordneten der CDU und auch einen Teil der FDP. Ich finde, das ist ein Ereignis gewesen, das wir nicht der Vergessenheit anheimgeben sollten.

Nun ist ja relativ kurze Zeit darauf das Problem zum öffentlichen Gerede gemacht worden, das andere mit dem § 218 verbinden. Ich habe am 26. Juli erklärt: Es war wohl eine irriige Hoffnung, die man nach der Debatte und Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Aufhebung der Verjährung bei Mord hegen konnte, nämlich die Hoffnung, es werde künftighin möglich sein, über das Recht auf Leben ohne parteipolitische Fanfarenklänge zu sprechen. Denn schon einige Tage nach dieser Plenarsitzung mit der Abstimmung über Verjährung bei Mord – womit ein Schlußstrich unter eine vierzehn Jahre geführte Diskussion hat gezogen werden können – hat ein immerhin herausgehobenes Mitglied der CSU den § 218, der das Leben von Mutter und Kind so gut wie möglich schützen soll, in einen Zusammenhang mit der Hölle dieses Jahrhunderts, nämlich mit Auschwitz, gebracht.

Der Generalsekretär der CSU, der auf diese Ungeheuerlichkeit angesprochen war, erging sich in Schmähungen der Kritiker, anstatt dafür zu sorgen, daß die CSU mit solchem Schmutz nicht identifiziert werden kann. Aber nun kann man sie damit leider identifizieren, was ich gar nicht gern sage – nicht weil mir die CSU lieb wäre, sondern weil hier ge-

wisse Grunderfordernisse demokratischen Miteinanders schamlos weggeschoben werden. Man stelle sich einmal vor, welches Gift unser Gemeinwesen fiebrig machen würde, wenn wir unter dem Schlagwort Recht auf Leben parteipolitische Haltungen für allein richtig erklären würden. Die SPD z.B. hat die Meinung der CDU/CSU, durch Hungerstreik in ihrem Leben akut gefährdete Häftlinge sollten nicht zwangsweise ernährt werden, zwar nicht geteilt, aber ihr ist es nie in den Sinn gekommen, die Haltung der CDU/CSU als Verstoß gegen das fünfte Gebot zu brandmarken.

Das ist allein denen überlassen, die mit „C“ vorne angefangen und mit „U“ hinten enden, unterschieden nur durch den mittleren Buchstaben.

Ich möchte hier sagen: In Gewissensfragen ist die Achtung vor dem Andersdenkenden ein Grunderfordernis humanen Zusammenlebens. Die Gewissensentscheidung darf nicht verdächtigt werden, und wir sollten es als eine Kostbarkeit hüten, daß die Demokratie mehrheitliche Entscheidungen in Gewissensfragen ermöglicht, aber niemanden zur Aufgabe seines Gewissens nötigt. Das ist unsere Meinung. Das ist auch grundlegend dargestellt in dem, was wir vor nunmehr zwanzig Jahren mit unserem Grundsatzprogramm in Bad Godesberg deutlich und verbindlich gemacht haben.

Die sozialliberale Koalition hat zum Beispiel jedem Arzt das Recht zugesprochen, seine Mitwirkung an einer, wie man sagt, Abtreibung zu verweigern. Aber wir meinten das Individuum und nicht Beschlüsse von Krankenhausverwaltungsgremien oder Kreistagen, mit denen wir es in einigen Bundesländern ganz dicke zu tun haben, wo man sich über das Gesetz hinwegsetzt und dann noch uns schmäht, als wollten wir hier irgend jemanden zu etwas nötigen. Es ging und geht doch darum: In solchen Krankenhausverwaltungsgremien oder Kreistagen wird Ärzten die Anstellung verweigert, wenn sie das, was man „Abtreibungen“ nennt, mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

Ich habe im Mai – und das hat uns dann wiederholt gedient, gewisse Texte in Erinnerung zu bringen, weil damals diese seltsame Kampagne – „Leben“, „Schutz des Lebens“ und gegen das Gegenteil, das man uns unterschieben will – begonnen hat mit einem Schreiben an alle Mitglieder der Fraktion – und dann auch verbreitet in vielen anderen Quellen – deutlich gemacht, daß der Sinn der Reform des § 218 nicht die Beseitigung des Schutzes des werden Lebens gewesen ist und ist, sondern eine Verbesserung: „In der von den Fraktionen der SPD

und FDP im Deutschen Bundestag eingebrachten Entschließung vom 26. April 1974 ist unmißverständlich zum Ausdruck gebracht worden . . ." – und dann folgt die wörtliche, unveränderte Wiedergabe dieser damaligen Entschließung. Ich muß mich hier im Rahmen der Redezeit darauf beschränken, das noch einmal zu erwähnen, und bitte jeden, der diese Entschließung nicht zur Hand hat, uns das wissen zu lassen, so daß wir ihn damit beliefern können. Diese Grundgedanken von damals sind für uns unverändert gültig.

Die vorgesehene Beratung hat eine vom Gesetz genau umschriebene Funktion zu erfüllen. Die Bundestagsfraktion der SPD wendet sich dagegen, daß die Beratung in Einzelfällen zur Farce wird. Ebenso verurteilt sie Aktivitäten, die Schwangere letztlich zu einem Hindernislauf nötigen und die dazu führen, daß Mißstände wie Gesundheitsgefährdung und Abdrängung in die Illegalität, die die Reform beseitigen wollte und nach wie vor will, neu auflieben. Für uns ist das vom Gesetz garantierte Recht von Ärzten und des medizinischen Personals, sich zu weigern, an Schwangerschaftsabbrüchen mitzuwirken, selbstverständlich.

Wir wehren uns gegen Versuche von kommunalen Krankenhausträgern, das Gesetz unter Berufung auf verordnete „kollektive Gewissensentscheidungen“ zu unterlaufen. Das mußte einmal deutlich gesagt werden.

Laßt mich jetzt einige Bemerkungen – es sind einige mehr – zu der großen Aufgabe machen, die uns gestellt ist durch die Notwendigkeit, die sich aus dem Verfassungsgerichtsspruch ergibt, für Frauen und Männer gleichwertig die Hinterbliebenenversorgung gesetzlich zu regeln, und zwar von 1984 an. Was damit zusammenhängt, ist nicht einfach mit diesem Begriff „Hinterbliebenenversorgung“ auszudrücken. Es wird die größte Reform unseres Sozialversicherungssystems, noch weit hinausgehend über die von 1957, werden und werden müssen. In dieser Pflicht sind wir aufgrund der Konsequenzen, die sich in unserem Sozialversicherungssystem für die Erfüllung dieses Spruches ergeben. Ich will sie jetzt hier nicht im einzelnen aufzählen.

Eine von der Bundesregierung im August 1977 beschlossene Sachverständigenkommission hat Vorschläge unterbreitet. Ihren Bericht hat sie dann am 21. Mai 1979 dem Bundeskanzler übergeben. Er ist – ich meine jetzt nicht den Bundeskanzler, sondern den Bericht – erreichbar, wenn man sich mit uns in Verbindung setzt.

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ hat so gearbeitet, wie ich es 1977 in Hamburg im Rahmen unserer Parteitagsdiskussion versprochen hatte. Wörtlich weist das Protokoll aus: „Unser Ehrgeiz ist es nicht, Geräusch zu machen, sondern unsererseits Vorsorge zu treffen, daß die Arbeit der Regierungskommission, der von unserer Fraktion Eugen Glombig zugehört, mit unseren Anregungen versorgt wird“, solange sie tätig war, und daß dann unsere harte Arbeit einsetzt, aus den verschiedenen Modellen und verschiedenen Alternativen, die sich aus den Untersuchungen jener Sachverständigenkommission ableiten und ablesen lassen, das entwickelt wird, von dem ich damals gesagt habe: „Unsere Partei muß ein überzeugendes Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik erarbeiten.“ Vor dieser Aufgabe stehen wir nun.

Das heißt – ich habe es auch damals schon, 1977, gesagt, ich komme noch einmal darauf zurück –: Sie muß für 1980 eine neue sozialpolitische Offensive vorbereiten, gut vorbereiten.

Ihr habt als Delegierte des Parteitages, Genossinnen und Genossen, Materialien, in diesem Fall mit dem Titel „Alterssicherung“, Untertitel „Zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Alterssicherung. Probleme und Lösungsmöglichkeiten“, die zur Diskussion gestellt sind. Das Ganze enthält eine sorgfältig erarbeitete Darstellung von Modellen und Alternativen, jeweils auch deren Vorteile und Nachteile, in keinem Fall ausgelassen, sachlich, deutlich und belegbar. Da findet Ihr dann auf der Seite 9 dieser Schrift, die ich eben genannt habe, z. B. unter 2): „Die Aufgabe der Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm war“ – und ist es noch bis zu ihrem selbigen Ende, sage ich dazu –, „Lösungsvorschläge für eine grundsätzliche Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung sowie für eine ausgewogene Alterssicherung der Frau in der Rentenversicherung zu erarbeiten.“

Für diese Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ war der Sachverständigenbericht eine wichtige Grundlage bei ihren Beratungen über ein sozialdemokratisches Modell für die Reform dieser Hinterbliebenenversorgung. Die Arbeitsgruppe hat sich bei ihren bisherigen Arbeiten von folgenden Zielvorstellungen leiten lassen:

Erstes Ziel der Reform muß es sein, Männer und Frauen in der Rentenversicherung gleichzustellen. Für die Leistungen der Rentenversicherung müssen für Witwen und Witwer die gleichen Bedingungen gelten. Das ist leichter gesagt als ausgeführt; aber es ist auszuführen.

Ferner: Haushaltstätigkeit und Erwerbstätigkeit müssen im Verhältnis der Ehegatten zueinander als gleichwertig anerkannt werden. Keiner der Ehegatten darf aus der vereinbarten Arbeitsteilung Nachteile in seiner sozialen Sicherung gegenüber dem anderen Ehegatten haben. Die Rentenversicherung muß jeder möglichen Rollenverteilung in der Ehe gerecht werden.

Schließlich: Die Hinterbliebenenversorgung muß stärker nach dem Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit ausgerichtet werden.

Und endlich: Die Reform muß von der Verantwortung für die künftigen Generationen getragen sein. Sie muß die finanziellen Möglichkeiten der Rentenversicherung und der öffentlichen Haushalte ebenso wie das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen berücksichtigen und dabei zu einem gerechten Ausgleich der Interessen führen.

Das sind nicht nur gute Vorsätze, sondern das sind die Pflöcke, die wir gesteckt haben, und im Rahmen dieser Pflöcke wird sich alles bewegen müssen – nach gründlicher Diskussion, zu der wir alle einladen, die zur Sozialdemokratie zählen oder zählen wollen.

Die Termine dafür, mit den eigenen Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ zu kommen, sind mit Parteivorstand und Parteirat abgesprochen. Im Februar liegt unser Vorschlag vor. – Zu beachten also in den Beratungen des Parteirates und dann zur Beschlußfassung im Parteivorstand. Das geht von da an alle Gliederungen unserer Partei. Es setzt dann die Frist bis zu dem außerordentlichen Parteitag ein, der – ich glaube – für den 9. und 10. Juni anberaumt ist, mit Antragsfristen, mit Antragskommission usw. Dies wird eine saubere Arbeit sein.

Diejenigen Genossinnen und Genossen – das möchte ich nebenbei sagen –, die unvermeidlicherweise, sei es in Baden-Württemberg, sei es im Saarland, sei es in Nordrhein-Westfalen, im ersten Teil des Jahres 1980 die Landtagswahlkämpfe zu führen haben, können sich darauf verlassen, daß von Februar an klar wird, welche Richtung die sozialdemokratischen Vorschläge, die dann schließlich zu einem Teil des Wahlprogrammes werden, einhalten. Dieses Papier, das Ihr jetzt habt, Genossen – und da bitte ich: Sagt das mit gutem Gewissen jedem, der Euch da etwas weismachen oder schwarzmachen will; das „weis.“ war nur mit einem „s“ geschrieben, aber das kann mißverstanden werden, da ich das so deutlich nicht aussprechen kann als ehemaliger Dresdner –, enthält ausschließlich Modelle, Alternativen und kei-

ne einzige Festlegung, und zwar nicht, weil wir feige wären, sondern weil wir der Parteimitgliedschaft und auch allen, die es gut meinen mit der Sozialpolitik, aus eigenen Erfahrungen die Möglichkeit geben wollen, teilzunehmen – sei es wirklich, sei es mit Vorschlägen, sei es mit Ratschlägen, sei es auch mit Warnungen – an der Diskussion, aus der wir dann kommen, und weil wir uns bei den kommenden Wahlen im nächsten Jahr stellen müssen. Bei den Landtagswahlen haben wir dabei nichts versäumt, sondern da liegt die im Februar vom Parteivorstand beschlossene Fassung dessen vor, was die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ ihm zugeleitet hat. Das heißt, wir verbringen mehrere – bescheiden gesagt – Tag- und Nacharbeiten, einschließlich Wochenenden, damit.

Wenn Ihr Euch – nur ein Hinweis, Genossinnen und Genossen – auf Seite 5 unter „A. Erfolge sozialdemokratischer Sozialpolitik und neue Herausforderungen an die Sozialdemokratie“ die zweite Spalte ansieht, findet Ihr unter 1. bis 10. das, was Sozialdemokraten in Jahrzehnten – es dauerte Jahrzehnte – erworben haben, sowohl an Wissen als auch an Gespür für und, allmählich auch zunehmend, an Einflußnahme auf die weitere Gestaltung dessen, was die Sozialversicherung und das Rentenwesen betrifft. Ihr findet auf der Seite 6 unter B diese Balken:

1. Sozialdemokraten wollen die soziale Sicherung für alle Bürger.
2. Sozialdemokraten wollen den Lebensstandard sichern.
3. Sozialdemokraten wollen die Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben lassen.
4. Sozialdemokraten wollen eine solidarische Grundversicherung für alle Bürger.
5. Sozialdemokraten wollen das soziale Sicherungssystem gerechter gestalten.
6. Sozialdemokraten wollen, daß die Generationen verlässlich füreinander eintreten.

Das ist nicht nur in diesen Schlagzeilen niedergelegt, sondern dazu gibt es jeweils die Erläuterungen. Die aus meinem Mund zu hören, erspare ich Euch jetzt. Ihr könnt ja alle lesen und werdet es auch lesen. Ihr müßt es auch deswegen lesen, weil solche, die zwar lesen, aber vor allen Dingen auch schreiben können, jetzt fortgesetzt neben unserem Postwagen herklaffen und in die Welt bellen, die Sozialdemokraten hätten sich für eine Besteuerung der Renten entschieden. Das ist eine Erfindung – um das sonst ordnungsrufgebietende Wort „Lüge“ zu vermeiden.

Das ist eine Erfindung. In diesem Unterlagenpapier gibt es die Aussage. Ich könnte Euch auch sa-

gen, unter welchen Buchstaben; jetzt im Moment habe ich das gerade in einem anderen Exemplar; wenn es hinterher jemand noch genau wissen will, kriegt er von mir sogar die Seitenzahlen, weil ich das vom Urtext bei mir abgenommen habe, der aber wortgleich mit diesem ist. Laßt Buch da, Genossinnen und Genossen, bitte nicht irritieren.

Ich habe eine einzige Zeitung gefunden – findet man manchmal –, als ich nach Berlin kam – ich mache keine Reklame dafür: „Tagesspiegel“ –, die kurz und sachlich den wirklichen Sachverhalt auf der ersten Seite dargestellt hat, ohne Brimborium. Wir wollen auch nicht den Eindruck erwecken, sie seien Freunde von uns. Aber sie gehören jedenfalls nicht zu denen, von denen ich sage: Die wollen das schreiben, von dem sie meinen, andere müßten es ja lesen. Da habe ich – und das tut mir leid – in jener Zeitung mit dem großen Format und mit der größten Auflage – das ist dann schon eine bittere Feststellung, nicht für die Zeitung, sondern für die, die dazu beitragen – auf der zweiten Seite einen Kommentar gelesen: „Renten versteuern?“ – Gedankenstrich, jedenfalls Strich; die gehen ja nicht immer auf Gedanken, sondern auf dem Strich –, Unterzeile: „Eher platzt die Koalition“. Darunter steht dann ein Verfasser: „von Torsten Wolfgramm, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion“. Der unterstellt, daß es so sei, wie er es sich zusammengesellen hat – sage ich milde, wie ich auch sein kann. Ich kann doch nicht annehmen, daß er es genau zu dieser Stunde, in der es dann gedruckt war, berechnet hat. Er hätte uns doch fragen können. Wir waren doch noch vor wenigen Tagen in einem Gespräch der beiden Fraktionsvorsitzenden und je zweier Parlamentarischer Geschäftsführer der Koalitionsparteien zusammen. Das ist eine eigene Art, mit anderen umzugehen. Ich sage: Sie tut mir leid. Jedenfalls gibt es dafür keine sachliche Begründung, es wären denn andere Begründungen, die in der Eigenart derer liegen, die das gerne so lancieren wollen.

Im übrigen mache ich noch aufmerksam – und damit will ich dieses Kapitel zunächst einmal verlassen –: Da gibt es einen Text in diesen „Sozialpolitischen Nachrichten“ von dpa – ich hatte das schon gegen Ende der letzten Woche in einem Vorabdruck gelesen; da hat Herbert Ehrenberg – den brauche ich nicht vorzustellen; Ihr wißt alle, in welcher Eigenschaft er sich zu solchen Sachen äußert –, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, auch die Sache mit den Steuern ganz deutlich gemacht. Nur er war, wie auch andere, gleich in der eigentümlichen Situation, sich mit einer Frage sozusagen

introduzieren zu lassen, daß es doch wohl in dem Plan der SPD die Rentenbesteuerung gäbe. Dann mußte er zunächst einmal dieses sauber vom Tisch bringen – das kann er; er war einmal Boxer; aber er mußte nicht das machen, was er einmal war, sondern das vom Tisch bringen und dann deutlich in die Sache hineingehen. Dies ist die Art. Ich meine, ich darf mir das wohl erlauben, ich bin dafür, wenn die Leute sagen: Freiheit der Presse. Jawohl: Es lebe die Freiheit der Presse, es lebe aber auch die Freiheit, gelegentlich zu sagen, was sie nicht bringt, was sie nicht sagt. – Das ist alles.

Nun, Genossinnen und Genossen, zu einem anderen Kapitel, das schon jetzt für manche schmerzhaft geworden ist. Das ist das, was wir zu tun haben – ich meine in diesem Falle unter „wir“ zwar einmal uns alle, ich meine aber aus dem Recht, mit dem ich hier stehe, die Fraktion der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag – mit der Kernenergie und ihrer friedlichen Verwendung. Ich bitte, daran zu denken, daß es eine Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers Helmut Schmidt gibt, vorgetragen und gedruckt 1976, gesprochen am 16. Dezember 1976. Deren Punkte 23 bis 31 befassen sich mit Energie.

Wenn ich jemandem einen Rat geben darf: Steckt Euch dieses Büchlein ein!

Niemand muß ja sagen, er hat das noch nicht in der Hand gehabt; es ist „verlegt“ oder ihm „abhanden gekommen“. Steckt es Euch ein, Genossinnen und Genossen, und dann guckt die Nummern 23 bis 31. Dann werdet Ihr finden: So dumm, wie manche denken, ist ja doch der Wehner nicht.

Da steht immer sehr deutlich, was in bezug auf Kohlekraftwerke erforderlich ist, warum es erforderlich ist, daß der Bau neuer Kohlekraftwerke besonders wichtig ist, daß auch die Entwicklung neuer Kraftwerkstechnologien erforderlich ist. Es geht auch um das, was in der Kernenergie zu beachten ist – das ist der Punkt 27 –: „Bei der Kernenergie richten wir das Augenmerk vor allem auf die folgenden Punkte: Zum einen muß die Betriebssicherheit Vorrang vor allen wirtschaftlichen Erwägungen haben.“

Ist das ein Satz oder nicht? Kann sich darauf nicht jeder berufen und sagen: „Mir scheint etwas nicht in Ordnung zu sein, wir wollen das geklärt haben“, statt daß wir fortgesetzt Thesen schmieden und immer dickere Papiere machen? Ist das nicht das richtige Verhältnis zu einer Regierung, die im Wort ist?

Ich habe nur gesagt: „Zum einen“. Es steht dort weiter: „Zum anderen müssen wir dafür sorgen, daß die Interessen der Bürger bei Planungs- und Geneh-

migungsverfahren durch frühzeitige Information und Beteiligung gewahrt werden. Die Bundesregierung prüft deshalb die Möglichkeiten der Einführung... einer praktikablen Form der Verbandsklage im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren.“

Dann gibt es die Feststellung: „Die Bundesregierung hält die bisherige regelmäßige Praxis, den Bau von Kernkraftwerken ungeachtet der Einwendungen durch sofortigen Vollzug zu beginnen, für unbefriedigend, denn der Bürger kann diese Handhabung als ein Instrument mißverstehen, das ihn tatsächlich in der Wahrnehmung seiner Rechte beschneidet.“

Ich greife noch einmal ein paar Sätze aus der Nummer 28 auf: „Die Bundesregierung will bei der Genehmigung von Kernkraftwerken – wiederum gemeinsam mit den Ländern – dafür sorgen, daß die Errichtung neuer Kernkraftwerke nur noch dann genehmigt wird, wenn für sie die Entsorgung hinreichend sichergestellt ist. Bei schon im Bau oder im Betrieb befindlichen Anlagen muß die gesicherte Entsorgung in angemessener Frist nachgewiesen werden.“

Andererseits wird dann auch noch deutlich gemacht, wie man die Auseinandersetzung führt.

Nummern 23 bis 31, Genossinnen und Genossen! Dann verweise ich aber auch darauf, daß am 14. Dezember des vergangenen Jahres, also vor jetzt fast einem Jahr, im Bundestag unter sehr schwierigen Bedingungen eine große Debatte geführt worden ist über die kernenergiepolitischen und überhaupt energiepolitischen Fragen. Wollte ich jetzt zitieren, würde mancher denken: Da steht doch tatsächlich, es ist gesagt worden, fast alles das, was jetzt groß plakatiert wird und wofür man ganze Demonstrationen und ganze andere Aktionen macht und womit ganze Parteigliederungen sich fast ausschließlich befassen – was ja ehrenhaft ist, weil sie denken, hier fehlt etwas.

All denen kann man helfen und muß man helfen, daß sie sehen; Es fehlt manches, aber jedenfalls nicht die Berufungsmöglichkeit auf das, um was es geht, wenn Sicherheit gewährleistet werden soll.

Damals haben wir mit knapper Mehrheit, mit knappster Mehrheit, gegen die Stimmen der CDU/CSU diesen Entschließungsantrag zur Annahme gebracht. Warum knappste Mehrheit? – Weil sechs Kollegen vom Koalitionspartner ursprünglich hatten dagegen stimmen wollen und sich dann schließlich – es war aber ein Vorgang innerhalb der FDP, nicht unserer – der Stimme enthalten haben und das auch gleich noch sehr kräftig nachgesalzt haben.

Wir haben damals diese Entschließung durchgekriegt. In dieser Entschließung steht ja auch, daß zur

Vorbereitung von Entscheidungen, die besonders gefährlich sein könnten, bis in die letzte Phase geprüft werden müsse. Es heißt: „Zur Vorbereitung dieser Entscheidungen wird der Deutsche Bundestag eine Enquête-Kommission einsetzen, die diese Technologien und möglicherweise abgeänderte und modifizierte Konzeption eingehend untersucht. Die Kommission hat die Aufgabe, die zukünftigen Entscheidungsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheitsgesichtspunkten national und international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten.“

Der Vorsitzende dieser Enquête-Kommission ist unser gemeinsamer Freund und Genosse Reinhard Ueberhorst.

Ich habe das Protokoll jener Sitzung vom 14. Dezember des vergangenen Jahres hier und zitiere nur ein paar Sätze aus einer Debatte, bei der auf unserer Seite dieses Drängen war: Alles so regeln, daß alle Gelegenheit haben, sich auf die und die Sicherheitsbestimmungen zu berufen und im übrigen Pflichten für alle dabei erforderlichen Einrichtungen oder auch Behörden.

Ich zitiere aus der Rede von Ueberhorst ein paar Sätze, weil dort großer Lärm war. Die CDU/CSU hatte einen Antrag konträr zu uns eingebracht, der mit dem schönen Wort im ersten Satz gespickt war, nämlich die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen „anzuweisen“ – ich habe schon die Hacken zusammenklappen hören – „dieses und jenes zu machen.“

Dies ist heute alles vergessen. Es ist noch nicht einmal ein Jahr her. Es war am 14. Dezember eine harte Debatte mit einer schwierigen Abstimmung. Da sagte Ueberhorst z.B., nachdem sie wieder ziemlich gebellt hatten: „Wir müssen hin zu einer Diskussion in dieser Form: Diejenigen, die ja sagen, bitten wir zu sagen: Wir sagen ja, wenn die und die Bedingungen erfüllt sind; diejenigen, die nein sagen, die sollten sagen: Wir sagen nein, es sei denn, es könnten die und die Bedingungen erfüllt werden.“ Dann ging er weiter und schilderte die Entsorgungsfrage, sachlich.

Genossinnen und Genossen, ich habe in meinem Hausmannsdeutsch eine Formel, wenn man das so nennen darf: Weder Kernenergie um jeden Preis noch Kernenergie um keinen Preis. Das ist meine Formel. Ich will sie niemandem aufnötigen. Nur: In diesem Punkt finde ich, daß das, was Ueberhorst als einer der Redner der Fraktion im Bundestag gesagt

hat, in dieser schwierigen Debatte, sehr eindeutig und deutlich war.

Bitte laßt uns also unsere Kräfte rational gebrauchen, uns nicht fasziniert festlegen auf noch ein Ding und noch ein Ding und noch ein Ding. Das wächst ja immer mehr an, diese Stöße von Papieren. Am Schluß kann man wirklich nur noch dann, wenn man bestimmte akademische Laufbahnen durchgelaufen ist und noch nicht ganz die Sohlen durchgelaufen hat, klarkommen. Hier geht es um politische Entscheidungen, die aber bis ins letzte Tüpfelchen berechnen und verpflichten zu Prüfungen der technischsten Art, die überhaupt denkbar und erforderlich sind. Darum handelt es sich.

Mein Versuch, hier einen politischen Fluß zustande zu bringen, ist gescheitert. Ich nehme nur jetzt die Gelegenheit in Anspruch, zu sagen: Kinder, paßt auf, daß wir uns nicht völlig festfahren. Ich sage noch einmal aus meiner eigenen Bauernregel: Kernenergie um keinen Preis und Kernenergie um jeden Preis, das würde ich so nicht raten, sozusagen zur Alternative werden zu lassen, gleichgültig, wenn das zeitweilig bei manchen ganz schön anschlägt.

- Ja, ich weiß: zaghafter Beifall. Es ist ja soviel besser, das zu einer Weltanschauungsfrage zu machen, Genossinnen und Genossen. Nur: Was die Partei in den nächsten Monaten zu leisten hat, wird damit furchtbar vernachlässigt.

Nicht aus bösem Willen, sondern weil man sich in den Bann einer Sache begeben hat, obwohl man die Sache im Auge behalten muß.

Ich komme zu einem nächsten Punkt. Es gibt ja diesen Spruch „Morgenstunde hat Gold im Munde“. Ich habe das heute morgen erlebt. Aber in diesem Fall war es eine Goldplombe. Denn da wurde im Rundfunk erklärt - wo denn sonst: „Deutschlandfunk“, ganz groß: „Deutschlandfunk“ -, Herbert Wehner habe beschwörend gesagt, die SPD hätte auf unabsehbare Zeit keine Aussicht, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn 1980 nicht die Wahl gewonnen würde.

Das einzige Wortpaar in dieser morgendlichen Ente, das richtig gesagt, aber umgekehrt verwendet worden ist, ist das Wortpaar „unabsehbare Zeit“. Was ich wirklich gesagt habe an manchen Stellen - so ist das nun: Wenn man älter wird, sagt man es an manchen Stellen, damit es die Leute auch wirklich verstehen -, ist:

Ich habe mich auf eine beschwörende Rede Franz Josef Strauß' in einer Sitzung der Kombination CDU/CSU - dort heißt es „Fraktion“ - gestützt. Damit man nicht sagt, das stimme ja gar nicht, stütze

ich mich dabei auf ein unverdächtiges Blatt, auf die FAZ, die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Danach hat er erklärt, die CDU befinde sich 1980 in einer historischen Situation. - Na, wie denn anders! - Dies rechtfertige alle Anstrengungen. Falls man 1980 eine Wahlniederlage erleiden sollte, wäre die Union für lange Zeit von der politischen Verantwortung ausgeschlossen. Deshalb müßten sich usw. usw.

Das heißt: Was ich in Reden, Diskussionen und Vorträgen deutlich zu machen versucht habe, ist, daß es in den Gründen für Franz Josef Strauß' Bemühen und Bedrängen doch eine Mehrschichtigkeit gibt. Er hält es nämlich durchaus für möglich, daß, stellen die Sozialdemokraten nach der Wahl 1980 erneut den Bundeskanzler, es lange Zeit - er hat selber gesagt: unabsehbare Zeit - dauere, ehe hier mit dem C vorn und dem U hinten - das hat er nicht gesagt, sondern das sage ich - regiert werden kann. Das hat er denen beschwörend gesagt.

Nun gut, so ist die Wirklichkeit. Wir haben es mit jemand zu tun, den wir für voll nehmen müssen, nicht nur zu der Zeit, wo das Märzzenblat ausgeschenkt wird, sondern im Sinne seines Naturells.

Ich habe immer die sogenannte Sonthofener Rede bei mir. Ich war übrigens der erste, der im Industrie- und Handelsrevier Absätze aus dieser Rede zitiert hat. Da waren die Leute ganz verrückt und haben gesagt: Das kann doch nicht wahr sein. Da war die Rede noch nicht veröffentlicht. Das geschah erst zwei Tage darauf. Ich will nur ein paar Feststellungen aus dieser Rede in die Erinnerung bringen. Da gibt es die Feststellung: „Wir müssen sie“ - „sie“, das sind wir - „so weit treiben, daß sie ein Haushaltssicherungsgesetz vorlegen müssen oder den Staatsbankrott erklären müssen.“ Das war damals seine Generalrede. Dabei hat er gesagt: Ich will gar nicht im einzelnen sagen, was wir tun wollen und werden in dem Bereich und dem Bereich. - Das steht alles da drin. Und dann gibt es jene berühmte Seite, in der er sagt:

„Ich möchte zur Außenpolitik nur eine Bemerkung machen.“

- Die Bemerkung ist bei ihm eine Ziehharmonika, nämlich ziemlich lang, wofür ich um Entschuldigung bitte. -

„Wir müssen sicherlich die europäische Idee am Leben erhalten, aber wir sind heute von jeder Möglichkeit einer Europäischen Union, auch einer echten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, weiter weg, als wir im Jahr 1950 gewesen sind.“

- Das ist ein fauler Witz. -

„Im Jahre 1955, 1960, 1965 oder wann auch immer

ist man in einem fast hoffnungslosen Zustand angefangt, wobei der moralische Zustand Europas schlimmer ist als der materielle oder der politische oder der militärische. Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind ausgetreten aus der Geschichte, erwarten, daß die Amerikaner wenigstens für sie noch Wache halten, verschließen die Augen vor der sowjetischen Gefahr, begreifen nicht, daß das Kooperationsangebot der Sowjetunion einen Hegemonieanspruch bedeutet. Deutsche Kraftwerke an der Wolga oder in Ostpreußen, die den Strom von Arabern zu uns hereinbringen.“

– Der hat eine Phantasie! –

„Ich kann nur sagen, man weiß schon bald nicht mehr, welches Land auf der Welt man zur Emigration empfehlen soll. Zwischenzeitlich kann man Neuseeland, Australien oder Kanada vielleicht noch nennen, auch Palästina, das sind aber auch nur Übergangsstationen. Nur summa summarum: Für uns heißt die Summe, dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird.“

– Ich erlaube mir die neckische Randbemerkung: Ungeachtet von Strauß haben der sozialdemokratische Bundeskanzler und die von ihm gelenkte Regierung diese Eigenschaften in den Augen aller Europäer, aber nicht nur der europäischen, sondern auch der überseeischen Länder.

Ob das ganz zu Recht so ist oder nicht, ist bei manchen deswegen eine Frage, weil sie sagen wollen, daß mehr gezahlt werden müsse, wie es in der Europakrise in Dublin zum Ausdruck gekommen ist. Aber das sei dahingestellt. Laßt uns da großzügig sein! Strauß hat die Sache ja umgekehrt. Dann hat er gesagt:

„Wenn das von der Bundesrepublik wieder ausgeht“ – nur von ihr kann es ausgehen –, „da bin ich jetzt wirklich am Ende, wenn die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst und damit die Bereitschaft, die Konsequenzen aus dieser Zeit auch tatsächlich auf sich zu nehmen... Sonst läuft sich jeder Kanzlerkandidat tot. Und darum hat es auch gar keinen Sinn, wenn wir jetzt, in den nächsten Monaten, uns überlegen: Wer ist am telegensten? Wer wirkt am besten? Wer hat nach der Umfrage vom Wikert, Infas oder wie die da alle heißen, die meisten Chancen? Es ist alles belanglos oder cura posterior, zuerst müssen wir wissen: Was machen wir, wenn wir hinkommen mit diesem Staat?“

– Das kann ich mir denken. –

„Und das nächste ist dann: Wer ist geeignet, diese Maßnahmen glaubhaft an der Spitze einer aktionsfähigen Regierungs- und Parlamentsgruppe dann auch tatsächlich durchzuführen? Und damit wird dann das Karussell der Eitelkeit für eine Zeitlang gestoppt sein.“

Ich habe mir etwas an den Rand geschrieben: Aber auch das haben die umgekehrt gemacht. Die haben nämlich erst denjenigen als Kandidaten ernannt, der, wie er sich gesagt hat, als geeignet erscheint, diese Maßnahmen glaubhaft an der Spitze einer aktionsfähigen Regierung und Parlamentsgruppe auch tatsächlich durchzuführen. Und dann, wie gesagt, geht das Strampeln weiter.

Ich war, milde gesagt, sehr erstaunt, als ich in einer sicher auch von vielen hier gelesenen Zeitung, der „Frankfurter Rundschau“, unlängst, d.h. am 17. November – jeder kann es nachlesen –, die Überschrift las: „Das Risiko einer Kanzlerschaft Strauß muß man tragen“. Dazu wurde ein Interview veröffentlicht – in der „Frankfurter Rundschau“ –, und zwar mit jemand, der bei Daimler-Benz die gewerkschaftliche Einheit zerbrochen hat und sich dort mit einer Sonderliste in den Betriebsrat hat wählen lassen. – Keine Angst! Ich werde hier nicht lange zitieren. – Da hat der fragende Redakteur gefragt, ob derjenige, der die Grünen unterstützen oder wählen wolle, damit nicht ungewollt das Risiko einer Kanzlerschaft Strauß erhöhe. Darauf wurde die Antwort gegeben: „Ich meine, das muß man tragen. Langfristig kommt so etwas wie diese grüne Bewegung in jedem Fall. Die Frage ist nur, ob die Formierung jetzt oder 1984 erfolgen soll. Abgesehen davon: In vier Jahren Regierungszeit kann Strauß bei der gegenwärtigen internationalen Lage keine extrem rechte Politik betreiben. Eine SPD in der Opposition würde da schon aufpassen.“

Derjenige, der diese Antwort gegeben hat, ist ein erklärter Gegner der Gewerkschaft. Er hat früher einmal sozialdemokratisch gewählt. Er ist ein aus der Gewerkschaft Ausgeschiedener und mit einer eigenen Betriebsratsliste bei Daimler-Benz zu einem Erfolg gekommen. Da könnt ihr Euch vorstellen – darum zitiere ich das –, wie verrückt Leute gemacht werden können, weil sie sich nicht nur persönlich, sondern auch im Hinblick auf ihr Politikverständnis in eine politische Auseinandersetzung mit der und gegen die SPD hineinverfilzt haben, wobei dann plötzlich über Strauß sogar gesagt wird, bei der gegenwärtigen internationalen Lage könne er überhaupt keine extrem rechte Politik betreiben.

Ich nenne den Namen des Mannes, der das gesagt

hat, nicht. Manchen wird er bekannt sein. Aber sonst ist das nicht interessant.

Noch einmal zurück zu dem, was ich zur Kernenergie und im Zusammenhang damit gesagt habe. Ich verlange keine absolute Vollmacht, die die Gesamtfraktion bekommen soll, sich etwa so zu verhalten, wie sie wolle. Ich muß nur sagen: In all diesen Beschlüssen hat die Fraktion ohne eigene Gegenstimmen das getragen, was z.B. mit der Enquete-Kommission, mit dem Einhalten der Bedingungen, mit der Kontrolle des Einhaltens der Bedingungen für Sicherheit gewesen ist. Ich komme da noch einmal auf die Regierungserklärung und auf den ganz dezidierten Beschluß vom 14. Dezember vergangenen Jahres zurück, von dem ich nur einen Teil genannt habe.

Jetzt komme ich noch zu einigen Bemerkungen. Wir haben in der Periode, in der wir uns noch befinden, eine lange Debatte gehabt. Ihr Klimax war am 8./9. März.

Es war eine Debatte im Zusammenhang mit Großen Anfragen sowohl der Kombination CDU/CSU als auch der beiden Koalitionsparteien SPD und FDP in Fragen Entspannung, Friedenssicherung, Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung. Da gab es nicht nur die paketartige Antwort der Regierung. Es waren da riesengroße Anfragen und entsprechend auch riesengroße Antworten. Die klarste Rede, die je zu diesen Fragen gehalten worden ist, wurde am 9. vom Bundeskanzler Helmut Schmidt gehalten. Ich hatte bis zum Abschluß dieser Debatte etwas auf mich genommen – ich gebe das zu –, indem ich Mitte Januar öffentlich in einer unserer Zeitschriften aus Anlaß dessen, was der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses in Washington gesagt hatte, geschrieben habe. Er hat dort gesagt, er warne den Westen, überhaupt Verhandlungen mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt anzubahnen. „Erst müsse...“, und dann kommt das, was alles erst sein müsse. Da habe ich gesagt: Jetzt ist es Zeit, nimm das auf dich. Ich war dann der Prügelknabe der Nation, was ich – ich weiß nicht, ob es ein Geburtsfehler oder ein sonstiger Fehler ist – immer mal wieder werde.

Diese Debatte hat vieles geklärt. Genossinnen und Genossen, wir sollten sie jetzt nicht sozusagen ganz einfach als eine betrachten, die man erneuern müsse. Inzwischen hat sich, wenn auch nur um Millimeter, gegenüber damals, um aus der Bredouille herauszukommen, die Haltung der Experten von CDU und CSU so verändert – um Millimeter –, daß sie sagten: Wir beschließen, das anzuschaffen, aber gleich-

zeitig zu verhandeln, nachdem vorher der ganze Westen gewarnt worden war, überhaupt zu verhandeln. Das geht auf diesem Felde nur mit großer Beharrlichkeit und Geduld und nie mit Raketen – ich meine, mit solchen Feuerwerksraketen; andere Raketen werden dabei nicht gebraucht und sind nicht erwünscht. Ich halte das für die Auffassung der großen Mehrheit der Fraktion und, wenn es zur Abstimmung kommt, auch für die Auffassung der gesamten Fraktion.

Wir hatten es erlebt, daß der Bundeskanzler uns Mitte November einen ausführlichen Bericht gegeben hat, den wir mit seiner Mitwirkung am übernächsten Tag öffentlich haben machen können. Wir haben kürzlich nach den Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Bonn und mit anderen erneut eine daran anknüpfende Darlegung, die der Bundeskanzler zur Lage gegeben hat, wie man sie in diesem Bereich der Friedenssicherung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle einschätzen kann, gehört. Ich finde, wir sollten unsererseits nicht durch nervöse Zuckungen oder ein gewisses Mißtrauen reagieren oder aber uns von anderen eine Einschätzung aufdrängen lassen, was die Regierung da mache, sei uns nicht ganz durchsichtig und nicht ganz geheuerlich. Ich möchte im Bewußtsein der Debatte, die wir im Frühjahr durchgestanden haben und bei der die anderen am Ende die kleineren Brötchen gebacken haben, deutlich sagen, das Gewicht der Bundesregierung unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts in den Fragenkomplexen Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung, Sicherung des Friedens ist sowohl im Bereich der NATO als auch in den Augen des Warschauer Paktes eine Gewähr für eine Weiterentwicklung der Entspannung und der Minderung der Rüstungen. Das ist das eine.

Das zweite: Unser Lebensinteresse gebietet uns, hier nicht zu versagen. Zum Umsteigen auf Ersatzmöglichkeiten – da werden welche von Dänemark, welche von den Niederlanden genannt, was ich nicht beschimpfe – möchte ich nur sagen: „Kinder, ihr wollt es also alles in der Mitte des nächsten Jahres, unmittelbar vor der im Kalender dann feststehenden Wahl haben.“ Bleiben wir aber einmal davon entfernt: Was soll denn die Möglichkeit des Bundeskanzlers und derer, die mit ihm in der Regierung verantwortlich sind, für diese Angelegenheiten noch etwas zu tun, wenn wir uns nicht selbst ausspielen lassen in einem Bündnis und von dessen Vormacht, wie ich wohl sagen darf, die sich in einer nicht beneidenswerten Situation aufgrund von Ereignissen in anderen Teilen der Welt befindet. Der Iran ist hier

von Bruno Kreisky genannt worden. Das ist noch nicht am Ende, das ist auch noch nicht in der Mitte. Das wird unter Umständen entsetzliche Weiterungen haben. Wir müssen die Dinge wie unseren Augapfel hüten. Das haben wir bei allen Auseinandersetzungen, die wir in diesem Bereich in der Bundestagsfraktion zu führen hatten, getan, und wir hatten solche zu führen. Wir waren manchmal sehr hart aneinander. Dann wurden aber in der Entscheidung, in der Abstimmung die Zähne zusammengebissen, um deutlich zu machen: Dieser Bundeskanzler hat unsere Unterstützung.

Wenn man anfängt, daran herumzumosern oder herumzumotzen, Genossinnen und Genossen, gibt es keine glaubwürdige Verteidigungspolitik. Dann wird uns unterstellt, wir gingen aus dieser Reihe.

Brauchen wir das? Was brauchen wir? Wir sind sicher keine Übermenschen. Es gibt aber folgende Tatsachen: Der erste sozialdemokratische Außenminister – es war Willy Brandt – hat seinerzeit die Rede gehalten, die heute noch nachlesenswert wäre, wollte man sie in Erinnerung bringen, und das wäre gut. In der Konferenz der nichtnuklearen Mächte im Rahmen der Vereinten Nationen wurde diese Rede gehalten.

Die damalige Regierung unter Kiesinger wollte ihn erst überhaupt nicht hinlassen. Sie hat dann schließlich eingewilligt, daß er hinfährt, hat aber gesagt, er muß dort nicht sprechen. Der damalige Bundeskanzler hat ihm nicht formal untersagt, dort zu sprechen. Willy Brandt hat dort eine bedeutende Rede gehalten, die auch später wieder einmal eine Rolle spielen wird, wenn man sich fragt: Wie ist denn dieser Weg zum Entspannungsfaktor Bundesrepublik gebahnt worden?

Dann kam der Appell der NATO, der Appell von Reykjavik in dem schwierigen Jahre 1968. Das fiel zeitlich zusammen mit dem, was in Prag passiert ist. Auf den Appell von Reykjavik ist man später zurückgekommen, sich der Rüstungsbegrenzung und was dergleichen dazugehört anzunehmen. Ja, und dann? Auf einem Bein kann man notfalls stehen. Das ist das Bein der Westverträge. Man bedarf aber zweier Beine, um an die Tische zu kommen, an denen von Gleichberechtigten, aber nicht gleich Mächtigen, über Frieden verhandelt wird. Deshalb bedarf man eines zweiten Beins. Das haben dann die Sozialdemokraten zusammen mit den Freien Demokraten in den Jahren, in denen die Ostverträge entstanden sind, geschaffen. Dies war gar nicht so einfach. Es war auch gar nicht so einfach, die Verträge mit Mehrheit durchzubringen. Es wurde ein Pflock nach

dem anderen eingeschlagen. Was seither gemacht wird, sind die Folgerungen aus diesen Verträgen. Entspannungspolitik kann nicht gemacht werden, wenn man schüttelt, was man hat, seien es Waffen oder andere Utensilien, Entspannungspolitik bedarf des Aufeinanderzugehens. Das wollte ich sagen: Das war, wenn es zur Kreide kam, die Meinung der Fraktion. Sie hat das übereinstimmend klargemacht, etwa in den entscheidenden Auseinandersetzungen, sei es im Plenum des Bundestages, sei es im Ausschuß, sei es gegenüber auswärtigen Deutschlandpolitikern und gegenüber verteidigungspolitisch Tätigen – bei allen Nuancen, die es natürlich in einer solchen Fraktion gibt.

Ich wende mich damit dem Schluß zu, der wahrscheinlich von manchem als überfällig schon längst und mit Recht erwartet wird. Es gibt noch Probleme, mit denen wir in der Fraktion noch nicht fertig geworden sind. Es sind nicht die einzigen, die ich jetzt nenne. Zum Beispiel müssen wir endlich wieder die gesetzliche Regelung des Zivildienstes flottmachen.

– Seid vorsichtig mit dem Klatschen, Genossen. Das Verfassungsgericht hat unseren ersten beschlossenen Gesetzestext zurückgewiesen. Wir mußten einen neuen Versuch machen. Das war schwer. Das ging nur, wenn wir uns interfraktionell, d.h. in diesem Falle auch mit der CDU/CSU, d.h. faktisch mit der CSU zusammensetzten.

Es gab schließlich ein Konzept, aber kurz bevor dieser Entwurf eingereicht wurde, spalteten die sich wieder auf. Beide haben dann, wenn auch mit unterschiedlichen Zivildienstzeiten, dieselben Texte eingeleistet. Unsere eigenen Genossen, die auf dem Gebiete lange Jahre verdienstvoll und mit Interesse gewirkt haben, sind jetzt müde.

Sie denken: Ja, dann wird es in dieser Periode nichts mehr.

Weil hier so oft von den Jungen gesprochen wird – ich bin es ja nicht mehr –, muß ich sagen: Es wäre eigentlich ein schweres Unterlassen, wenn wir in dieser Frage, die nicht die einzige Frage ist, aber jedenfalls eine Frage, die viele junge Menschen interessiert und bei der sie nicht wissen, was daraus geworden ist, dem Parlament – und nicht nur dem Parlament, sondern den demokratischen Institutionen überhaupt – vorwerfen würden: Die schaffen ja nichts, sie schaffen es nur mit dem Maul, mit Plakaten und mit Versprechungen. Es wäre schön, wenn wir das noch vom Eise brächten. Wir haben das kürzlich in der Fraktion wieder angeregt; aber es ist zähflüssig geworden.

Leider sind wir in dem Problembündel Vermö-

gensbildung in Arbeitnehmerhand nicht weiter gekommen, als ich auch auf dem vorigen Parteitag sagen mußte. Dazu gibt es aber nicht bei uns ein gestörtes Verhältnis. Hier gibt es sehr unterschiedliche, festgelegte Stellungnahmen einiger Gewerkschaften, so daß wir nicht mit der Unterstützung aller Gewerkschaften zu rechnen haben. Das ist uns auch erklärt worden. Wir wollen andererseits nichts durcheinander zuwege bringen, d.h. wir sind hier leider noch nicht an Land gekommen.

Zur Medienpolitik wäre auch einiges zu sagen. Ich beziehe mich dabei auf das, was Egon Bahr hier verdienstvollerweise in Erinnerung gebracht hat. Ich habe damals diesen tollen Coup selber erlebt, den der alte Herr 1960/61 mit einem eigenen Fernsehen landen wollte. Alles war schon vorbereitet, der Minister auch. Das war eine Demokratisierung dessen, was früher einmal unter dem häßlichen Namen „Propagandaministerium“ bekanntgeworden war. Es sollte ein „Informationsministerium“ werden. – Der Mann lebt nicht mehr, aber sein Sohn, und der ist auch im Bundestag. Doch das nur nebenbei; ich will nicht über familiäre Dinge reden.

Ich wollte nur sagen: Damals ist Adenauer auch durch einen Verfassungsgerichtsspruch daran gehindert worden, auf den man sich heute noch berufen kann und unter deutlicher Zitierung wird berufen müssen, nicht nur indem man sagt: Es wäre beinahe damals schon so gekommen. Nein, versorgt bitte endlich alle unsere Genossen in allen Ländern mit diesen Dingen; denn das ist eine Sache, die jetzt losgegangen ist.

Der Herr Albrecht von der Keksfabrik, früher im zivilen Dienst, ist ja ein fixer Herr, wenn auch kein „Nordlicht“ im eigentlichen Sinne seiner Herkunft, wenn ich mich hier nicht irre; aber er wird von manchen so angesprochen. Was zur Zeit geschieht, nicht nur mit dem NDR, sondern inzwischen auch in Mainz durch den dortigen Vogel – das ist nicht unser eigener; wir haben auch einen Vogel –, den Ministerpräsidenten, Genossinnen und Genossen, ist nicht nur zum Nachdenken, aber auch zum Nachdenken.

Als Adenauer seinen Coup wohlvorbereitet und in der Annahme landen wollte, er gelinge ihm – es war alles fertig; alles war fertig –, war das genau in der Periode, in der die CDU/CSU allein die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag – das einzige Mal während einer Periode – gehabt hat. Es war übrigens dieselbe Periode, in der noch einige andere grobe Züge mit Mühe und Not von uns haben verhindert werden können. So war das damals. Es würde

bei einer neuen absoluten Mehrheit – wenn auch nicht der Zahl nach, sondern nur weil eine Stimmenzersplitterung und eine dann nicht ausreichende Stimmzahl für eine absolute Mehrheit der CDU/CSU-Abgeordneten sorgen – diesmal viel, laßt es mich milde sagen, rabiater zugehen, auch gestützt auf die Lehren jener Vierjahresperiode von den Jahren 1957 bis 1961. Danach war zunächst einmal „der Bart ab“, weil wir dann, wenn auch mühselig, den Berg hinaufgestiegen sind, zwar nicht sehr glänzend, aber immerhin. Das muß ich in Erinnerung bringen, und ich danke Egon Bahr dafür, daß er mir einen Vorwand dafür gegeben hat, daran zu erinnern.

Soweit die Bundestagsfraktion hier aktiv werden kann, will sie das nicht nur, sondern wird sie es auch versuchen. Ich verdanke diesen Tip einem Genossen aus einer sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Wir haben ja mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, mit ihren Sprechern, zwischendurch, etwa alle zwei Monate, Sitzungen zu diesem oder jenem Gebiet und gewisse gemeinsame Vorhaben, weil sich gezeigt hat: So geht es nicht weiter; hier ist der Bundestag, dort ist der Landtag X, der Landtag Y, hier ist das Städteparlament im Rahmen eines Landes, dort ist jenes. Das ging nicht so weiter, und wir haben uns hier allmählich zusammengefunden.

Bei dieser Gelegenheit wurde mir persönlich, nicht in einer Diskussion, geraten, doch einmal zu prüfen: Könnte man etwas mit einer Enquête-Kommission machen, die ihr einsetzt? Da ich nicht so dumm bin, wie ich aussehe, habe ich sofort versucht, das zu klären. Wir haben es nicht ins Gerede gebracht; aber inzwischen hat die SPD-Fraktion einen klaren Beschluß zu einer Enquête-Kommission „Medien“ formuliert. Die FDP-Fraktion hat nach etwa zwei Wochen Bedenkzeit auch in diesem Sinne beschlossen.

Nur will sie den Dingen ihren eigenen Touch geben. Mit Gottes Hilfe, meinetwegen! Es kommt also eine Enquête-Kommission. Hier haben wir den Fuß in einem Spalt der Tür schon beim Ausarbeiten und bei der Behandlung der Fragen. Daran vorbei kann auch ein nachgemachter Medienputschist, wie es in diesem Fall der Ministerpräsident in Hannover ist, nicht unwiderrufliche Tatsachen schaffen.

Entnehmt bitte alledem nicht, daß ich die realen Einrichtungen, die unter das Rubrum öffentlich-rechtliche Anstalten fallen, so wie sie sind und sich entwickelt haben, für ideal befände. Aber der Charakter der öffentlich-rechtlichen Anstalt muß verteidigt werden; denn er ist, verglichen mit allem anderen – das ist heute hier schon einmal gesagt worden –, der brauchbarste. Sonst haben wir jene unsaubere

Mischung von kommerziellem Fernsehen und Rundfunk und anderem Quatsch mit denen, die am besten zahlen und die Leute auch entsprechend kneten können.

Noch ein einziges Mal zurück zur Auseinandersetzung über die damals schon fast Gestalt gewordene Absicht des alten Herrn. Das ist das einzige Mal gewesen, Genossinnen und Genossen, daß alle Schreibenden, gleichgültig welcher Zeitungsart, daß Schreibende und Sprechende, gleichgültig in welchem Radiobereich – damals war das Fernsehen noch nicht so wie heute –, gegen den damaligen Handstreich protestiert haben. Die Unterlagen darüber sind heute noch hochinteressant, vielleicht erst heute richtig interessant, wenn wir die Auflage erleben, die nun folgen soll.

Heute herrscht bei den Kategorien – ausgenommen bei denjenigen, die zur Zeit beim Norddeutschen Rundfunk unmittelbar betroffen zu sein scheinen –, die ich genannt habe, eine große Pause. Damals war das alles – ich kann mich noch an manche Gesichter erinnern – ganz unterschiedlich. Alle haben damals Halt! gesagt, und daher kam man mit dem schon ausgearbeiteten „Ding“ nicht weiter.

Das wird jetzt nicht weiterhelfen; denn natürlich sagen die Leute: Wenn der Wehner das erklärt, dann muß ja irgend-etwas dahinterstecken. Es steckt weiter gar nichts dahinter als meine Sorge, daß die Schreibenden, Sprechenden und Darstellenden in diesem Fall – nicht leiblich, das will ich nicht gesagt haben, sondern charakterlich – nicht mehr die gleiche Auffassung von dem haben, was vermieden wer-

den muß, dem, was gestaltet und was nicht gestaltet werden darf, als damals, als das anders war.

Hoffentlich gibt es den einen oder anderen, der sich das noch einmal ansieht und dann sagt: Vielleicht sollten wir diesmal auch wieder so handeln, denn es geht ja auch um deren Existenz, wenn sie es genau nehmen. Oder sie werden angeschirrt, kostbar, mit Schellen und mit Schnallen angeschirrt, aber eben angeschirrt. Das möchten wir nicht Gestalt gewinnen lassen.

Das war es. Ich bitte um Entschuldigung für meine Langatmigkeit. Ich wollte an dieser Stelle auf dem Parteitag auch den Abgeordneten, die zur Bundestagsfraktion der SPD gehören, herzlich danken, auch in Erinnerung an manches, was ich auf dem vorigen Parteitag über die Unvermeidlichkeit mancher Schwierigkeiten beim Zusammenwirken einer solchen Fraktion mit dem Koalitionspartner gegenüber der Opposition bei knapper Mehrheit gesagt habe.

Aber hier möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, daß wir – und ich habe viele Wunden von solchen Auseinandersetzungen; aber ich trage ja Kleider, man sieht sie nicht – bei allen Auseinandersetzungen, auch mit den einzelnen und auch mit ganzen Gruppen, dennoch, und dafür gebührt dieser Fraktion Dank, nie einmal etwas mit Stimmensplittung zum Scheitern gebracht haben, ob es ein Vorhaben der Koalitionskolonnen oder der Regierung gewesen ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit und Geduld.

Willy Brandt: Vertrauen nicht verspielen

Liebe Genossen, ziemlich oft werde ich gefragt, ob ich den Satz „Mehr Demokratie wagen“ heute nach gut zehn Jahren wiederholen würde. Ich sage eindeutig Ja.

Wir sind ja auch in dieser Hinsicht nicht erfolglos gewesen: verbesserte Betriebsverfassung und Personalvertretung, neue Formen von Mitbestimmung, Mitwirkung bei der Städteplanung. Ist das nichts? Bedeutet es nicht auch einiges, daß der Zugang zur Volksbildung auf eine breite Basis gestellt worden ist?

Beckmesser könnten jetzt sagen – sie werden es auch tun –: Jetzt gibt er selbst zu, die Reform der Schulen sei mit mancherlei wenig überzeugenden Begleitumständen verbunden gewesen oder sei es noch. Als ob es ein einfach Ding wäre, Bildungsvorrechte zu überwinden! Wer den historischen Prozeß leugnet, um den es sich hier handelt, und wer gar die anfänglichen Probleme künstlich hochspielt, der hat jedenfalls kein Angebot für die Zukunft. Wir brauchen nur die nüchterne Bilanz aufzumachen, wieviel mehr Arbeiterkinder, wieviel mehr Mädchen und wieviel mehr junge Menschen vom Lande heute das bekommen, was man eine höhere Bildung nennt.

Wer will das zurückdrehen? Und zu wessen Lasten?

Was die kommunalen Gebietsreformen angeht, hätten viele Anlaß, sich kritisch ins Gebet zu nehmen und sich mit uns zusammen zu fragen, ob das alles hinreichend durchdacht war, ob hier und da nicht am Bürger vorbeigeplant wurde. Sollten wir nicht denen unsere Anerkennung sagen, die Fehlentscheidungen in Ordnung bringen? Auch wir haben keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit. In der Fähigkeit, Falschgemachtes zu reparieren, liegt nicht Schwäche, sondern Stärke. Das sage ich mit freundlichem Blick nicht nur zu Holger Börner.

Unsere etatistische Tradition, also die Neigung, möglichst viel durch „öffentliche Hände“ machen zu lassen, werden wir zügeln müssen. Gemeinnützige Institutionen, freie Verbände, Selbsthilfe sind wichtiger und werden noch wichtiger, als es mancherorts bewußt sein konnte, war oder ist.

Allerdings möchte ich dazu raten, mit dem Schlagwort von „der Bürokratie“ vorsichtiger umzugehen. Dieses Schlagwort wird planmäßig mißbraucht, um soziale und reformpolitische Bemühungen insgesamt verächtlich zu machen. Ich bin dafür, Amtsstuben oft genug auszulüften. Aber Sozialdemokraten haben auch dafür zu sorgen, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes fair behandelt werden. Dienstleistungen für den Bürger darf man nicht als bürokratischen Übermut diffamieren.

Demokratie ausbauen beschränkt sich nicht auf den staatlichen Bereich, sondern das heißt heute in erster Linie, die immer noch gegebene Diskriminierung von Frauen in den Gesetzen, in Beruf und Werbung tatkräftig abzubauen und Frauen stärker in politische Verantwortung einzubeziehen.

Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichberechtigung – wem sage ich es hier – ist noch lange nicht zur gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden. In den zehn Jahren sozialliberaler Koalition konnte einiges vorangetrieben werden; aber machen wir uns nichts vor, wir haben es mit einem schwierigen kulturgeschichtlichen Erbe, mit Vorurteilen, wohl sogar mit männlichen Urängsten zu tun – und die sind nicht leicht zu überwinden.

In unserem Bemühen um tatsächliche Gleichberechtigung können wir nur glaubhaft sein, wenn wir damit in der eigenen Partei ernst machen. Genauer gesagt: Wir sollten hier in Berlin mehr Frauen in den Vorstand wählen, wie wir verhältnismäßig mehr weibliche Abgeordnete ins Europaparlament entsandt haben. Aber es geht um mehr, nämlich darum, auf allen Ebenen der Partei erheblich mehr tüchtige Frauen mit Ämtern und Mandaten zu betrauen.

Ich möchte neben dem Text zur Sozialpolitik, den Ihr auf den Tischen habt, auch den anderen ausdrücklich erwähnen, in dem die beiden familienpolitischen Beschlüsse dieser Woche enthalten sind. Unser familienpolitischer Kongreß im nächsten Frühjahr soll zusätzlich klare Auskunft darüber geben, was auf diesem Gebiet Sache ist. Unseriösen Geschenkversprechen sollten wir ebensowenig wie verlogenen Leitbildern nachgeben; denn damit ist den Familien nicht geholfen.

Ich bin im übrigen nicht sicher, ob es nur ein Nachhutgefecht war, was man jüngst an Kampagnen gegen den veränderten § 218 erlebte. Wenn ich es richtig verstehe, dann kommt dieser Reform im Bewußtsein vieler Frauen symbolhafte Bedeutung zu. Sonst würden die Wogen der Emotionen nicht immer wieder so hoch schlagen. Was war denn der Status quo ante, der frühere Zustand? Er war Angst, Erpressung, Gefahr des Lebens, er war eine große Lüge zu Lasten der Frauen.

Gewiß ist die neue gesetzliche Regelung nicht perfekt. Das liegt in der Natur der Sache, hat auch mit Ländergrenzen zu tun und vor allem eine schichten-spezifische Frage. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, ihr den sozialen Zündstoff zu nehmen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen dürfen. Wer auch immer zu dem zurückwollte, was vorher war, dem sage ich – ich fühle mich da ganz sicher: Er hat die überwältigende Mehrheit der Frauen in der Bundesrepublik gegen sich. Und wir deutschen Sozialdemokraten lassen sie nicht allein . . .

Und hier muß ich nun eine Frage an die junge Generation richten: Liegt es nicht auf der Hand, daß man mithelfen muß, die Bedrohungen und Ungerechtigkeiten dieser Welt zu überwinden? Es ist doch nicht wahr, daß die Jugend zur Ohnmacht verurteilt sei. Sie braucht sich nicht ohnmächtig machen zu lassen. Und ich möchte, daß wir ihr dabei helfen, ihren Platz und ihren Einfluß zu finden.

Demokratie kann nicht gemehrt, kann kaum gesichert werden ohne oder gar gegen die junge Generation. Deshalb müssen wir angehen gegen die Tendenzen zur Gleichgültigkeit und Verweigerung, gegen die Neigung zum Ausstieg aus der Gesellschaft, gegen Flucht in Sekten oder Drogen. Dabei darf man nicht versäumen, den Ursachen nachzuspüren, die ja nicht nur mit den Ungereimtheiten der großen weiten Welt zu tun haben, sondern auch mit der materialistischen Kälte, die sich breitmacht. Auch den Konkurrenzdruck, der schon in der Schule beginnt, und die Ungewißheit vieler um den Weg ins Berufsleben sollten wir nicht unterschätzen.

Auf der anderen Seite muß man sich hier auch wohl vor unzulässigen Verallgemeinerungen hüten. Zumal außerhalb der Großstädte gibt es Hunderttausende von Jugendlichen, die im Vereinsleben stehen, und überall gibt es diejenigen, die sich dem Dienst am Nächsten verschrieben haben. Wo die SPD in der Gesellschaft steht, hat sie in diesen Bereichen auch den direkten Kontakt mit vielen jungen Menschen. Nehmen wir uns bitte alle miteinander vor, die Älteren und die Jüngeren – also auch unsere Freunde von den Jungsozialisten –, daß wir das gesellschaftliche Umfeld nicht vernachlässigen!

Aber ich muß den Jungen in unserem Volk auch sagen dürfen: Seid nicht wehleidig! Ihr lebt in unseren Breiten nicht in den schlechtesten aller Zeiten und der schlechtesten aller Welten. Dankbarkeit erwartet und verlangt keiner. Aber Mut, den erwarten und den erhoffen wir. Mut und Widerstandsfähigkeit wird das Leben immer fordern, von jeder Generation.

Ich wende mich noch einmal an die Jungen und sage: Die SPD hat keine Zauberformeln. Wenn sie das vorgäbe, würde sie schwindeln. Die SPD könnte schwungvoller und mitreißender sein; aber diese Partei ist besser, als viele über sie reden oder schreiben.

Es wird unsere Aufgabe sein, Gesamtzusammenhänge deutlicher zu machen: Die einen müssen lernen, daß das ökonomische Kalkül nicht alles sein kann, die anderen, daß das friedliche Zusammenleben der Menschen nicht nur gesicherte Rechtsnormen erfordert, sondern auch gesicherte materielle Grundlagen.

Individuelle Antworten oder solche von kleinen Gruppen verdienen Aufmerksamkeit und Respekt. Aber – und ich muß hier einige Leute um Nachsicht bitten – die sozialdemokratische Bewegung tut sich nun einmal etwas schwer, avantgardistische Lebensstile zu verarbeiten. Denn sie ist zuallererst Interessenvertretung jener, für die materielle Sicherheit noch nicht oder noch gar nicht so lange selbstverständlich ist.

Keinerlei Unterstützung kann man von uns – auch nicht indirekt – für wie auch immer schillernde Sondergruppen erwarten. Zwar werden wir jedes Argument, das sie vorbringen, ernst nehmen, aber wir werden jedes dem grellen Licht der Realitäten aussetzen. Wer sich selbst auf ein Thema oder zwei beschränkt und allen anderen Prüfsteinen der Politik ausweicht, zaubert den Wählern Illusionen vor.

Wir respektieren den Idealismus vieler junger Leute, die sich heute solchen Gruppen angeschlossen

haben. Aber wir sagen ihnen auch ungeschminkt: Objektiv haben Eure Gruppen, wo sie einen parteifähnlichen Charakter annehmen wollen, die Rolle übernommen, die man in der CSU-Zentrale einer vierten Partei zugedacht hat.

Die Frage ist doch, von Entspannung und Nord-Süd einmal ganz abgesehen: Wie steht man zum Zusammenhang zwischen Umwelt, Arbeit und sozialer Sicherheit?

Innerhalb der SPD ist Handlungsspielraum für den, der auf vernünftige Weise Mut hat zu handeln, und Denkfreiheit für jeden, der – laut oder leise – denken will.

Ich weiß um die neue Berührung zwischen links und wertkonservativ, und mir ist manches darin enthaltene Denken gar nicht fremd. Ich weiß auch um das manchen Intellektuellen eigene, durch Freud so benannte Unbehagen an der und in der Kultur. Aber aus den zivilisationskritischen Ansätzen muß doch wirklich nicht zwangsläufig ein irrationales oder apolitisches Verhalten folgen.

Es gibt vielmehr neue Felder, auf denen sich das Bündnis mit der kritischen Intelligenz und Wissenschaft – und jenes Bündnis stand ja an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung – neu bewähren kann, nämlich dort, wo es um die Lebensbedingungen in einer nicht nur durch die Technik radikal veränderten Welt geht.

Aber die Frage ist doch wohl auch schon jetzt: Wollen und können wir unser Land denen überlassen, die sich – diesseits aller Überlieferung, die der Union eigen ist – dazu haben erpressen lassen, einen politischen Umweltzerstörer von rechts außen zu ihrer Mitte zu machen? Ein Eiferer ohne Glauben, ein Missionar ohne Mission – das ist keine Alternative. Dabei ist Strauß in seiner konkreten Politik das Gegenteil eines Interessenvertreters der Mühseligen und Beladenen, aber er spielt mit ihren Gefühlen.

Jener Mann ist eine seltsame Mischung von Herrschendem und Aufständischem; und sein Aufstand richtet sich gegen Maß, Vernunft und Toleranz. Er ist das „Anti“ schlechthin, weil er positive Ziele kaum zu zeigen vermag: ein zaudernder, mal brutaler, mal wehleidiger Spieler.

Mit all seiner unkontrollierten, sprunghaften Energie ist er zum Symbol einer Ellbogen-Gesellschaft geworden. Er verkörpert das absolute Gegenbild einer solidarischen Gemeinschaft.

Jener Kandidat – das wäre in der Tat die Rückkehr nach Weimar: Das wäre die Radikalisierung der Republik, die unselige Konfrontation, die Zerrissenheit. Das wäre der innere Unfriede und die Zerrei-

probe für das Vertrauen, das man uns in der Welt entgegenbringt.

Und Vertrauen – das verstehen doch auch die Unternehmer – ist die Geschäftsgrundlage. Dieses Vertrauen, das wir uns mühsam erarbeitet haben, ist unser Kapital. Wir dürfen es nicht verschleudern.

Deutschland kann sich, mit anderen Worten, Strauß statt Schmidt nicht leisten. . . .

Weil jener Kandidat nur bedingt ernst genommen werden kann, müssen wir ihn besonders ernst nehmen. Das ist paradox. Aber vielleicht sollte man die Machtansprüche dieses paradoxen Deutschen gelegentlich auch einmal mit Lachsalmen ersticken? Wo die Gelegenheit ist, würde ich sagen: Lacht ihn aus,

Helmut Schmidt: Kein humaner Fortschritt ohne Frieden und Gerechtigkeit

Wir sind herausgefordert, den inneren Frieden, den äußeren Frieden zu sichern in den 80er Jahren, herausgefordert, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Ohne Frieden, ohne Gerechtigkeit gibt es keinen humanen Fortschritt.

Wir sind herausgefordert, die Erkenntnisse der Wissenschaft, die Entwicklung der Technik, die erstaunlichen Leistungen der Wirtschaft in menschlichen Fortschritt umzusetzen. Ohne das Humanum ist der Fortschritt sinnlos und gefährlich.

Wir sind herausgefordert, mit Sensibilität, auch mit der Phantasie der Jugend Kleinmut und Ängste zu überwinden. Manche haben Ängste an der Schwelle der 80er Jahre. Wer dagegen Ängste schürt, der versündigt sich.

Wir sind herausgefordert, die Freiheit zu verteidigen, auch und gerade gegen jene, für die das Wort Freiheit nichts anderes als ein Knüppel zu sein scheint, mit dem man auf den Gegner einschlägt. Wer das Wort Freiheit mißbraucht, bei dem ist die Freiheit nicht gut aufgehoben. Das müssen wir erkennbar machen, wenn die CSU Freiheit verspricht, die Meinungsfreiheit aber unter Druck setzt, wenn sie Freiheit verspricht, aber den Raum einengt, in dem kulturelle Leistung, nämlich Schule, Literatur, Film sich entfalten, wenn sie den sozialen Status beschneiden will, auf dem die Freiheit vieler Millionen einzelner Menschen ganz wesentlich beruht.

ehe uns mit ihm das Lachen vergeht, ehe er unser Land auf tragische Weise lächerlich machen könnte! Doch diskutiert mit denen, die von ihm mit seinem Trommelfeuer von Phrasen über den Haufen geredet werden, ruhig, sachlich, tolerant, freundlich. Zeigt durch Euren Stil, daß wir eine menschliche Partei sind. Beweist im Alltag, daß auch bei uns in Deutschland ein politisches Klima der Wärme und Freundlichkeit gedeihen kann.

Darin zeigt sich wahre Stärke – glaubwürdiger, zuverlässiger als in der Starke-Mann-Allüre des Vilschhofener Napoleon, der 1980 sein deutsches Waterloo erleben soll.

Die Kandidatur des Mannes von Sonthofen hat Sorgen ausgelöst. Da fürchten viele um den inneren Frieden, um den äußeren Frieden, um das internationale Ansehen, das sich unser Land in vielen Jahren geduldiger Arbeit errungen hat. Diese Befürchtungen sind gerechtfertigt. Jener Mann hat sich durch seine Vergangenheit selbst um seine politische Zukunft gebracht; denn Sonthofen läßt sich nicht kosmetisch wegschminken. Es zeigt den Mann in seiner wahren Natur. Keiner weiß, was ihm morgen einfällt. Auch für seine eigenen politischen Freunde ist er unkalkulierbar. Er ist für alle unberechenbar. Er darf nicht ans Ruder. . . .

Die Konfrontationsparolen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben, wollen es leichtmachen, Schritte abzuwehren: Schritte zur Öffnung des Bildungswesens für Benachteiligte zurückzudrängen, Schritte zur Verwirklichung der Gleichberechtigung abzuwehren, die nötige Verbesserung der Lage ausländischer Arbeitnehmer emotional zu verhindern. Konfrontation will sich nicht einlassen auf eine offene Debatte über neue Wege. Uns Sozialdemokraten ist dergleichen nicht erlaubt.

Wir werden am Ende dieses Jahres zum erstenmal seit 1974 den Zustand haben, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen höher ist als die Nachfrage. Für mich ist das Anlaß, mich bei allen an diesem Erfolg Beteiligten zu bedanken, vor allem beim Handwerk. Allerdings müssen wir uns bis 1983 weiterhin sehr anstrengen, vor allem wegen der Mädchen, wegen der Sonderschüler, wegen der Jugendlichen mit schwachen Schulnoten und wegen der Ausländerkinder.

Insgesamt hat die sozialliberale Koalition eine Veränderung der Bildungslandschaft herbeigeführt, die positiv zu Buche schlägt. 1965 war der Anteil der Abiturienten 7 %, heute sind es 23 %.

Der Anteil der Realschulabsolventen hat sich von einem knappen Viertel im Jahre 1970 jetzt auf ein gutes Drittel erhöht. Gleichzeitig ist es gelungen, den Anteil der Hauptschüler ohne Abschluß beträchtlich zu senken. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Studienanfängern hat sich von der Mitte des 60er Jahrzehnts bis heute von 6,5 % auf 16 % erhöht, also mehr als verdoppelt. Besonders deutlich haben die Mädchen unter den Abiturienten aufgeholt. Ihr Anteil hat sich von 37 % im Jahre 1967 auf inzwischen fast die Hälfte erhöht.

Die Opposition beklagt diese Erfolge. Sie meint, es bekämen zu viele Menschen ein zu hohes Bildungsniveau. Aber genau das war doch unser Ziel und muß es auch bleiben: das Ziel, daß auch der Arbeiterjunge, daß das Mädchen bessere Bildungschancen bekommt. Das bedeutet ja nicht, daß besser Ausgebildeten nachher der Wettkampf im Berufsleben erspart würde. Das bedeutet es nicht.

Statt den jungen Leuten Rat und Hoffnung zu geben, versucht die Opposition, eine Bildungszukunft als Schreckensbild zu malen. Wir erleben das bei dem Versuch, die Gesamtschule zu beseitigen. Da will sie 200 000 Gesamtschüler und ihre Eltern in Unklarheit darüber lassen, ob die Schulabschlüsse auch nach 1981 in allen Bundesländern anerkannt werden. Die Bundesregierung und die sozialdemokratischen und sozialliberalen Landesregierungen sind im Interesse der Kinder und der Eltern zur Fortsetzung der gemeinsamen bildungspolitischen Arbeit bereit. Wir weisen die konservativen Angriffe zurück. Gesamtschulen werden dort eingeführt, wo die Eltern das wünschen.

In allen großen Industrienationen der westlichen Welt gibt es Gesamtschulen, in Amerika, Kanada, Japan, Großbritannien, Schweden, Italien, Frankreich usw. Und was sich international bewährt hat, kann doch nicht allein in Bayern untauglich sein. Wir wollen den Bayern gewiß nicht hineinreden, aber ich bin sicher, die Deutschen insgesamt wollen keinen Rückfall in eine Bildungskleinstatelei.

Ein Wort zur Familienpolitik: Sozialdemokratische Familienpolitik ist nicht Bevölkerungspolitik. Es ist allein Sache von Mann und Frau, darüber zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben wollen.

Mir kommt es unredlich vor, wenn ehemalige Verfechter des Subsidiaritätsprinzips jetzt mit einem Male mit Hilfe der staatlichen Finanzen eine staat-

liche Geburtenpolitik anlegen wollen.

Unsere Familienpolitik geht aus von dem Respekt vor dem persönlichen Verhältnis zwischen den Ehegatten, von dem Respekt vor den Familien. Der Staat hat sich hier zurückzuhalten.

Wir wollen die volle Chancengleichheit der Frauen. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Gleichstellung der Rollen von Mann und Frau bei der Erziehung, bei der Betreuung der Kinder. Das ist leicht gesagt, aber bis zur Verwirklichung ist noch ein weiter Weg fort von den Gewohnheiten, die tief, tief eingegraben sind.

Dabei muß man auch die Arbeitsmarktpolitik im Auge behalten. Teilzeitbeschäftigung kann eine gute Sache sein, aber mit ihrer Betonung soll nun auch nicht der Zustand verlängert werden, in dem die Frauen weniger qualifizierte Arbeiten leisten als die Männer und in dem sie ein geringeres Einkommen haben. Wir müssen uns gegen die Tendenz wehren, daß weibliche Arbeitskräfte sozusagen als neue industrielle Reservearmee betrachtet werden.

Und ich sage ganz offen: Die Gewerkschaften müssen sich um die Leichtlöhnggruppen kümmern. Das kann ihnen der Gesetzgeber nicht abnehmen.

Ich verstehe, daß sich manche Frau, bisweilen sogar bitter, beklagt, Kinder zu haben, sei nur ihr persönliches Risiko. Wir sind uns einig: Mutter zu sein, darf nicht zu lebenslangen Nachteilen, erst im Beruf, später in der Rente führen.

Die Opposition geht von einem voremanzipatorischen Verständnis aus. Sie hofft, damit einen Anstieg der Geburtenzahlen auszulösen. Wir dagegen müssen uns allen Versuchen widersetzen, die Diskussion um den Rückgang der Zahl der Geburten zu Lasten der Frauen, zu Lasten der Mütter auszutragen.

Es gibt da eine These von der Kinderfeindlichkeit unseres Landes. Ich denke, sie ist erheblich überstrapaziert worden. Man sollte sie nicht einfach nachbeten.

Wahr ist: Für die Kinder bleibt noch vieles zu tun. Ich denke dabei vor allem an die türkischen, die jugoslawischen, die griechischen, die portugiesischen, alle anderen ausländischen Kinder, Hunderttausende, die mitten unter uns leben, aber in Wahrheit von unserem Leben sehr weit entfernt sind.

Heinz Kühn hat uns ein dankenswertes Memorandum über die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien vorgelegt. Die Analysen sind zum Teil bestürzend. Deutschland ist, in den letzten Generationen vor allem, ein Auswandererland gewesen, und wir wollen kein Einwandererland werden. Aber jetzt leben 4 Millionen Ausländer

unter uns. Für sie die richtige Einstellung zu finden, müssen wir lernen. Das ist nicht leicht; denn wir haben Hemmungen in uns selbst. Diese Hemmungen zu überwinden, die Integration derer zu verwirklichen, die hierbleiben wollen, insbesondere ihrer Kinder, die Instrumente dafür zu entwickeln, wird eine der ganz großen und ganz schwierigen Aufgaben der 80er Jahre. ...

Zu den großen Herausforderungen der 80er Jahre gehört nun auch der ungeheure technische Wandel: Mikroprozessoren und Kabelfernsehen als Beispiel genannt. Schon zu Otto Brenners Zeiten hat die IG Metall dem Gedanken ein öffentliches Forum gegeben, daß nicht alles, was technisch machbar sei, auch gemacht werden dürfe.

Es wäre falsch, die zukünftige Gestalt unserer Gesellschaft der technischen Entwicklung einfach anheim zu geben. Man muß die sozialen Folgen bedenken, man muß die humanen Folgen bedenken! Wer dies bedenkt, der ist kein Feind des Fortschritts, sondern er ist ein Vorkämpfer des sozialen und des humanen Fortschritts.

Technik ist das Ergebnis der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen. Sie ist die Basis unseres Wohlstands. Es ist die moderne Technik, die uns auch helfen wird, mit den ökologischen Problemen besser fertig zu werden: Autos werden in Zukunft weniger Lärm machen und weniger Benzin brauchen, und die chemisch-biologischen Kläranlagen reinigen unsere Flüsse.

Nun sind die Industriestaaten groß geworden mit einem fast unbegrenzten Fortschrittsoptimismus. Jetzt weicht dieser Glaube einer nüchternen Abwägung von Nutzen und Gefahren bei neuen Techniken.

Eines der wichtigsten Phänomene ist dabei die Entwicklung der elektronischen Kommunikationsmittel. Sie werden die Auseinandersetzungen in den 80er Jahren wesentlich beeinflussen, und sie können die Gesellschaft im Laufe der 80er Jahre wesentlich verändern.

Wir haben neulich auf dem medienpolitischen Kongreß darüber debattiert. Ich will mich auch selbst nicht wiederholen. Ich bin denen, die den Kongreß zustande gebracht haben, die die geistigen Leistungen dort gefördert haben, Egon Bahr zumal, dankbar.

Ich will hier nur sagen: Ich bin kein Fernsehmuffel, der anderen den Spaß am Bildschirm verleidet will. Aber ich denke doch, unser Familienleben, das Verhältnis zu den Kindern, das miteinander in unserer Gesellschaft, die Fähigkeit zum Gespräch, die

Muße zum Kreativen – das könnte alles von einer andersartigen Fernsehlandschaft noch mehr bedroht werden als schon bisher: das Fernsehgerät anstelle der Großmutter in der Familie.

Aber es könnte doch auch der politischen Manipulation Tür und Tor geöffnet werden. Die große Mehrheit des Volkes will das bestimmt nicht. Die Bundesregierung wird in ihren Zuständigkeitsbereichen über den Ausbau dieser neuen elektronischen Kommunikationssysteme – langsam bringt man es fertig, diese komplizierten Worte auszusprechen – erst dann entscheiden, wenn die humanen, die sozialen und die politischen Aspekte gründlich bedacht sind. Wer darüber nachdenkt, ist deswegen kein Kulturpessimist, sondern ein Humanist.

Die CSU und die CDU stecken hier in einem Dilemma. Da gibt es manche, die die Gefahren durchaus sehen und vermeiden wollen. Aber diejenigen, die dort das Sagen haben, sind reine Interessenten. Von Adenauer bis Albrecht – Herbert hat es gestern schon gesagt – wollen sie alle dasselbe: einseitige politische Einflußmacht mit Hilfe eines Fernsehens in Unternehmerhand.

Wir wollen das nicht. In dieser Frage stehen die Bürger im Wahljahr 1980 vor einer Weichenstellung. Für uns Sozialdemokraten heißt Meinungsfreiheit jedenfalls Meinungsvielfalt. ...

Wenn wir uns mit den grünen und bunten Parteien auseinandersetzen, darf man nun allerdings nicht nur die Maßstäbe des Umweltschutzes anlegen, sondern dann müssen die gleichen Maßstäbe angelegt werden, an denen die Menschen unseres Landes alle neuen und alle alten politischen Parteien und Politiker messen. Der erste Maßstab ist gewiß: Ist eine Partei, sind die Politiker einer Partei eigentlich regierungsfähig? Können sie umfassende Verantwortung für den Frieden tragen, oder läuft ihr Programm auf einer Schmalspur? Der zweite Maßstab ist: Können die Parteien, die Politiker gesellschaftliche Orientierung geben, können sie sittliche oder ethische Werte vermitteln?

Die grünen und die bunten Parteien sind zur Vermittlung gesellschaftspolitischer Orientierung in Teilbereichen ganz gewiß fähig. Das haben wir Sozialdemokraten auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes schon lange gekannt. Hingegen sind die „Grünen“ und die „Bunten“ nicht fähig, umfassende Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit zu übernehmen. Aber wir sind es, und wir haben es gezeigt, wie wir es auch im Umweltschutz gezeigt haben. Dies sind die Maßstäbe, die man an politische Parteien anlegt.

Was kann eine grüne Partei bei der nächsten Bundestagswahl tatsächlich bewirken? Sie könnte die lange herbeigesehnte – nicht von uns –, die lange vorhergesagte, lange herbeigewünschte Vierte Partei werden, wenn sie genug Zulauf bekäme, mit all den Konsequenzen, die diejenigen sich ausgedacht hatten, die eine Vierte Partei schaffen wollten.

Das sollten sich jene gut überlegen, daß sie der CDU/CSU mit nur 47 % der Stimmen doch eine absolute Mehrheit im Bundestag verschaffen könnten. Das sollten sich diejenigen gut überlegen, die mit dem Gedanken spielen, einmal „grün“ zu wählen. Der Schuß könnte nach hinten losgehen. Deshalb: Dort, wo die „Grünen“ bei den Wahlen als politische Partei antreten, sind sie unsere Gegner. . . .

Unsere Koalition mit der FDP ist eine Verbindung von zwei politischen Kräften, die schon immer – wenn auch lange, lange auf getrennten Wegen – für Menschenrecht, für Menschenwürde, für Freiheit gestritten haben. Jetzt haben wir uns als sozialliberale Koalition in zehn Jahren in der ganzen Welt eine solide Vertrauensbasis erworben. Wenn zwei Parteien miteinander arbeiten und etwas erreichen wollen, dann ist es gut, wenn sie beide ein festes Fundament haben. Aber sie brauchen beide auch ihre Freiräume, in denen sie denken und sich bewe-

gen können. Jeder von uns braucht seinen eigenen Freiraum. Wir haben jeder unsere Eigenständigkeit, und wir wollen sie behalten. Auch die FDP ist mit dem Ergebnis der gemeinsamen Arbeit zufrieden. Ich sehe für die Freien Demokraten bei den Bundestagswahlen gute Chancen. Allerdings könnte es ihnen schaden, wenn sie sich gegen uns Sozialdemokraten zu profilieren versuchten; denn die wirkliche Alternative heißt: entweder die bewährte sozialliberale Koalition oder Alleinherrschaft der CDU/CSU unter der Führung jenes Mannes. Das ist die wirkliche Alternative.

Unsere eigene, die sozialdemokratische Ausgangsposition für die Wahl ist gut. Meinungsforschungsinstitute bestätigen der sozialliberalen Koalition einen Vorsprung von einigen Prozentpunkten vor der Opposition. Im Vorfeld der Bundestagswahl beim letztenmal, 1976, war das gar nicht so. Die politischen Verhältnisse werden in den Umfragen positiv beurteilt. Die Regierung hat nach den Umfragen ein gutes Ansehen. Die allgemeine Wirtschaftslage wird von über 70 % positiv bewertet. Dementsprechend sind auch die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen. Wir können also mit Zuversicht ins Wahljahr 1980 gehen, wenn wir den anderen nicht unterschätzen.

Heinz Oskar Vetter: Wir brauchen die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei

Zehn Jahre lang trägt diese traditionsreiche Partei nunmehr Regierungsverantwortung in unserem Land, und das berechtigt durchaus zu Genugtuung und Selbstbewußtsein. Denn niemals vorher haben Sozialdemokraten in Deutschland so lange und so unmittelbar den Staat und die Gesellschaft gestalten, zumindest mitgestalten können. Und laßt es mich als schon von meiner Aufgabe her recht kritischer Begleiter sozialliberaler Regierungspolitik vor diesem Forum einmal deutlich aussprechen: In diesen zehn Jahren ist viel für die Arbeitnehmer getan worden. Diese Aussage hält jeder Nachprüfung stand und ist auch nicht durch Wahlpropaganda ins Wanken zu bringen. . . .

Wenn vor hundert Jahren die Löhne der meisten

Arbeitnehmer jämmerlich waren, dann lag es daran, daß sie ihrem Arbeitgeber als einzelne gegenüberstanden, und es hat lange gedauert, bis die Tarifpolitik eine Wende gebracht hat. Tarifautonomie ist also nicht nur unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Verfassung, Tarifpolitik ist auch ein wesentliches Mittel des sozialen Fortschritts. Vergessen wir das nicht, wenn sie immer wieder eifertig zur Disposition gestellt wird, wenn staatliche Verantwortlichkeit oder die höhere Weisheit professoraler Gremien beschworen werden. Man braucht keine prophetische Gabe, um für die nächste Zukunft solche Auslassungen, die vor „Verantwortungsbewußtsein“, vor „Allgemeinwohl“ nur so trüben, vorherzusagen. Vergessen wir nicht, daß solche Kassandrarufer ertönen, wenn die Preisgestaltung an ganz anderen Ellen gemessen wird als an der des Gemeinwohls. Da müssen dann eben Ölscheichs, Ayatollahs und andere Zwänge herhalten, um üble Manipulationen mit nationalistischer Schicksalhaftigkeit zu kaschieren.

Behalten wir also im Bewußtsein: Angriffe auf die

Tarifpolitik sind Angriffe auf eine hart erkämpfte soziale Errungenschaft, und die Aushöhlung der Tarifautonomie ginge an die Substanz der demokratischen Verfassung. In dem Entwurf unseres neuen Grundsatzprogramms sagen wir: Die eigenverantwortliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen ist allein Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitgeber und ihrer Verbände. Jeder staatliche Eingriff in die Tarifhoheit ist unzulässig.

Und ein Zweites: Die Aussperrung als Willkürinstrument der Arbeitgeber ist in jeder Form verfassungswidrig und muß verboten werden.

Liebe Freunde, den Gewerkschaften ist es sehr ernst mit diesen Aussagen. Wir werden in der nächsten Zeit eine Offensive gegen die Aussperrung starten, ja starten müssen, und wir brauchen dabei die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei und zählen auf sie. . . .

Genossinnen und Genossen, wenn bis auf den heutigen Tag die Mitbestimmung in den Betrieben und in der Wirtschaft nur bruchstückhaft verwirklicht ist, dann liegt das vor allem an dem zähen Widerstand von Unternehmern, an politischer Uneinsichtigkeit und politischem Wankelmut. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß in der gesamten Produktion, beim Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisationen, verwirklicht werden. So steht es nämlich schon in den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, die der Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor nunmehr 60 Jahren beschlossen hat. Wir sind noch ein gutes Stück von diesem Ziel entfernt.

Wir sind bei dem Versuch, das Mitbestimmungsgesetz von 1976 loyal anzuwenden, auf den verbissenen Widerstand einer ganzen Anzahl von Arbeitgebern gestoßen. Daß viele Arbeitgeber das Plombieren, ja Zähneziehen selbst am Milchgebiß eines solchen Gesetzes nicht unterließen, demonstriert politische Kurzsichtigkeit und mangelnde Kompromißbereitschaft.

Wir sind froh, daß das Bundesverfassungsgericht unserer Mitbestimmungspolitik Gestaltungsraum gelassen hat, und die Gewerkschaften werden und müssen ihn nutzen, wenn sie eines ihrer großen Ziele, die gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitnehmer an allen Entscheidungen der Wirtschaft, erreichen wollen.

Es ist gut, die SPD in diesen Bemühungen so an unserer Seite zu wissen, wie das etwa in dem Leitartikel zur Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommt. . . .

Nun, liebe Freunde, möchte ich zu einem Thema kommen, das hier ja auch eine große Rolle spielt. Wir, die Gewerkschaften, sind der Meinung – und es handelt sich dabei um Beschlüsse unserer höchsten Wahlorgane, wie sie auch in das Aktionsprogramm eingeflossen sind –, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie gegenwärtig nicht unterbleiben kann. Niemand, der für eine radikale Abkehr von der Atomenergie plädiert, hat uns schlüssig erklärt, wie wir unter anderem die damit verbundenen Arbeitsplatzprobleme bewältigen können. Und es wird schwer zu erklären sein, wie man auf kürzere Sicht ohne eine praktikable Absicherung der Einschränkung oder weiteren Verteuerung der Ölimporte Herr werden kann. Ich meine, dies ist eine unmißverständliche Aussage; sie sollte auch so gewogen werden.

Wir haben in unserem neuen Aktionsprogramm aber auch festgelegt, daß bei einer solchen Nutzung die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbetrieb und bei der Entsorgung zu gewährleisten ist. Ich zitiere aus dem Aktionsprogramm:

„Auf die Nutzung von Kernenergie muß verzichtet werden, wenn sich nach einer erneuten gewissenhaften Überprüfung beim Reaktorbetrieb herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Für diesen Fall ist eine internationale Vereinbarung anzustreben.“

Überhaupt empfehle ich bei dieser Diskussion durchaus den Blick über unsere Grenzen hinaus.

Wir sind also als Gewerkschaften keine Kernenergie-Enthusiasten. Wir wissen um deren möglicherweise unabsehbare Spätwirkungen. Deshalb muß die Kernenergie jederzeit beherrschbar sein, und ein Ausstieg muß möglich bleiben.

Und noch ein anderes – und dazu möchte ich ein Wort zitieren, das vor zwanzig Jahren gesprochen worden ist, aber seine Aktualität nicht verloren hat. Da sagt ein Mann dieser Partei:

„Das Verhalten der privaten Wirtschaft, besonders in den mit hohen Gefahren verbundenen Industriezweigen, hat sehr deutlich gezeigt, daß private Unternehmungen nicht immer bereit sind, die im Interesse der Gesundheit und öffentlichen Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu treffen. Darum gehören Atomkraftwerke wie Kernbrennstoffe in die öffentliche Hand.“

Es war kein früher Grüner oder Atomkraftgegner, der das so formulierte; es war Heinrich Deist, der dies 1958 beim Stuttgarter Parteitag sagte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sicher das

Thema Atomenergie und Kernkraftwerke zentraler Punkt des kommenden Wahlkampfes sein wird und so klar unsere Entscheidungen auch sein mögen, so sehr sollten wir alle uns davor hüten, den Gegner durch Aufkleben eines Etiketts erledigen zu wollen. Wir müssen die Kompromißfähigkeit unserer Gesellschaft auch in dieser Frage erhalten oder wiederherstellen. Der DGB hat jedenfalls in seinem neuen Aktionsprogramm und in dem Entwurf seines

Walter Jens: Grüßwort der sozialdemokratischen Wählerinitiative

Herr Vorsitzender! Lieber und verehrter Willy Brandt! Verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freude! „Der Liebe Gott“ – so war vor Jahresfrist zu vernehmen – „ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen, und deshalb hat es auch nicht den geringsten Sinn, von Chancengleichheit zu reden. Die Menschen sind nun einmal ungleich, die einen gescheit, die anderen weniger gescheit.“ – Das ist kein Zitat aus dem 19. Jahrhundert, hier hämmert kein wilhelminischer Pfarrer den Plebejern draußen vor dem Kirchentor den altvertrauten Herrschaftssatz der Christen ein: „Hoch oder niedrig schuf sie Gott und gab jedwedem seinen Stand.“

Nein, hier redet – offenbar aus genauer Kenntnis des Lieben Gottes und seiner Gedanken heraus – der Kanzlerkandidat der CSU.

Und schon sieht er sich im Kampf gegen die „roten Systemveränderer, die wie Ratten aus ihren Löchern herauskommen“, Ungleichheit im Sinne des „So-ist-es-nun-einmal“ zum Weltprinzip erklärt, zur Ordnung verbürgenden Formel, wo bildlich im ex cathedra bavarica ergangenen Machtspruch neben bürgerlichen Liberalen auch der Großteil christlicher Sozialreformer von einer Stunde zur anderen in Nagetiere verwandelt werden, all jene, liebe Freunde, die, weit entfernt von Gleichmacherei, seit Rousseau darauf bestanden, daß jeder Mann die gleiche Chance haben müsse, ungleich zu werden.

„Zurücknahme der Aufklärung und ihrer bis heute nicht verwirklichten Gleichheitsappelle“ heißt die Wahlparole der Rechten, Widerruf aller Reformen, die darauf abzielten, das zweite Prinzip der bürgerli-

Grundsatzprogramms seine Vorstellungen von der Gestaltung der Gegenwart und den Aufgaben der Zukunft niedergelegt, und wir hoffen, daß sie auch den Parteien als Hinweise bei ihrer Politik und Programmatik dienen. Uns Gewerkschaftern werden diese Vorstellungen jedenfalls einen verlässlichen Maßstab bieten bei der Bewertung der praktischen Politik der Parteien und ihrer geistigen und moralischen Fundamentierung.

chen Revolution endlich in seine Alltagsrechte zu setzen. Darum unter der Devise: „Was ist, das ist gut, und was alt ist, das ist auch bewährt“, der Kampf gegen unsere Gesamtschule, die Unterscheidung zwischen einem Elternrecht, das schwarz und gut, und einem anderen, das rot und böse ist.

Darum die unverhohlene Entschlossenheit der Reaktion, der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes, der Mehrheit, die man von der Teilhabe an kultureller Betätigung ausschließt, ein Privatfernsehen vorzusetzen, das zu einer Volksverdummung ohnegleichen führen wird. TV à la „Bild“ heißt die Gesamtschule der Nation! Ich nutze die Stunde, um das vielen zu sagen, mit denen ich in anderer Weise sympathisiere: Mitgeschafften wider Willen von jenen Grünen, die mehr Lebensqualität für alle erstreben und in gespenstischer Umkehr ihrer Intentionen den Profit einiger weniger fördern. Ausgerechnet diejenigen, für die der NDR eintrat, die ehrenwerten Rebellen, haben durch ihre Stimmabgabe mit dafür gesorgt, daß der Sender jetzt vielleicht zerschlagen wird, das pure Gegenteil des Erstrebten erreicht. Bedenkt im Blick auf die Wahl, Freunde der Grünen, diese politische Lektion. Bedenkt, mit welchem Zynismus die gleichen Kräfte, die sich gestern anklagend über die Hessischen Rahmenrichtlinien ergingen und mit nimmermüdem Elan für den „Faust“ und „Die Jungfrau von Orleans“ stritten, heute für den kulturellen Ausverkauf plädieren – ein Geschäft das eine und das andere –, für den Fernsehramsch vom Boulevard und jenes auf Personality-Shows eingeschworene Kommerzfernsehen, dem – ich bin dessen sicher – viele Schriftsteller in diesem Land, und nicht die schlechtesten, ebenso entschlossen wie einst dem Adenauer-Fernsehen ihre Mitarbeit versagen werden. Da machen wir nicht mit!

Ihr Sozialdemokraten könnt in diesem Punkt auf uns zählen, und Ihr könnt auch dort auf uns zählen, wo es gilt, in nüchtern-rationaler Kritik ein Pseudo-

Wertsystem zu entlarven, das sich jüngst auf dem CSU-Parteitag als kleinbürgerlich verworrene Ideologie offenbarte. Mit der kulturevolutionären Umwälzung in unserem Lande müsse jetzt Schluß sein, bedeutete der Vorsitzende Strauß den Delegierten und verlegte China trotzig an den Rhein. Mit der Umwertung aller Werte sei es nun genug. Umwertung aller Werte: Da kommt der Salto von Mao zu Nietzsche – gedacht wird nicht; alles zu allem flüht sich. Wahrhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit dürften nicht länger mehr abgetan werden, ganz zu schweigen von ethisch begründeten Werten. – Wahrhaftigkeit – man hört es mit Staunen – ist demnach kein moralisch begründeter Wert.

Angesichts solchen Aberwitzes wird es begreiflich, warum gewisse Leute heute mit aller Gewalt eine andere und bessere Schule verhindern möchten, eine Schule, in der beispielsweise gelehrt wird, daß Worte wie Disziplin, Anstand, Familiensinn, oder was immer einer, scheinbar ewige Werte beschwörend, anführen mag, ohne konkreten Bezug nicht das geringste bedeuten. Von Anstand und Disziplin, von Sauberkeit und Pünktlichkeit haben auch Goebbels und Himmler gesprochen, von Familiensinn die Anwälte autoritärer Herrschaftsstrukturen. Die Worte als solche, leerformelgleich und beliebig verwendbar, sind zunächst, sind zunächst einmal Machtinstrumente. Wie sehr, das beweist der Begriff FDGO, freiheitlich-demokratische Grundordnung, der heute für viele eher als Drohformel denn als Hoffnungspartikel erscheint und damit unsere nicht nur Recht, sondern Gerechtigkeit versprechende Magna Carta, das Grundgesetz, aus dem Blick gerückt hat, von dem einer, den wir in dieser Stunde schmerzlicher denn je vermissen, unser Adolf Arndt, gesagt hat, es beschreibe eine offene Verfassung, die nur im eigenverantwortlichen Selbertun der Bürger Wirklichkeit werde und nicht in der Demuthaltung vor machtgeschützter Autorität.

In einem Augenblick, da die Grundrechte des einzelnen in diesem Lande vielleicht so gefährdet sind wie niemals zuvor seit der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, gefährdet durch die Folgen offener und geheimer Zensur und durch bürokratische Einschüchterung – ein „Kursbuch“ im Gepäck an der Grenze, ein Amnesty-International-Plakat im Spind, ein Marx-Zitat in der Examensklausur, ein aufmüpfiges Gedicht im Lesebuch, einerlei ob von Grass oder von Goethe, eine Annonce zugunsten eines entlassenen Kollegen in der Zeitung; vielleicht verstößt heute einer gegen jene FDGO, die für einen Großteil der kritischen Generation, nicht den

schlechtesten, zu einer Panzerfaust des Staats geworden ist –, in einem solchen Augenblick – will ich sagen – kommt alles darauf an, die Grund- und die Freiheitsrechte nicht nur defensiv, den Blick immer nach rechts gewandt, zu schützen, sondern sie im entschiedenen und entschlossenen Gegenentwurf zu den Auslegungen der Konservativen zu erweitern.

Das ist unsere Perspektive, das ist unsere Zielvorstellung, unsere Moralität –, zu erweitern, um so der obrigkeitungsverordneten FDGO wieder den Geist einer Verfassung zu geben, deren Qualität sich nach dem Engagement der Bürger bemißt; ja, das ist unser Staat.

Um dies zu erreichen, ist zweierlei nötig, zum ersten die Aufhebung aller Gesetze, Vorschriften und Verordnungen, die – erlassen, um den Staat und seine Bürger vor den Feinden der Verfassung zu schützen – in den letzten Jahren dazu geführt haben, daß in reaktionärer Gebotsauslegung der Staat und die Verfassung als Feinde der Bürger erschienen. Erweiterung der bürgerlichen Freiheitsrechte, Rückbesinnung auf ein Grundgesetz, das einlädt und nicht befiehlt, das nicht Gehorsam verlangt, sondern Fragen aufwirft und Möglichkeiten skizziert: das ist das eine. Das andere: die Verwirklichung der Überlegung, daß Demokratie, Volksherrschaft im wahrsten Sinne des Wortes, erst dann gegeben ist, wenn die durch den liberalen Staat gewährleisteten Freiheitsrechte soziale Wirklichkeit werden, wenn der Rechtsstaat gut hegelianisch im Sozialstaat aufgehoben wird, dort, wo er seine eigentliche Intention erfüllt, die Gesellschaft der Freien und Gleichen zu schaffen. Mein Vorredner hat darüber gesprochen.

Gefingt diese Umwandlung nicht, bleibt der Zentralbereich jenes Gebiets der Ökonomie als eine Art von Feudalrelikt erhalten, dessen Herrscher uns einreden möchten („Industrie-Kurier“), die Wirtschaft sei so wenig zu demokratisieren wie die Schulen, die Kasernen und die Zuchthäuser – ein Vergleich, der für sich selbst spricht. Mißlingt die Wirtschaftsdemokratie, dann – dies hat unser sozialdemokratischer Staatsrechtslehrer der Ersten Republik, Hermann Heller, gezeigt – verzichtet man um der Erhaltung wirtschaftlich privilegierter Gruppen willen am Ende auf Rechtsstaat und Demokratie.

Vergessen wir doch nicht, daß – ungeachtet aller materiellen und humanen Errungenschaften durch die Gewerkschaften – Millionen von Bürgern auch heute noch zugleich in zwei Jahrhunderten leben, tagtäglich: in der Rechtsgemeinschaft unserer Zeit und jenseits des Fabriktors im hierarchisch gegliederten Feudalstaat, wo befohlen und gehorcht wird

und bürgerliche Freiheitsrechte den Charakter einer gewährten Gnade gewinnen, in einem Bezirk, wo nicht nur die großen Begriffe, sondern auch die ihnen nachgeordneten Worte sich umzukehren beginnen. Leistung! Man muß einen Metallarbeiter reden hören („Was leiste ich denn schon von morgens bis abends?“), um zu erkennen, daß Leistung ohne konkreten Bezug so gut eine Leerformel wie Anstand und Wahrhaftigkeit ist. Was freiwillig gegeben, Selbstverwirklichung des Menschen in einer humanen Gesellschaft verbürgt, erweist sich, abverlangt, unter Quantitätsaspekten und unter Gewinnfragen berechnet, so als Wertbegriff einer vordemokratischen Sozietät, einer Gesellschaft, von der gesagt wird: Die wirtschaftliche Diktatur in den Händen ganz weniger, sie führt dazu, daß diese wenigen den Blutkreislauf des Ganzen so sehr beherrschen, daß gegen ihren Willen niemand atmen kann. Das war 1931, päpstliche Enzyklika, Quadragesimo anno.

Das nenne ich eine Kampfansage, die sich übernehmen läßt, wenn auch nicht mit der Entschiedenheit jenes Johannes XXIII. formuliert, der sich, mit Strauß, Zimmermann und Biedenkopf verglichen, Anno 1979 wie ein roter Freischärler aus den Abruzzen ausnimmt, wenn auch nicht mit jener Entschiedenheit formuliert, so doch immerhin schärfer als das Godesberger Programm. Liebe Freunde, das ist Grund genug für die Verfechter der These, daß allein die Verwandlung des bürgerlich-liberalen Rechtsstaats in eine soziale Demokratie die Dreiecksformel der Französischen Revolution verwirklicht. Das ist Grund genug – ich kann es nicht oft genug sagen –, um sich weniger verschämt als bisher, vielmehr mit jener gelassenen Verve, die das gute Gewissen eingibt, zu seiner Position zu bekennen.

„Wie“, fragt man, „Sie sind Sozialist?“ Antwort: „Was denn sonst? Sie nicht? Dann muß ich für Sie beten, Bruder!“

So stelle ich mir die Antwort vor, offensiv und nicht verklemmt und immer ein bißchen rückweichend. Man kann ja auch einmal links Pfosten ein-klemmen. Wir sagen heute dasselbe wie vor zehn Jahren, galten damals als Scheißliberale und stehen heute an der äußersten Linken. Da müssen doch andere irgendwohin marschiert sein!

So, liebe Freunde, hätte z. B. der große sozialdemokratische Theologe Karl Barth sprechen können, den man von befreundeter Seite im Jahre 1939 bat, er möge aus Tarnungsgründen seine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beenden. Aber Barth winkte ab. Nein, das täte er

nicht, er hinge nun einmal – wörtlich – an seinem armen, kleinen Mitgliedsbuch, und was die Partei angehe, so könne er sich von ihr nicht trennen, weil sie die Partei der Arbeiter sei – pardon: Arbeiterklasse sagte Barth –, dazu die Partei, die Demokratie in Deutschland verbürge und schließlich und vor allem die Partei des Nicht-Militarismus; will heißen: eine Vereinigung, die in ihrer langen Geschichte ein Gut höher als alle anderen eingeschätzt habe, den Frieden.

Ich denke, wir haben Grund, uns gerade jetzt der Sätze Karl Barths in einem Augenblick zu erinnern, wo uns die evangelische Kirche der DDR und mit ihr in dramatischem Appell diejenigen, die uns in zweifacher Weise die Nächsten sind, ermahnen, wir möchten um des Friedens und der Versöhnung willen keine Beschlüsse mittragen, die allzu leicht, von mächtigen Lobbys weiter verfolgt, auf Kosten der Wehrlosen gehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Karl Barths Partei der Kleinen, denen man die entscheidende, ein Leben in Selbstbestimmung und Solidarität verbürgende soziale Gleichheit bis heute versagt, diese Partei, die darum kämpft, wie sie um die Freiheit der Produzierenden kämpft, der Millionen, die vor Ort kooperieren, wird eingedenk ihrer Geschichte das eine und das andere, Freiheit und Gleichheit, nur dann verwirklichen – dann aber gewiß –, wenn sie die dritte Formel der Französischen Revolution, Brüderlichkeit, im Zeichen des zu bewahrenden Friedens, zu ihrem ersten Programmpunkt erhebt.

In Sachen der Menschenrechte, vor dem Gesetz und in der Arbeit die erste zu sein macht einer Partei hohe Ehre, in Sachen der Rüstung die letzte zu sein, macht ihr größere –, weil sie in Erfüllung sozialdemokratischer Tradition der zur Feiertagsideologie von Konservativen heruntergekommenen Hinterlassenschaft der Aufklärung, Lessings Hinterlassenschaft, den Charakter eines Politikums gibt und den Rahmen aufzeigt, in dem Menschenrechte realisiert werden können. Darum ist es für mich konsequent und recht, wenn die Partei in der Frage der Rüstungsbeschlüsse zuerst an jene denkt, die sich in der DDR der von oben erzwungenen Unterzeichnung des Breschnow-Papiers verweigert und uns deshalb aus eigenem Antrieb um so inständiger mahnen, wir möchten als Patrioten und Anwälte des Friedens zugleich unsere und ihre Rechte vertreten, ohne wenn und aber, einerseits und andererseits; wir möchten sie im Sinne eines geheimen gesamtdeutschen Friedensauftrags vertreten und nicht mit den Interpreten vermeintlicher Zugzwänge und

schon gar nicht mit jener militanten Rechten marschieren, die – kaum steht die Vision noch schrecklicherer, noch grauenhafterer Waffen am Horizont – unter der Tucholsky-Devise: Gewehre rechts, Gewehre links, das Christkind in der Mitte mit vorlauter Verwegenheit ihr dröhnendes Ja signalisiert; aber klar doch und zwar sofort und natürlich auf deutschem Boden.

Beides zusammen, der Kampf für die sozialen und politischen Grundrechte des Menschen und für den Frieden, gibt, denke ich, der Partei, die für die andere und bessere Geschichte unseres Landes einsteht, die Geschichte der Besiegten aber nicht vergessen hat, die Geschichte der Aufrechten, deren Namen kein Lesebuch nennt, die Geschichte der Opfer, die man, von Kenntnis so weit entfernt wie von Humanität, jüngst ihren Henkern gleichstellen wollte (Sozialismus gleich Nationalsozialismus), die Geschichte der Emigranten, die, in Ermangelung einer deutschen Trauerarbeit, heute zum zweitenmal verketzert, damals der Welt bewiesen haben, ob sie nun Willy Brandt oder Herbert Wehner heißen, daß das Deutschland Bebel's einst und das Deutschland Hitler's ein anderes ist, beides zusammen gibt der Sozialdemokratie jene verlässliche Humanität und Glaubwürdigkeit, die Thomas Mann meinte, als er

Willy Brandt: Kritische Anmerkungen zum Ablauf des Parteitages

Niemand, der sich hier in der Sachauseinandersetzung nicht hat durchsetzen können, braucht deshalb zu resignieren; niemand darf resignieren; niemand soll und muß mit dem Gefühl nach Hause fahren, er sei abgeblitzt. Zur demokratischen Willensbildung – wem sage ich es hier – gehört sowohl die Fähigkeit, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren, als auch die Chance, auf Themen, Gesamthemen und Einzelkomplexe zurückzukommen, wenn und wo es die Entwicklung erforderlich erscheinen läßt. Es mag eine Binsenwahrheit sein – aber das macht sie nicht falsch –: Wir alle, liebe Freunde, haben immer wieder zu prüfen, was Sache ist, also was wir wissen und was wir wissen können. Nur die Fähigkeit und die Bereitschaft zu solch ständiger Prüfung und Selbstprüfung gibt uns das Recht zu sagen, daß die Sozial-

demokraten lähig sind, die Probleme der 80er Jahre zu meistern und unseren Menschen im Rahmen des Möglichen Sicherheit zu vermitteln.

Nun sollte es wohl eigentlich, liebe Genossinnen und Genossen, nicht zum Ritual werden, daß der Vorsitzende, ein Vorsitzender, am Ende eines Parteitages immer wieder kritische Anmerkungen zu Arbeitsbelastung und Verlauf der Beratungen machen und die Frage stellen muß, ob wir mit der Anlage unserer Parteitage auf dem richtigen Wege sind. Hier wird zugerufen: „Ändern müssen wir das“. Ändern können wir es nur, wenn die Organisation es hinreichend mitdiskutiert und dann mitträgt. Damit müssen wir vor dem nächsten Parteitag früher beginnen, aber erst unmittelbar nach den Bundestagswahlen. Bis dahin haben wir alle sonst genug zu tun. Wir müssen also nach der Bundestagswahl prüfen, es vorbereiten: Was kann verändert werden? – nicht um Rechte zu schmälern, sondern in Wirklichkeit, um innerparteiliche Demokratie durch Straffung zu stärken. Ich meine, wir können uns nicht länger bloß

die These vertrat: Allein in der Gestalt des Sozialismus, anders nicht, findet Demokratie heute ihre eigentliche, ihre moralische Existenz.
So, liebe Freunde, hat einmal ein deutscher Bürger gesprochen, dessen Erbe, das Vermächtnis der Kunst und Philosophie, wir gegen den Ansturm derer verteidigen werden, die angetreten sind, Aufklärung, Befreiung aus der Unmündigkeit und Emanzipation des Gewissens zu widerrufen.
„Tut nichts, der Jude wird verbrannt“, hieß es einst, Ratten und Schmeißfliegen werden nicht nur von Strauß heute die Anwälte der Vernunft genannt. Doch keine Angst deshalb, die Stimme der Teufels-austreiber ist heiser geworden. Der Irrationalismus mit seinem Phrasenwirrwarr entlarvt sich selber von Tag zu Tag mehr. Während in Sont- und Vilshofen auf Angst und Emotion und die dunklen Kräfte des Unterbewußten, den Kollektivrausch und die blinde Aggression gesetzt wird, erklären wir mit Lessing und wissen was wir tun, wenn wir als unsere Parole, die alte Parole der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Nathan den Weisen zitieren:

„Doch nun kommt die Vernunft allmählich wieder.“ Dafür werden wir kämpfen; die Gegner werden das merken. Nehmt uns Sozialdemokraten in Pflicht!

über Antragsflut und Papierberge beklagen, sondern wir müssen gründlich über die Reform von Parteitagen beraten.

Übrigens sind zu Beginn der Arbeit hier in Berlin Zweifel geäußert worden, ob es richtig war, Arbeitsgruppen zu bilden. Da wird man die Erfahrungen austauschen müssen. Ich persönlich glaube: Wir haben damit nicht schief gelegen; denn ohne die intensive und engagierte Diskussion in den Arbeitsgruppen am Dienstag hätten wir vermutlich noch größere Schwierigkeiten gehabt, das Pensum zu bewältigen.

Es bleibt jedoch nicht befriedigend, daß eine solche Vielzahl von Anträgen nicht eingehend beraten werden konnte. Ich sage noch einmal: Die Lebendigkeit und das demokratische Engagement unserer Partei dürfen natürlich nicht geschwächt, sondern müssen nach Möglichkeit noch verstärkt werden.

Willy Brandt: Zum Antrag des Parteivorstandes „Erhöhung der Zahl der Parteivorstandsmitglieder“

Ich beziehe mich auf § 23 des Organisationsstatuts, in dem es heißt: „Er – der Parteivorstand – besteht aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer (Schatzmeister) und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder.“

Dort steht nicht: 32 Mitglieder. Dort steht vielmehr, daß der Parteitag das festlegt.

Eine der drei Frankfurter Zeitungen, nämlich die, die die Leitartikel auf der ersten Seite hat, lag völlig schief, wenn sie vor dem Parteitag schrieb, hier würde eine Satzungsänderung vorgeschlagen. Dafür bräuchten wir ja auch eine qualifizierte Mehrheit. Das ist also nicht der Fall. Der Parteivorstand hat am 5. November, nicht einstimmig, wie ich ausdrücklich betonen muß, aber mit großer Mehrheit auf Vorschlag des Präsidiums empfohlen, daß auf diesem Parteitag der Parteivorstand aus 4 plus 36 Mitgliedern bestehen soll, nicht Beisitzern, sondern Mitgliedern des Parteivorstands: 4 plus 36.

Dann hat der Bundesgeschäftsführer allen Delegierten unter dem Datum des 7. November dies mitgeteilt. Der mittlere Absatz dieses Rundschreibens,

Aber die Fragen für die Zukunft sind:

Erstens: Welche Themen sollen wirklich die Schwerpunktthemen sein, und wie werden sie vorbereitet? Das kann man nicht dem Wildwuchs der vielfältigen Initiativen allein überlassen.

Zweitens: Müssen Anträge immer so lang werden, daß sie schließlich die Länge von Dissertationen haben, während sie doch eigentlich Richtlinien angeben sollten?

Drittens: Müssen wir uns nicht noch mehr bemühen – da sind allerdings schon Fortschritte erzielt worden, wenn ich das mit den letzten Parteitagen vergleiche –, auch auf die Sprache zu achten, um so zu sprechen und zu schreiben, daß die Mehrheit unsere Politik begreifen kann? Wenn wir das wollen und wenn es unserer Arbeit gut bekommen soll, muß unsere Sprache deutlich, kurz und klar sein. . . .

das ihr vor knapp einem Monat alle bekommen habt, enthält die Begründung. Sie lautet dort:

Um eine bessere regionale Vertretung im Parteivorstand sicherzustellen und auch die Chancen für die Wahl einer größeren Anzahl von Frauen in den Parteivorstand zu erweitern, schlägt der Parteivorstand dem Parteitag eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstands von 36 auf 40 vor.

Nun kann man, wenn man kritisch sein will – und warum soll man es nicht auch auf diesem Gebiet sein –, beide Elemente dieser Begründung relativieren. Der Parteivorstand soll ja nicht eine verkleinerte Darstellung des Parteirats mit seiner regionalen Gliederung sein. Gleichwohl wird man darauf achten müssen, daß neben anderen Gesichtspunkten auch die regionale Gliederung nicht außer Betracht bleibt. Zweitens – dazu habe ich gestern schon im Schlußwort meine Meinung gesagt – verstehe ich jene, ob Frauen oder Männer, die sagen: Warum wählen wir nicht bei Aufrechterhaltung der Zahl mehr Frauen? Ja, das sagt sich leicht. Aber ich weiß doch mit vielen, die hier sitzen, was bei der Wahl herauskommen würde. Das heißt, ich bin mit anderen zusammen zu dem Ergebnis gekommen: Dies ist jetzt das Mittel, mit dem wir praktisch mehr Frauen in die Führungsfunktionen der Partei einbeziehen können. Das andere ist eine Erwägung, auf die wir zurückkommen. Es wird ja eines Tages überflüssig werden, solche Initiativen zu ergreifen, um das voranzubringen.

Schließlich hat mich einer meiner Freunde im Parteivorstand auf einen Aufsatz von Eduard Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ aus dem Jahre 1912 hingewiesen. Da hat Eduard Bernstein sich mit einer vergleichbaren Frage auseinandergesetzt, und zwar im Sinne derer, die das jetzt kritisieren werden. Er hat gesagt: Glaubt nicht, daß die Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder – das war also noch

die alte Bebel'sche Partei kurz vor dem Ersten Weltkrieg – zu machen ist, ohne daß daraus mehr Bürokratie wird. Das glaube ich versprechen zu können, daß dies nicht der Fall sein wird. Wenn ich mich hier schon auf den Vater des Revisionismus beziehe bzw. man mich auf ihn verwiesen hat, dann bin ich in diesem Fall für eine kleine Revision, die die Gleichberechtigung ein Stück voranbringt.

Friedrich Halstenberg und Herbert Wehner zum Thema „Morgenpost“

Friedrich Halstenberg:

Kein Mensch kann in Abrede stellen: Es muß, wie auch der Antrag 250 dies von uns fordert, alles Erdenkliche getan werden, und das ist auch geschehen, damit die „Morgenpost“ auf dem sonst monopolisierten Markt erhalten wird. Was wir aber dazu – und das will ich glaubhaft zu machen versuchen – nicht mehr können, ist, dies in eigener Produktion, in einem eigenen Unternehmen zu leisten. Ab Frühjahr 1980 steht die unwirtschaftlich gewordene Druckerei nicht mehr zur Verfügung. Das 1976 aus Liquiditätsgründen verkaufte Pressehaus muß geräumt werden. Eine neue Druckerei können wir nicht auslasten und daher nicht finanzieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Partei kann die Verluste der Hamburger Betriebe nicht mehr tragen. Durch Dauerverluste geschwächt, seit einem halben Jahrzehnt im Ungewissen lavierend, durch Dauersubventionen entmotiviert, können wir diese Betriebe aus eigener Kraft nicht mehr sanieren. Die schon lange überfällige Schließung konnte daher nicht vermieden werden.

An den sehr schwierigen Beratungen hat, wie es unsere Vereinbarungen vorsehen, Walter Hessebach mit seinem sachverständigen, kritischen Rat teilgenommen. Nach langwierigen Verhandlungen ist die Schließung im Herbst vom Aufsichtsrat im Vermittlungsverfahren beschlossen worden.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Schließung der Betriebe hätte nur bei der sogenannten kommerziellen Lösung vermieden werden können. Das ist die Lösung, die uns mit dem Hamburger Marktbherrscher verbunden hätte. Das wäre sicherlich betriebswirtschaftlich richtig gewesen; politisch war

aber kein Sinn darin. So konnte ich leider auch die Chance, die Arbeitsplätze zu sichern, was dabei möglich gewesen wäre, nicht wahrnehmen. Es gibt also dafür, daß wir einen betriebswirtschaftlich, betriebstechnisch vereinbarten Weg nicht gehen können, vor allem ein politisches Motiv. . . .

Herbert Wehner:

Der Teil des Berichts des Schatzmeisters, der das Unternehmen „Morgenpost“ betrifft, kann hier nicht in aller Breite erörtert werden. Ich wäre dankbar gewesen, wenn er in anderen Gremien in aller Deutlichkeit hätte erörtert werden können.

Die erste Sache für mich im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten ist jetzt, daß der Sozialplan für die Belegschaft gesichert sein muß. Das halte ich in der Person des Schatzmeisters für gewährleistet. Ich nehme an, daß dies nicht als Mahnung oder als etwas Ähnliches betrachtet wird, sondern als etwas, das aus den begrenzten Erörterungen hier zu dem schmerzhaften, heute morgen verkündeten Sachstandsbericht die „Morgenpost“ betreffend in die übrigen Blätter eingehen wird.

Die zweite Sache. Nach dem Scheitern von Verhandlungen mit anderen Unternehmen und Kapitalgebern frage ich nicht nur, sondern bringe ich auch in Erinnerung, daß ich das vor Monaten einmal in einem Gespräch unter vier Augen, und zwar belegt, vorgeschlagen habe, ob nicht mindestens der Versuch unternommen werden könnte, Anteile von z. B. je 5000 DM für die „Morgenpost“ aufzubringen. Oder erscheint es unmöglich, einen ersten Ansatz zu machen, zunächst mindestens 1000 Personen mit entsprechenden Möglichkeiten, auf Grund dessen, was sie verdienen oder als Einkommen haben, Geld dafür zu geben – so etwas gibt es ja –, dafür zu gewinnen, die damit einen Stock, der weiterentwickelt werden könnte, bilden? – Ich sagte: diesen Vorschlag habe ich vor Monaten einmal zu erwägen ge-

gehen. Ich bitte, auch jetzt noch einmal darüber nachzudenken.

Friedrich Halstenberg:

Die Schilderung der Chancen gestern morgen in meinem Vortrag ist richtig. Es hat sich aber auch in diesem Fall wieder etwas gezeigt, was ich auch vorführen muß. Jeder Verleger, auch diejenigen Leute, die für die Medienvielfalt kämpfen, hat sich zunächst mit mir in mir aussichtsreich dargestellten Verhandlungen eingelassen, und am Ende ist mit einem geradezu regelmäßigen Ritual herausgekommen. Aber gegen Springer kann ich das nicht; also muß ich es mit Springer machen, Halstenberg, den nehmen wir dann herein. Die Verhandlungslage von gestern, nachdem ich hier geredet hatte, war, daß ich es auch in diesem Fall wieder mit Springer machen könnte.

Ich bitte nun aber, meine Lage zu begreifen. In diesem Fall hätte ich binnen kurzem abwägen müssen, ob ich auf einen so hohen Wege die Arbeitsplätze hätte retten können, hätte aber das preisgeben müssen, was jedem von uns wohl ein selbstverständliches Anliegen ist, nämlich daß es wenig Sinn hat, eine Zeitung im Interesse der Medienvielfalt gegen Springer zu retten und das mit ihm zu machen. Ich glaube, daß wir auch in dieser Lage bei der Entscheidung bleiben müssen und daß wir diese sich so darstellende Kooperation nicht wählen können.

Ich möchte noch einen Satz hinzufügen dürfen. Ich finde es außerordentlich schwer begreiflich, daß uns auch in den Blättern, deren Verleger uns erklärt haben, daß sie nicht gegen Springer antreten könnten, ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir dies mit unseren beschränkten Mitteln nicht können. Das ist schon eine schwer begreifliche innere Gegensätzlichkeit.

Ich ziehe in Beantwortung der soeben an mich gerichteten Frage aus all dem den mir jetzt allmählich

ganz sicher erscheinenden Schluß: Es geht – wenn überhaupt – nur mit unabhängigen Quellen.

Ich glaube, es wäre nicht zu verantworten, den aufrüttelnden Versuch, den uns Herbert Wehner angetragen hat, zu unterlassen.

Ich werde daher, wenn dies auch Eure Meinung ist, am Montag sofort eine Aktion starten, auch um herauszukriegen – auch heute unter uns –, inwieweit sich neben dem wörtlichen Engagement auf dem medienpolitischen Gebiet unser Muskelprotzen in Tatsachen umsetzen läßt. Um den Weg dafür offen zu lassen, werde ich die technischen Vorkehrungen für ein Weitermachen zu sichern suchen.

Herbert Wehner:

Genossinnen und Genossen, ich bitte um Entschuldigung; ich will nur einige Sätze sagen. Ich bedaure, daß dieses Thema noch einmal aufgebracht werden muß. Mir ist heute früh vom Bundesschatzmeister persönlich versichert worden, daß er meinem Vorschlag folgen werde, man sollte wenigstens mit Anteilscheinen, sage ich einmal unscharf, von je 5000 DM anfangen, und zwar so schnell wie möglich, so wie ich es vor einigen Monaten leider vergeblich in diese traurige Sache hineinzubringen versucht habe. Er hat mir gesagt, er werde von Montag an eine Aktion mit diesen Scheinen starten. Ich hatte damals und habe gestern gesagt – ich habe gerade das Protokoll von gestern zur Korrektur bekommen; ich habe nichts zu korrigieren –: Wenn es wenigstens schon 1000 davon gäbe, wäre das ein Stock, an dem sich anderes ansetzen würde. Das ist ein Versuch, eine Bemühung. Aber dies sind wir denen schuldig, die einmal etwas Besseres angefangen haben und durch andere Umstände gezwungen werden, heute für eine mißglückte Art, diesem Unternehmen zu helfen, gerade zusehen.

Anzeige

Das Institut für Sozialrecht der Ruhr-Universität Bochum veranstaltet am Freitag, den 22. 2. 1980 in der Zeit von 9.15 Uhr bis 17.00 Uhr im Hörsaal-Zentrum-Ost (HZO) sein 13. Praktikerseminar zum Thema:

„Die Neuordnung der Hinterbliebenenregelung und die soziale Sicherung der Frau“.

Durch Referate von Wissenschaftlern und Praktikern soll versucht werden, die mit der Einrichtung des Versorgungsausgleichs verbundenen rechtlichen, wirtschaftlichen, soziologischen und familienpolitischen Probleme darzustellen.

Interessanten werden um Anmeldung und Anforderung des Tagungsprogramms beim Institut für Sozialrecht, Ruhr-Universität Bochum, Im Lottental 42, Postfach 102148, 4630 Bochum 1 gebeten.

Der Tagungsbeitrag beträgt 30,- DM (inkl. Mittagessen und Pausenkaffee).



Eugen Glombig: Zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Alterssicherung

Erfolge und neue Herausforderung

Die soziale Sicherung im Alter, bei vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit und im Hinterbliebenenfall ist ein wichtiger Eckpfeiler des Sozialstaats. Deshalb hat dem Ausbau der Rentenversicherung schon immer das besondere Bemühen der Sozialdemokraten gegolten. Die erfolgreichen Bemühungen um die Einführung der dynamischen Rente bei der Rentenreform von 1957, der Volksversicherungsplan der SPD von 1965, die Einbeziehung aller Angestellten in die Rentenversicherungspflicht im Jahre 1967, die Rentenreform von 1972 (mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze, der Öffnung der Rentenversicherung für jedermann und der Schaffung der Rente nach Mindesteinkommen) und schließlich die Absicherung der Betriebsrenten im Jahre 1974 sind wichtige Stationen auf diesem Weg sozialdemokratischer Sozialpolitik.

Mit dem Einbruch der weltweiten Wirtschaftskrise im Jahre 1974 begann eine schwierige Phase für die Rentenversicherung. Die lange Dauer der Rezession konnte nicht ohne Folgen für die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben. Mit den beiden Konsolidierungsgesetzen von 1977 und 1978 haben Sozialdemokraten diese Situation gemeistert.

Durch ein solides und sozial ausgewogenes Konzept wurden die finanziellen Grundlagen unserer Altersversorgung gesichert. Die Rentenfinanzen sind heute gesund und nach der gegenwärtigen Voraussetzung mittelfristig nicht gefährdet.

Dennoch kann es trotz der erzielten Fortschritte und der gelungenen Konsolidierung für Sozialdemokraten in der Rentenpolitik keinen Stillstand geben. Vielmehr stehen wir in der Rentenpolitik vor neuen großen Herausforderungen:

1. Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau;

2. Stärkung der partnerschaftlichen Verantwortung für die nachwachsende Generation durch Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung;

3. Festigung der Generationensolidarität durch gleichmäßige Entwicklung zwischen Rentner- und Arbeitnehmereinkommen;

4. Langfristige finanzielle Stabilisierung der Rentenversicherung angesichts der demographischen Entwicklung und möglicher Konjunkturschwankungen;

5. Belastungsgerechter Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung;

6. Fortentwicklung der solidarischen Mindestsicherung in der Rentenversicherung;

7. Ausbau der Lebensstandardsicherung in bestimmten Fällen;

8. Ausbau der sozialen Sicherung der Behinderten;

9. Stärkere Einbindung der Selbständigen und der freien Berufe in den Schutz der Solidargemeinschaft;

10. Stärkere Harmonisierung der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme.

Diese Herausforderungen machen eine weitere große Rentenreform notwendig. Diese Aufgabe fällt dem 9. Deutschen Bundestag zu, da er spätestens im Jahre 1984 die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung verabschieden muß.

Alle Parteien müssen sich den aufgeworfenen Fragen stellen. Sie müssen den Bürgern verdeutlichen, ob und wie sie diese Probleme lösen wollen.

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“

Für die SPD hat es die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ unter dem Vorsitz von Herbert Wehner übernommen, Lösungsvorschläge für die Rentenreform 1984 zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Für den Berliner Parteitag hat sie ein umfassendes Papier – Zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Alterssicherung – Problem und Lösungsmöglichkeiten – vorgelegt, das in der Arbeitsgruppe IV eingehend erörtert wurde. Festlegungen wurden bisher nicht getroffen – auch nicht auf dem Berliner Parteitag. Vielmehr sind alle diesbezüglichen Anträge vom Parteitag an die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ überwiesen worden, die im Februar unter Berücksichtigung der Anträge und der Diskussion auf dem Parteitag ihre Vorschläge vorlegen wird. Nach der Diskussion dieser Vorschläge in den Parteigliederungen sollen dann auf dem Essener Wahlparteitag im Juni 1980 –

rechtzeitig vor der Wahl – die notwendigen Beschlüsse gefaßt werden, um Klarheit für die Bürger in bezug auf die Rentenpolitik der Sozialdemokraten für die nächste Legislaturperiode zu schaffen.

Leitlinien sozialdemokratischer Rentenpolitik

Die Modelle und Lösungsmöglichkeiten für die Rentenreform 1984, die die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ zur Diskussion gestellt hat, dienen nicht der weiteren Konsolidierung der Rentenversicherung; hierfür besteht gegenwärtig kein Bedarf. Notwendig sind vielmehr strukturelle Verbesserungen und die Schaffung von mehr Gerechtigkeit innerhalb des Altersversorgungssystems.

Dabei bleiben für die Rentenreform 1984 diejenigen Leitlinien verpflichtend, an denen sich Sozialdemokraten auch in der Vergangenheit in ihrer Rentenpolitik orientiert haben:

1. Sozialdemokraten wollen die soziale Sicherung für alle Bürger;
2. Sozialdemokraten wollen die Sicherung des Lebensstandards;
3. Sozialdemokraten wollen die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt;
4. Sozialdemokraten wollen eine solidarische Grundsicherung für alle Bürger;
5. Sozialdemokraten wollen eine gerechte Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems;
6. Sozialdemokraten wollen eine stabile Generationensolidarität.

Diskussionsvorschläge zur Rentenreform 1984

I. Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau

Das geltende Recht der Hinterbliebenenversorgung und der sozialen Sicherung der Frau ist noch von der überkommenen Rollenverteilung geprägt, die dem Mann die Erwerbstätigkeit, der Frau die Haushaltsführung und die Kindererziehung als Aufgabe zuwies. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frau und das heutige Verständnis einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung von Mann und Frau haben das geltende Recht überholt. Außerdem hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. März 1975 dem Bundesgesetzgeber die Pflicht auferlegt, das Recht der Hinterbliebenenversorgung bis zum Jahre 1984 im Einklang mit dem Verfassungsgrundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau neu zu regeln.

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“

schlägt vor, die Hinterbliebenenversorgung auf der Basis des Prinzips der Teilhabe an der Gesamtversorgung neu zu gestalten. Die Arbeitsgruppe hat sich dabei eingehend mit den in der Diskussion befindlichen Vorschlägen zum sogenannten „Rentensplitting“ und zur „Pflichtversicherung der Hausfrau“ beschäftigt. Sie ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß diese auf den ersten Anschein sehr überzeugend wirkenden Modelle keine brauchbare Lösung für die soziale Sicherung der Frau darstellen.

Von größter Wichtigkeit ist der Hinweis, daß die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung nur die Rentenzugänge ab 1985 betrifft. Wer vor diesem Zeitpunkt bereits eine Hinterbliebenenrente bezieht, dessen Besitzstand bleibt erhalten.

Der Grundgedanke der Teilhabe an der Gesamtversorgung ist folgender: *So lange noch beide Ehegatten am Leben sind, tritt keine Änderung im Rentenrecht ein. Stirbt einer der beiden Ehegatten, so werden die von beiden Partnern erworbenen Rentenansprüche zu einer Gesamtversorgung zusammengefaßt.* Aus dieser Gesamtversorgung erhält dann der Witwer bzw. die Witwe einen bestimmten Prozentsatz (z. B. 70 %) als Gesamtversorgungsrente. Voraussetzung für diese Rente ist aber – im Unterschied zu den heutigen Witwen- bzw. Witwerrenten –, daß der Berechtigte selbst die Altersgrenze erreicht hat oder berufs- oder erwerbsunfähig ist.

Die Gesamtversorgungsrente muß durch Rentenleistungen für diejenigen Witwen bzw. Witwer ergänzt werden, die zwar noch nicht alt, berufs- oder erwerbsunfähig sind, denen aber aus anderen Gründen keine Berufstätigkeit zugemutet werden kann. Deshalb sollen nach dem Vorschlag der Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ Witwen und Witwer eine Rente aus der Anwartschaft des verstorbenen Ehegatten erhalten, wenn sie Kinder zu erziehen haben (z. B. bis zum 16. Lebensjahr des Kindes) oder wenn sie beim Tode des Partners ein bestimmtes Alter (z. B. das 45. Lebensjahr) erreicht haben: Für die Renten der Hinterbliebenen wegen „Kindererziehung“ oder „vorgerückten Alters“ stellt die Arbeitsgruppe eine Einkommensanrechnung zur Diskussion, die jedoch großzügig sein sollte. Schließlich stellt die Arbeitsgruppe zur Diskussion, jüngeren Hinterbliebenen, die nach der Reform keine Rente mehr erhalten würden, für die Erleichterung der Wiedereingliederung in das Arbeitsleben neben einem Rechtsanspruch auf berufliche Qualifizierung sowie berufliche Wiedereingliederungshilfen eine Übergangsrente zu zahlen. Die Lebensperspektive junger Frauen, um die es hier geht, kann nach Auf-

fassung der Arbeitsgruppe nicht darin bestehen, bereits in jungen Jahren auf Rente gesetzt zu werden.

Zur Ausgestaltung der Gesamtversorgungsrente hat die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ mehrere Varianten zur offenen Diskussion gestellt. Es handelt sich dabei um die Lösung von drei Problemen:

- Sollen auch die vor der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften in die Gesamtversorgung einbezogen werden, an der der hinterbliebene Ehegatte teil hat? Oder soll sich die Teilhabe auf die während der Ehezeit erworbenen Ansprüche beschränken?
- Soll der hinterbliebene Ehegatte durch eine „Besitzstandsgarantie“ davor geschützt werden, daß seine Gesamtversorgungsrente niedriger ist als die eigene, von ihm selbst erworbene Versichertenrente?
- Wie hoch soll der Prozentsatz der Gesamtversorgungsrente sein?

II. Stärkung der partnerschaftlichen Verantwortung für die nachwachsende Generation durch Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung

Kindererziehung darf nach Auffassung der Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ zu keiner Benachteiligung in der Altersversorgung führen. Deshalb müssen Zeiten der Kindererziehung in der Rentenversicherung angerechnet werden. Die Arbeitsgruppe sieht dies als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, die daher vom Staat, nicht von der Solidargemeinschaft der Versicherten, zu tragen ist.

Ein Problem ist, ob die Anerkennung der Kindererziehungszeiten nur für Rentenzugänge ab 1985 gelten soll oder gar nur für Kinder, die nach 1985 geboren werden. Vieles spricht dafür, daß auch die Frauen, die in der Vergangenheit Kinder erzogen haben und bereits Rente beziehen, ebenfalls in den Genuß dieser neuen Leistung kommen. Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ stellt den Vorschlag zur Diskussion, alle Frauengenerationen gleichzubehandeln, d. h. auch die heutigen Rentnerinnen in die Anerkennung der Kindererziehungszeiten einzubeziehen. Allerdings würden dann die verfügbaren finanziellen Mittel nur für eine geringere Anzahl anzuerkennender Kindererziehungsjahre ausreichen.

III. Festigung der Generationensolidarität durch gleichmäßige Entwicklung zwischen Rentner- und Arbeitnehmereinkommen

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ geht davon aus, daß die verfügbaren Einkommen der

Rentner und der Arbeitnehmer sich künftig gleichmäßig entwickeln müssen. Das muß dort gelten, wo das Altersversorgungsniveau insgesamt bereits eine angemessene Höhe erreicht hat. Die Harmonisierung der Einkommenszuwächse für Rentner und Arbeitnehmer sichert die psychologisch-politischen Grundlagen der Generationensolidarität. Das Ziel liegt in einem gerechten Interessenausgleich zwischen den Generationen, nicht in Einsparungen an sozialen Leistungen. Wenn sich Arbeitnehmer- und Rentner-einkommen künftig im Gleichschritt entwickeln sollen, so bedeutet dies, daß die Rentner in irgendeiner Form an der wachsenden Abgabenbelastung beteiligt werden. Es geht aber immer nur um die gleichmäßige Entwicklung der Einkommenszuwächse bei bereits ausreichendem Versorgungsniveau, nicht um eine Verschlechterung des Besitzstandes der Rentner.

Will man eine gleichmäßige Entwicklung von Rentner- und Arbeitnehmereinkommen erreichen, so gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Lösungen, die die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ zur Diskussion gestellt hat:

1. Das „Bruttomodell“

Die Arbeitsgruppe hat dazu zwei Ausgestaltungsformen zur Diskussion gestellt: Die *erste Variante* geht von den Beschlüssen des 21. Rentenanpassungsgesetzes aus. Es bleibt bei der heutigen bruttolohnbezogenen Rentenformel. Die Rentner haben aber einen eigenen Krankenversicherungsbeitrag zu entrichten, der jedoch wegen der gleichzeitigen Erhöhung der Bruttorenten für solche Rentner belastungsneutral ist, die nur über eine Sozialversicherungsrente als einzige Einkommensquelle verfügen. Jedoch würden Rentner mit hohen Gesamalterseinkünften verstärkt zur Besteuerung herangezogen.

Im materiellen Ergebnis darf es nicht zu einer Verschlechterung der Versorgungssituation dieser Rentner kommen, sondern nur zu einer Angleichung ihrer Einkommenszuwächse an die Entwicklung der Nettoarbeitseinkommen. Ein relativ hoher Rentnerfreibetrag müßte dafür sorgen, daß die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung in der Regel weiterhin steuerfrei bleiben, so lange sie nicht durch zusätzliches Einkommen ergänzt werden.

Die Vorteile dieser Variante sieht die Arbeitsgruppe darin, daß sie zu einer größeren Gerechtigkeit innerhalb der Gruppe der Rentner und zu einer Harmonisierung der Versorgung zwischen Rentnern mit und ohne Zusatzversorgung führt. Die Probleme dieser Variante liegen in der Verwaltungsaufwendigkeit des Krankenversicherungsbeitrags und der Besteue-

zung. Außerdem wäre dafür Sorge zu tragen, daß der Staat, der ja durch die geänderte Besteuerung der Rentner Mehreinnahmen erzielt, dafür stärker zur Finanzierung der Rentenversicherung beiträgt.

Auch bei der zweiten Variante bleibt es bei der heutigen bruttolohnbezogenen Rentenformel. Anstelle einer Umstellung der Besteuerung der Alterseinkünfte wird hier eine schrittweise Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung zur Diskussion gestellt. Diese Variante geht davon aus, daß die Rentner – wie die Arbeitnehmer – auf längere Sicht aus ihrem Gesamteinkommen den halben Krankenversicherungsbeitrag selbst tragen sollen, während die andere Hälfte – wie der Arbeitgeberbeitrag bei den Arbeitnehmern – von der Rentenversicherung als Solidarbeitrag aufgebracht wird.

Eine solche Belastung der Renten dürfte nicht in einem Schritt, sondern – entsprechend der Auseinanderentwicklung der verfügbaren Einkommen der Rentner und der Arbeitnehmer – nur stufenweise eingeführt werden. Um außerdem Rentner mit niedrigem Einkommen nicht zu belasten, müßte eine sozial gestaffelte Freigrenze eingeführt werden.

Die Vorteile eines solchen Krankenversicherungsbeitrags der Rentner wären nach Auffassung der Arbeitsgruppe die Gleichbehandlung von Arbeitnehmern und Rentnern in bezug auf die Krankenversicherung und die Tatsache, daß der Rentner gegenüber einer Änderung der Besteuerung hier einen sichtbaren Gegenwert in Gestalt der medizinischen Versorgung erhält, die gerade von Rentnern stärker in Anspruch genommen werden muß.

Einen Nachteil dieser Variante sieht die Arbeitsgruppe in der effektiven Belastung auch der Rentner mit mittlerem Einkommen (im Gegensatz zur ersten Variante, die nur die Rentner mit hohem Einkommen belasten würde).

2. Das „Nettomodell“

Die Arbeitsgruppe hat sich auch mit der Problematik einer nettolohnbezogenen Rente befaßt. Beim „Nettomodell“ würden die Rentner keine Abgaben zu entrichten haben. Dafür würden die Renten von vornherein automatisch nur in dem Umfang steigen, mit dem die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer wachsen. Auch hier stellt die Arbeitsgruppe zwei Varianten zur Diskussion:

– **Bruttorente mit Nettodynamisierung:** Danach würde die Fortschreibung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Neurenten sowie die Anpassung der Bestandrenten sich an der Nettolohnentwicklung orientieren.

– **Nettorentenformel:** Diese Variante beinhaltet die

Umstellung aller in die Rentenberechnung eingehenden Faktoren von der Brutto- auf die Nettobasis. Außerdem würden die Renten automatisch im Gleichschritt mit den Nettolöhnen wachsen.

Die Vorteile des „Nettomodells“ lägen darin, daß es verwaltungsmäßig einfach wäre und die Problematik des Rückflusses etwaiger Steuerzahlungen der Rentner an die Rentenversicherung vermieden würde. Ein wesentlicher Nachteil bestünde darin, daß die Zusatzrenten, die viele Rentner neben der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, nicht einbezogen würden. Insofern kann mit dem „Nettomodell“ nicht das Ausmaß an Gerechtigkeit innerhalb der Gruppe der Rentner und zwischen Rentnern mit und ohne Zusatzversorgung erzielt werden, das mit dem „Bruttomodell“ erreicht werden kann.

IV. Langfristige finanzielle Stabilisierung der Rentenversicherung

Die Finanzlage der Rentenversicherung gibt gegenwärtig keinen Anlaß für Maßnahmen zur Konsolidierung. Unabhängig davon müssen aber Überlegungen angestellt werden, wie die Rentenfinanzen vorbeugend besser vor störenden Einflüssen geschützt werden können, als dies bislang der Fall ist. Störende Einflüsse könnten z. B. ausgehen von der Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung, die sich ab Mitte der 90er Jahre in der Altersversorgung bemerkbar machen könnte. Auch von konjunkturellen Schwankungen und von Änderungen der Lohnsteigerungsrate sollten die Rentenfinanzen unabhängiger gemacht werden.

Die Arbeitsgruppe unterbreitet deshalb zwei Diskussionsvorschläge zur Stabilisierung der Rentenfinanzen: Der erste Vorschlag betrifft die Stabilisierung des Bundeszuschusses (durch feste prozentuale Anbindung an die Ausgaben der Rentenversicherung) sowie die Ausgestaltung der Bundesgarantie nach dem Muster der Arbeitslosenversicherung. Der zweite Diskussionsvorschlag beinhaltet die „Aktualisierung“ der Rentenanpassungen.

V. Belastungsgerechter Arbeitgeberbeitrag

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ hat auch zur Diskussion gestellt, den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung auf eine neue Grundlage zu stellen. Statt an der Lohnsumme könnte der Arbeitgeberbeitrag künftig stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens orientiert werden. Damit könnten Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten lohnintensiver Wirtschaftszweige (insbesondere zu Lasten der Klein- und Mittelbetriebe) beseitigt werden. Außerdem würde der Ersatz

menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen nicht mehr noch dadurch zusätzlich belohnt werden, daß der Arbeitgeber sich von Sozialabgaben entlastet.

VI. Fortentwicklung der solidarischen Mindestsicherung in der Rentenversicherung

Ein wichtiges Ziel der Rentenreform 1984 muß es sein, durch gezielte Maßnahmen noch bestehende Unterversorgung abzubauen und sicherzustellen, daß das verfügbare Einkommen der Rentner nicht unter die Sozialhilfeschwelle absinkt. Die Arbeitsgruppe hat sich dabei mit dem Vorschlag auseinandergesetzt, eine allgemeine Grundrente für jedermann in der Rentenversicherung einzuführen. Sie ist aber zu der Auffassung gekommen, daß dies mittelfristig kein geeigneter Lösungsweg wäre, weil entscheidende Voraussetzungen einer allgemeinen Grundrente (wie z. B. umfassende Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen, Harmonisierung zwischen den verschiedenen Altersversorgungssystemen und Ausschluß von Kumulationen von Sozialleistungen) heute nicht gegeben sind und auch mittelfristig nicht erreichbar sind.

Stattdessen schlägt die Arbeitsgruppe zwei Modelle zum Ausbau der Grundsicherung vor, die jedoch nicht als sich ausschließende Alternativen zu verstehen sind: Dabei handelt es sich einerseits um den Ausbau der 1972 eingeführten Rente nach Mindesteinkommen zu einer Dauerlösung und andererseits um die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestrente im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.

VII. Ausbau der Lebensstandardsicherung für bisher benachteiligte Gruppen

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ ist der Auffassung, daß das Leistungsniveau der Rentenversicherung heute nach vollem Arbeitsleben eine angemessene Sicherung des im Berufsleben erreichten Lebensstandards ermöglicht. Dennoch gibt es bestimmte Personenkreise, für die die Lebensstandardsicherung noch nicht zufriedenstellend ausgebaut ist: Erwerbsunfähige sowie Hinterbliebene erreichen wegen der Zurechnungszeit bis zum 55. Lebensjahr häufig kein ausreichendes Versorgungsniveau. Ebenso sind Arbeitnehmer oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nicht adäquat abgesichert.

In beiden Fällen wird die Vollversorgung heute nicht erreicht. Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ stellt daher zur Diskussion, die Zurechnungszeit für Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenrenten bis zum 60. Lebensjahr zu verlängern und die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen.

VIII. Ausbau der sozialen Sicherung der Behinderten

Nach Auffassung der Arbeitsgruppe „Sozialpoliti-

sches Programm“ muß mit der Rentenreform 1984 ein weiterer Schritt zum Ausbau der sozialen Sicherung der Behinderten unternommen werden. Im Vordergrund muß dabei derjenige Personenkreis stehen, der nach heutigem Recht noch keinen Zugang zur Sozialversicherung hat. Die Arbeitsgruppe stellt zwei Modelle zur Verbesserung der sozialen Sicherung Behinderter zur Diskussion: Das erste Modell zielt darauf ab, die heute für die Behinderten in Werkstätten geltende Regelung auf alle Schwerstbehinderten auszudehnen. Das zweite Modell beinhaltet die Einführung einer bedarfsorientierten Behindertenrente für die von Jugend an Schwerstbehinderten.

IX. Stärkere Einbindung der Selbständigen und freien Berufe in den Schutz der Solidargemeinschaft

In Übereinstimmung mit traditionellen Grundsätzen sozialdemokratischer Sozialpolitik befürwortet die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ den Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer umfassenden Volksversicherung. Sie ist deshalb der Meinung, daß die Rentenreform 1984 auch Schritte zum Ausbau der Altersversorgung der Selbständigen und freien Berufe zum Gegenstand haben muß. Grundsatz muß dabei sein, daß die soziale Sicherung der Selbständigen voll von den Selbständigen selbst zu finanzieren ist und nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen darf.

Die Arbeitsgruppe stellt deshalb zwei Modelle zum Ausbau der Rentenversicherung der Selbständigen zur Diskussion. Das erste Modell beinhaltet die Pflichtversicherung aller Selbständigen mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Arbeitnehmer, wobei der fehlende „Arbeitgeberbeitrag“ der Selbständigen durch eine allgemeine Selbständigen-Umlage aufgebracht werden könnte.

Das zweite Modell beruht auf der Voraussetzung, daß der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung von der Lohnsumme auf eine andere Bemessungsgrundlage, wie z. B. die Wertschöpfung, umgestellt wird. In diesem Fall könnte die schon bestehende Pflichtversicherung auf Antrag ohne Schaden für die Arbeitnehmer attraktiver ausgestaltet und wesentlich ausgebaut werden.

X. Stärkere Harmonisierung der unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme

Nach Auffassung der Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ müssen mit der Rentenreform 1984 weitere Schritte zur Harmonisierung der unterschiedlichen Altersversorgungssysteme verbunden werden. Dazu gehört nicht nur die möglichst weitgehende Übertragung der Neuregelung der Hinterblie-

benenversorgung von der Rentenversicherung auf die Beamtenversorgung und auf andere vergleichbare Altersversorgungssysteme. Darüber hinaus muß auch der Versuch gemacht werden, die Altersversorgungssysteme bezüglich der Altersgrenzen, der Hinzuvendienstgrenzen, der Regelungen über Mindestversorgung, der Renten- bzw. Pensionsformel, der Beitragsbelastung und der Finanzierung zu harmonisieren.

Die Diskussion auf dem Berliner Parteitag

Auf dem Berliner Parteitag bestand Einigkeit darüber, daß es für Sozialdemokraten bei der Weiterentwicklung der Alterssicherung in der nächsten Legislaturperiode nicht nur um die vom Bundesverfassungsgericht aufgegebenen Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung gehen könne, sondern um ein überzeugendes Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Alterssicherung insgesamt. Aufbauend auf den bisherigen sozialpolitischen Leistungen seit 1969 und der erfolgreichen Konsolidierung der Rentenfianzen im Anschluß an die zurückliegende Weltwirtschaftsrezession müsse es nunmehr um die Durchsetzung notwendiger struktureller Leistungsverbesserungen sowie um die Schaffung von mehr Gerechtigkeit in der Alterssicherung gehen. Diese Reform werde die „größte Reform unseres Sozialversicherungssystems“ werden, die noch über die Rentenreform 1957 hinausgehe.

Die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion in der Arbeitsgruppe „Sozialpolitik“ waren:

1. Die *bruttolohnbezogene dynamische Rente*, die die Sozialdemokraten bei der Rentenreform 1957 politisch mit durchgesetzt haben und die die Grundlage für den hohen Lebensstandard für die Rentner von heute ist, muß auf Dauer erhalten bleiben. Eine nettolohnbezogene Rente wurde nicht befürwortet.

2. Die *Generationensolidarität* zwischen Erwerbstätigen, die mit ihren Beiträgen die Renten finanzieren, und den Rentnern, die aufgrund ihrer Beitragszahlungen einen Anspruch auf Sicherung ihres Lebensstandards und eine Beteiligung am wirtschaftlichen Fortschritt erworben haben, muß gesichert bleiben. Sie ist das Fundament unserer Alterssicherung.

Angesichts des unter sozialdemokratischer Verantwortung im letzten Jahrzehnt erreichten und bis 1984 noch zu erreichenden hohen Rentenniveaus müssen sich künftig allerdings die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner gleichmäßig entwickeln.

Unterschiedliche Auffassungen gab es über den Lösungsweg: Einige Delegierte hielten die *Besteuerung der hohen Alterseinkünfte* langfristig für eine

sinnvolle sozialpolitische Lösung, weil sie nicht nur zu mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen Erwerbstätigen und Rentnern sowie zwischen Rentnern mit niedrigen und hohen Alterseinkommen führen würde, sondern weil sie auch der individuellen Gesamtsituation des Rentners am besten Rechnung tragen könnte. Aber auch die Befürworter einer Besteuerung machten grundsätzlich zur Bedingung, daß das Steuermehraufkommen in irgendeiner Form an die Rentenversicherung zurückfließen müsse (was bei der geltenden Finanzverfassung als das Hauptproblem angesehen wurde).

Andere Delegierte sprachen sich gegen die Besteuerung aus, weil sie mit einer Vielzahl von schwerwiegenden sachlichen und politischen Problemen verbunden wäre: neben finanzverfassungsrechtlichen Problemen wären insbesondere ein erheblicher Verwaltungsaufwand und eine große Verunsicherung der Rentner und der älteren Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Im Verhältnis dazu wurde – angesichts notwendiger hoher Freigrenzen – ein relativ geringes Finanzaufkommen hervorgehoben.

Die Delegierten, die sich gegen eine Besteuerung der hohen Alterseinkünfte aussprachen, waren stattdessen für die schrittweise, mit einer sozial gestaffelten Freigrenze versehene *Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung*.

Ob damit das Ziel, Arbeitnehmer und Rentner langfristig gleich zu behandeln, erreicht werden soll, blieb unklar. Einige Delegierte machten jedoch darauf aufmerksam, daß eine solche Regelung des Krankenversicherungsbeitrages für die meisten Rentner längerfristig zu größeren Belastungen führen könnte als eine sozial ausgerichtete Besteuerung.

Die meisten Delegierten sprachen sich für eine schrittweise Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung gegenüber der Besteuerung der hohen Renten aus.

3. Grundlage der notwendigen *Reform der Hinterbliebenenversorgung* muß sein, daß für Männer und Frauen gleiche Bedingungen gelten und Erwerbstätigkeit und Tätigkeit im Haushalt im Verhältnis der Ehegatten zueinander als gleichwertig anerkannt werden.

Das Modell einer *Gesamtversorgungsrente* (Teilhabe an der von beiden Ehegatten erworbenen Gesamtversorgung) wurde hierfür von den meisten Delegierten als eine geeignete Grundlage angesehen. Von einigen Delegierten wurde aber auch kritisiert, daß das Ziel einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau nicht voll erreicht würde.

– Für die Absicherung des Lebensstandards des

überlebenden Ehegatten wurde eine Gesamtversorgungsgrenze von 70% für notwendig gehalten.

- Kontrovers wurde die Frage eines Bestandsschutzes für die Versichertenrente diskutiert, die im wesentlichen dem Mann zugute kommen würde.

Einerseits wurde von Delegierten darauf hingewiesen, daß eine Kürzung der selbst erworbenen Rente sowohl aus rechtlichen Gründen, aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Ledigen, aber auch aus politischen Gründen problematisch wäre. Andererseits wurde kritisiert, daß damit der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt und die Reform allein zu Lasten von berufstätigen Frauen gehen würde. Diese Kritiker forderten deshalb einen entsprechenden Bestandsschutz für die Gesamtversorgung der berufstätigen Frauen.

Das Konzept einer *Erziehungsrente* wurde grundsätzlich bejaht. Es wurde jedoch die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, die Erziehungsrente über die Pflichtschulzeit des Kindes, d. h. über das 16. Lebensjahr hinaus, zu leisten.

Das Konzept einer *Rente wegen vorgerückten Alters* wurde kontrovers diskutiert. Im Mittelpunkt dieser Erörterungen stand die Frage, von welcher Altersgrenze an die Rente bei vorgerücktem Alter gezahlt werden solle. Einerseits wurde eine Altersgrenze von 45 Jahren im Hinblick auf das gegenwärtige Recht und die arbeitsmarktpolitischen Probleme einer Wiedereingliederung insbesondere von Frauen im fortgeschrittenen Alter bejaht. Andererseits wurde eine höhere Altersgrenze (50 bis 55 Jahre) befürwortet, weil die berufliche Wiedereingliederung dieser Frauen Vorrang vor einer Rente haben müsse. Von einigen Delegierten wurde die Notwendigkeit einer Anrechnung von Einkommen auf die Rente bei vorgerücktem Alter betont.

4. Die durch *Kindererziehung* bedingten Nachteile in der Rentenversicherung, insbesondere für Frauen, müssen schrittweise abgebaut werden:

- Zeiten der Kindererziehung müssen entsprechend dem Wehrdienst der Männer in der Rentenversicherung anerkannt werden.
- Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit darf sich diese Anerkennung nicht nur auf die Zukunft beschränken, sondern muß auch allen Frauen zugute kommen, die in der Vergangenheit unter sehr viel schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen und ohne staatliche Sozialleistungen Kinder erzogen haben. Als erster Schritt müsse je Kind ein Versicherungsjahr angerechnet werden, wobei jedoch auf längere Sicht ein weiterer Ausbau erforderlich sei. Um die Frauen, die trotz Kindererziehung

welter berufstätig bleiben, nicht zu benachteiligen, müsse das Babyjahr in diesen Fällen zu ihrem durch Erwerbstätigkeit erworbenen Anspruch hinzukommen. Dabei wurde auch die Meinung vertreten, daß die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung nicht ausschließlich der Frau, sondern alternativ auch dem kindererziehenden Mann zustehen müsse, um nicht überholte Rollenverteilungen festzuschreiben.

- Dieses Babyjahr darf nicht nach dem individuellen Einkommen der betroffenen Frauen gestaffelt werden, sondern muß für alle Frauen gleich hoch bewertet sein.
- Da es sich bei der Kindererziehung um eine gesellschaftliche Verantwortung handelt, müssen die Kosten für die Anerkennung des Babyjahres vom Bund getragen werden.

5. Die von der sozialliberalen Koalition 1972 eingeführte *„Rente nach Mindesteinkommen“* muß zu einer umfassenden Mindestsicherung ausgebaut werden.

Konkret heißt das, daß alle Arbeitnehmer (das gilt insbesondere für erwerbstätige Frauen) nach einem langen Erwerbsleben unabhängig von niedrigen Einkommen im Rahmen der Rentenversicherung eine solidarische Mindestsicherung erhalten müssen, damit diese Arbeitnehmer im Alter von Sozialhilfe unabhängig werden.

Obwohl von allen Diskussionsteilnehmern die Notwendigkeit einer Mindestsicherung betont wurde, gab es über den Lösungsweg unterschiedliche Auffassungen; Einige Delegierte forderten eine allgemeine Grundrente für alle. Andere Diskussionsteilnehmer hielten die Verwirklichung einer solchen Grundrente für so lange nicht vertretbar, als keine umfassende Versicherungspflicht mit entsprechenden finanziellen Vorleistungen an die Solidargemeinschaft gegeben sei. (Deshalb sprachen sich diese Delegierten auch für eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Bevölkerungsgruppen aus, die der Rentenversicherung bisher nicht angehören.)

Die meisten der Delegierten plädierten stattdessen für den Ausbau der 1972 eingeführten *„Rente nach Mindesteinkommen“* zu einer dauerhaften Lösung. Einige Delegierte sprachen sich für eine die Grundbedürfnisse sichernde bedarfsorientierte Mindestrente mit Einkommensanrechnung aus.

6. Bereits heute muß Vorsorge getroffen werden für eine *langfristig finanzielle Stabilisierung der Rentenversicherung*, die über die Jahrhundertwende hinausreicht:

- Der Bund muß künftig einen festen Anteil an den

Rentenausgaben leisten, um damit auch das demographische Risiko der Zukunft mit zu tragen.

- Der lohnbezogene Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung muß stärker an der wirtschaftlichen Leistungskraft der Unternehmen, z. B. der Wertschöpfung, orientiert werden. Angesichts fortschreitender Rationalisierungen darf der Produktionsfaktor Kapital bei der künftigen Finanzierung der Renten nicht unberücksichtigt bleiben.

7. In die Rentenreform 1984 muß die weitere Harmonisierung der unterschiedlichen Altersversorgungssysteme einbezogen werden.

8. Ergänzend zu dem von der Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ vorgelegten Aufgabenkatalog forderten mehrere Diskussions Teilnehmer, in die weiteren Überlegungen noch die folgenden Fragen mit aufzunehmen:

- die Frage eines flexibleren Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand (einschließlich der Frage einer Teilrente) sowie einer besonderen vorgezogenen Altersgrenze für Schichtarbeiter (bei höheren Beiträgen der Arbeitgeber, die Schichtarbeiter beschäftigen),

- die Einbeziehung aller Einkommen (z. B. der Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge sowie der Einkommen unterhalb der derzeitigen Grenze, mit der die Versicherungspflicht beginnt) in die Beitragspflicht, um auf diese Weise eine einkommensadäquate soziale Sicherung sicherzustellen.

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“ hat jetzt die Aufgabe, unter Berücksichtigung der Anträge zum Berliner Parteitag und der dort geführten Diskussion bis zum Februar ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.



ABRÜSTUNG

Alfons Pawelczyk: Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik

Am 5. Dezember 1979 hat der Berliner SPD-Parteitag den Antrag 11 „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“ mit großer Mehrheit angenommen. Dieser Antrag geht zurück auf die Forderung des Hamburger Parteitags vom November 1977, „ein politisches Konzept zu entwickeln, in dem die Ziele, den Rüstungswettlauf von heute aufzuhalten, Verminderungen zu ermöglichen und langfristig eine umfassende Abrüstung zu erreichen, miteinander verknüpft sind“.

Im Auftrag des SPD-Parteivorstandes ist der Entwurf zu diesem Antrag von einer Kommission ausgearbeitet worden, in der neben sachverständigen Mitgliedern der Partei auch anerkannte Experten mit Erfahrung in sicherheitspolitischen und strategischen Fragen mitgewirkt haben, die nicht der Partei angehören. Diese Kommission ist im Juni 1978 erstmals zusammengelassen. Nach einer Vielzahl von Sitzungen hat sie ihren Entwurf Anfang Juli 1979 dem Parteivorstandem vorgelegt. Der Parteivorstand verabschiedete den Entwurf mit wenigen Änderungen einstimmig am 10. 9. 1979.

In den Sitzungen der Antragskommission I am 12. und 13. Oktober wurde dieser Antrag des Parteivorstandes in mehreren Punkten konkretisiert; das gilt insbesondere für den Teil „Im Bereich nuklearer Waffen“ (Teil IV, Forderung 25-30). Aufgrund mehrerer Initiativanträge, die dem Parteitag in Berlin vorgelegt haben, hat die Antragskommission I am 4. Dezember in Berlin weitere Konkretisierungen und Ergänzungen des Antrags 11 vorgenommen. Die Ziffer 28, zu der auch Abänderungsvorschläge vorlagen, blieb davon unberührt.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik

Die im Auftrag des Parteivorstandes zusammengestellte Kommission verfolgte von Beginn ihrer Arbeit an das Ziel, ein geschlossenes sicherheitspoliti-

schon Konzept für die politische Arbeit der Partei im vor uns liegenden Jahrzehnt in knapper und nüchterner Sprache zu entwickeln. Ausgangspunkt war der auf der Grundlage des Godesberger Programms seit Anfang der 60er Jahre innerhalb der SPD entwickelte Sicherheitsbegriff, der die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Nordatlantischen Allianz nicht mehr ausschließlich in militärischen Kategorien begreift, sondern als Instrument einer langfristig angelegten Friedensstrategie.

Herbert Wehner hat am 30. Juni 1960 in einer Grundsatzrede vor dem Deutschen Bundestag die Leitlinien aufgezeigt, die seither die Sicherheitspolitik der SPD bestimmen: Er hat die Einbindung der Bundesrepublik in das Nordatlantische Bündnis und in die Europäische Gemeinschaft bekräftigt als Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der Außen- und Wiedervereinigungspolitik. Er hat ferner schon damals, bei aller Notwendigkeit, den Fragen der militärischen Sicherheit gerecht zu werden, neben der Verteidigungspolitik der Aufnahme von Kooperation mit den Staaten des Warschauer Paktes eine übergeordnete Bedeutung für die Sicherheitspolitik beigemessen.

Eine so konzipierte Sicherheitspolitik darf sich nicht darauf beschränken, nur die Instrumente bereitzustellen, um Kriege durch Abschreckung zu verhindern. Sie muß auf der Grundlage ausreichender Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses durch eine konsequent weitergeführte Entspannungspolitik, dessen Kernstück der Gewaltverzicht ist, einen Beitrag zur Friedensgestaltung leisten. In den 80er Jahren muß die Politik des Gewaltverzichts durch eine klar vorangetriebene Politik der kooperativen Rüstungssteuerung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung auch im militärischen Bereich sichtbar gemacht werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen die Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösungen und die Fähigkeiten zum Krisen-Management zu erweitern mit dem Ziel, die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Wir Sozialdemokraten halten nicht nur an der Strategie des Atlantischen Bündnisses fest, wie sie mit unserer Unterstützung 1967 formuliert wurde – militärische Verteidigungsbereitschaft und Entspannung –, sondern wir wollen diese Strategie entsprechend dem bereits damals von Willy Brandt als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland gesteckten Ziel einer europäischen Friedensordnung mit geeigneten Sicherheitsgarantien weiterentwickeln.

Helmut Schmidt hat in seiner programmatischen Rede vor der Generalversammlung für Abrüstung der Vereinten Nationen im Mai 1978 in New York diesen umfassenderen Sicherheitsbegriff in einer Reihe von Thesen vorgetragen, die in die Forderung nach einer umfassenden internationalen Sicherheitspartnerschaft auf der Grundlage einer Gleichgewichtspolitik einmünden. Gleichgewichtspolitik kann sich, wie Helmut Schmidt formulierte, nicht auf den militärischen Bereich beschränken, sie muß vielmehr notwendigerweise das Streben nach Gleichgewicht im außenpolitischen, ökonomischen und sozialen Felde einschließen als Voraussetzung für Frieden im Innern von Staaten und zwischen den Staaten.

Debatte über den Antrag 11 auf dem Berliner Parteitag

Der Antrag 11, „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“, stand neben dem Leitantrag „Energiepolitik“ im Mittelpunkt der Diskussionen des Berliner Parteitages. Der Parteitag hat es sich dabei nicht leicht gemacht. Sowohl die fünfstündige Diskussion in der Arbeitsgruppe I, Frieden, als auch die sechsstündige Debatte vor dem Plenum waren fair, engagiert und von großem Sachverstand bestimmt. Verständlicherweise stand eine Woche vor der NATO-Rats-Entscheidung in Brüssel über die politische Handhabung des nuklearen Mittelstreckenproblems der Abschnitt: „Im Bereich nuklearer Waffen“ (Ziff.: IV/25–30 des Antrags 11), insbesondere die Ziffer 28, im Mittelpunkt der Diskussion. In Ziffer 28 wurden Wege aufgezeigt, die die Beseitigung des Ungleichgewichtes im nuklearen Mittelstreckenbereich in Europa durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungspolitischen Maßnahmen ermöglichen. Eindeutig wird dabei rüstungskontrollpolitischen Regelungen der Vorzug gegeben, um Instabilitäten abzubauen, zu denen eine sich fortsetzende Aufrüstung der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich führen kann. Sollten diese Bemühungen, die sowjetische Aufrüstung abzustoppen und die Mittelstreckenpotentiale zu vermindern, nicht zum Erfolg führen, so muß die NATO in der Lage sein, verteidigungspolitisch zu reagieren.

In den Diskussionen zu diesem Problembereich waren sich alle Debattenredner einig, daß es das politische Ziel sein muß, durch Rüstungskontrollverhandlungen die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen (Null-Lösung) und das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite sowie mit mittlerer Reichweite auf niedri-

gerem Niveau zu stabilisieren. Die Frage, die kontrovers diskutiert wurde, lautete, auf welchem Weg dieses Ziel am besten erreicht werden kann. Dabei ging es vor allem um folgende Problembereiche:

1. Ist der Beschluß der NATO, ein konkretes Verhandlungsangebot über die nuklearen Mittelstreckenwaffen zu unterbreiten und gleichzeitig die verteidigungspolitischen Maßnahmen einzuleiten, die erforderlich sind, um die Sicherheit mit militärischen Mitteln zu garantieren, wenn der politische Versuch fehlschlägt, eine Voraussetzung für erfolversprechende Verhandlungen mit der Sowjetunion oder wird er die vorgesehenen Verhandlungen eher erschweren oder gar blockieren?

2. Bleibt die „Null-Lösung“ noch möglich, wenn jetzt nicht nur über die Produktion, sondern auch über die Stationierung solcher Waffen beschlossen wird?

3. Wird mit dem Stationierungsbeschluß nicht ein Automatismus einsetzen, der, unabhängig von dem Stand der Verhandlungen 1983/84, wenn diese Waffen zur Verfügung stehen, zur Stationierung in Europa führt?

Die politische Bedeutung der Debatte und des Beschlusses über nukleare Mittelstreckenwaffen

Im Verlauf des NATO-internen Entscheidungsprozesses war es möglich, die ursprünglichen Absichten, auf die fortgesetzte Aufrüstung des Warschauer Paktes nur mit einem Rüstungsbeschluß der NATO zu reagieren, so weiterzuentwickeln, daß untrennbar neben den verteidigungspolitischen Maßnahmenkatalog ein konkretes Angebot über Rüstungskontrollverhandlungen gestellt wurde. An dieser Entwicklung haben Sozialdemokraten entscheidend mitgewirkt.

Dieser Beschluß der NATO stand im Kreuzfeuer östlicher Propaganda. Dennoch ist davon auszugehen, daß auch die Sowjetunion aus einem Eigeninteresse heraus ihre Verhandlungsbereitschaft aufrechterhalten wird. In seiner Rede in Ost-Berlin am 6. Oktober ist Leonid Breschnew davon ausgegangen, daß nicht der Beschluß der NATO, sondern erst die Durchführung der Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Europa weitere Verhandlungen ausschließen würde. Diese Auffassung ist während des SPD-Parteitages in Berlin von den Außenministern der Warschauer Pakt-Staaten bekräftigt worden:

Die auf der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer Pakt-Staaten vertretenen Staaten halten es für wichtig, „daß keine Handlungen unternommen werden, die die Lage komplizieren und ein Hindernis für die Verhandlungen darstellen könnten. In diesem Zusammenhang erklärten die Teilnehmer der Tagung, daß die Annahme eines Beschlusses über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa und die Verwirklichung dieses Beschlusses die Grundlage für Verhandlungen zerstören würden. Das wäre ein Versuch der NATO, Verhandlungen von der Position der Stärke zu führen, was für die Staaten des Warschauer Vertrages grundsätzlich unannehmbar ist.“

Für den Erfolg der Verhandlungen ist ein klar umrissener Verhandlungsrahmen wichtig: Es ist das erklärte politische Ziel der Sozialdemokraten, durch Rüstungskontrollverhandlungen die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen und das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite sowie mit mittlerer Reichweite auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren. Auch der NATO-Beschluß vom 12. 12. 1979, der sowohl verteidigungspolitische Maßnahmen als auch Maßnahmen der Rüstungskontrollpolitik umfaßt, gibt uns dazu die Möglichkeit. Wir erwarten jetzt, daß die vorgesehenen Verhandlungen umgehend aufgenommen werden.

Der Beschluß des Bundesparteitages enthält folgende fünf Forderungen:

1. Rüstungskontrollpolitischen Regelungen muß der politische Vorrang gegeben werden. Das bedeutet: Da neue nukleare Mittelstreckenwaffen der USA frühestens in vier Jahren zur Verfügung stehen, haben wir ausreichend Zeit festzustellen, ob in den 80er Jahren auftretende sicherheitspolitische Probleme durch Herunterrüsten statt durch Heraufrüsten gelöst werden können. Auch der Verhandlungsvorschlag der NATO vom 12. 12. 1979 trägt dazu bei, daß Verhandlungen zügig aufgenommen werden können und nicht zu viel Zeit für politische taktische Manöver verbraucht wird.

Der organisatorische Bezugsrahmen ist vorgegeben durch den SALT-Prozeß. Wir gehen davon aus, daß das nukleare Mittelstreckenproblem in einem sachlichen Zusammenhang mit den Nuklearwaffen interkontinentaler Reichweite behandelt werden muß, um ein Abkoppeln dieser beiden Ebenen zu vermeiden.

Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen können bilateral, auf der Grundlage einer im Bündnis abgestimmten Position, zwischen den USA und der UdSSR beginnen – auch bevor das SALT II-Abkommen in Kraft getreten ist. Bei einem Scheitern von SALT II würden jedoch die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich steigen. Es würde eine neue Lage entstehen, die sich auch negativ auf Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen auswirken würde.

2.

Gleichzeitig sind die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns rüstungskontrollpolitischer Bemühungen wirksam werden können. Das bedeutet: Bei negativem Verhandlungsergebnis muß die NATO in der Lage sein, zusätzlich Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren. Aus Gründen unserer Sicherheit müssen also die Vereinigten Staaten den eingeleiteten Entwicklungs- und Produktionsprozeß fortsetzen. Durch diesen Ansatz verhindern wir, daß die europäischen NATO-Staaten in den 80er Jahren politisch erpreßbar werden.

Bei der Bewertung aller Nuklearwaffenpotentiale der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ergibt sich, daß zur Zeit Parität besteht. Die Sowjetunion besitzt im interkontinentalen Bereich mehr als 5000 Sprengköpfe, die Vereinigten Staaten etwa 10 000. Die UdSSR hat durch den SALT II-Vertrag das Recht, diese Sprengkopfunterlegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten durch Aufrüsten auszugleichen. Wenn die Sowjetunion den Ausgleich nach oben vornimmt und außerdem ihre Fähigkeit, nukleare Mittelstreckenwaffen zu produzieren und der Truppe zuzuführen, weiter ausnutzt, wird sie bis Mitte der 80er Jahre durch diese doppelte Aufrüstungsbewegung eine Überlegenheit erlangen. Der Westen kann dieser Mittelstreckenrüstung im Augenblick nicht begegnen, weil vergleichbare Systeme aus technologischen Gründen erst in ca. vier Jahren zur Verfügung stehen.

Dieser Entwicklung gilt es zu begegnen. Da mindestens vier Jahre für Verhandlungen zur Verfügung stehen, muß versucht werden, Parität für die 80er Jahre aufrechtzuerhalten durch einen doppelten Schritt der Abrüstung. Wenn z. B. die Sowjetunion darauf verzichtet, ihr Sprengkopfpotential im interkontinentalen Bereich zu erhöhen, die Vereinigten Staaten der Sowjetunion durch Reduzierung ihrer Überlegenheit entgegenkommen und die Sowjetunion gleichzeitig ihre große Überlegenheit im nu-

klaren Mittelstreckenbereich reduziert, kann auf die Einführung zusätzlicher nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa verzichtet werden. Bei der Zusammenfassung der Abschußeinrichtungen und Sprengköpfe im Mittelstrecken- und interkontinentalen Bereich muß Parität bestehen. Auch aus geographischen Gründen ist dabei den USA eine Überlegenheit im interkontinentalen und der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich einzuräumen.

3.

Der Gang der Verhandlungen und die zu erwartenden Ergebnisse müssen es den Politikern der NATO jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig, zu revidieren. Das bedeutet: Wegen der Folgen der Entscheidung für die 80er Jahre müssen die Verhandlungen ständig von den politischen Gremien, dazu sind vor allem die Bundestagsfraktionen zu rechnen, begleitet und bewertet werden.

Durch die in Ziffer IV/27 des Antrags 11 geforderte Mitwirkung der europäischen Bündnispartner an der Ausarbeitung und – vor allen Dingen – der Bewertung von Verhandlungspositionen ist sichergestellt, daß der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen zum Zeitpunkt der Produktionsreife zusätzlicher amerikanischer Mittelstreckenwaffen (1983/84) das entscheidende Kriterium für die Durchführung des Stationierungsbeschlusses ist.

4.

Wir müssen weiterhin verdeutlichen, daß wir bei einem befriedigenden Verhandlungsergebnis mit der Sowjetunion bereit sind, auf die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Europa zu verzichten. Das bedeutet: Es muß möglich sein, den Prozeß von der Waffenidee über die Produktion hin zur Stationierung durch ein Verhandlungsergebnis zu durchbrechen. Die amerikanischen Entscheidungen, schon produzierte Raketenabwehrsysteme (ABM) aufgrund politischer Erwägungen zu verschrotten und den mit erheblichem Kostenaufwand entwickelten B-1-Bomber nicht zu bauen, sind Beispiele dafür, daß die Kostenfrage keine Rolle spielt, wenn die Stabilisierung des Friedens mit politischen Mitteln besser erreicht werden kann.

Wir sind entschlossen, die politischen Rahmenbedingungen unserer Sicherheits- und Entspannungspolitik nicht zu beschädigen. Eine Ausweitung der nuklearen Bewaffnung Europas gefährdet nicht nur die Stabilität hier, sondern kann auch einen Prozeß auslösen, der dazu führt, daß die Zahl der Nuklear-

waffen-Staaten auf der Welt zunimmt.

Wir müssen für die weitere Stabilisierung Europas sorgen. Nur dann ist Europa in der Lage, seinen aktiven Beitrag zur Stabilisierung anderer Regionen der Welt auch in Zukunft zu leisten. Aus humanitären Gründen, aber auch aus Gründen eigener Sicherheit, hat sich Europa dieser Aufgabe zu stellen.

Der Sowjetunion muß andererseits klar sein, daß wir im Falle eines unbefriedigenden Verhandlungsverlaufs zur Aufrechterhaltung unserer Sicherheit und politischen Unabhängigkeit entschlossen sind, nukleare Mittelstreckenwaffen zu stationieren.

5.

Eine Singularität; d. h., eine ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden darf nicht in Betracht gezogen werden. Das bedeutet: Im Gegensatz zur Opposition lehnen wir es entschieden ab, der einzige Nicht-Nuklearwaffenstaat in Westeuropa zu sein, der Mittelstreckenwaffen aufnimmt. Das hat der Bundeskanzler für die Bundesregierung mehrfach erklärt. Wir unterstützen ihn ausdrücklich in dieser Auffassung.

Singularität und Solidarität im Bündnis schließen sich für die Bundesrepublik Deutschland aus. Die Solidarität im NATO-Bündnis hat aus sicherheitspolitischen Gründen Priorität für die Bundesrepublik Deutschland. Solidarität ist die Grundbedingung unserer Außenpolitik. Nur durch diese Solidarität mit unseren Bündnispartnern, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, war es möglich, die Spannungs- und Friedenspolitik der sozial-liberalen Koalition einzuleiten und durchzuführen. Sie hat erhebliche Verbesserungen für die Menschen in Europa und in Deutschland gebracht. Europa gehört heute zu den sichersten Regionen der Welt.

Mit der Annahme des Antrags 11 hat der SPD-Parlamentarier keinen Beschluß zur Aufrüstung gefaßt, sondern einen Beschluß, der das Ziel hat, mit politischen Mitteln zu verhindern, daß zusätzliche nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa nötig werden.

Anselndersetzung mit der Opposition

Nur ein sehr oberflächlicher Betrachter könnte zu dem Schluß kommen, die SPD unterscheide sich nach ihrem Berliner Parteitag in der Sicherheitspolitik nicht mehr von der CDU/CSU. In ihrer sicherheitspolitischen Konzeption, ihren Zielsetzungen und Bewertungen unterscheidet sich die SPD grundlegend von der CDU/CSU und insbesondere ihrem Kanzlerkandidaten F. J. Strauß.

Es war Herbert Wehner, der öffentlich auf den gefährlichen Ansatz hinwies, mit dem die Opposition die Entwicklung im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen beeinflussen wollte (siehe NG 2/79). Der CDU-Abgeordnete Wörner hat laut dpa-Meldung am 12. Januar 1979 in Washington davor gewarnt, zu früh mit der Sowjetunion zu verhandeln. Erst müsse die NATO genügend Mittelstreckenwaffen zur Verfügung haben, was noch nicht der Fall sei. Wir haben damals sofort klargestellt, daß wir die Auffassung: erst zusätzliche Mittelstreckenwaffen, dann verhandeln, für verantwortungslos halten. Wir waren und wir sind vielmehr der Auffassung, daß eine Entwicklung: erst aufrüsten, um dann abrüsten zu können, durch politische Vorgehensweise verhindert werden muß.

Strauß erklärte in einem Interview am 14. 11. 1979, der SALT II-Vertrag habe nur einen marginalen Bezug zu den gegenwärtigen Raketenfragen. Diese Beurteilung ist deshalb so gefährlich, weil ohne ein ratifiziertes SALT II-Abkommen SALT III-Verhandlungen und damit auch befriedigende Ergebnisse im nuklearen Mittelstreckenbereich kaum möglich sein werden. Wer Verhandlungsversuche so gering bewertet, will eine reine Waffenentscheidung.

In diesem Zusammenhang muß man auf das Verhalten von Strauß verweisen, solange er in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung Deutschland Verantwortung getragen hat: Er hat sich in den 50er und 60er Jahren so verhalten, daß der Eindruck entstehen mußte, er wünscht eine direkte deutsche Mitverantwortung an Nuklearwaffen. Er hat sich im Bundestag gegen den Atomwaffensperrvertrag ausgesprochen. Er hat erklärt, er sei bereit, die Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten auch ausschließlich auf deutschem Boden stationieren zu lassen. Und er hat sich sehr kritisch gegen SALT II geäußert. Das alles macht ganz klar, daß Strauß eine Entwicklung fördert, die die Bundesrepublik Deutschland dichter an die Verantwortung über Nuklearwaffen heranführen soll.

Strauß hat diese seine Haltung erneut am 11. 12. 1979 in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages bekräftigt. Seine Polemik gegen eine Grundforderung des Antrags 11 der SPD beweist es. Er polemisiert gegen den Satz: „Den Disparitäten bei den nuklearen Mittelstreckenpotentialen muß durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen begegnet werden.“ Genau das aber fordert auch der NATO-Beschluß vom 12. Dezember in Brüssel.

Der Kanzlerkandidat der Opposition polemisiert

damit erneut gegen solidarische Beschlüsse der NATO. Wir kennen das Verhalten, das er auch bei den Debatten über

- die Ost-Verträge,
- den Atomwaffensperrvertrag,
- den UNO-Beitritt und
- die KSZE

an den Tag gelogt hat. Das ist eine Politik, die gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland verstößt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat seit 1969 ihre Politik der Ostverträge, des Gewaltverzichts und der Entspannung mit voller Unterstützung des gesamten Bündnisses zum Erfolg geführt, gegen die Opposition der CDU/CSU. Nur im Bündnis, in einem Bündnis der Nordatlantischen Solidarität, kann es gelingen, den Rüstungswettlauf anzuhalten und den Weg zu gleichgewichtigen Rüstungsreduzierungen einzuschlagen.

Die SPD hat, seit sie in der Regierungsverantwortung steht, ihre Bündnissolidarität ernst genommen. Die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition hat den ihr im Bündnis zugemessenen Verteidigungsbeitrag in vollem Umfange geleistet. Sie wird, wenn die jetzt vorgesehenen Verhandlungen, und die sollten in nächster Zukunft beginnen, scheitern sollten, bereit sein, das zu tun, was für die Erhaltung der Glaubwürdigkeit der Abschreckung und der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses dann erforderlich ist. Auch hierzu hat der Berliner Parteitag seine Zustimmung gegeben, in vollem Bewußtsein der Belastungen, der Risiken und Gefahren.

Der Berliner Parteitag hat erneut gezeigt, daß die Sicherheit unseres Landes bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands besser aufgehoben ist als bei der CDU/CSU. Die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition in Bonn ist ein verlässlicher Partner im Nordatlantischen Bündnis und in den Europäischen Gemeinschaften. Unsere Politik ist eindeutig und vorhersehbar. Das wissen unsere Nachbarn im Westen und im Osten.

Aufgabenkatalog

Die Sicherheitspolitik der SPD in den 80er Jahren wird sich an dem Antrag „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“ orientieren.

Worauf es jetzt ankommt, ist:

1. Sofortige Aufnahme von West-Ost-Verhandlungen mit dem Ziel, die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Europa überflüssig zu machen. Herstellung eines ungefähren Kräftegleichgewichts im Gesamtspektrum nuklear-strategischer und regionaler europäischer Mittelstreckenwaffen.

2. Abschluß eines ersten MBFR-Abkommens im Frühjahr 1980 in Wien. Der einseitige Abzug von bis zu 20 000 sowjetischem Militärpersonal, von 1000 Panzern und anderem Rüstungsgerät durch die Sowjetunion, sowie der Beschluß der NATO, 1000 amerikanische Nuklearsprengköpfe aus Europa abzuziehen, haben die Aussicht für ein solches Abkommen verbessert.

Die NATO hat einen Vorschlag für ein erstes, die USA und die UdSSR betreffendes MBFR-Abkommen erarbeitet, das den Wiener Verhandlungen neue Impulse geben soll. Sie hat ferner einen Vorschlag unterbreitet für ein Paket begleitender Maßnahmen für MBFR, die die Einhaltung des Abkommens gewährleisten und militärische Aktivitäten transparenter machen und dadurch das gegenseitige Vertrauen stärken sollen.

3. Sorgfältige Vorbereitung der Madrider Nachfolgekonferenz der KSZE im Herbst 1980. Von dieser Konferenz erwarten wir auch die Einberufung einer Sonderkonferenz, wie sie im Antrag 11 vorgeschlagen wurde. Sie liegt auf der Linie der von der französischen Regierung angeregten europäischen Abrüstungskonferenz. Sie würde sich auch in den Rahmen der Vorschläge des Warschauer Paktes einpassen lassen. Diese Sonderkonferenz muß sich zunächst in Fortsetzung der Schwerpunkte von Helsinki mit der Ausarbeitung von Vorschlägen über vertrauensbildende Maßnahmen befassen.

Zu den drei genannten Problembereichen sind aus Ost und West ernsthafte Vorschläge unterbreitet worden. Bei dem entschlossenen Willen aller Beteiligten wird es möglich sein, die 80er Jahre zu einem Jahrzehnt zu machen, in dem es gelingt, die Vertrauensbasis zwischen Ost und West auszubauen und die gemeinsame Sicherheit mit politischen Mitteln auf niedrigerem militärischen Niveau zu stabilisieren.

Karsten D. Voigt: Schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf Nach dem Berliner Parteitag der SPD

Diejenigen, die den NATO-Beschluß über die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in seinem verteidigungspolitischen Inhalt kritisierten oder den Vorrang der Rüstungskontrolle noch mehr als im Wortlaut des Antrages unterstreichen wollten, haben sich auf dem Berliner Bundesparteitag in der Diskussion zum Antrag „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“ nicht durchsetzen können.

Allerdings konnten die Kritiker in Einzelabstimmungen über einzelne Elemente des Beschlusses zur Mittelstrecken-Problematik bis zu über 40 % der Delegierten für ihre Vorstellungen gewinnen. Außerdem wurde im Beschluß ausdrücklich festgehalten, daß eine Ablehnung des SALT II-Abkommens „eine neue Lage schaffen würde.“ Das heißt im Klartext: Eine Ablehnung des SALT II-Vertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten würde eine wichtige Voraussetzung, auf der die Dezember-Entscheidung der NATO zu den neuen Mittelstreckenwaffen beruht, entfallen lassen. Die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen wird nur unter der „auflösenden Bedingung“ akzeptiert, daß „auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen“.

Bereits vor dem Parteitag hatte die Antragskommission den ursprünglich vom Parteivorstand vorgelegten Antragstext in wichtigen Teilen verändert: So steht jetzt in Punkt 28 des Abschnittes „Rüstungsbegrenzung, Rüstungsverminderung und kooperative Rüstungssteuerung“ ausdrücklich, daß es das Ziel der Verhandlungen ist, „die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen“.

Außerdem ist (so Punkt 29) „zu prüfen, ob bei fortschreitenden Verhandlungen überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden“.

Aufgabe der Sozialdemokraten in Parlament und Regierung wird es in den kommenden Jahren sein, alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit der po-

litische Vorrang der Rüstungskontrolle bei den Diskussionen in der NATO und den Verhandlungen zwischen Ost und West im Sinne des Berliner Parteitages auch tatsächlich in der politischen Praxis Beachtung findet.

In der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb, daß der Parteitag durch weitere, über die ursprünglichen Empfehlungen des Parteivorstandes und der Antragskommission hinausgehende Änderungen die Rüstungskontrollpolitischen Schwerpunkte des Beschlusses weiter verstärkte.

So wurden (in Punkt 6) „einseitige militärische Vorleistungen“ unter bestimmten Vorbedingungen für sinnvoll erklärt. Die Bundesregierung wurde (Punkt 25) aufgefordert, „im Bündnis darauf zu drängen“, daß bald insbesondere auch zur Neutronenwaffe Verhandlungskonzeptionen entwickelt werden. Das Verbot von Satellitenwaffen (Punkt 31), das Verbot der Erforschung, Entwicklung und Einführung von Strahlenwaffen (Punkt 32) und „eine verstärkte Kontrolle der Rüstungsforschung“ wurden vom Parteitag gefordert.

In weiteren Beschlüssen lehnte der Parteitag die Schaffung einer westeuropäischen Nuklearstreitmacht ab. Er forderte eine Verschärfung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, damit eine bessere Kontrolle von Waffenexporten ermöglicht werde.

Erstaunlich ist, daß trotz der gegenwärtig aktuellen Diskussion über Afghanistan und den Iran der Beschluß des Parteitages, in dem nachdrücklich jede militärische Intervention abgelehnt wird, in der Öffentlichkeit völlig übersehen wurde. Es heißt dort: „Die SPD sieht in Eingreiftruppen zur gewaltsamen Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Interessen in der Dritten Welt den Ausdruck roher kolonialistischer Gesinnung und eine akute Gefahr für den Frieden in der Welt. Sie lehnt deshalb entsprechende Vorstellungen scharf ab und fordert die Bundesregierung auf, sich von derartigen Plänen eindeutig und unmißverständlich zu distanzieren.“

Nachdrücklich wurden Friedensforschung und Friedenserziehung unterstützt. In dem Beschluß zur Friedenserziehung unterstützt die SPD erstmals durch einen Parteitag die „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“. Es heißt dort: „Wir unterstützen die Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit und die Gründung regionaler Initiativen und fordern die SPD-Funktionäre auf, darin aktiv zu werden.“

Gleichzeitig wurde klargestellt, „daß sozialdemokratische Friedenspolitik sich von den Parolen der

DKP und des „Komitees für Frieden und Abrüstung unterscheidet“. Die Sozialdemokraten „unterstützen stattdessen ein friedenspolitisches Bündnis relevanter, demokratisch glaubwürdiger Kräfte im In- und Ausland“. Durch diesen Beschluß des Parteitages, der weder im Vorfeld des Parteitages noch auf dem Parteitag selber auf den Widerspruch irgendeines Parteitagsdelegierten oder einer Arbeitsgemeinschaft der Partei stieß, wurde einstimmig ein Schlußstrich unter eine Auseinandersetzung gezogen, die wenige Jahre zuvor noch zu erheblichen Konflikten bei den Jungsozialisten geführt hatte.

Im Beschluß zur Friedenserziehung werden die Ortsvereine der SPD aufgefordert, die Bevölkerung vor Ort zu überzeugen, zu mobilisieren und für den Friedensgedanken zu gewinnen. „Informationsveranstaltungen, Diskussionen mit Bundeswehrangehörigen und Friedensforschern, Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen über Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer aktiven Friedenspolitik und die Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Friedens- und Abrüstungsinitiative gehören dazu.“

Dieser Beschluß des SPD-Bundesparteitages ist all denen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, daß Friedenspolitik nur eine Aufgabe der Regierungen und Parlamente sei, von denen friedenspolitisch engagierte Bürger und Gruppen die Finger zu lassen hätten. Nicht zuletzt das sachkundige Engagement einzelner Bürger und interessierter Gruppen wird in den kommenden Jahren mit darüber entscheiden, ob tatsächlich alle Anstrengungen unternommen werden, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen durch Verhandlungen überflüssig zu machen.

Der SPD-Bundesparteitag hat in allen seinen Beschlüssen seine Unterstützung der Entspannungspolitik und den politischen Vorrang der Rüstungskontrolle betont. Wir Sozialdemokraten entscheiden durch unsere politische Arbeit in den Städten und Gemeinden, in Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, Jugendorganisationen und den Verbänden der Friedensbewegung mit darüber, ob diesen politischen Absichtserklärungen der nötige Nachdruck verliehen wird.

Auch diejenigen, die eine andere Entscheidung des SPD-Bundesparteitages zur Problematik der Produktion und Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen gewünscht haben, müssen sich eingestehen, daß auch eine andere Entscheidung des Parteitages in Berlin die lange vorbereiteten Entscheidungen der NATO in Brüssel in der Substanz kaum mehr hätten verändern können. Auch nach

den Brüsseler NATO-Entscheidungen aber darf keiner, der friedens- und abrüstungspolitisch engagiert ist, und der die NATO-Entscheidung kritisiert, resignieren. Ob die Weichenstellung in den nächsten Jahren in Richtung auf Rüstungskontrolle und Abrüstung oder in Richtung auf eine Wiederbelebung des Kalten Krieges gestellt wird, hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob wir jeden Anflug von Resignation überwinden und uns gerade in den vor uns liegenden drei bis vier Jahren zäh und ausdauernd für neue Impulse in der Friedens- und Abrüstungspolitik engagieren.

Nur wer sich nicht mißmutig ins politische Abseits zurückzieht, sondern auf den politischen Vorrang der Rüstungskontrolle und die Verwirklichung der Berliner SPD-Parteitagsbeschlüsse in der politischen Praxis drängt, wird die notwendige politische Weichenstellung in Richtung auf einen sicheren Frieden bei weniger Rüstung beeinflussen können.

Es bleibt weiter unsere Aufgabe, den schrittweisen Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf demokratisch möglich zu machen.

Nie war in der deutschen Geschichte die Unterstützung für uns größer als in den Jahren, in denen sich Sozialdemokraten und Liberale in gemeinsamem Mut zur neuen Ostpolitik zusammenfanden. Diese neue Ostpolitik war auf parlamentarische Mehrheiten angewiesen. Aber wir scheuten im Interesse der Friedenssicherung den Konflikt mit den Christdemokraten im Parlament nicht. Wir waren erfolgreich, weil unsere Friedenspolitik nicht nur Meinungsumfragen nachvollzog. Wir haben uns beharrlich mit konservativen Vorurteilen und irrationalen Ängsten in der Bevölkerung auseinandergesetzt und damit Mehrheiten für unsere Ziele gewonnen. Die Entspannungspolitik der Regierung Brandt war in die Entscheidungen des Bündnisses eingebettet. Aber im Bett des Bündnisses haben wir uns nicht ausgeruht. Im Gegenteil, zusammen mit unseren europäischen Bruderparteien haben wir das Bündnis insgesamt zu entspannungspolitischen Initiativen angeregt.

Diesen Ansporn, diesen Mut, diese Beharrlichkeit brauchen wir jetzt auch für die zweite Phase der Ostpolitik. Sie wird vom Thema der Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit, durch Abrüstung und Rüstungskontrolle beherrscht sein. Wettrüsten und Entspannung können nicht beliebig lange nebeneinander herlaufen. Wir befinden uns an einem Scheideweg der Ost-West-Beziehungen. Entweder es gelingen uns in den kommenden Monaten und Jahren Schritte zur gemeinsamen Begrenzung und Verringerung der Rüstung in Ost und

West, oder der Mechanismus von Rüstung und Nachrüstung wird neues Mißtrauen und neue politische Konfrontation verursachen.

Wir müssen deshalb den Prozeß, der zur Aufrüstung führt, bremsen. Wir müssen ihn schrittweise sogar umkehren. Wir dürfen uns dabei nicht der Illusion hingeben, daß in den nächsten Jahren aus dem Rüstungswettlauf ein Wettlauf der Abrüstung und aus der bisher üblichen Abfolge von Vorrüstung und Nachrüstung ein neuer Automatismus von Vorleistung und Nachleistung entstehen könnte. Wir müssen aber im Sinne der Beschlüsse des Berliner Bundesparteitages darauf drängen, das Gleichgewicht der militärischen Kräfte und Fähigkeiten schrittweise durch Rüstungskontrollvereinbarungen auf ein niedrigeres Niveau zu senken.

Gegenwärtig jedenfalls droht das Tempo bei der Modernisierung der Waffentechnologien, die Wirkung von Rüstungskontrollvereinbarungen auszuhöhlen und zunichte zu machen. Zur Zeit entwickeln und stationieren Ost und West parallel zu den Verhandlungen bereits neue Waffensysteme. Sie entziehen damit ursprünglichen Rüstungskontrollpolitischen Konzeptionen den Boden. In den Vereinigten Staaten – und sicherlich nicht nur dort – finden Rüstungskontrollabkommen gegenwärtig nur eine Mehrheit, wenn sie mit umfangreichen zusätzlichen Aufrüstungsprogrammen verbunden sind.

In Punkt 6 des Abschnittes IV des Berliner Beschlusses zur „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“ heißt es: „Einseitiger militärischer Machtzuwachs führt nicht automatisch zu einem Gewinn an eigener Sicherheit.“ Diese Erfahrung wird die UdSSR machen. Diese Erfahrung werden aber auch diejenigen machen, die jetzt umfangreiche Aufrüstungsprogramme in den USA durchgesetzt haben.

Wir wollen die Aushöhlung der Rüstungskontrollvereinbarungen, eine Art Vertragsunterwanderung durch die Entwicklung neuer Waffentechnologien, erschweren. Dazu müssen wir das Instrument der militärischen und politischen Vertrauensbildung so weit entwickeln, daß auf beiden Seiten über Waffen verhandelt werden kann, die noch nicht stationiert, noch nicht produziert und – was das Schwierigste ist – die noch nicht fertig entwickelt worden sind. Im Sinne der Punkte 32, 33 und 34 des Leitantes müssen wir mit der Rüstungskontrolle bereits in den Laboren und Forschungsinstituten beginnen.

Wir Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahren viel über die mit friedlichen Technologien verbundenen Risiken hinzulernt. Aber es wäre dem deutschen Volk viel erspart geblieben, wenn es

die frühzeitigen Warnungen von Sozialdemokraten vor den Gefahren moderner Waffentechnologien beachert hätte. August Bebel warnte bereits 1889 vor den neuen Waffentechnologien, weil sie die Gefahren für den Frieden und die Schrecken im Kriege vergrößerten. Er sagte damals: „Die Waffentechnik, der Kriegsschiffbau, die Befestigungskunst haben Fortschritte gemacht, die staunenerregend sind und mit allen den ähnlichen Einrichtungen, die noch im 70er Krieg als höchste Vollkommenheit galten, nicht mehr in Vergleich zu stellen sind. Die Repetiergewehre, die Schnellfeuergeschütze, das rauchlose Pulver, die Sprenggeschosse, die riesigen Panzerschiffe und Panzerbefestigungen haben eine vollständige Revolution in der Kriegstaktik erzeugt, die erst noch der ersten Probe harret, aber wie immer sie ausfallen mag, schon heute keinen Zweifel mehr läßt, daß im nächsten Kriege die Menschenverwüstung eine Höhe erreicht, wie sie bisher nie erlebt wurde, und daß Szenen erscheinen werden, die den Schrecken und das Entsetzen der zuschauenden Völker hervorrufen dürften.“

Nirgenwo wird die Ideologie vom unbegrenzten Wachstum und der blinde Glaube an den technologischen Fortschritt so widersinnig und so gemeingefährlich wie auf dem Gebiet der Rüstung. Würde heute die fortgeschrittenste Waffentechnologie in einem Dritten Weltkrieg eingesetzt, so bedeutete dies das Ende des Fortschritts, der Technologie und des Lebens auf unserem Kontinent.

Aus diesem Grunde muß unsere Friedenspolitik der Vertrauensbildung zwischen Nord und Süd und Ost und West den politischen Vorrang vor dem Vertrauen auf neue Waffentechnologien einräumen. Die Glaubwürdigkeit unserer Friedenspolitik ist für unsere Sicherheit noch wichtiger als die Glaubwürdigkeit der militärischen Abschreckung.

Die Rüstungskontrolle hat für uns deshalb den politischen Vorrang vor der Nachrüstung. Wenn schon die Regierungen mit dem Tempo der Waffenproduzenten nicht mithalten können, müssen sie wenigstens politische Bremsen einbauen, die verhindern, daß die Entwicklung neuer Waffentechnologien den Inhalt unserer Politik vorwegentscheidet. Beim Rüstungswettlauf ist, weil er in eine Sackgasse führt, ein Schritt zurück der mutigste Schritt zum Fortschritt.

Hierzu gehört, daß Rüstungsentscheidungen zurückgenommen werden können, wenn sie durch politische Verhandlungen überflüssig geworden sind. Wenn der Wille zu Verhandlungen ernst gemeint ist, dann kann daher die Dezember-Entscheidung der NATO der Sache nur noch eine vorläufige grundsätz-

liche Entscheidung über die Stationierung sein. Ob und wieviel Mittelstreckenwaffen tatsächlich stationiert werden sollen, kann abschließend erst entschieden werden, wenn die NATO die Ergebnisse von Verhandlungen vor Beginn der tatsächlichen Stationierungen bewertet. Deshalb ist auch dann erst ein endgültiger Beschluß über die Stationierung möglich. Diese erneute Beschlußfassung ist aber auch erforderlich, wenn wir mit unserer Aussage, wir wollten keinen Automatismus, ernst genommen werden wollen.

Wissenschaftler wie Carl-Friedrich von Weizsäcker und Politiker wie McGeorge-Bundy haben kritische Einwände gegen die geplante NATO-Entscheidung vorgetragen. Mit dieser Kritik müssen wir uns weiterhin ernsthaft auseinandersetzen. Die kritische Diskussion darf jetzt, nach dem Bundesparteitag und nach der NATO-Entscheidung, nicht enden. Sie muß in den kommenden Jahren auf noch breiterer Ebene in der Wissenschaft, in der Politik und in den gesellschaftlichen Gruppen fortgeführt und noch besser als bisher, auch sicherheitspolitisch, begründet werden.

Wir sollten auch ehrlich genug sein einzugestehen, daß die Pershing II und die Cruise missiles nicht nur eine Nachrüstung auf die sowjetische SS 20-Rakete darstellen. Die NATO plant mit diesen Waffensystemen eine militärische Antwort auf anderem, und zwar qualitativ höherem technologischen Niveau:

1. Die Cruise missiles und auch die Pershing II-Raketen sind noch zielgenauer als die SS 20-Raketen.

2. Die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen werden wahrscheinlich mit einem neuen Sprengkopftyp mit erhöhter Explosivkraft und verringerter Strahlung (also einer Art Gegenbild zur Technologie der Neutronenwaffe) ausgestattet werden.

Alle Angaben über diese qualitativen Elemente im Rüstungswettlauf offen auf den Tisch zu legen, ist eine wichtige Voraussetzung für Vertrauensbildung zwischen Ost und West. Deshalb dürfen wir nicht leugnen, daß mit der Einführung der Pershing II und der Cruise missile der Westen einen qualitativen Vorsprung gegenüber der sowjetischen SS 20-Rakete erringen würde, so wie wir auch darauf hinweisen müssen, daß die UdSSR mit der SS 20 bisher einen quantitativen und qualitativen Vorsprung gegenüber entsprechenden westlichen Systemen in Europa besitzt.

Wer eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West und langfristig – wie das Godesberger Programm – eine Friedensordnung in Europa zum Ziel hat, muß unsere Sicherheitsinteressen ernst nehmen

und darf die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes nicht mißachten. Nur so kann uns ein schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf zwischen Ost und West gelingen.

In den Beschlüssen des Berliner Bundesparteitages wird Friedenspolitik auch unter dem Gesichtspunkt unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern gesehen. Diese neue Aufgabe der Friedenspolitik muß künftig noch stärker unsere Beachtung finden. Aus dem Nord-Süd-Konflikt drohen zukünftig noch größere Gefahren für den Frieden als aus dem Ost-West-Konflikt. Aber wenn wir die Eigendynamik des Wettrüstens zwischen Ost und West nicht unter Kontrolle bekommen, dann werden wir auch kaum dazu beitragen können, die Militarisierung der Dritten Welt zu stoppen. Staaten, die nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerungen ausreichend zu ernähren, die vor unüberschaubaren wirtschaftlichen und sozialen Problemen stehen, haben sich zunehmend mit militärischen Spitzenprodukten umgeben; mit modernsten Kampfflugzeugen, elektronisch gesteuerten Lenkwaffen und Raketen usw.

Die Industriestaaten des Ostens und Westens haben diese Tendenzen nachhaltig gefördert. Nicht nur durch ihr schlechtes Beispiel, sondern ganz handfest durch die Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Die Industriestaaten haben dazu beigetragen, daß in vielen Entwicklungsländern der Militärapparat den technologisch modernsten Teil der dortigen Gesellschaften bildet. Die Bedürfnisse und Strukturen dieser Militärapparate bestimmen dann vielfach die Entwicklungstrends, die Entwicklungsperspektiven und vielfach auch die politischen Herrschaftsverhältnisse.

Auch die Bundesrepublik Deutschland war und ist an diesen Entwicklungen beteiligt. Die restriktiven Gesetze, die unsere Waffenexporte regeln, waren nicht restriktiv genug zu verhindern, daß westdeutsche Militärerzeugnisse auch in den Spannungsgebieten aufauchten.

Willy Brandt sagte auf dem Hamburger Parteitag: „Unsere eigene Zukunft wird unsicherer, solange anderswo die Armenhäuser der Menschheit wachsen.“ Dies ist richtig, und noch mehr ist wahr: Was nützen Pläne für eine neue Weltwirtschaftsordnung und für eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums, wenn die Mittel, die hierfür benötigt werden, nicht den Bevölkerungen zugute kommen, sondern den Militärapparaten und den Rüstungsprogrammen? Je größer und kostspieliger die Waffenarsenale der Dritten Welt werden, desto schwieriger

wird die Bewältigung des Hungers, der Armut und der sozialen Spannungen, desto wahrscheinlicher wird eine Verschärfung – und nicht eine Abschwächung – des Nord-Süd-Konfliktes.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die fortschreitende Aufrüstung der Dritten Welt unsere eigene Sicherheit beeinträchtigen kann. Seit die Armeen der Entwicklungsländer mit allermodernsten Kriegegeräten ausgestattet sind, lassen sich militärische Konflikte immer schwerer regional begrenzen. Die Gefahr wächst, daß lokale Auseinandersetzungen in der Dritten Welt auch auf den Ost-West-Konflikt übergreifen können, zumal Warschauer-Pakt- und NATO-Staaten sich häufig auf der jeweils anderen Seite zweier Konfliktparteien engagieren.

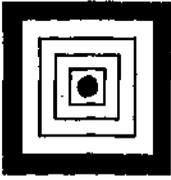
Die Logik der militärischen Abschreckung wirkt nicht gleichermaßen bei Konflikten außerhalb des Ost-West-Zusammenhanges. Aus einem unkalkulierbaren sicherheitspolitischen Verhalten mancher Staaten der Dritten Welt und aus einer noch größeren Unkalkulierbarkeit der in ihnen wirkenden gesellschaftlichen Kräfte ergeben sich zusätzliche Gefahren für den Frieden. Was ist unsere Antwort? Wir müssen dazu beitragen, den Gewaltverzicht als Grundsatz internationalen Verhaltens auch in anderen Teilen der Welt in der politischen Praxis akzeptierbar zu machen. Es wäre für den Weltfrieden verhängnisvoll, wenn die jungen Staaten der Dritten Welt mit ihren vielfach von den Kolonialstaaten gezogenen künstlichen Grenzen ebenso viele Jahrhunderte und ebenso viele Kriege wie die Europäer bräuchten, bis sie den Weg der friedlichen Regelung ihrer Konflikte finden. Aus unserer eigenen Geschichte haben wir Sozialdemokraten gelernt: Nicht – wie bei den Konservativen – das Ende der Entspannungspolitik in Europa, sondern die vereinbarte Anwendung ihrer Grundsätze in anderen Regionen der Welt ist unser Beitrag zur weltweiten Sicherheitspartnerschaft.

Wir Deutschen brauchen eine aktive Friedenspolitik. Wohin uns Konfrontationspolitik führt, haben zwei Weltkriege gezeigt. Wir spüren noch heute deren Folgen. Die deutschen Sozialdemokraten haben seit 1969 unter den Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt den Schutt dieser Vergangenheit Stück um Stück abgetragen. Ihre Politik hat

maßgeblich dazu beigetragen, daß Europa heute zu einer der stabilsten Regionen der Welt geworden ist. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde ein Begriff der deutschen Außenpolitik, nämlich „Ostpolitik“, international zum Sinnbild der Friedenspolitik, und das in einem Land, in dem in der Vergangenheit das Fremdwort „Zivildourage“ weniger galt als die Tapferkeit vor dem Feinde. Diese Friedenspolitik ist unser wichtigster sozialdemokratischer und unser gemeinsamer sozialliberaler Beitrag zum neuen friedlichen und demokratischen Deutschland der Nachkriegszeit.

Friedrich Engels hat in einer Aufsatzserie im „Vorwärts“ im Jahre 1893 unter der Überschrift „Kann Europa abrüsten?“ gefragt, ob es keinen Ausweg aus der Sackgasse der Rüstung gebe – außer durch einen Verwüstungskrieg, wie die Welt noch keinen gesehen habe. Und er antwortete: „Ich behaupte, die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland mehr als ein anderer zivilisierter Staat hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.“ Weiter schreibt er: „Ich versuche den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage. Ich gehe also von dieser Lage aus und schlage einstweilen nur solche Mittel vor, die jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit annehmen kann.“

Ausgehend von der heutigen politischen Lage und ausgehend von den legitimen Sicherheitsinteressen, wollen die Sozialdemokraten mit ihren Berliner Beschlüssen den schrittweisen Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf durch internationale Verträge und demokratische Mehrheiten im eigenen Land praktisch möglich machen. Dies gegen einen wachsenden konservativen sicherheitspolitischen Irrationalismus, der uns in Europa in einen neuen Kalten Krieg hinzutreiben versucht. Dabei hoffen wir, neben der notwendigen Unterstützung der Mehrheit für diese Politik im eigenen Lande, über die Landes- und Parteigrenzen hinweg vor allem auch auf die Unterstützung der Bruderparteien der Sozialistischen Internationale, die auf dem Berliner Bundesparteitag so zahlreich vertreten waren.



Claus-Dieter Krohn: Die ideologischen Wurzeln der CSU-Kampagne gegen die Sozialdemokratie

Seit den Bundestagswahlen von 1976 gehört der ideologische Bürgerkrieg zum Wahlkampfstil der Unionsparteien. Suchten CDU/CSU damals im Wahlslogan „Freiheit oder/statt Sozialismus“ die Sozialdemokraten mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung zu identifizieren, so erscheinen sie in den jüngsten Attacken der CSU als Verwandte des Nationalsozialismus. Auch wenn Generalsekretär Stoiber nach seinen und den Ausfällen des bayerischen JU-Vorsitzenden Sauter später scheinbar einschränkend anmerkte, nur an die Wissenschaft appelliert zu haben, die Wurzeln des Kollektivismus genauer zu erforschen, so ist unverkennbar, daß nach der Devise „Etwas bleibt immer hängen“ die demokratische Glaubwürdigkeit der SPD angezweifelt und damit die Vorbehalte der Öffentlichkeit gegen den unberechenbaren Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, wirksam neutralisiert werden sollten.

Über die sachliche Unhaltbarkeit dieser Polemik brauchen angesichts der historischen Tatsachen keine Worte verloren zu werden; die Fülle der von der zeitgeschichtlichen Forschung bereitgestellten und in den letzten Wochen öffentlich diskutierten Informationen zeigen nur die gravierenden Kenntnisdefizite der CSU-Funktionäre. Dennoch wird man fragen müssen, wie sich in der CSU und auch in Teilen der CDU solche Verdrehungen und Verunglimpfungen so hartnäckig halten können, die bereits 1976 ihre erste Formulierung gefunden hatten. Mit Wahlkampfstrategien allein kann das nicht erklärt werden.

Schon damals hatte Franz Josef Strauß in öffentlichen Auftritten erklärend darauf hingewiesen, daß jene Parole keine Erfindung seiner Partei sei, sondern aus einem Buch des renommierten Wirtschaftswissenschaftlers F. A. Hayek stamme, das während des Zweiten Weltkrieges in England und den Vereinigten Staaten unter dem Titel „The Road to Serf-

dom“ (dt. 1945 „Der Weg zur Knechtschaft“) erschienen war. Und von eben diesem Werk scheint auch die ideologische Munition für die jüngsten Vorstöße zu stammen, denn unter dem Titel „Gemeinsame Wurzeln“ veröffentlichte der Bayernkurier Mitte Oktober erneut einen Auszug aus diesem Werk. Geschichte wurde dabei auf den Nobelpreis hingewiesen, der Hayek 1974 für seine konjunktur- und kredittheoretischen Forschungen – und nicht etwa für seine gesellschaftspolitischen Beiträge – verliehen worden war, um die CSU-Attacken quasi als wissenschaftlich unangreifbar auszugeben.

Hayeks Hauptthese in jenem Buch war, daß der Faschismus keine spezifisch „kapitalistische Reaktion“ auf den erstarkenden Sozialismus in denjenigen Industrieländern sei, die sich im Gegensatz zu Westeuropa seit dem 19. Jahrhundert im Gehäuse des feudalen Obrigkeitsstaates technisch modernisiert hatten, wie es die Faschismustheorien der dreißiger Jahre am Beispiel Deutschlands und Italiens nachzuweisen suchten. Vielmehr sei der Nationalsozialismus eine konsequente Fortentwicklung der sozialistischen Tendenzen der preußisch-deutschen Geschichte und vor allem der der Weimarer Republik.

Hayek kann als Vertreter der vor allem in den angelsächsischen Ländern in und nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten „Totalitarismustheorie“ angesehen werden, die in ihrer Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus/Kommunismus mehr eine Abwehrideologie als eine rationale, analytische Theorie darstellt – abstrahiert sie doch von allen sozialen und ökonomischen Bezügen und umgibt sie eine genaue Analyse der sozialen Träger des Faschismus.

Mit der Herleitung der CSU-Polemik aus dieser Theorie könnte zur Tagesordnung übergegangen werden, da ihre zeitbedingte Abkunft von der Ideologie des „Kalten Krieges“ bekannt ist. Weniger bekannt ist allerdings, daß einige der bedeutenden Totalitarismustheoretiker ihre antisozialistischen Programme schon im Deutschland der zwanziger Jahre entwickelt und gegen die SPD agitatorisch eingesetzt hatten, während sie in dieser Zeit dem Faschismus als neuartiger Ordnungstheorie zum Teil noch mit offenen Sympathien begegneten. Erst in dieser Perspektive erhalten auch die CSU-Ausfälle ihre charakteristische Bedeutung für das Selbstverständnis führender Repräsentanten in der heutigen parteipolitischen Auseinandersetzung.

Nicht von ungefähr waren an der Konzeption der Totalitarismustheorie zu erheblichem Teil aus dem deutschsprachigen Raum stammende orthodox-liberale Wirtschaftswissenschaftler beteiligt, die schon in

den zwanziger Jahren aus ihrer Ablehnung der Sozialdemokratie und des Sozialstaatsgedankens, der in die Weimarer Verfassung erstmals aufgenommen worden war, keinen Hehl machten. Zu ihnen gehörte auch F. A. Hayek, besonders aber sein akademischer Lehrer Ludwig von Mises, der als Wortführer dieser Gruppe orthodoxer liberaler Ordnungstheoretiker angesehen werden kann. Nach dem Kriege hatte er sich ausschließlich gesellschaftspolitischen Betrachtungen, d. h. der Abwehr der Sozialdemokratie und des sozialstaatlichen Interventionismus, zugewandt, die er bis zu seinem Tode vor wenigen Jahren in immer schrofferer Form zuspitzte. Und ihm war zeitweilig auch sein Schüler Hayek gefolgt.

Von einigen kritischen Soziologen ist bereits in den zwanziger Jahren auf die politischen Gefahren jener einseitigen liberalen Wirtschaftsanschauungen hingewiesen worden. Hatte das von diesen Ökonomen zugrundegelegte klassische – auf individuellen Einzelentscheidungen beruhende – Markt- bzw. Wettbewerbsmodell ursprünglich einmal experimentellen Charakter getragen und war für neue Tatsachen offen gewesen, so wandelte es sich in dem Moment zur politischen Ideologie, als die Strukturwandlungen des Industriekapitalismus mit seinen sozialen Veränderungen und die politische Demokratisierung nach 1918 auch die Arbeiterschaft zur öffentlichen Gewalt machten.

Im Gegensatz zur ökonomischen Realität der organisierten Großwirtschaft wurden alle Zweifel an der Funktionsfähigkeit individuell bestimmter Marktprozesse gleich als Kollektivismus abgetan und Störungen allein in der Organisation des „Produktionsfaktors Arbeit“ gesehen. Diese Sichtweise zeigt die Parteilichkeit jener Intellektuellen, welche unter den Bedingungen öffentlich rivalisierender Ideen nicht mehr in der Lage waren, ihre Reaktionsfähigkeit für neue Erfahrungen und ihre Denkmethode elastisch zu halten.

Die in den zwanziger Jahren entwickelten und aggressiv vorgetragenen Ordnungsvorstellungen legiti- mierten vor allem jene Kräfte, die seit Ende der zwanziger Jahre die herrschende Wirtschaftskrise der Sozialdemokratie anlasteten und die Depression dahin zu nutzen suchten, den nicht gewollten sozialen und pluralistischen Interventionsstaat, der seit 1918 ja auch den Sozialdemokraten politischen Einfluß gesichert hatte, auf die alten vertrauten autoritären Ordnungsmuster hin zu transformieren. Die Präsidialkabinette Brüning und Papens entsprachen zunächst auch den Vorstellungen der großen wirtschaftlichen Interessengruppen, ihnen fehlte jedoch die

plebiszitäre Massenakklamation, die erst die kleinbürgerliche Radaubewegung der NSDAP zu mobilisieren vermochte. Von den Absichten her sicher anders motiviert, von den faktischen Wirkungen her allerdings eindeutig bestimmbar, lieferten die liberalen Ordnungstheorien im Inhalt wie in der vorgetragenen Form einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur ideologischen Aushöhlung der Republik.

Die von jenen Theoretikern dann nach 1933 in der freiwilligen oder aus „rassistischen“ Gründen erzwungenen Emigration formulierten totalitarismustheoretischen Ansätze stellten nur eine Variante ihrer Erklärungen aus den zwanziger Jahren dar. Alle weltanschaulichen Gegner waren schon damals zu Feinden erklärt worden und dabei beispielsweise das reaktionäre „Preußentum“ auch bereits mit dem Sozialismus in eins gesetzt worden. Mit dem Faschismus, der in Italien seit 1922 an der Macht war und die privatkapitalistische Dispositionsfreiheit durch gewaltsame Ausschaltung der Gewerkschaften und Linksparteien garantiert hatte, sah man sich allerdings in jenen Jahren noch in weitgehender Übereinstimmung. Die späteren, genau entgegengesetzten Urteile über den Nationalsozialismus, der sich, versetzt mit Antisemitismus, auszeichnete, müssen so als taktischer Opportunismus erscheinen, der das Scheitern der liberalen Ideologie kontrarkieren sollte.

Das Leitmotiv für alle späteren Auseinandersetzungen hatte Ludwig von Mises schon 1919 geliefert: Die deutsche Sozialdemokratie, die sich in der Burgfriedenspolitik des Ersten Weltkrieges mit dem Obrigkeitsstaat liiert habe, sei nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zum Vollstrecker des preußischen Junkertums geworden. Neu sei lediglich – stimuliert von der „Literatenideologie des Sozialismus“ – die Herrschaftstechnik gewesen. Während die Hohenzollern-Monarchie ihre Macht durch außenpolitische Aggressionen zu konservieren suchte, orientierten sich die Sozialisten mehr nach innen. Der marxistische Sozialismus sei so nichts anderes als „nach innen gewandter Imperialismus“. Und noch in einem kurz nach seinem Tode von Alfred Müller-Armack 1978 eingeleiteten Werk denunzierte er das Engagement der deutschen Sozialdemokratie von 1918 für die bürgerlich-parlamentarische Republik als „Lug und Trug“. In Wahrheit sei es ihr nur um die „Gewaltherrschaft des Pöbels und um die Diktatur der Demagogen“ gegangen, die „an Stelle der Hohenzollern Rosa Luxemburg zum Herrscher machen“ wollten. Undifferenziert wurden immer wieder Bolschewismus, Kommunismus und Sozialismus als Terrorismus gleichgesetzt – eine Formel, die ja heute eben-

falls zur stereotypen Argumentation von rechts gehört.

Nicht die aktuellen wirtschaftlichen Probleme nach dem Ersten Weltkrieg (Inflation, Nachfragedefizit, Dauerarbeitslosigkeit), sondern ausschließlich weltanschauliche Fragen bestimmten in den zwanziger Jahren die wirtschaftstheoretischen Debatten der liberalen Ökonomen in Deutschland, obwohl die nach 1918 diskutierten Gemeinwirtschaftspläne sehr bald zu den Akten gelegt und auch die Sozialdemokraten von den Schaltstellen der Macht alsbald verdrängt worden waren. Störungen und Krisen des von diesen Theoretikern idealtypisch gesetzten Marktsystems wurden allein auf den sozialstaatlichen Interventionismus bzw. den „Sozialliberalismus“ zurückgeführt. Auch die für die zwanziger Jahre so typischen, den Marktmechanismus in vielen Sektoren ausschaltenden Konzentrations- und Kartellbewegungen wurden, wenn überhaupt thematisiert, auf die „marxistischen Neurotiker“ zurückgeführt und als legitimer „Selbstschutz“ der Wirtschaftsführer diffamiert. Sie seien nur die zwangsläufige Folge etwa der administrativen schutzzöllnerischen Handelspolitik gewesen, die in solcher Sichtweise nicht von Interessenten, der Schwerindustrie und den Agrariern, sondern von bürokratischer Willkür bestimmt wurde.

In der Großen Depression nach 1929 verdichteten sich dann die Angriffe auf den „Sozialismus“ zur Ablehnung des ganzen politischen Systems. Die weltweite Krise erschien den Ordnungstheoretikern ausschließlich als binnenwirtschaftliches Problem, als zwangsläufige Folge der „destruktivistischen Wirtschaftspolitik“ seit 1918, für die wieder einmal die Sozialdemokratie, für Mises eine „*contradictio in adiecto*“, und die Gewerkschaften verantwortlich gemacht wurden. Sozialpolitik erschien dabei bereits als „einmütige Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“, und auf die Arbeitslosenunterstützung wurde – ebenfalls ein heute nicht unbekanntes Argument – die Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung zurückgeführt.

Solche Ordnungstheorien, die bei den Gesellschaftsstrukturen des Frühkapitalismus stehengeblieben waren, konnten nur unschwer ihre politische Stoßrichtung verbergen. Sie vermochten daher auch, die von mächtigen Interessengruppen in der Krise zunehmend proklamierten autoritären Leitbilder bruchlos zu integrieren.

Seit Ende der zwanziger Jahre hatten zahlreiche Wirtschaftsführer im italienischen Faschismus ein attraktives Vorbild für die künftige deutsche Wirtschaftsordnung gesehen; der Spitzenverband der

deutschen Industrie hatte schon 1930 eine spezielle Geschäftsabteilung zur Beobachtung und Analyse des Faschismus eingerichtet. Diesem Trend folgten auch zahlreiche liberale Theoretiker. Ludwig von Mises, wieder wortführend, ließ jetzt ebenfalls offene Sympathien für die faschistischen Bewegungen erkennen: Nachdem die „Bolschewisten“ und „marxistischen Sozialdemokraten“ in weiten Teilen Zentraleuropas die Macht erobert und ihr „rückhaltloses Bekenntnis zur Vernichtung des Gegners“ abgelegt hätten, sei es auch den nichtsozialistischen Gegnern des Liberalismus wie Schuppen von den Augen gefallen. Die faschistischen Parteien in Italien und Deutschland seien deshalb die begrüßenswerten Speerspitze für die Rettung des Abendlandes, weil nur sie die Kraft gefunden hätten, aus der Not der Situation heraus die überkommenen Schranken des Rechts und der Moral zu sprengen und sich zu der notwendigen „blutigen Gegenaktion“ zu formieren. Es könne nicht geleugnet werden, daß „der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen voll von den besten Absichten sind und daß ihr Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, daß sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben“. Wenn auch vom Standpunkt des Liberalen einige faschistische Übergriffe verurteilt werden müßten, so seien das wohl nur momentane „Reflex- und Affekthandlungen“. Sobald der erste Zorn verbraucht sei, würden die Faschisten sicher „in gemäßigttere Bahnen einlenken“ und „immer mehr Mäßigung an den Tag legen“.

Dieser Beurteilung folgten in den Krisenjahren 1931/32 auch die meisten anderen von Mises und seiner Schule beeinflussten jüngeren Theoretiker, die, wie Walter Eucken, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack oder Ludwig Erhard, erst nach dem Zweiten Weltkrieg als „Väter der sozialen Marktwirtschaft“ große Bekanntheit erlangen sollten. Unverkennbar ist, daß die ersten Entwürfe für ihr Marktwirtschaftskonzept in jenen Krisenjahren entwickelt worden waren, die nach 1945 dann in „gereinigter“ Form wieder hervorgeholt wurden. Auch sie sahen im autoritären Staat eine notwendige Alternative zur Weimarer Republik. Nachdrücklich begrüßte diese Gruppe zunächst die „staatspolitisch richtige Zielsetzung“ des Papen-Kabinetts, das den Einfluß der „Massen“ bzw. der Gewerkschaften in Wirtschaft und Politik zurückgedrängt hatte. Die Krise sei vor allem eine Krise der deutschen Demokratie, die bisher dauernd auf „einem Bein hüpfte“ und dieses „linke Bein“ maßlos überanstrengt habe. Eine realistische Krisentherapie setze daher einen „vollkommen ande-

ren Staat“ voraus, einen Staat, der über den Gruppen und Interessenten stehe. Auch die Machtübernahme der NSDAP und die Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 entsprach den Vorstellungen dieser Gruppe. Für Erhard bedeutete die „bejahende Einstellung zum neuen Staat und zur neuen Wirtschaft“ mehr als nur ein „Lippenbekenntnis“, und auch Müller-Armack feierte die neue „autoritäre Regierungsführung“ der Nazis, die den „erstickenden Parlamentarismus durch zielklaren Gestaltungswillen“ ersetzt habe.

Bevor heute die Unionsparteien „kollektivistische“ Ideologien thematisieren, sollten sie die Herkunft ihrer eigenen Marktwirtschaftsideologien betrachten. Während die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften seit 1918 in ihren Konzepten der „Wirtschaftsdemokratie“ oder der verschiedenen „Dritten Wege“ nach 1945 das Marktsystem nie in Frage stellten, hatten die christdemokratischen Strategen um Ludwig Erhard in den dreißiger Jahren zur Durchsetzung ihrer mittelständisch orientierten „plankapitalistischen“ Programme – „organischer Wirtschaftsaufbau“ hieß das in der Blut-und-Boden-Terminologie der Zeit – vehement auf den Nationalsozialismus gesetzt. Freilich erwies sich das als Illusion, wie die großkapitalistisch ausgerichtete NS-Wirtschaftspolitik im Zeichen forcierter Aufrüstung bald zeigte.

Einer der wenigen integren späteren Ordo-Liberalen, Wilhelm Röpke, hatte sich schon 1932 mit einer massiven Kritik von diesen Kollegen verabschiedet, bei denen er eine „Verwirrung ohnegleichen“ gewahrte, aus der heraus sie nach dem Ausnahmezustand des Artikels 48 der Weimarer Verfassung auch für ihre Wissenschaft gerufen hatten.

Erst als der Nationalsozialismus ihre wirtschaftspolitischen Erwartungen enttäuscht und zudem seinen Terrorcharakter immer brutaler offenbart hatte, breitete sich in diesen Kreisen – etwa seit 1938 – wachsende Skepsis über die Geister aus, die sie mitgerufen hatten. Die in Deutschland gebliebenen liberalen Wissenschaftler sammelten sich im „Freiburger Kreis“ um Walter Eucken zum stillen inneren Widerstand, während die in die angelsächsischen Länder emigrierten Theoretiker wie Mises – Hayek war schon 1931 nach London berufen worden – ihre alten antisozialistischen Theorien neu faßten. Doch die „logische“ Herleitung des Nationalsozialismus aus den sozialistischen Tendenzen der Weimarer Republik konnte nur unschwer verbergen, daß damit vor allem die eigenen früheren Affinitäten zum Autoritarismus und Faschismus hinwegdiskutiert werden sollten.

In seinem der CSU-Polemik zugrundeliegenden Buch wurden von Hayek jetzt Lassalle und Bebel zu präfaschistischen Ideologen stilisiert. Für eine reale Beziehung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten bzw. Kommunisten konnte er jedoch nur anführen, daß lediglich eine verhältnismäßig „kleine Anzahl von Flüchtlingen der Linken“ auszumachen sei, „die nicht Juden im deutschen Sinne sind“. Mit anderen Worten, ein deutscher Sozialist oder Kommunist, vorzugsweise wohl aus der Arbeiterschaft, der nicht emigrierte, habe so seine Zustimmung zum NS-Staat zum Ausdruck gebracht.

Die seriöse Sozialwissenschaft in den Vereinigten Staaten und in England hat noch während des Zweiten Weltkrieges die politisch motivierte Geschichtsklitterung Hayeks herausgestellt und vor der nur wenig informierten einheimischen Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß die deutschen Sozialisten schon vor 1914, besonders aber in den zwanziger Jahren die wahrscheinlich einzige, auf jeden Fall aber die „stärkste demokratische Macht“ in Deutschland gewesen seien.

Hayek selbst hat in späteren deutschen Neuauflagen seines Buches „Der Weg zur Knechtschaft“ die Hauptthesen zwar ein wenig modifiziert, das Grundmotiv seiner antisozialen oder – was für ihn das gleiche ist – antisozialistischen orthodox-liberalen Ordnungsvorstellungen nicht verändert. Noch 1976 hielt er in einem Vortragszyklus beispielsweise das Prinzip der „sozialen Gerechtigkeit“ für eine „völlig nicht-sagende Formel“, die üblicherweise dazu benutzt werde, Sonderansprüche zu rechtfertigen, die man sonst nicht hinreichend begründen könne. Ebenso lehnte er eine demokratische Ordnung ab, in der jede Mehrheit jede beliebige Interessenfrage „zum Gegenstand von Regierungsentscheidungen“ machen könne. Als Liberaler wollte er allerdings das parlamentarische Repräsentativsystem nicht generell in Frage stellen, sondern durch besondere Kautelen, etwa die Heraufsetzung des Wahlalters auf 45 Jahre, effizienter machen.

Wenn sich heute die CSU bei ihrer Identifizierung der Sozialdemokratie mit dem Nationalsozialismus in solche ideologischen Traditionen einreihet, so sollte nicht vergessen werden, daß die inzwischen fünfzig Jahre alten, aggressiven ordnungspolitischen Tiraden schon einmal dazu beigetragen haben, in Deutschland eine nicht gefestigte parlamentarische Demokratie ideologisch auszuhöhlen. Dieser extreme liberale Individualismus hatte seine Unfähigkeit zur demokratischen, konsensbildenden Zivilität in dem Moment gezeigt, als mit allgemeiner Demokratisierung

und politischer Partizipation der Unterschichten deren Denken zunehmend öffentliche Wirkung fand.

Die unter anderen von Heinz Oskar Vetter und Willy Brandt verurteilte „demagogische Geschichtsfälschung“ bzw. verbale Munitionierung des ideologischen Bürgerkrieges scheinen noch milde Formen der Kritik zu sein. Die hinter der Polemik gegen die

SPD stehenden politischen Anschauungen und Ordnungskonzepte bedürfen zu ihrer Durchsetzung notwendig der autoritären, obrigkeitlichen Eingriffe, auf die in der jüngeren deutschen Geschichte nicht nur Reaktionäre und Konservative, sondern auch das sich selbst als liberal definierende Bürgertum im Zweifel immer wieder zurückgegriffen hat.

Ulla Knapp: Funktion und Grenzen des Staatseingriffs im Kapitalismus Zur Diskussion der Stamokap-Theorie und der politischen Krisentheorie von Claus Offe

Die Austerity-Politik der SPD in der gegenwärtigen Krise stützt die Position Rosa Luxemburgs, die durch die reformistische Konzeption Bernsteins die Handlungsfähigkeit der Partei in Krisenzeiten gefährdet sah. Der kapitalistische Staat ist eben nicht das grifflige und neutrale Instrument, mit dem sich fortschrittliche Politik programmgemäß durchsetzen ließe. Wie die Auseinandersetzungen zwischen Lassalleanern und Eisenachern, Bernstein und Luxemburg, Parteispitze und Jungsozialisten belegen, hat es aber in der SPD immer Gruppierungen gegeben, die behaupten, daß eine Politik der Reformen von oben nicht die Unmenschlichkeit der kapitalistischen Ökonomie kompensieren könne, sondern vielmehr die Entpolitisierung der Machtlosen vorantreibe und zu einer Abkehr von sozialistischen Zielen führe. Massenarbeitslosigkeit und psychische Verelendung scheinen mir Indizien für die Notwendigkeit zu sein, daß sich die Sozialdemokratie auf ihre sozialistische Tradition besinnt.

Binnen bescheidenen Ansatzpunkt dazu stellt die Auseinandersetzung mit materialistischen Staatstheorien dar, die im Gegensatz zu idealistischen Konzeptionen den Staat nicht als autonomes Gebilde sehen, in dem sich Gemeinwohl verkörpere, sondern als Element des Überbaus, das im wesentlichen durch die ökonomische Basis der Gesellschaft bestimmt sei. Hinter diesem materialistischen Kernsatz verbirgt sich ein äußerst heterogenes und komplexes Theoriegebäude, das mit dem Ende der stalinistischen Ära im Osten und der Überwindung der politischen Friedhofsruhe im Westen in den 60er und 70er Jahren um zahlreiche neue Ansätze erweitert wurde.

Von diesen werden hier eine Version der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) und – als Gegenpol dazu – die politische Krisentheorie von Claus Offe vorgestellt und kritisiert.

Die Theorien bieten Antwort auf folgende Fragen an:

- Welche Aufgaben übernimmt der Staat im Kapitalismus? (Strukturelle Notwendigkeit einer politischen Form der Vergesellschaftung und historische Entwicklung von Staatsfunktionen)
- Wie hängen Entstehung und Verarbeitung von staatspolitischen Problemen mit ökonomischen Tatbeständen zusammen? (Zusammenhang von Ökonomie und Politik, staatliche Organisationsformen)
- Welches sind die Grenzen staatlichen Handelns?
- Handelt der Staat im Interesse der herrschenden Klasse? Wenn ja, wie wird dieser Tatbestand verschleiert? (Klassencharakter und Legitimationsproblematik)

Zur Erörterung der oben angesprochenen parteipolitischen Strategien liefern materialistische Staatstheorien notwendige, nicht aber hinreichende Voraussetzungen. Die Strategiediskussion erfordert überdies eine Einschätzung der sozialdemokratischen Programmatik und Praxis selbst – z. B. die kritische Auseinandersetzung mit der These der Stamokap-Theorie in der DDR-Version, eine korrumpierte SPD sei zum Bestandteil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems degeneriert, oder etwa mit der aus Offes Ansatz ableitbaren Position, die SPD sei gegenüber konservativen Parteien unter heutigen Bedingungen das effizientere Instrument der Stabilisierung von Kapitalherrschaft, weil ihre Tradition als Arbeiterpartei die Legitimationsproblematik besser löse.

I. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

„Die Stamokap-Theorie erhebt den Anspruch, auf der Basis der Marx'schen Theorie des allgemeinen

kapitalistischen Entwicklungsprozesses sowie deren Weiterentwicklung durch die Imperialismustheorie Lenins, eine umfassende theoretisch und empirisch gehaltvolle Konzeption zur Analyse und Erklärung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in den kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften... zu liefern" (M. Th. Greven). Sie ist die theoretische Basis der Strategie aller Parteien sowjetmarxistischer Prägung; dies sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen einzelnen Theoretikern und nationalen Parteien erhebliche theoretische und strategische Differenzen bestehen. In erster Linie soll hier jedoch die Stamokap-Theorie der DDR untersucht werden. „Westliche“ Stamokap-Versionen unterscheiden sich von ihr u. a. in der Analyse der kapitalistischen Entwicklung, der Einschätzung der Systemkonkurrenz und des „realen Sozialismus“ und in ihrem Demokratieverständnis.

Die Stamokap-Theorie impliziert ein historisierendes Marx-Verständnis: „Das Kapital“ wird nicht als die allgemeine Theorie des Kapitalismus, sondern als Analyse der historischen Epoche des Konkurrenzkapitalismus verstanden; folglich bleiben im heutigen Kapitalismus nur einige der von Marx formulierten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten bestehen, andere haben sich verändert, und es sind neue Gesetze des Stamokap hinzugekommen, so daß die Marx'sche Theorie der „schöpferischen Weiterentwicklung“ bedarf. Den wichtigsten Baustein dieser „schöpferischen Weiterentwicklung“ bildet die Lenin'sche Imperialismustheorie.

Aufgrund seiner mechanistischen Einteilung der kapitalistischen Entwicklung in historische Stadien gelangt Lenin zu dem Schluß, daß – gemessen am Grad der Vergesellschaftung der Produktivkräfte im technisch-organisatorischen Sinne – der Imperialismus letzte und höchste, somit qualitativ neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus sei. Inhaltlich wird der Imperialismus gekennzeichnet als monopolistischer, parasitärer (faulender) und sterbender Kapitalismus. Als sein Wesen wird mittels empirischer Analysen die Monopolisierung mit ihrer Kernform, dem Finanzkapital, ausgemacht; Wirkung der Monopolisierung ist eine erhöhte innere Widersprüchlichkeit: Die Verteilung der Gesamtarbeit erfolgt nicht mehr nach objektiven ökonomischen Gesetzen, sondern in erster Linie durch bewußte Aktion der Kapitalisten (Absprache, Krieg); mit diesem Abbau ökonomischer Konkurrenz schwinden Motiv und Zwang zur Entwicklung der Produktivkräfte, Märkte werden nur noch durch Gewalt gesichert; Kapitalexpert sowie die Schicht der Rentiers und die Arbeiteraristo-

kratie verkörpern Schmarotzertum, insbesondere gegenüber den Ländern der Dritten Welt; politische Reaktion verdrängt die bürgerliche Demokratie. Da Monopole und auch wachsende Staatseingriffe formal aufgrund ihres hohen Vergesellschaftungsgrades schon sozialistische Elemente sind und der Kapitalismus nicht mehr auf seiner eigenen Grundlage, sondern nur noch durch Gewalt existiert, ist der Imperialismus für Lenin der Vorabend der proletarischen Revolution.

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems ist jedoch ausgeblieben. Die Stamokap-Theorie versucht deshalb zu klären, warum der Kapitalismus, obwohl er objektiv hätte untergehen müssen, immer noch besteht. Zu diesem Zwecke wird eine Krisentheorie konstruiert, nach der der Kapitalismus in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise eingetreten ist: Er ist Imperialismus unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz und der „inneren Gesellschaftskonflikte, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verstärkt zu einer sozialistischen Lösung drängen“ (Der Imperialismus der BRD, hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1971, S. 124). Im Unterschied zum von Lenin analysierten Imperialismus bringt die verstärkte Vergesellschaftung nun eine höhere Form des Monopols hervor: das Staatsmonopol, durch das die Verschärfung des Widerspruchs zwischen Vergesellschaftung und privater Aneignung zu lösen versucht wird. Das qualitativ neue System kann durch folgende Punkte charakterisiert werden:

1. Die potenzierte Macht der Monopole und des Staates vereinigen sich, um „das gesamte gesellschaftliche Leben den Profit- und Machtinteressen der Monopolbourgeoisie unterzuordnen“ (ebda., S. 238).
2. Der Staat muß in allen Phasen des Reproduktionsprozesses dauerhaft regulierend und programmierend eingreifen, um die Verwertung der Monopolkapitale überhaupt zu gewährleisten.
3. Monopol und Staatsmonopol bilden sich auch auf internationaler Ebene heraus.
4. Der Stamokap stellt aufgrund seines aggressiven Charakters eine dauerhafte Gefahr für den Frieden dar.
5. Staatsmonopolistisch organisierte Ideologieproduktion und -verbreitung werden zur Verhinderung klassenbewußter Aktionen verstärkt notwendig.
6. Die Klassenstruktur ist gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen Monopolbourgeoisie und Volk (= Arbeiterklasse und Klein- und Mittelbourgeoisie).

Das Staatsmonopol kann als höhere Form der Vergesellschaftung bei weiterhin privater Aneignung die Widersprüche allenfalls aufschieben, aber nicht aufheben: Die Labilität des Systems erhöht sich.

Diese Thesen sollen anhand der hier vorrangig interessierenden Themen, dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft und der staatsmonopolistischen Regulierung, näher erläutert werden. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft existieren zunächst zwei Ansätze:

Ansatz 1 leitet die Notwendigkeit staatsmonopolistischer Regulierung unmittelbar aus veränderten ökonomischen Problemlagen – der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Systemkonkurrenz – ab, die sich einer Lösung durch den Markt entziehen. Als Rettungsanker fungiert der Staat, indem er als gegenüber der Konkurrenz der Monopole relativ autonome Institution planmäßig in die Ökonomie eingreift („ideeller Gesamtkapitalist“).

Ansatz 2 begreift den Stamokap dagegen primär als politisches Herrschaftssystem: Zwecks Sicherung des Systems schließen sich die Monopole zusammen und setzen den Staat als ihren Interessenverwalter, ihr Instrument ein; durch staatliche Planung im Monopolinteresse, das „Primat der Politik über die Wirtschaft“, gelingt die Rettung des Systems („Verwaltungsausschuß des Monopolkapitals“).

Die Unzulänglichkeit beider Ansätze wurde Mitte der 60er Jahre auch in der DDR erkannt: Während der erste Ansatz die Tatsache des Staatseingriffs aus einer abstrakten Notwendigkeit ableitet, also nicht klären kann, wie die Anforderungen des ökonomischen an das politische System übermittelt werden, wird der Staat in der personalistisch-institutionellen Betrachtungsweise des zweiten Ansatzes kurzerhand auf eine Verschwörungstat der Monopole, die bewußte, einheitliche Systemerhaltungsstrategie ökonomisch konkurrierender Großkapitalisten reduziert. In beiden Fällen haben die einseitig ökonomistische bzw. politizistische Betrachtungsweise, das unvermittelte Nebeneinander von ökonomischem und politischem System zur Folge, daß Grenzen und Widersprüche staatlicher Planung übersehen werden.

Den Versuch einer Vermittlung beider Ansätze stellt „Der Imperialismus der BRD“ dar. Der Staat im System des Stamokap ist ein Instrument der Monopolbourgeoisie, das aufgrund des Drucks innerer Widersprüche und der Systemkonkurrenz entstanden ist. Die monopolistischen Interessen werden durch ein dicht verwobenes Netz von Verbindungen von Monopolen, Staat und anderen Gliedern des politischen Herrschaftssystems (Parteien, Unternehmer-

verbände) ins politische System übersetzt und dort in politische Maßnahmen umgesetzt, die repressiven, aber auch reformerischen Charakter besitzen können.

Bei dem gegebenen Stand der Vergesellschaftung sind zur Aufrechterhaltung der Kapitalreproduktion umfassende und ständige Eingriffe in den unmittelbaren Produktionsprozeß unabdingbar geworden. „Die ökonomische Tätigkeit des Staates hebt allerdings die ökonomischen Gesetze nicht auf, sondern kann sie lediglich in ihrer Verwirklichung modifizieren, ihre Wirkung bremsen oder beschleunigen“ (ebda., S. 245). Allgemein tritt der Staat als aktiver Organisator des Konzentrationsprozesses auf; er finanziert die allgemeinen Bestandsvoraussetzungen des Gesamtsystems (Infrastruktur, Grundlagenforschung, Ausbildung, Verkehr, öffentliche Dienste), subventioniert unrentable Produktionen oder führt sie in eigener Regie weiter, garantiert die Investitionen für Großprojekte und greift konjunkturpolitisch ein. Durch Produktionspolitik (Investitionsförderung, Staatsinvestitionen, Forschungspolitik), Verteilungspolitik (Steuer- und Einkommenspolitik), Zirkulationspolitik (Staatsnachfrage, Außenhandelspolitik) und Konsumpolitik wird er in allen Phasen des Reproduktionsprozesses des Kapitals zugunsten der Monopole tätig.

Allerdings wird der Staat nun nicht mehr als ein den Monopolen untergeordnetes, effizientes Planungsorgan angesehen, sondern die Notwendigkeit einer relativen staatlichen Autonomie aufgrund der Widersprüche zwischen „kurzfristigen Profitinteressen einzelner Monopole und der Notwendigkeit langfristiger strategischer Absicherung des Gesamtsystems“ (J. Esser) wird eingesehen. Damit wird der Schluß, daß staatliches Handeln immer nur widersprüchliches Resultat des Konkurrenzkampfes der Monopole um die Politik sein kann, unumgänglich. Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Monopolen über die zweckmäßige Strategie, Widersprüchen zwischen langfristiger System- und kurzfristiger Profitsicherung und Interessengegensätzen zwischen den Monopolen ist folglich auch die Effektivität staatlicher Politik begrenzt, was durch Aktionen der Gegner des Kapitalismus (antimonopolistisches Bündnis, sozialistische Länder, Befreiungsbewegungen) noch verstärkt wird.

II. Die politische Krisentheorie von Claus Offe

Claus Offe verarbeitet neben marxistischen auch systemtheoretische und Elemente der Kritischen Theorie; politisch kann man sie bei sozialistischen Fraktionen der SPD einordnen (soweit sie nicht der

Stamokap-Fraktion anhängen).

Ebenso wie die Vertreter der Stamokap-Theorie hält Offe den gegenwärtigen Interventionsstaat für eine qualitativ neue Stufe des Kapitalismus; abgegrenzt werden die Etappen der kapitalistischen Entwicklung durch typische Problemmuster, in denen der logische Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und privater Aneignung sich äußert, und durch die institutionalisierten Formen ihrer Verarbeitung. Im ökonomischen System, dem Zentrum gesellschaftlicher Beziehungen im Konkurrenzkapitalismus, ruft der Grundwiderspruch sukzessive folgende Krisenatbestände hervor:

1. auf der Ebene des Einzelkapitals die Konkurrenz;
2. auf der Ebene des Gesamtkapitals die ökonomische Krise;
3. auf der Ebene der sozialen Formation des Kapitalismus den Klassenkampf.

Zur Verarbeitung dieser im ökonomischen System erzeugten Probleme bringt das System drei korrespondierende Auffang-Mechanismen hervor, die es vor katastrophischen Krisen bewahren:

1. die Organisierung des Marktes (Oligopole, Kartelle, multinationale Unternehmen; Eliminierung von Preiskonkurrenz; Selbstfinanzierung; langfristige Profitplanung), die die Überlebensfähigkeit des Einzelkapitals durch Ausschaltung oder Verminderung des existenzgefährdenden Wettbewerbs sichern soll;

2. die Institutionalisierung des technischen Fortschritts (Wissenschaft und Technik als wichtigste Produktivkraft; Organisierung von Forschung und Entwicklung als Produktionsprozesse), die über systematische Innovationen die Kapitalverwertung verstetigen und neue „investment-outlets“ schaffen soll, um so die Überlebensfähigkeit des Gesamtkapitals zu gewährleisten;

3. die staatliche Regulierung des kapitalistischen Gesamtsystems, die über die interventionistische Bewältigung von Verwertungsschwierigkeiten und die Herstellung des Klassenkompromisses durch den Staatsapparat (Akkumulation und Legitimation) die Überlebensfähigkeit der Gesamtstruktur des Kapitalismus garantieren soll.

Von daher und weil nach Offe Krisenatbestände heute primär durch den Kompensationsmechanismus „staatliche Regulierung“ angegangen werden, ist der gegenwärtige Kapitalismus *Spät*kapitalismus. Diese *erste These* – der Staat als zentraler Krisenmanager im Spätkapitalismus – impliziert allerdings nicht, daß jenes Management erfolgreich dem allgemeinen Interesse zum Durchbruch ver helfe. Eine *zweite The-*

se Offes lautet vielmehr, daß politische „Herrschaft in kapitalistischen Industriegesellschaften die Methode der Klassenherrschaft ist, die sich als solche nicht zu erkennen gibt“ (Offe 1975). *Drittens* löst der Staat die Krisenhaftigkeit des Systems nicht, sondern er verschiebt die Krisenatbestände nur vom ökonomischen auf den politischen Bereich (daher: *politische Krisentheorie*). Die Betonung politischer Krisen besitzt *viertens* strategische Konsequenzen: Wenn der Staat verhindern kann, daß die materielle Reproduktion durch ökonomische Krisen gefährdet wird, indem er die Akkumulation in Gang hält und/oder die materiellen Folgen von Wachstumseinbußen durch sekundäre Umverteilungsprozesse auffängt, verlieren betriebliche Konflikte an Relevanz; im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen stehen nach Offe heute daher politisch-normative Forderungen sogenannter Randgruppen.

Die zentrale Bedeutung der Staatsintervention im Spätkapitalismus impliziert nach Offe, daß „der Staatsapparat selber mit der kapitalistischen Produktion und der Aufrechterhaltung ihrer Bedingungen in einer Weise verflocht ist, daß die Fiktion seiner nur negatorischen Bezogenheit auf die Dynamik der Einzelkapitale, nicht mehr aufrechterhalten werden kann“. Der Staat erscheint vielmehr als – soll er über eine höhere Problemlösungskapazität als die monopolistischen Einzelkapitale verfügen – relativ autonome Interventionsinstanz, wobei sich Offe bezüglich des Umfangs und der Bereiche mit den Stamokap-Theoretikern einig weiß.

Angesichts der relativen Autonomie des Staates stellt sich die Frage, wie die kompensatorische Ausfüllung der Lücken des ökonomischen Systems durch staatliche Politik an der Überschreitung der durch das Gesamtkapitalinteresse gesetzten Schranken gehindert werden könne. Anders ausgedrückt: Die Bestimmung des spätkapitalistischen Staates als (relativ zur betrieblichen Profitplanung) höherwertiger Auffang-Mechanismus von Krisen schließt aus, daß er Spielball von Monopolinteressen sein kann. Kann aber ein derart autonomer Staat noch Klassenstaat sein? Logischerweise nur dann, wenn das Klasseninteresse nicht von außen an den Staat herangetragen werden muß, sondern klassenspezifisches staatliches Handeln in der Struktur des politischen Systems und dem Interesse von Politikern und Bürokraten an der Erhaltung ihrer Position selbst verankert ist. Das politische System selbst wirkt dann wie eine Hintereinanderschaltung von Filtern, durch die die Handlungsmöglichkeiten des Staates systematisch beschnitten werden. Wenn die These gilt, so müßten

vom kapitalistischen Staat drei Selektionsleistungen erbracht werden:

1. Aus den kurzfristigen Interessen pluralistischer Einflußpolitik ist ein Gesamtkapitalinteresse herauszufiltern.
2. Das Gesamtkapital muß gegen antikapitalistische Interessen abgeschirmt werden.
3. Der Staat muß seine klassenspezifische Selektivität dauerhaft dementieren, zum einen, weil sonst die notwendige Legitimation der Herrschaft bedroht wäre, zum anderen, um die Durchsetzung gegenüber den Einzelkapitalen zu gewährleisten.

Mittel der Selektion lassen sich auf vier Ebenen ausmachen:

- der Strukturebene; sie bezeichnet den rechtlich und faktisch festgelegten Aktionsradius, der bestimmt, was überhaupt Gegenstand staatlicher Politik werden kann;
- der ideologischen; das ideologisch-kulturelle Normensystem schränkt den staatlichen Handlungsspielraum weiter ein;
- der prozessualen; sie bezeichnet die „institutionalisierten Verfahren der Politik-Formulierung und ihre Implementierung“, die auch Inhalte präjudizieren;
- der repressiven (Polizei, Militär, Justiz).

Der Nachweis des Klassencharakters staatlicher Politik – für marxistische Staatstheorien eher eine Banalität – wird damit zu einem komplexen Problem: Die institutionalisierten Ausschließungsregeln, die klassenspezifische Selektivität verbürgen, müssen an konkreten Politikverläufen empirisch aufgezeigt werden. Am ehesten dürften sie sich anhand der Analyse von Differenzen zwischen partizipatorischen Ansprüchen, sowie inhaltlichen Versprechungen staatlicher Repräsentanten und deren materialer Folgelosigkeit (sprich: Legitimationsproblem) belegen lassen.

Das politisch-administrative Steuerungssystem (PAS) kann zwar Katastrophen und den Zusammenbruch des Systems vermeiden, jedoch unterliegen auch die Steuerungsressourcen des PAS – fiskalische Mittel, administrative Rationalität, Massenloyalität – einem „Prozeß der kumulativen Selbstblockierung“ (Esser):

- Bei steigenden Staatsaufgaben ist eine Zunahme der fiskalischen Mittel notwendig, jedoch gefährden zu hohe Steuern den reibungslosen kapitalistischen Akkumulationsprozeß, was sich in zahllosen politischen Zielkonflikten niederschlägt.
- Informationsverarbeitungs-, Prognose-, Koordinations- und Planungskapazität des PAS müssen so

beschaffen sein, daß die Aufgabenerfüllung quantitativ, qualitativ und zeitlich treffsicher erfolgt. Diese Anforderungen werden mit zunehmender Intervention nicht mehr erfüllt.

- Die steigende Diskrepanz zwischen zunehmendem Legitimationsbedarf staatlicher Politik und abnehmender Legitimationsfähigkeit erzeugt Legitimationskrisen.

Eine Darstellung der Formen, derer sich der Staat zwecks Loyalitätsbindung bedient, zeigt gleichzeitig die abnehmende Legitimationsfähigkeit:

- Die Distribution unterliegt finanziellen Grenzen und vermag nur materielle Bedürfnisse zu befriedigen.
- Partizipation bleibt unwirksam, wenn sie zu geringfügig ist; sie wird gefährlich, wenn die Betroffenen den Klassencharakter herrschender Partizipationssysteme durchschauen und politisch entdiszipliniert werden.
- Die Errichtung repressiver Herrschaftssysteme dürfte im Sinne klassenspezifischer Selektivität dysfunktional und aufgrund der Verbrauchtheit faschistischer Ideologien auch irreal sein.

Das PAS sorgt durch seine Wachstums- und Sozialpolitik dafür, daß der traditionelle Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital durch kalkuliertes Eingehen auf die monetären Interessen der organisierten Arbeiterklasse stillgestellt wird. Der Grundwiderspruch zwischen Vergesellschaftung der Produktivkräfte und privater Aneignung äußert sich im Spätkapitalismus in soziologischer Sicht neu: Konflikte werden umgelenkt auf sog. Randgruppen. Diese Strategie der Konfliktablenkung bringt zum einen erhebliche „Stabilitätsgewinne“: So bewirken die bargaining-Prozesse am Arbeitsmarkt im Verein mit staatlicher Beschäftigungspolitik heute, daß Opfer des Arbeitsmarktes diejenigen Arbeitnehmer werden, deren Organisations- und Konfliktfähigkeit minimal ist; aufgrund dieser Teile-und-Herrsche-Strategie bedeutet eine Arbeitslosenquote von mehr als 5% in der Bundesrepublik kaum gesellschaftlichen Sprengstoff. Kommt es andererseits trotz aller Benachteiligung zu offenem Widerstand von Randgruppen, so ist die organisierte Politik ratlos: Forderungen jener Gruppen entziehen sich durch ihre politisch-normative Radikalität der glatten Bearbeitung durch Integration in hierarchische Institutionen und Erweiterung der Pfründe (Frauen-/Umweltschutzbewegung).

III. Kritische Würdigung: Zum politischen Stellenwert der marxistischen Staatsdiskussion

Sowohl die politische Krisentheorie als auch die

Stamokap-Position sehen im gegenwärtigen Kapitalismus eine qualitativ neue Entwicklungsstufe, für die die ursprüngliche Marx'sche Theorie nicht mehr zutreffen. Bezeichnenderweise spricht die Stamokap-Theorie diese Revision Marx'schen Denkens nicht offen aus. Charakteristikum der neuen Entwicklungsstufe ist die Funktion des Staates als Krisenfeuerwehr.

Eine befriedigende Begründung der gewählten Phaseneinteilung gelingt allerdings in beiden Ansätzen nicht. Die Entwicklungsstufen des Kapitalismus in der Stamokap-Theorie basieren auf der These, daß die Tendenz zur Monopolisierung den effizienzsteigernden Wettbewerb außer Kraft, anstelle der Markt-koordination „Gewalttätigkeit“ und „Fäulnis“ setze. Diese These wird allerdings nicht belegt: Weder gelingt eine überzeugende theoretische Ableitung der Tendenz zur Monopolisierung, noch der Nachweis der Irrelevanz der vielfältigen Formen unvollkommener Konkurrenz, noch eine präzise Analyse der sogenannten Modifikation des Wertgesetzes (also: der Preise und Produktionsmengen unter Wettbewerbsbedingungen) als Folge der Monopolisierung. Die Monopoltheorie mag zu Zeiten Lenins ein verständlicher Irrtum oder auch taktisch sinnvoll gewesen sein – in der heutigen Zeit kann eine Lenin-Rezeption, die seine einseitige Betonung von Faktoren, die den Niedergang des Kapitalismus belegen sollten, aus dem historischen Zusammenhang reißt und zur allgemeinen theoretischen Grundlage erklärt, nicht mehr befriedigen.

Es ist ein Kennzeichen dogmatischen Denkens, daß es seine Widerlegung nicht akzeptiert, sondern sich durch Zuhilfenahme neuer Konstruktionen gegen die Fakten zu immunisieren sucht: Nachdem der Kapitalismus auch das Ende des 2. Weltkriegs überlebt hat, wird nicht etwa die Monopoltheorie Lenins verworfen, sondern die Zusammenbruchstheorie durch die Einführung des Staatsmonopols zu retten versucht. Unvermittelt betritt der Staat das theoretische Gebäude – als habe es ihn zuvor nicht gegeben – und bringt Ordnung in die sozialen Verwirrungen, die wissenschaftlich-technische Revolution und Systemkonkurrenz ausgelöst haben. Daß diese beiden ökonomischen Phänomene wie *Dei ex machina* eingeführt werden, erklärt sich vor allem daraus, daß ihre faktische Bedeutung nicht der ihnen theoretisch zugewiesenen entspricht. Der psychologische Begriff der Projektion eigener Probleme auf andere, oder auch direkte Legitimationsversuche der Ostblockpolitik (z. B. der Politik der „friedlichen Koexistenz“) dürften die Hervorhebung jener beiden Probleme

eher begründen als die kapitalistische Realität.

Aber auch die politische Krisentheorie blendet die historische und ökonomische Realität weitgehend aus: Die Tatsache ökonomischer Krisen im Kapitalismus kann nur der übergehen, der die Wiederaufbauphase für den Normalfall hält und die Effizienz keynesianischer Globalsteuerung überschätzt. Ebenso wenig wie die ökonomische Krise sukzessive und stetig zurückgedrängt wird, gibt es eine lineare historische Tendenz zur Ausweitung der Staatsaufgaben; dies belegen die erheblichen Schwankungen der Intensität staatlicher Politik im Laufe der kapitalistischen Entwicklung (z. B. Kriege, Faschismus, neoliberale Phase), wie auch die nationalen Unterschiede im Verhältnis von Staat und Wirtschaft (etwa in Deutschland, Japan und Großbritannien). Auch daß die Anfangsmechanismen kategorial (und wie die Theorie suggeriert: auch empirisch) erschöpft seien, ist nicht ausgemacht, wie etwa die neue internationale Arbeitsteilung oder die Reprivatisierungsversuche zeigen. Ob diese oder andere Anfangs-Mechanismen sich durchsetzen, ist keine Frage – wie Offe meint – „objektiv“ feststellbarer Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, sondern der politischen Auseinandersetzung.

Was die Beantwortung der eingangs gestellten Frage nach Notwendigkeit, Inhalt und Umfang der Staatstätigkeit im Kapitalismus angeht, erscheinen beide Theorien demnach unbefriedigend. Der zweite Problembereich – die Übersetzung ökonomischer Probleme in politische und ihre staatliche Organisation – wird im Stamokap-Ansatz einflußtheoretisch bearbeitet: Die konkurrierenden Monopole intervenieren in politische Prozesse, deren Ergebnisse demnach einen Kompromiß der widerstreitenden Großkapitalinteressen ausdrücken müßten; staatliche Autonomie wurzelt also allenfalls in diesem Kompromißcharakter des politischen Bargaining. Ungeklärt bleibt dann, wie solche staatliche Politik über partikulare Sonderinteressen hinaus dem Klasseninteresse zum Durchbruch verhelfen soll. Entweder die Theorie vertritt den Standpunkt, daß staatliche Politik ausschließlich und direkt die Monopolbourgeoisie begünstige; dann müßte sie dies anhand konkreter staatlicher Maßnahmen belegen. Oder sie spricht dem Staat eine relative Autonomie als Hüter des Gesamtkapitalinteresses zu: Dann muß sie erklären, woher denn der Staat seine Informationen über systemnotwendige Reformen beziehen soll in Fällen, in denen sie den kurzfristigen Gewinninteressen der Monopole insgesamt widersprechen; einer Theorie aber, in der wie im Stamokap-Ansatz das politische Be-

wußtsein und Handeln der Arbeiterklasse außerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung steht und die die Binnenstruktur des politischen Systems weitgehend als „black box“ betrachtet, gelingt dies nicht.

Überzeugender ist dagegen die Argumentation Offes, der gedanklich von der eigenständigen Existenz des Staates ausgeht, um dann zu fragen, welche institutionell verfestigten Strukturen des Staatsapparats die anscheinende Autonomie staatlichen Handelns in klassenspezifische Selektivität verkehren. Zum einen schenkt er so der politischen Binnenstruktur und dem staatlichen Eigeninteresse die gebührende Beachtung, zum anderen vermag er auch politische Maßnahmen zu erklären, deren Durchsetzung im politischen System selbst generiert wird oder die nur sehr vermittelt dem Interesse des Gesamtkapitals dienen. Dem nahezu tautologischen Vorgehen, alle Reformen, die nicht unmittelbar den Sturz des kapitalistischen Systems implizieren, als Ausdruck von Kapitalinteressen zu denunzieren, wird durch Offes Ansatz ein Riegel vorgeschoben.

Genau diesen Tautologievorwurf aber muß sich die Stamokap-These, der Staat sei der Klassenstaat der Monopolbourgeoisie, gefallen lassen: Woran wird der postulierte Klassencharakter gemessen? An diesem Punkt zeichnet sich Offes Ansatz durch größere wissenschaftliche Redlichkeit aus: Schranken staatlichen Handelns werden systematisiert; die endgültige Klärung des Klassencharakters aber – also der genaue Nachweis der Bedürfnisse, die keinen Eingang in staatliche Politik finden und trotz aller liberaldemokratischer und sozialstaatlicher Beteuerungen aus dem staatsförmigen politischen Prozeß herausgefiltert werden –, bleibt der empirischen Analyse konkreter Politikverläufe vorbehalten.

Ähnlich unbefriedigend fällt die Antwort der Stamokap-Theorie auf die Frage nach den Grenzen staatlichen Handelns aus. Aufgrund des unvermittelten Nebeneinander von staatlicher Regulierung und Wertgesetz in der Stamokap-Theorie kann das genaue Verhältnis zwischen beiden nicht angegeben werden; man spricht in unpräzisen Termini von „Modifikation“ oder „eingeschränkter Wirksamkeit“ des Wertgesetzes. Einerseits suggeriert die Instrumentthese – der Staatsapparat als Instrument in den Händen der Monopolbourgeoisie –, daß die staatliche Steuerung die ihr gesetzten Ziele planmäßig realisiere, die Steuerkapazität des Staates also nicht zu unterschätzen sei. Andererseits ist von erhöhter Labilität des staatsmonopolistischen Systems die Rede. Das Hauptproblem der Stamokap-Theorie besteht somit darin, daß fast alle ihre zentralen Aussagen

unscharf und nur mit Schwierigkeiten überprüfbar formuliert sind. Dies hat methodische Gründe: Die Stamokap-Theorie will allgemeine Gesetze des staatsmonopolistischen Systems ableiten und gleichzeitig an einigen Thesen der Klassiker festhalten. Dabei werden einerseits nur allzu oft relativ kurz andauernde Erscheinungen zu allgemeinen Gesetzen hochstilisiert, die man später aber nicht mehr gerne revidiert, andererseits wirkt die unkritische Verfahrensweise gegenüber klassischen Doktrinen der marxistischen Arbeiterbewegung auf die Analyse neuer Erscheinungen wie ein Korsett. Dieser Unwilligkeit, alte Thesen zu revidieren, wird durch die Strategie der Leerformeln Rechnung getragen.

Offe dagegen betont die neue Form der Krise als Ausdruck staatlicher Handlungsschranken: Zentrale Kategorie des Spätkapitalismus ist die Legitimationsproblematik. Die gegenwärtige Situation legt dagegen m. E. eine Rückbesinnung auf fiskalische (Staatsverschuldung) und administrative (Hamburger Giftmüllskandal) Grenzen der Staatsintervention nahe. Zu einer Legitimationskrise aber scheint in der Bundesrepublik selbst eklatantes Versagen staatlicher Steuerung nicht zu führen. Nach der Reformeuphorie der späten 60er und frühen 70er Jahre hat sich allgemeine Ratlosigkeit breit gemacht. Offes Klassenanalyse wird in dem Sinne bestätigt, daß sich die traditionelle Arbeiterklasse gegen das offensichtliche (und unter kapitalistischen Bedingungen letztlich unumgängliche) Scheitern staatlicher Beschäftigungspolitik nicht zur Wehr setzt. Offe ist auch insofern Recht zu geben, als diese Befriedigung zu einem guten Teil von der gelungenen Kanalisierung der Beschäftigungsrisiken auf sog. Randgruppen (Frauen, Ausländer) herrührt, die entgegen den Hoffnungen der Kritischen Theorie zu schwach sind, um wirksam Widerstand zu leisten. Darüber hinaus spielen aber m. E. auch die repressiven Auswirkungen der ökonomischen Krise eine nicht unbeträchtliche Rolle unter den Faktoren, die die Arbeiterklasse im traditionellen Sinne davon abhalten, Unzufriedenheit mit betrieblicher und staatlicher Politik offen zu artikulieren.

Die marxistische Staatsdiskussion impliziert eine zentrale Kritik an der Politik der SPD seit 1967: Sowohl die Stamokap-Theorie als auch Offe behaupten, daß eine Politik mit sozialistischem Anspruch, die über ihrer Integration in den herrschenden Staatsapparat ihre einzige Basis – nämlich das solidarische Bewußtsein und Handeln der Machtlosen – verliert, zum Spielball von in sog. ökonomischen Notwendigkeiten verschleierte herrschenden Interessen wird.

Freilich spielt der Staat in der Strategie der Stomokap-Theoretiker dennoch eine hervorragende Rolle: sofern er nämlich von der „richtigen“ Partei instrumentalisiert werde. Diese Fehleinschätzung resultiert aus einer mangelhaften Analyse der Binnenstruktur des politischen Systems. Offe sieht es m. E. richtiger: Das ökonomisch herrschende Interesse ist in den politischen Institutionen selbst verankert; wer deren Grenzen ernsthaft antastet, hat mit Widerstand im systematisch staatsfreien Bereich zu rechnen, der nur überwindbar wäre, wenn die Zusammenhänge zwischen kapitalistischen Basisinstitutionen, Krisen und

Thomas Ebert/Jürgen Egert: Zur Aktualität Eduard Heimanns

Vor 50 Jahren veröffentlichte der heute fast vergessene sozialdemokratische Theoretiker und Wirtschaftsprofessor Eduard Heimann (1889–1967) sein Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik.“ Es ist ein bedeutendes Dokument der sozialpolitischen Grundsatzdiskussion, das zumindest im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Raum bis heute ohne vergleichbare Alternative ist.

Zu den Versäumnissen der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gehört es, die sozialpolitische Theoriediskussion der zurückliegenden Jahrzehnte weitestgehend Kommunisten und bürgerlichen Parteien überlassen zu haben. Orthodoxe Marxisten sehen in der Sozialpolitik ein Instrument zur Systemstabilisierung und zur Demobilisierung der Arbeiterklasse. Von diesem vorweggenommenen Ergebnis ausgehend, wird versucht nachzuweisen, daß systemstabilisierende Sozialpolitik notwendig an eine Grenze stoßen müsse und dann die Krise des kapitalistischen Systems unvermeidbar sei. Die bürgerliche Theorie der Sozialpolitik hat traditionell zwei Stränge: Der „linke“ Flügel anerkennt ausdrücklich die Notwendigkeit sozialpolitischer Korrekturen der kapitalistischen Marktwirtschaft. Wie die orthodoxen marxistischen Theoretiker betont er den systemstabilisierenden Charakter der Sozialpolitik, sieht in dieser Funktion aber gerade eine positive und dauerhafte Leistung der Sozialpolitik. Dieser Richtung können z. B. die klassischen „Kathedersozialisten“, die „sozialen Liberalen“ und auch die Vertreter der katholischen Soziallehre zugerechnet werden. Der rechte Flügel wirft der Sozialpolitik hinge-

Reformen im politischen Bewußtsein einer Massenbewegung präsent wären. Läßt sich eine vom Anspruch her sozialistische Politik aber auf die Illusion ein, staatliche Reformen allein könnten das Programm der Arbeiterbewegung in Realität umsetzen, so muß sie damit rechnen, daß die Enttäuschung ihrer Basis über das notwendige Scheitern dieser Politik gegen sie selbst zurückschlägt und so ein Prozeß in Gang gesetzt wird, in dem sich die Reduktion der programmatischen Ansprüche von oben und die Zerstörung des politischen Bewußtseins von unten wechselseitig verstärken.

gen vor, daß sie die Grundlagen der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung aushöhle, zumindest sobald sie bestimmte eng gezogene Grenzen überschreitet. Erlahmen des Leistungswillens, Einschränkung der individuellen Freiheit, Überforderung von Wirtschaft und Staat, Grenzen des Sozialstaates sind die Stichworte, die diese Position grob beschreiben: Forsthoff, Friedman, Hayek, Schelsky oder Biedenkopf stehen beispielhaft für ihre Vertreter. Gemeinsam ist den orthodox-marxistischen wie den bürgerlichen Theoretikern, daß sie den Zusammenhang zwischen der Sozialpolitik und den Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stets im Auge behalten.

An der sozialpolitischen Grundsatzdiskussion haben sich in Deutschland die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften schon seit längerem nicht mehr wirkungsvoll beteiligt. Man beschränkte sich darauf, die praktische Sozialpolitik voranzutreiben und war in diesem Bemühen auch durchaus erfolgreich. Die theoretische Abstinenz der deutschen Sozialdemokratie, ihr Verzicht darauf, die Sozialpolitik im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Gesamtperspektive des demokratischen Sozialismus zu sehen, birgt konkrete und sehr aktuelle politische Gefahren in sich: Die Orientierungslosigkeit im Grundsätzlichen kann zur Hilflosigkeit in der Tagespolitik führen, weil sie dazu verleitet, auch in neuen Problemsituationen starr an bislang bewährten Konzepten festzuhalten.

Wenn äußere Widerstände praktische Erfolge – und sei es auch nur vorübergehend – verhindern, droht die Gefahr, im ideologischen Parteienstreit in die Defensive zu geraten. Beispielhaft sei erinnert an die Auseinandersetzungen um „Freiheit oder Sozialismus“, die „Neue Soziale Frage“, um „Familienpoli-

tik“, zur Armutspolitik und zur Bevölkerungsentwicklung, schließlich auch an die chronische taktische Unbeholfenheit der SPD, in der von der CDU immer wieder aufgegriffenen Wirtschaftsordnungsdebatte zu bestehen. Damit schwindet dann immer mehr die Chance, die Richtung der öffentlichen Diskussion beeinflussen und der Bevölkerung sozialdemokratische bzw. gewerkschaftliche Zielvorstellungen vermitteln zu können.

Sozialdemokratische Sozialpolitik bedarf nicht nur neuer Sachprogramme, sondern auch der theoretischen Fundierung, wenn sie in der sozialpolitischen Praxis aus der Defensive heraus will. Die Theorie der Sozialpolitik darf nicht länger allein den links von der SPD stehenden Kräften und den Konservativen überlassen bleiben. Ein theoretisch fundiertes Konzept der Sozialpolitik muß den sterilen Gegensatz von marxistischer und konservativer Theorie in der Sozialpolitik überwinden. Sie muß der Praxis sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Sozialpolitik gerecht werden, ihr gleichzeitig aber auch eine grundsätzliche Richtung weisen. Einen Ansatz dafür vermag noch heute Eduard Heimanns „Soziale Theorie des Kapitalismus“ zu bieten.

Heimann sieht Sozialpolitik eingebettet in einer Strategie des demokratischen Sozialismus zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei ist es das Charakteristische seines Entwurfes, daß er sich bewußt von einer orthodox verstandenen marxistischen Wirtschaftstheorie gelöst hat. Der Kapitalismus ist für Heimann – ganz anders als für Marx – ökonomisch dauerhaft überlebensfähig, gegen Krisen stabilisierbar und auch in der Lage, die Konsuminteressen der breiten Arbeitnehmerschaft zumindest einigermaßen ausreichend auf ständig steigendem materiellen Niveau zu befriedigen. Es erscheint ihm auch möglich, daß sich die Verteilungsrelationen allmählich zugunsten der Arbeitnehmer verschieben können. Heimanns Kapitalismuskritik setzt ganz bewußt am nicht-wirtschaftlichen oder, wie er es ausdrückt, am „sozialen“ Aspekt an. Sein Protest richtet sich dagegen, daß die Versorgung mit materiellen Gütern im Kapitalismus verabsolutiert und dadurch erkaufte wird, daß die menschliche Arbeitskraft zur Ware herabgewürdigt werde. Er wendet sich gegen das Lohnarbeitsverhältnis selbst und gegen den Warencharakter der Arbeit. Das Ziel des Sozialismus oder, wie Heimann auch sagt, der „sozialen Bewegung“ muß eine „soziale Freiheitsordnung im Betrieb“ sein, durch die der Herrschaftscharakter des Lohnarbeitsverhältnisses überwunden wird. Die eigentliche Stoßrichtung des Sozialismus ist im Ver-

ständnis von Heimann nicht die Korrektur des Verteilungsergebnisses des Kapitalismus, sondern vielmehr die Demokratisierung der sozialen Beziehungen im Produktionsprozeß. Sein Motiv ist nicht allein das Konsum- und Einkommensinteresse der Arbeitnehmer, sondern vor allem der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht des arbeitenden Menschen.

Für den Sozialismus, so wie Heimann ihn versteht, hat Sozialpolitik einen besonderen strategischen Stellenwert. Dabei versteht er unter Sozialpolitik alle praktischen Maßnahmen, die darauf abzielen, in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung die konkrete Herrschaft des Unternehmers über die Arbeiter im Betrieb schrittweise abzubauen und den Warencharakter der Arbeit zu überwinden.

Das wesentliche Aktionsfeld einer so verstandenen emanzipatorischen Sozialpolitik sieht Heimann deshalb nicht in der Einkommens- oder Sozialversicherungspolitik, erst recht nicht in der Armenpflege oder in der Fürsorge für Kriegsoffer, so wichtig dies alles ist, sondern konsequenterweise in der Arbeitspolitik. Dabei denkt Heimann offenbar vorrangig an betriebliche und gewerkschaftliche Strategien, wohl erst in zweiter Linie an Möglichkeiten, Reformen durch staatliche Gesetzgebung durchzusetzen.

Wesentlich ist für Heimann, daß Sozialpolitik einerseits systemkonforme Antworten gibt, die den Kapitalismus festigen und ihn sogar stabilisieren, auf der anderen Seite aber gleichzeitig sein Wesen verändern: „Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus. Soziale Idee und Sozialpolitik schließen ihrem Realbegriff nach einen friedlichen Einbau der sozialpolitischen Institutionen in den Kapitalismus aus. Soweit Kapitalismus herrscht, ist die soziale Idee verbannt, soweit Sozialpolitik vordringt, weicht der Kapitalismus zurück. Kapitalismus ist – in seiner reinsten und noch durch das Monopol nicht getrübt Gestalt – ein System zugunsten der Verbraucher, eine Ordnung zur Erzeugung möglichst vieler Güter für den Verbrauch; Sozialpolitik ist eine Summe von Maßregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen, den die Güterordnung als eine Sache unter Sachen behandelt.“ Kapitalismus bedeutet für Heimann Kapitalherrschaft, Sozialpolitik hingegen „Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten“. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus.

Sozialpolitische Reformen – so Heimann – stellen die kapitalistischen Machtverhältnisse grundsätzlich

infrage. Deshalb sind sie nur insoweit durchsetzbar, als sie für die herrschende Klasse zugleich eine „produktionspolitische Notwendigkeit“ sind, d. h. wenn sie für den reibungslosen Ablauf der kapitalistischen Produktion erforderlich sind (z. B. Maßnahmen für die Ausbildung oder die Gesundheit der Arbeitskräfte) oder wenn es im Interesse des Kapitalisten liegt, revolutionären Umwälzungen dadurch vorzubeugen, daß der sozialen Bewegung partielle Zugeständnisse gemacht werden.

Zwar stabilisiert jeder einzelne sozialpolitische Reformschritt das kapitalistische System, aber mit jedem Schritt verschieben sich zugleich auch Machtverhältnisse und verbessern sich Voraussetzungen für die Durchsetzung neuer sozialer Forderungen. Die Kette von Teilreformen verändert den Kapitalismus selbst schrittweise und überwindet ihn. Die Sozialpolitik treibt den Kapitalismus über sich hinaus, indem sie ihm – letztlich um den Preis seines Abbaus – jeweils die Sicherung seines Bestandes gewährt. Darin liegt für Heimann das „konservativ-revolutionäre Doppelwesen“ der Sozialpolitik. Indem Sozialpolitik schrittweise das Lohnarbeitsverhältnis verändert, wird die Verfügungsgewalt des Kapitalisten zunächst über die Arbeitskraft, indirekt auch über die sachlichen Produktionsmittel abgebaut. Dies ist eine Art schrittweiser Sozialisierung: Das Eigentum an Produktionsmitteln bleibt zwar bestehen, wird aber von seiner Funktion her immer weiter ausgehöhlt, bis es schließlich nur noch der Form nach besteht.

Im Prinzip hat dieser Prozeß von zugleich systemstabilisierenden und systemüberwindenden sozialpolitischen Reformen keine Schranke. Heimann rechnet nicht mit einer durch die Systembedingungen des Kapitalismus gegebenen Grenze der Sozialpolitik: „Schon jetzt aber erweist sich die Sozialpolitik als der vielgeschlungene, schwer übersichtbare Weg aus dem Kapitalismus in ein anderes Land, dessen ferne Gestalt wir durch die Morgennebel der Zukunft hindurch nur ahnen können.“

Die Ausführungen Heimanns gipfeln in der These, daß die Sozialpolitik in dem von ihm gemeinten Sinn *emanzipatorischer* Sozialpolitik die einzig erfolgversprechende Strategie des Sozialismus sei. Damit setzt er sich in Gegensatz zu der sich auf Marx berufenden Strategie, die nach Heimanns Meinung darauf hinausläuft, den zwangsläufigen Zusammenbruch des Kapitalismus abzuwarten (im besten Fall zu befördern), dann die Produktionsmittel zu vergesellschaften und schließlich von der Eigentumsänderung her die Emanzipation des arbeitenden Menschen durchzusetzen.

Die Strategie schrittweiser sozialpolitischer Reformen ist nach Heimann der Sozialisierungsstrategie überlegen, weil sie an den tatsächlichen sozialen Problemen ansetzt, am konkreten Leben des arbeitenden Menschen. Sie steuert – wenn auch in kleinen Schritten – das eigentliche Ziel des Sozialismus direkt an, nämlich die „soziale Betriebsordnung“, die Selbstbestimmung in der Arbeit. Die klassische Strategie will dagegen einen Umweg gehen, nämlich über die Eigentumsordnung. Denn die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsordnung ist kein Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel für den Zweck der herrschaftsfreien Organisation des Arbeitsprozesses.

Die sozialpolitische Strategie macht sich den konkreten Freiheits- und Kampfwillen des Arbeiters nutzbar und mobilisiert ihn, während die Sozialisierungsstrategie eher zu Passivität verführt. Die sozialpolitische Strategie ist demokratisch, denn sie bevorzugt den dezentralen, von den beteiligten Arbeitern selbst geführten Kampf. Die Strategie der „Sozialisierung von oben“ hingegen droht zu einer „bürokratischen oder cäsaristischen Herrschaftsform“ zu führen. Heimann folgert daraus: „Es gibt keinen anderen Weg zur sozialen Freiheit als den der Sozialpolitik“.

Heimann steht seinem eigenen Entwurf einer Strategie des Demokratischen Sozialismus durchaus nicht unkritisch gegenüber. Vom marxistischen Denkmodell – jedenfalls von dessen orthodoxer Ausprägung – unterscheidet sich sein Ansatz auch dadurch, daß nicht mit der historischen Zwangsläufigkeit gerechnet wird. Die Geschichte ist offen, und das schließt auch die Möglichkeit ein, daß der Demokratische Sozialismus sein Ziel verfehlt: „Damit ist nicht gesagt, daß auf diesem Wege die echte soziale Freiheit notwendig erreicht werden müsse. Absolute Gewißheit ist durch den Charakter des Lebens selbst ausgeschlossen; immer bleibt alles echte Leben wagnishaft. Es ist durchaus möglich, daß die Kraft der Sozialpolitik sich eines Tages auf ihrem Weg erschöpft oder von der bürgerlichen Seite her gesehen: daß die Arbeiterschaft sich dank einigen mehr oder minder weitgehenden sozialen Zugeständnissen in eine doch wesentlich noch bürgerliche Ordnung eingliedern läßt. Gerade weil Sozialpolitik den Umbau bei den Fundamenten beginnt, so würde der Kapitalismus dann einen gewissen Umbau seiner sozialen Grundlage in Kauf genommen haben, um die Freiheit für immer gewaltigere kapitalistische Aufgipfelungen zu gewinnen. Die Annahme, daß dies so kommen werde, ist von jeher der bürgerlichen So-

zialpolitik und dem orthodoxen Marxismus gemeinsam, und darum wurde Sozialpolitik dort gefördert, hier bekämpft.“

Die Gefahr, daß die Sozialpolitik in einer Verbürgerlichung der Arbeiterklasse einmündet, ist nach Heimann um so größer, „je mehr der umfassende Charakter der sozialen Freiheit und der von ihr gestellten Anforderungen verkannt wird“, d. h. je mehr ökonomische, finanzielle und die Konsumgüterversorgung der Arbeitnehmer betreffende Ziele in den Vordergrund rücken. Dann könnte die Frage nach der Gestaltung des Arbeitslebens, nach herrschaftsfreier Organisation des Arbeitsprozesses und Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen in Vergessenheit geraten. Der Vorrang einkommensorientierter Ziele, d. h. die Konzentration auf Lohnpolitik und auf bloß quantitative, auf Geldleistungen beschränkte Sozialpolitik, müßte dann schließlich auch Aufbau und Charakter der Arbeiterbewegung selbst verändern: „Faßt man also die Aufgabe der Arbeiterbewegung als eine ‚wirtschaftliche‘ ‚Interessen‘-Aufgabe auf ..., so verzichtet man auf die Spontaneität, den unmittelbaren Freiheitsdrang der arbeitenden Menschen. Man verzichtet aber damit auf die soziale Freiheit überhaupt, denn der Freiheitsdrang des arbeitenden Menschen ist die Kraftquelle der sozialen Bewegung ... Wenn sich Sozialpolitik aber zu einer bloßen Lohnfrage verengt und um der Lohnstrategie halber auf die geistige Spannkraft der arbeitenden Menschen verzichtet, so entsteht auch hier herrschaftliche Fürsorge statt freiheitlicher Gestaltung des Arbeitslebens.“

Heimanns Theorie der Sozialpolitik hatte zu ihrer Zeit keinen nennenswerten Einfluß auf die Theorie- und Praxis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Das ist kein Wunder, denn die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise entzog ihr zunächst gänzlich den Boden. Die von Heimann bekämpfte klassische Zusammenbruchstheorie schien sich offenkundig zu bestätigen. Zugleich sah sich die organisierte Arbeiterschaft in einen verzweifelten und alsbald aussichtslosen Abwehrkampf verwickelt: Es galt, die politische Demokratie zu retten und wenigstens einen Teil dessen zu erhalten, was die Revolution von 1918/19 und die Weimarer Republik an sozialen Fortschritten gebracht hatten. Die Perspektive schrittweiser sozialpolitischer Reformen schien wenig Zukunft zu haben.

Die Zeit nach dem 2. Weltkrieg bis heute mit ihren bedeutenden sozialpolitischen Fortschritten scheint hingegen Heimanns theoretischen Entwurf eher zu bestätigen. Durch umfassenden Ausbau der

sozialen Sicherung, durch Verbesserung der Rechtsposition der Arbeitnehmer, durch wichtige Teilerfolge in der Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungspolitik, durch allmähliche Fortschritte in der Tarifpolitik (nicht nur in der Lohnpolitik) ist es tatsächlich gelungen, den Machtspielraum des Kapitals zugunsten der Arbeitnehmerschaft einzugrenzen. Der „soziale Kapitalismus“ von 1979 ist ein anderer als der Kapitalismus von 1879 oder 1929, obgleich er natürlich Kapitalismus geblieben ist. Der Kapitalismus wurde zwar erhalten, aber auch qualitativ verändert.

Allerdings fragt sich, ob nicht auch Heimanns Sorge berechtigt war, daß gerade im Gefolge einer erfolgreichen Sozialpolitik die emanzipatorischen Ziele des Demokratischen Sozialismus zugunsten einer einseitigen Orientierung an der Steigerung des Lebensstandards in den Hintergrund treten könnten: Hat sich die praktische Sozialpolitik der SPD nicht zu sehr eingelassen auf das gesellschaftliche Ordnungsmodell des „sozialen Kapitalismus“? Geht ihre Vorstellungskraft noch über die Formel des Wohlfahrtsstaates hinaus: Privatkapitalistische Wirtschaftsordnung mit staatlicher Rahmensteuerung, Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft, nachträgliche Beseitigung systembedingter sozialer Schäden und Ungerechtigkeiten durch den Staat, dazu umfassende soziale Sicherung gegen die allgemeinen Lebensrisiken? Ist die Idee noch lebendig, daß Sozialpolitik eingebettet sein muß in eine langfristige Strategie zur grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaftsordnung, etwa in dem Sinne, in dem das Godesberger Programm eine „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ anstrebt?

Ist man sich immer darüber im klaren, daß vorausschauende Sozialpolitik nur möglich ist, wenn man sich nicht scheut, in unserer Gesellschaft die Nachfrage zu stellen? Umfaßt die Zukunftsperspektive der Sozialpolitik heute mehr als die Vervollständigung und Perfektionierung des sozialstaatlichen Instrumentariums? Reicht sie hinaus über den Gedanken der sozialen Prävention? Ist nicht auch die soziale Prävention letztlich eine nur defensive Perspektive, die sich auf die Abwehr sozialer Schäden beschränkt, aber keine eigenständige, autonom gesetzte gesellschaftspolitische Zielsetzung enthält? Werden nicht selbst im Bereich der Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungspolitik die emanzipatorischen Ziele des Demokratischen Sozialismus und die Grundsatzenfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus der Diskussion ausgeklammert, obwohl sich diese Zusammenhänge aus der Praxis heraus aufdrängen sollten?

Eine selbstkritische Grundsatzdiskussion in der SPD und den Gewerkschaften wird diese Fragen nicht einfach vom Tisch wischen können. Die Frage, ob sozialdemokratische und gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik sich nicht zu sehr auf Verbesserung des Lebensstandards konzentriert haben, ist um so aktueller geworden, je mehr die Wachstumskrise und die ökologisch-politische Diskussion der siebziger Jahre die faktischen, moralischen und theoretischen Grundlagen der Wohlfahrtspolitik erschüttert haben, je mehr sich auch unter Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Überzeugung ausbreitet, daß eine Neuorientierung der Gesellschaftspolitik notwendig geworden ist. In dieser Situation ist Heimanns Theorie der Sozialpolitik aktueller als zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung, und zwar sowohl bezüglich der Hoffnungen als auch der Befürchtungen des Autors.

Nach 50 Jahren kann Heimanns Theorie natürlich nicht mehr einfach übernommen werden. Zum Beispiel wird man die nahezu ausschließliche Konzentration der Gesellschaftspolitik auf die Problematik der Selbstbestimmung am Arbeitsplatz sicherlich als etwas verengt empfinden. Gewiß ist die Arbeitswelt zentraler Ansatzpunkt für alle Verbesserungen der Lebensverhältnisse – von der Gesundheitssicherung bis zum familiären Zusammenleben. Gewiß hat auch eine Strategie der Demokratisierung der Gesellschaft vorrangig beim Arbeitsleben anzusetzen.

Aber neben der Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen gibt es eben noch andere wichtige gesellschaftspolitische Fragen: Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gleichheit der Bildungschancen, Gerechtigkeit der Einkommensverteilung, Verbesserung der Freizeit- und Wohnumwelt, Emanzipation der Frau, Schutz des Konsumenten vor Produzentenmacht, Partizipation des Bürgers an Planung und Verwaltung, Eingliederung von Randgruppen, Überwindung der Vereinsamung der älteren Generation, Schaffung besserer Lebensbedingungen für Kinder, Demokratisierung des kulturellen Lebens. Dies alles sind Probleme, die zum großen Teil auch das „Ressort“ Sozialpolitik berühren und die über dem von Heimann überdeutlich betonten Aspekt der Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit nicht vernachlässigt werden dürfen.

Dennoch verdiente Heimanns Ansatz heute mehr denn je, von der SPD und den Gewerkschaften aufgegriffen, neu durchdacht und weiterentwickelt zu werden. Der wichtigste Anstoß liegt vermutlich darin, die Sozialpolitik überhaupt erst wieder als *theoriefähig und theoriebedürftig* anzuerkennen, d. h. in eine gesellschaftspolitische Gesamtperspektive einge-

bettet zu sehen. Dabei zielt Heimann nicht auf ein Beleben der orthodoxen marxistischen Wirtschaftstheorie, sondern bietet einen durchaus eigenständigen Ansatz, der Berührungspunkte und Querverbindungen zu Theorien der sozialistischen Marktwirtschaft ebenso wie zur Selbstverwaltungsdiskussion in der französischen sozialistischen Bewegung und zur Theorie der systemverändernden Reformen von André Gorz eröffnet.

Von entscheidender Bedeutung könnte das Anknüpfen an Heimanns Theorie auch insofern sein, als sie der Sozialpolitik wieder eine über das Wohlfahrts- oder Sozialstaatsmodell hinausführende Perspektive gibt und gegenüber einer sozialpartnerschaftlichen Orientierung erneut die Frage nach der gesellschaftlichen Machtverteilung in das Zentrum der Sozialpolitik rückt. Denn die mit dem Schlagwort „Vom Wohlfahrtsstaat zur Sozialen Demokratie“ bezeichnete programmatische Weichenstellung der österreichischen Sozialdemokraten ist auch für die Sozialpolitik der SPD Anstoß zur Neubesinnung.

Bewegungsloses Festhalten am brüchig gewordenen Wohlfahrtsstaatskonzept und an vorrangig einkommens- und konsumorientierten gesellschaftspolitischen Zielen könnte ernste Gefahren heraufbeschwören. Zwischen konservativer und ultralinker Sozialstaatskritik, zwischen Kostendruck des Sozialstaates und Bürokratisierungstendenzen, zwischen ökologisch-ökonomischen Wachstumsgrenzen und konsumorientierter Anspruchshaltung der Bevölkerung, zwischen einer weithin traditionell orientierten Arbeitnehmerbewegung und einer sich möglicherweise immer weiter ausbreitenden Alternativ- und Protestbewegung, zwischen sozialpartnerschaftlichem Ordnungsmodell der Organisationsspitzen und verschärften Konflikten an der Basis könnte die Sozialpolitik der SPD und der Gewerkschaften den Anschluß an die Probleme und Entwicklungen verpassen.

Den Faden der sozialpolitischen Grundsatzdiskussion wieder da aufzunehmen, wo er vor einem halben Jahrhundert nach Heimanns „Sozialer Theorie des Kapitalismus“ nahezu vollständig abgerissen war, wird auf die Dauer zwingend notwendig sein.



AUSSENPOLITIK

Herbert von Borch: Die Auserwählten fühlen sich selbst entfremdet*

Der Autor des nachfolgenden Beitrages war 25 Jahre Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Washington. Von Borch zieht hier ein Resümee seiner Erfahrungen aus dem vergangenen Vierteljahrhundert amerikantischer Geschichte und Politik, auf dessen Hintergrund er die gegenwärtige „Vertrauenskrise“ in den USA bewertet. d. Red.

Am 15. Juli 1979 ereignete sich etwas Einzigartiges in der amerikanischen Geschichte, die als verwirklichte Utopie, als von der Verfassung auferlegte „Suche nach Glück“, als „the American Dream“ vor über zweihundert Jahren begonnen hatte: Der Präsident hielt der Nation mitleidlos den Spiegel vor. Zu einem untragischen Optimismus erzogen, sahen die Amerikaner plötzlich ein ungewohntes Bild: Amerika leidet an einer unsichtbaren Krise, die schlimmer ist als die Energie- und Wirtschaftskrise, die Herz, Seele und Geist des Volkes erfaßt hat; ein mangelndes Vertrauen in die Zukunft droht, das soziale Gefüge zu zerstören. Der Glaube an den Fortschritt, daran, daß die Kinder es immer besser haben werden als die Eltern, ist verloren; der Glaube an Gott ist durch materielle Zügellosigkeit verdrängt; für alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens herrscht Verachtung, insbesondere für die Regierung. Die wirtschaftliche Produktivität sinkt, der Kongreß ist von Hunderten von Sonderinteressen beeinflußt.

Diese Selbstgeißelung Amerikas durch seinen höchsten Vertreter wird erst in ihrer vollen Bedeutung sichtbar, wenn man sie mit den Ursprüngen vergleicht. Jefferson hat das Ur-Lebensgefühl Amerikas, als er 1801 sein dritter Präsident wurde, am anschaulichsten ausgedrückt: „Getrennt durch die

Natur und ein weites Meer von der Verwüstung eines Viertels der Erde (das alte Europa), im Besitz eines Gelobten Landes mit genug Raum für die hundertste und tausendste Generation ist das einzige, was nötig ist, um den Kreis unseres Glücks zu schließen, eine weise und sparsame Regierung.“ Die Amerikaner fühlten sich, als sie eine Nation wurden, als ein Volk in der Arche Noah; das Entrommensein war ein wesentlicher Bestandteil des Traums. Dieses Selbstbewußtsein hat sich bis in die zweite Nachkriegszeit erhalten, die USA waren als die führende atomare und technologische Supermacht ein Titan unter allen Ländern der Welt. Dann begann, fast unmerklich, am Ende der fünfziger Jahre, der Traum, die Utopie zu zerbröckeln: zunächst nur der Traum, die Einmaligkeit, das Abgeschirmtsein gegen die Widrigkeiten der Außenwelt (von den Unterbrechungen der zwei Weltkriege abgesehen, die den Aufstieg zu schwindliger Höhe nur förderten). Davon unberührt schien die lebendige Substanz dieser kontinentalen Überflußgesellschaft. Es war nur ein Schein, wie wir heute wissen, ein Schein, der von der kulturellen Revolution der Jugend in den sechziger Jahren und der immer pessimistischer werdenden Gesellschaftskritik der Intellektuellen entlarvt wurde. An die Stelle des Auserwähltseins trat die Selbstentfremdung, eine höchst unamerikanische Erscheinung, deren Gründe eine Untersuchung lohnen.

Jimmy Carter hat sich in der moralischen Züchtigung seiner Mitbürger, in diesem gequälten Aufschrei eines Präsidenten, der ständig an die Grenzen der Macht seines Amtes und seiner Nation stößt, weniger auf die neue Untergangphilosophie der Intellektuellen gestützt, als auf den zur Zeit der Julirede noch im Weißen Haus tätigen Meinungsforscher Patrick Caddell. Caddell lieferte ihm die Statistik. Aus ihr spricht eine bedrückende Vertrauenskrise.

Die Me-Generation

Der Pessimismus erstreckt sich nicht nur auf die Politiker, sondern auf alle tragenden Einrichtungen der Gesellschaft; gegenüber neun von ihnen ist das Vertrauen seit Mitte der sechziger Jahre durchschnittlich von 43 auf 23 Prozent gesunken. Den stärksten Niedergang in der öffentlichen Einschätzung haben die Militärs, die Medizin, die Kirchen, die Großfirmen und – am schlimmsten – die Gewerkschaften erlitten. Nur das Fernsehen hat gewonnen, um 12 Prozent, und die Presse ist gleich geblieben. Die Malaise erstreckt sich daher fast auf die ganze Breite des staatlich-gesellschaftlichen Lebens. Da ihre Intensität in den letzten zwei Jahren der

* © Süddeutsche Zeitung

Amtszeit Carters gestiegen ist, liegt es nahe, den Präsidenten für die Krise, die er anklagt, verantwortlich zu machen. Das ist zu einfach. Auch die Statistik spricht nicht dafür, die Carter nur 25 Prozent der Schuld an der Vertrauenskrise zuschreibt, dagegen doppelt so viel der Inflation, der Energiekrise und dem Kongreß.

Die Gründe liegen tiefer und gehen bis auf die fünfziger Jahre zurück, auf die glorreiche, selbstzufriedene, fatalistisch-optimistische Eisenhower-Zeit. Damals war Amerika fraglos glücklich. Damals wurden auch die Keime zur Arroganz der Macht gelegt. Niemand, der in jener Zeit zum ersten Mal nach Washington kam, konnte sich der verführerischen Anziehungskraft dieses Lebensexperiments entziehen, aber dieses Gefühl wurde bald von Zweifeln heimgesucht. Man entdeckte die Ambivalenz als ein Hauptmerkmal des Landes. Nichts ist in Amerika eindeutig.

Dies gilt auch für die Krise der Moral, die durch Carters Jutiredede gewissermaßen offiziell beglaubigt worden ist. Wie sein Hof-Meinungsforscher Caddell beobachtet, erstreckt sich der Pessimismus über die öffentlichen Institutionen nicht in gleichem Maße auf die persönlichen Lebenserwartungen der Amerikaner. Es herrscht eine merkwürdige Schizophrenie in der Bewertung des öffentlichen und des privaten Lebens. Dies kann auch eine verborgene Kraftquelle sein. Amerikas Temperament wandelt sich in der Tat; Neueste Äußerungen verraten eine Gegenströmung gegen das von den Kulturkritikern gemalte Bild vom narzißtischen, sozial entfremdeten Amerikaner der Me-Generation.

Und doch ist die Vertrauenskrise keine grundsätzliche Systemkrise mit revolutionärem Potential. (Ansätze dazu in den sechziger Jahren sind verpufft.) So antworteten auf eine Umfrage der Roper-Organisation lediglich 16 Prozent mit einer Verurteilung des Systems als „völlig überholt“; 45 Prozent hielten keine „fundamentalen Änderungen“ für nötig, und 39 Prozent waren für die Beibehaltung des Systems.

Was aber ist das „System“, unter dem die Amerikaner leben?

Der phantastische Überfluß an Gütern und Dienstleistungen, für den John Kenneth Galbraith, der Keynes unserer Epoche, 1958 den Begriff der „Affluent Society“, der Überflußgesellschaft prägte, wurde als Triumph des freien Kapitalismus empfunden, während dieser bereits ganz andere Strukturen entwickelt hatte. Privater und öffentlicher Reichtum gerieten in ein schreiendes Mißverhältnis. Der private Überfluß wurde unbefangen gesucht, weil er –

höchst unpuritanisch – als die Dynamik galt, die die ungeheure Produktionsmaschine in Bewegung hält. Konsum ist eine sakrosankte Pflicht. Der öffentliche Sektor dagegen spielte eine abnehmende Rolle im Sozialprodukt; die Wachstumsrate sank, weil die Grundlagenforschung vernachlässigt wurde. Der Dollar begann seine Abwärtsbewegung, zuerst mißverstanden als Nachfrage-Inflation, als Kehrseite der atemberaubenden Hochkonjunktur. Aber als die Preise trotz der klassischen monetären Mittel der Kreditverknappung stiegen, als schließlich die Hochkonjunktur durch Rezessionen unterbrochen wurde, dämmerte die Erkenntnis, daß Amerika Strukturen entwickelt hat, die mit dem Mythos des freien Marktes kaum mehr etwas zu tun haben. Der Überfluß trug Elemente der Eigenzerstörung in sich. Nicht Preisbildungen des Marktes, sondern „administrative“ Preise, unabhängig von dem vermeintlichen Souverän, dem Verbraucher, festgesetzt durch die Riesenkonzerne wie durch ihre Gegenspieler, die mächtigen Gewerkschaften, erzeugten Inflation.

Die Wissenschaftler erfanden das häßlich klingende Fremdwort von der „Oligopolie“, der Beherrschung des Marktes durch einige wenige große Wirtschaftseinheiten, der Liebesaffäre zwischen Mammutfirmen und Mammutgewerkschaften, so stürmisch diese auch manchmal verlief. Die Wirtschaftsgesellschaft als Ganzes sah mit Schaudern, daß hier zwei Giganten, die sich entweder miteinander verschworen oder sich Duelle lieferten, das öffentliche Interesse mißachteten; daß infolgedessen das Machtpendel zugunsten der „dritten Kraft“, des Staates, ausschlug. Ein Dreiecksverhältnis bildete sich zwischen Big Business, Big Labor und Big Gouvernement; es ist bis heute so labil und unregelmäßig geblieben, daß es mit dem neuen lähmenden Phänomen der Stagflation, dem der konventionellen national-ökonomischen Logik ins Gesicht schlagenden Nebeneinander von stagnierender Rezession und Inflation nicht fertig zu werden vermochte.

Auch von den außenpolitischen Rückschlägen der Weltmacht, mit dem Namen Vietnam nicht nur geographisch, sondern auch symbolisch umschrieben, lassen sich Linien bis zur Eisenhower-Zeit ziehen. „Ike“, die aufrechte, ja liebenswerte Persönlichkeit des Präsidenten wurde in der Außenpolitik durch John Forster Dulles, den eifernden, oft unheilvoll operierenden Leiter des State Department überschattet. Seine Erbschaft sollte nicht gänzlich vergessen werden.

Unter Eisenhower begann das Atomzeitalter mit allen seinen Schrecken. Dessen Vorgänger Truman

hatte Amerika die Wasserstoffbombe hinterlassen; in seiner letzten Kongreßbotschaft eröffnete der Präsident, der erst- und einmalig Atombomben auf ein Land abgeworfen hatte, daß die Wasserstoffbomben-Versuche auf dem Eniwetok-Atoll „die Rauchpilze von Hiroshima und Nagasaki winzig erscheinen“ ließen. Auf dem Besitz dieser unermesslichen Macht, noch weit davon entfernt, sie mit der Sowjetunion paritätisch teilen zu müssen, baute Dulles die Politik der Einkreisung der sowjetrussischen Landmacht durch ein Netz von Allianzen und Stützpunkten auf, das, als er 1959 starb, auf rund fünfzig Bündnisverträge, hundertfünfzig auswärtige Stützpunkte und drei neue Paktsysteme angewachsen war. Damit verbunden war die Doktrin der „massiven Vergeltung“, eine Drohung mit wechselseitigem Selbstmord, die seit Kennedy durch die Strategie der „flexiblen Erwidern“ abgelöst worden ist. Dulles boykottierte 1954 auch die Genfer Asienkonferenz, zusammen mit der Regierung Diem von Südvietnam, und verhinderte die politische Lösung durch gesamtvietnamesische Wahlen. Der Vietnamkrieg wurde so durch die republikanische Regierung in Washington vorbereitet. Präsident Eisenhower gab Südvietnam das erste Hilfsversprechen.

Dulles machte, indem er die Truman-Acheson-Politik der Eindämmung des monolithisch gesehenen internationalen Kommunismus noch überspitzte, die USA zum Weltpolizisten, eine Rolle, die zu der verhängnisvollen Verstrickung in Indochina führte. Aber hierin lag nichts Unausweichliches. Zwar hatte Kennedy die Zahl der Berater in Vietnam, bis zu seiner Ermordung im November 1963, auf 17 000 vermehrt, aber er hatte sich stets gegen die Entsendung amerikanischer Kampftruppen gewendet, ein Rubikon, den erst Lyndon Johnson 1965 überschritt.

Glanz der Kennedy-Jahre

Was man auch immer über die Bedeutung von Individuen geschichtsphilosophisch denken mag, es ist meine Überzeugung, daß es ohne die Ermordung Kennedys keinen Vietnamkrieg mit seinem Trauma für die Weltmachtstellung Amerikas gegeben hätte; und ohne die Ermordung von Robert Kennedy im Wahlkampf von 1968 hätte es kein Watergate gegeben, weil der jüngere Kennedy nominiert worden wäre und über Nixon gesiegt hätte; schließlich wäre es ohne die Ermordung von drei schwarzen Führern, Martin Luther King, Medgar Evers und Malcolm X, in den 60er und den frühen 70er Jahren nicht zu den sozialen Explosionen in den Großstädten gekommen. Das Ziel der Integration wäre nicht durch die Parole

der „Black Power“, der Gewaltanwendung in der städtischen Guerilla, ersetzt worden. Den fünf Morden ist gemeinsam, daß sie Männer zerstörten, die die Kräfte des Ausgleichs, des Mitleidens, der freiheitlichen Werte verkörperten; es war, als ob die Dämonie des Bösen vom Besten im amerikanischen Wesen herausgefordert worden wäre. In der Schockwirkung dieser Morde artikulierte sich die ungewohnte, neue Untergangsstimmung.

Vor der Verdunkelung des amerikanischen Glücks lag der Glanz der drei Kennedy-Jahre.

Es war nur kurz, das „neue Augusteische Zeitalter der Versöhnung von Macht und Poesie“, wie der Dichter Robert Frost die Kennedy-Ära nannte. Als diese Periode durch die blinde Gewalt eines Stücks Blei im Gehirn des hellsten, kühnsten, wachsten Geistes, der je die Nation regiert hatte, ein bestürzendes Ende nahm, traf einen stechender Schmerz wie sonst nur bei einem persönlichen Verlust. Zwar glaubten viele zunächst, sein Geist werde fortleben, nur der Mensch und der unnachahmliche Stil seien ausgelöscht. Dieser Stil war, so erwies es sich bald, doch mehr als Form: Kennedy war intellektuell beherrscht, unemotional, sachlich präzise, unrhethorisch, modern in seiner Management-Technik, von raschem Witz, ein Verzauberer der Massen, beweglich, aber auch, wenn es notwendig war, hart wie in der Berlinkrise von 1961 und in der Cuba-Raketenkrise von 1962. Kennedy ging bis zur noch niemals erprobten Bereitschaft, einen Atomkrieg zu wagen, um die Gegenweltmacht unter Chruschtschow vom Aufbau eines nuklearen Potentials in Cuba abzuhalten. Stil und Substanz waren in John F. Kennedy untrennbar vermischt, und diese Einmaligkeit war wohl auch die Erklärung dafür, daß mit ihm, dem Unvollendeten, zugleich auch eine Ära jäh vernichtet wurde.

Sonst wäre nicht sein Tod der Anfang der geblendeten Krisen gewesen, die er hätte verhindern können. Kennedy suchte die Tabus des Kalten Krieges zu entmachten, er durchschaute die verborgenen Strukturen der Überflußgesellschaft und begegnete der aufflammenden sozialen Revolution der Schwarzen mit einem bis dahin im höchsten Amt unbekanntem „Engagement des Herzens“. Er wäre mit Gewißheit wiedergewählt worden; aber so war seine Amtszeit nur ein meteorhaftes Aufleuchten, ohne Kontinuität zu schaffen.

Man hat Politik die säkulare Religion Amerikas genannt und die Präsidentschaft ihren krönenden Mythos. Sie ist eine mit keiner anderen Regierungsweise vergleichbare Institution. Deshalb ist der geschichtlich beispiellose Mangel an Kontinuität in diesem

Amt in den letzten zwei Jahrzehnten einer der Schlüssel für Amerikas Vertrauenskrise. Seitdem Eisenhower 1961 das Weiße Haus verließ, hat dort keiner seiner Bewohner die ihm staatsrechtlich erlaubten zwei vollen Amtszeiten von zusammen acht Jahren verbracht. Kennedy wurde nach drei Jahren ermordet. Lyndon Johnson scheiterte nach etwas über fünf Jahren, weil er die liberale Anmaßung, andere zivilisieren zu wollen, in einen massiven Krieg in Vietnam eskalieren ließ, den auch die meisten seiner Landsleute schließlich unmoralisch fanden; er dankte, monarchisch gesprochen, ab, indem er 1968 auf die Wiederwahl verzichtete.

Erinnerung an Pearl Harbor

Sein Nachfolger Richard Nixon wurde nach fünf-einhalb Jahren aus dem Amt verjagt, weil er verfassungswidrig die Gewaltenteilung durch eine imperiale Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten zu ersetzen suchte. „Watergate“, der Einbruch von Nixons Männern ist das Hauptquartier der Demokraten und die spätere Rechtsverschleierung durch den ersten Mann des Staats, gab dem Widerstand gegen den Präsidenten die demokratische Legitimation. Er wurde der erste Präsident der Vereinigten Staaten, der unter der Drohung der Amtsenthebung zurücktrat, im August 1974. Sein Vizepräsident, der farblose Gerald Ford, konnte nur zwei Jahre lang die Nachfolge antreten, bis ihn Jimmy Carter, der Außenseiter aus den Südstaaten, 1976 besiegte. Die Probleme blieben jedoch fast unlösbar. Und nun könnte Carters Wiederwahl so weit gefährdet sein, daß die Kontinuität wieder nicht gewährleistet ist.

Oder so schien es bis zum 4. November, als radikale Studenten, mit dem theokratischen Segen des Ayatollah Khomeini, amerikanische Diplomaten als Geiseln nahmen, um die Auslieferung des Schahs zu erwirken. Die Wirkung auf das amerikanische Bewußtsein war schlechthin phantastisch. Von Carter abwärts wurde die Reaktion im Land mit der vor rund vierzig Jahren auf Pearl Harbor, dem Überraschungsangriff japanischer Bomber auf die im Hafen ankernde amerikanische Flotte verglichen, ein weltpolitisches Ereignis, das den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg auslöste. Bei einem solchen Auseinanderklaffen der Dimensionen, wobei nur psychologische Wirkung vergleichbar ist, muß man annehmen, daß etwas weit über den unmittelbaren Anlaß Hinausgehendes aufgeweckt worden war.

Die verbreitetste Annahme ist, der Vietnamkomplex sei überwunden, jenes kollektive Schuldgefühl, das aus der einzigen totalen Niederlage Amerikas zu-

rückgeblieben war, als ein lähmender Fluch für die Supermacht. Was bedeutet in diesem Zusammenhang „Vietnam“? Es bedeutet den Verlust von 50 000 Gefallenen und 130 Milliarden Dollar, es bedeutet 1975 die schmähliche Flucht der restlichen Militärs in Hubschraubern aus Saigon. Die in Vietnam verschwendeten Summen verursachten das Zurückbleiben der USA gegenüber der Sowjetunion in den siebziger Jahren auf den verschiedensten Gebieten der Rüstung. Der fehlende Mut zweier Präsidenten, Johnson und Nixon, die Amerikaner zwischen Butter und Kanonen wählen und die Bürger für die Kriegskosten in Steuern zahlen zu lassen, wurde zur Urquelle der Inflation und damit des Verfalls des Dollars, von dem 1970 35 eine Unze Gold kauften, während sie heute 500 kostet. Vietnam ist so zum Inbegriff der Einbuße an weltpolitischem Prestige Amerikas geworden; und wenn die Überwindung dieses Syndroms, die jetzt verkündet wird, irgend etwas heißen soll, dann die Zurückgewinnung des Prestiges, wie es noch unter Eisenhower und Kennedy bestanden hat.

Endlich kann sich Amerika wieder einmal mit der völkerrechtswidrigen Behandlung seiner Diplomaten auf der richtigen Seite der moralischen Barrikade fühlen; Patriotismus, nationale Einheit, Geschlossenheit hinter dem Präsidenten sind alte, neuentdeckte Werte. Aber eine Läuterung durch die schmerzhaft Vietnam-Erfahrung ist doch auch zu bemerken: Trotz der Empörung über die Geiselnahme war aus den Stimmungsberichten wenig Chauvinistisches herauszuhören, die Forderung, „nuke“ (Slang für Nuklearbomben abwerfen) Ghorn, war sehr selten zu vernehmen. „Wir haben uns schon einmal die Finger verbrannt, in Vietnam.“ Das geduldige Krisen-Management Carters, jenseits der Begriffe hart oder weich, mit ökonomischem und diplomatischem Druck, doch die militärische Option (entgegen seinen inneren Neigungen, jedenfalls seiner früheren) niemals ganz ausschließend, scheint den Gefühlen der Majorität genau zu entsprechen.

„Hurra für Khomeini“

Auswärtige Krisen pflegen dem Präsidenten einen Machtzuwachs zu verschaffen, aber noch niemals hat ein Präsident so wie Carter davon profitiert. Sein Aufstieg in den Meinungsumfragen, den ihm Khomeini verschafft hat, übertrifft Roosevelts nach Pearl Harbor, Trumans nach der Invasion Südkoreas durch den Norden. Kennedys nach dem Scheitern in der cubanischen Schweinebucht, Johnsons nach dem Bombardement Hanois. Es eröffnet sich die verblüf-

fende Perspektive, daß der Anti-Washington-Kandidat, der wiedergeborene Baptist, der Prophet der Güte, Liebe, Versöhnung, der verringerten Rüstungsausgaben und der Nichtintervention seine Nation in eine aktivere Weltmachtrolle zurückführt; temperiert wird der Versuch durch das Wissen, daß es in einer multipolaren Ordnung keine einzige dominierende Super-Supermacht mehr geben kann, wie die USA es nach dem Zweiten Weltkrieg waren – als der Verleger Henry Luce (Time-Life) „Das Amerikanische Jahrhundert“ ausrief; aber Washington ist doch risikobereiter, weniger dem Status quo verhaftet, aggressiver der anderen Supermacht gegenüber als in den letzten fünf Jahren.

Dies ist selbstverständlich nicht ohne Gefahren, das Pendel kann zu weit nach rechts ausschlagen, wovon sogar Verteidigungsminister Brown in der Begründung des erhöhten Rüstungsbudgets warnte. Die europäischen Verbündeten, die sich mit der nuklearen Nachrüstung beträchtlich an der Risikobereitschaft beteiligen, müssen vielleicht in einer seit langem, seit Beginn der SALT-Verhandlungen 1969 nicht gewohnten Weise wachsam sein. Aber die Grundverfassung der Malaise weicht von Amerika. Der Chefredakteur der „Foreign Affairs“, William Bundy, vergleicht die Wirkung von Pearl Harbor mit dem gegenwärtigen Wendepunkt: „1941 gingen wir daraus geehrt, wirkungsvoll und mit einem neuen

George Günther Eckstein: Machtverschiebungen in den USA

Vor einiger Zeit erreichte in den Vereinigten Staaten das professorale Buch eines Politologen und Ökonomen der Yale Universität über Fachkreise hinaus ungewöhnliches Aufsehen: Charles Lindbloms „Politics and Markets“ (Verlag Basic Books, New York). Dieses Aufsehen galt gewiß nicht seiner etwas schematischen Klassifizierung der heutigen Gesellschaftssysteme – wirtschaftlich in marktorientierte und zentralistisch-dirigierte, politisch in autoritäre und polyarchische (lies: demokratische) – und deren mögliche bzw. unmögliche Kombinationen. Das Aufsehen rührte vielmehr daher, daß hier ein angesehenere älterer Repräsentant des liberalen Establishments im Verlauf seiner Untersuchung der „engen, aber fragwürdigen Beziehungen zwischen Privatkapitalismus und Demokratie“ zu einer radikalen Kritik am

Bewußtsein unserer Stärke und dessen, wofür wir geradestanden, hervor. Die Verschiedenheiten sind offensichtlich... Aber wenigstens in einem kritischen Aspekt läuft es auf das gleiche hinaus – wir müssen tiefgehende Anpassungen unseres nationalen Lebens vornehmen und Illusionen (und möglichst auch Vorwürfe) hinter uns bringen. Mehr als von allem anderen hängt die Rolle Amerikas in der Welt davon ab, unserer Energiesituation Herr zu werden. Der unmittelbare Schlüssel heißt Einsparung, die Rückkehr wenigstens für die gegenwärtige Zeit zu den Überlieferungen der Selbstverleugnung, der Opferung persönlicher Vergnügen und der Gemeinsamkeit der Lasten, wie sie in den Jahren nach 1941 und im 18. Jahrhundert bestanden, aber in der letzten Vergangenheit nicht eingehalten worden sind. Wenn wir lernen, zusammen für ein klares unmittelbares Ziel zu arbeiten, glaube ich, wird ein großer Teil anderer Dinge seinen richtigen Platz finden.“

Carter nahm Abschied von einer ungeliebten Dekade, als er seinen Landsleuten sagte, was er vor vier Jahren kaum gesagt hätte: „Wir müssen verstehen, daß nicht jedes Beispiel der festen Anwendung von Macht ein potentiell Vietnam ist.“ Die achtziger Jahre werden zeigen, was dieser Satz wirklich bedeutet. Ein neuer Zyklus beginnt. Die New York Times kommentiert: „Ein Hurra für den Ayatollah.“

System der Marktwirtschaft in seiner heutigen, von den Großkonzernen beherrschten Form gelangt.

In der pluralistischen Sicht des traditionellen amerikanischen Liberalismus werden die politischen Entscheidungen letzten Endes in wechselnden Kompromissen auf dem Markt der Gruppeninteressen ausgehandelt, auf dem die Wirtschaftswelt nur als eine unter vielen auftritt. Nun aber bestätigt Lindblom, was radikale Kritiker schon längst behauptet hatten: nämlich daß angesichts der „privilegierten Position“ des Big Business auf dem politischen wie ökonomischen Markt dieses pluralistische Bild nicht mehr stimmt. Die politische Spitze – so Lindblom – betrachtet heute „Businessmen nicht als eine Interessengruppe unter vielen anderen, sondern als Personen, die für die Gesellschaft unentbehrliche Funktionen ausüben und deshalb besondere Privilegien verdienen.“ Er vergleicht das bestehende Verhältnis zwischen Big Business und Regierung mit dem mittelalterlichen zwischen Kirche und Staat.

Die Rolle von Big Business

In der Tat ist der Machtzuwachs der Großkonzerne in den letzten Jahrzehnten das markanteste Kennzeichen der politischen Entwicklung Amerikas. Allein schon deshalb, weil die privaten geschäftlichen Entscheidungen der Spitzenmanager auch weitreichende Folgen für Beschäftigung, Konsum und technologische Entwicklung haben. Indirekt äußert sich die von Lindblom festgestellte privilegierte Position des Big Business u. a. darin, daß dessen Einfluß kaum mehr von der Parteizugehörigkeit des Präsidenten abhängt: Er macht sich unter dem populistischen Carter ebenso geltend wie unter dem businessfreundlichen Präsidenten Nixon und Ford. Wenige Tage nach Carters Wahlsieg luden sich die Leiter des „Business Roundtable“, einer ebenso lockeren wie wirkungsvollen Organisation der 50 Spitzenfirmen der amerikanischen Industrie, zu einer Unterredung mit dem kommenden Präsidenten ein. Beruhigt konnte der Leiter des DuPont-Konzerns danach berichten, Carter sei „ein Mann, mit dem man reden kann“.

Eine wichtige Rolle bei dieser Entwicklung spielt die ebenfalls in den letzten Jahrzehnten vollzogene Umwandlung aller Großfirmen in multinationale Unternehmen, ausgenommen vielleicht manche Bereiche der Stahlindustrie. Dank der ihnen dadurch gegebenen Ausweichmöglichkeiten haben die Multis sich der Regierungskontrolle entzogen, und nebenbei auch eine Schwächung der noch immer national orientierten und organisierten Industriegewerkschaften erreicht.

In Wirklichkeit ist das Verhältnis nicht ganz so einseitig. Denn auch die Rolle der Regierung im Wirtschaftsleben, schon immer bedeutsamer als öffentlich anerkannt, hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich erweitert, vertieft und auf neue Gebiete ausgedehnt, im selben Maße, wie neue öffentliche Aufgaben in den Vordergrund traten und um schwankende Wählergruppen geworben werden mußte: Gebiete wie krisenstabilisierende Konjunkturpolitik, Umweltschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz. Sie alle brachten unter der Bevölkerung aktive Interessenbewegungen, von Schwarzen und Frauen bis zu „Grünen“, und innerhalb der Regierung neue Bürokratien mit ihren Eigeninteressen hervor.

Obwohl zunächst von der Wirtschaftswelt hartnäckig bekämpft, trugen diese neuen Initiativen ironischerweise noch selbst zur Stärkung der Großkonzerne bei. So brachte die Konjunkturpolitik – allerdings nur unter demokratischen Präsidenten mit eigenem Erfolg durchgeführt – die für die Planung der Großfirmen notwendige Stabilität der Konjunktur.

Und was die neuen sozialen Auflagen betrifft, so verfügen nur die Großfirmen über das zu ihrer Erfüllung nötige Personal und Kapital, sowie über die Möglichkeit, die daraus entstehenden Folgekosten auf die Öffentlichkeit abzuwälzen, sei es durch höhere Preise auf den Verbraucher, sei es durch öffentliche Finanzierung, etwa von Kläranlagen, auf den Steuerzahler.

Ebenso gelang es den Wirtschaftslobbys durch Druck auf die zuständigen Kongreßkomitees, den Löwenanteil der zur Erleichterung der unteren und mittleren Einkommensgruppen gedachten Steuersenkung von 1978 abzusahnen. Insbesondere erreichte eine gezielte Propaganda-Kampagne die Senkung der Kapitalgewinn-Steuer, angeblich nötig zur Stimulierung von Investitionen, obwohl zu jenem Zeitpunkt die Produktionskapazität zu weniger als 80 % ausgelastet war.

Energiepolitik

Besonders deutlich offenbarte sich der Einfluß der Großkonzerne bei der Gestaltung der amerikanischen Energiepolitik. Carters erstes Energieprogramm scheiterte im Kongreß einmal an der Furcht vieler Abgeordneter vor dem Unmut einer in der Automobilkultur Amerikas gegen Einschränkungen sehr empfindlichen Wählerschaft; zum anderen an der reichfinanzierten und geschickt organisierten Kampagne der Ölindustrie. Sie stellt die stärkste Gruppe im Big Business-Sektor. Acht von den 15 größten Industriefirmen, mit einem Gesamtkapital von 120 Milliarden Dollar, gehören ihr an. Ihre Kampagne konzentrierte sich auf die Aufhebung der Preiskontrolle für Öl und Erdgas „zwecks Stimulierung gesteigerter Produktion“. Wichtigste Stütze im Senat war ihnen der Vorsitzende des Finanzausschusses, Senator Long aus dem Ölstaat Louisiana. Das Ziel wurde weitgehend erreicht; in bezug auf das Öl wird es allerdings durch die neuerliche Erhöhung des OPEC-Preises, welche die Preise für einheitliches Öl mit in die Höhe treiben wird, wieder in Frage gestellt. Um die Aufhebung der Preiskontrolle dennoch zu erhalten, ist die Ölindustrie nun bereit, eine ursprünglich bekämpfte Besteuerung der zu erwartenden „Windfall“-Gewinne zu akzeptieren, nicht ohne sich gleichzeitig zu bemühen, einen guten Teil des Steuerertrags über Investitionskredite für sich zurückzugewinnen.

Die intensive Lobbytätigkeit im Kongreß wurde und wird ergänzt durch eine „aufklärende“ Inseratenkampagne in wichtigen Tageszeitungen und Zeitschriften sowie durch interne Publikationen, die an Aktionäre

und Angestellte gerichtet sind. Darin werden die Leser auch zu Zuschriften an ihre Abgeordneten aufgefordert. Dabei findet die Ölindustrie Unterstützung durch benachbarte Industrien. So berichtete „Union Carbide“ in einem Inserat in der „New York Times“ vom 15. Juli, dem Tag der Fernsehrede Carters, über ihre Arbeit an der Entwicklung der Solar-Energie und unterstützte dabei die Forderung nach Aufhebung der Preiskontrollen für Öl und Erdgas als Ansporn für die Entwicklung der (teureren) solaren Alternativen. Diesem Inserat folgt ein ganzseitiges der Elektroindustrie mit folgenden Forderungen: Lockerung der strikten Bestimmungen zur Reinhaltung der Luft, um die Umstellung auf Kohle zu fördern, sowie die Beschleunigung der durch öffentlichen Widerstand verteuerten und verlangsamten Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke.

Das neue Gesicht der Großkonzerne

Big Business in der Form der modernen Großfirma ist anonym geworden. Wie sein Kapital, das heute weitgehend von Pensionsfonds (einschließlich der gewerkschaftlichen), von Versicherungsgesellschaften, Großbanken und halböffentlichen Institutionen gestellt wird, ist auch seine Macht institutionell, nicht persönlich. Henry Ford II. ist der letzte einer Unternehmersdynastie alten Stils. Die Amtsdauer der meisten Spitzenmanager beträgt selten mehr als fünf bis zehn Jahre; sie sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Wer kennt schon die Namen der jeweiligen Direktoren selbst der größten Konzerne – etwa von General Motors, General Electric, AT&T, IBM, Exxon, Firmen, deren Umsatz den Etat vieler europäischer Staaten überschreitet? Shapiro von DuPont ist nur deshalb etwas bekannter, weil er einem Chemiekonzern vorsteht, in dem er als Jude vor dem Krieg nicht einmal als Chemiker Anstellung gefunden hätte. Die Häupter dieser Firmen werden neuerdings nicht mehr aus Produktion oder Vertrieb, sondern aus dem Finanzkapital rekrutiert. Denn die Macht dieser institutionalisierten Industriegiganten beruht nicht etwa auf höherer Effizienz, sondern auf ihrem privilegierten Zugang zum Kapitalmarkt, auf ihrer Fähigkeit, den Markt zu beherrschen oder zu manipulieren, auf ihrer institutionellen Unsterblichkeit, auf ihrem Einfluß auf politische Gremien und öffentliche Meinung. Entsprechend sind sie allerdings auch exponiert und verwundbar, und die fortschrittlichsten unter ihren Managern zeigen denn auch erhebliche Flexibilität in bezug auf neue gesellschaftliche und geistige Trends. Zu den Gewerkschaften pflegt dieser Sektor relativ friedliche Beziehungen; ist er

doch an einer Stabilität der Arbeitsbeziehungen interessiert und in der Regel in der Lage, dank seiner Marktposition etwaige Lohnerhöhungen auf den Verbraucher abzuwälzen. Trotzdem hielt es keiner dieser Spitzenmanager für nötig, sich von dem in der „National Association of Manufacturers“ (NAM) organisierten reaktionären mittleren Unternehmertum zu distanzieren, als dieses im vorigen Jahr durch intensive Lobbytätigkeit eine bescheidene Reform der Arbeitsgesetzgebung zu Fall brachte, welche es den südstaatlichen Textilunternehmen ein wenig erschwert hätte, die gewerkschaftliche Organisation ihrer Betriebe zu verhindern.

Image-Pflege und ideologische Gegenoffensive

Die Spitzenmanager einer Großfirma mögen weitgehend anonym sein, das Unternehmen selber ist zu einer halböffentlichen Institution geworden und auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung bedacht. Firmen wie Exxon, Mobil, IBM, Phillip Morris, Xerox wenden erhebliche Mittel für die Pflege ihres Images auf: durch diskret publizierte Zuwendungen für öffentliche Projekte finanziell darbender kultureller Institute (Museen, musikalische Organisationen und vor allem nichtkommerzielles öffentliches Fernsehen). Noch unmittelbarer ans Eigeninteresse geknüpft sind die Zuwendungen an Hochschulen.

An die Seite solcher Investitionen in öffentlichen Goodwill tritt neuerdings eine äußerst geschickte ideologische Gegenoffensive gegen ihre Kritiker. Klug formulierte Inserate greifen den liberalen Wohlfahrtsstaat an seinen wunden Punkten an und tragen die Botschaft eines sich verantwortungsbewußt gebenden Marktsystems gelegentlich bis ins Lager des Gegners, in sozialliberale intellektuelle Zeitschriften wie „New Republic“, „Nation“, „New York Review“.

Ein Versuch der „Kaiser Aluminium Company“, ein ideologisches „Commercial“ bei den großen Fernsehnetzen zu plazieren, wurde allerdings von diesen abgelehnt – von CBS mit der beachtenswerten Begründung, dies würde dazu führen, daß „das meiste Geld den lautesten Mund haben würde“. Schließlich hat Big Business im „American Enterprise Institute“ neuerdings eine neo-konservative Bastion aufgebaut, zu deren Veröffentlichungen und Diskussionstagungen neben extremen Free-Enterprise-Exponenten wie William Simon (Fords Finanzminister) und dem Monetaristen Milton Friedman und neo-konservativen Intellektuellen wie Kristol, Podhoretz, Moynihan gelegentlich auch Sozialisten wie Harrington und Lekachman herangezogen werden.

Politische Aktions-Komitees

Von direkter politischer Bedeutung ist freilich eine Entscheidung des Supreme Court, welche die Beschränkung der sogenannten „Political Action Committees“ (PAC) auf wirtschaftliche Verbände wie Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen aufhob und deren Gründung auch Einzelfirmen gestattete. Diese können nun von Aktionären wie von höheren Angestellten (die sich dem Verlangen kaum entziehen können) Beiträge zur Errichtung individueller PACs sammeln und damit die Wahlkampagnen politischer Kandidaten unterstützen, entweder direkt oder durch öffentliche Stellungnahmen zu bestimmten Streitfragen. Seitdem nach dem Watergate-Skandal die Präsidentenwahl strikten Vorschriften und weitgehend öffentlicher Finanzierung untersteht, fließen diese Mittel in erster Linie den Kandidaten für den Kongreß zu. Man gewinnt einen Begriff von der kaum zu überschätzenden Bedeutung dieser neuesten Entwicklung, wenn man weiß, daß die Zahl dieser Firmen-PACs schon im Anfangsstadium zwischen 1975 und 1978 von 89 auf 821 empor-schnellte. Entsprechend stiegen die Gesamtbeiträge von Interessengruppen zwischen der Kongreßwahl von 1974 und der von 1978 von 12,5 auf 35 Millionen Dollar. Allein der Ärzte-Verband, die „American Medical Association“, verteilte 1978 über 1,6 Millionen Dollar an Kongreßkandidaten. 40 Kandidaten, in ihrer überwältigenden Mehrheit Republikaner, erhielten dabei je 10000 Dollar. Kein Wunder, daß die Einführung des sozialen Gesundheitswesens im Kongreß auf bisher unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Eine bedeutsame Nebenwirkung dieser Finanzierungsmöglichkeiten ist übrigens die Untergrabung der Autorität der Fraktionsführung.

Gegenkräfte

Die vorstehenden Zahlen wurden von „Common Cause“ veröffentlicht, einer von John Gardner (liberaler Republikaner und Johnsons ehemaliger Sozialminister) gegründeten Vereinigung, welche sich auf die Säuberung der Politik von der Manipulation durch finanzstarke Sonderinteressen konzentriert. „Common Cause“ gehört zu den neuen Basisgruppen, die sich in den letzten Jahrzehnten um neue Streitfragen gebildet haben: Konsumentenschutz

(Ralph Nader), Atomwaffen und Kernkraftwesen, Umweltschutz, Neger- und Frauen-Ermanzipation. Sie haben ja längst auch in Europa Nachahmung gefunden. Ihre Lobbys in Washington und den Landeshauptstädten arbeiten untereinander und mit denen der Gewerkschaften und liberalen Gruppen zusammen, übertreffen diese jedoch häufig an Eifer und Elan. Ihre Konzentration auf Einzelfragen – wie umgekehrt von rechts in der Anti-Abtreibungs- und der Anti-Steuer-Bewegung – bedeutet freilich eine gewisse Gefahr der Zersplitterung im politischen Gesamtprozeß. Aber sie füllen eine von Politikern und Gewerkschaften offen gelassene Lücke im politischen Kräftespiel. Ihre Entwicklung ging im übrigen einher mit der Herausbildung einer intellektuellen und halbintellektuellen Mittelschicht in der modernen hochorganisierten Industriegesellschaft. Diese bildet den Kern dieser Bewegungen.

Dies also sind die wichtigsten neueren Trends in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen der Vereinigten Staaten:

- die Machtzunahme der modernen multinationalen Großunternehmen, anonym, institutionalisiert und mit neuen gesellschaftlichen Kräften und Trends nicht weniger vertraut als mit der modernen Technologie, aber auch auf staatliche Subventionen angewiesen und deswegen staatlicher Kontrolle unterworfen, verwundbar gegenüber der öffentlichen Meinung und deshalb bei ihren fortschrittlicheren Vertretern ihrer gesellschaftlichen Verantwortung aufgeschlossener;
- das Eigengewicht der Bürokratie innerhalb der in immer neue Gebiete des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens eindringenden Kontrollbehörden;
- der politische und ideologische Einfluß der neuen Reformbewegungen aus den Kreisen der gebildeten Mittelschicht;
- die wachsende Selbständigkeit des Kongresses gegenüber der Exekutive bei gleichzeitigem Schwinden der Parteidisziplin;
- dazu schließlich die gegenwärtige politische Schwäche eines wohlmeinenden Staatsoberhauptes, das die Entfaltung dieser zentrifugalen Tendenzen bisher nicht zu verhindern verstand.

Horst Heimann: Reformistischer und revolutionärer Sozialismus In Frankreich

Die Grundsatzdebatten und die theoretisch-politischen Wandlungsprozesse im Eurokommunismus, die auf großes Interesse in der breiteren Öffentlichkeit gestoßen sind, haben zumindest teilweise die Aufmerksamkeit von den gewiß nicht weniger wichtigen Auseinandersetzungen um das Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas abgelenkt. Doch gerade weil der Demokratische Sozialismus keine von einem Machtzentrum aus bestimmte einheitliche Weltanschauung und politische Konzeption besitzt, sondern sich bewußt zum theoretischen Pluralismus bekennt, wird – nicht zuletzt angesichts der notwendigen politischen Zusammenarbeit in Europa – die Frage nach den grundlegenden Gemeinsamkeiten und nach den Unterschieden immer bedeutsamer. Denn neben der Spaltung der Arbeiterbewegung in Kommunismus und Demokratischen Sozialismus gibt es innerhalb der Sozialistischen Internationale einen grundsätzlichen Gegensatz. Mit dem Schlagwort vom „Nord-Süd-Konflikt“ wird der Gegensatz zwischen den reformistischen sozialdemokratischen Parteien Nordeuropas und den an der revolutionären marxistischen Theorie festhaltenden sozialistischen Parteien der romanischen Länder gekennzeichnet.

Der französische Wissenschaftler und Politiker Léo Hamon verweist in seinem neuen Buch „Socialisme et pluralités“ (Sozialismus und Pluralismus) darauf hin, daß sich die Sozialisten von Frankreich bis nach Portugal dagegen verwehren, Sozialdemokraten zu sein; denn um respektiert zu werden, müsse man zunächst schwören, etwas anderes zu sein als jene Sozialdemokraten, mit denen man in der Sozialistischen Internationale zusammengeschlossen ist.

Die Nord-Süd-Grenze ist allerdings als Trennungslinie zwischen dem revolutionär-marxistischen und dem pragmatisch-reformistischen Sozialismus zu relativieren. Denn die jüngste Marxismus-Debatte bei den spanischen Sozialisten, das Bemühen von Felipe Gonzales, die spanischen Sozialisten nicht auf den Marxismus festzulegen, die Aktivitäten eines „sozialdemokratischen“ oder reformistischen Flügels unter Rocard bei den französischen Sozialisten, andererseits das Selbstverständnis aller drei Juso-Fraktionen als Marxisten innerhalb der pragmatischen SPD zei-

gen deutlich; Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen revolutionärem und reformistischem Sozialismus bestehen auch als Spannungsverhältnis innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien und stellen eine Herausforderung an die geistige Dialogfähigkeit und die politische Integrationskraft dieser Parteien dar.

Theoretische Dialogfähigkeit und politische Integrationskraft in den einzelnen Parteien, die gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen den Parteien zu fördern vermögen, hängen weitgehend ab vom Informationsstand der aktiven Mitglieder, von deren Fähigkeiten, die gesetzlichen theoretischen Positionen zu verstehen, zu analysieren und auf ihre praktisch-politischen Implikationen und Konsequenzen zu überprüfen. Diesem Zweck kann das Buch von Léo Hamon wertvolle Dienste leisten. Obwohl er vor allem die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Frankreich analysiert, besonders das ständige Spannungsverhältnis zwischen revolutionären und reformistischen Strömungen in der französischen Linken, enthält sein Buch eine Fülle von Fakten, Argumenten und Überlegungen, die auch für eine sachliche und dialogische Auseinandersetzung über die Grundsatzpositionen des Demokratischen Sozialismus sowohl in der SPD als auch in anderen sozialistischen Parteien wertvolle Anregungen zu bieten vermögen.

Wenn Léo Hamon, vom Linksgaullismus zum Demokratischen Sozialismus gekommen, selbst zwar eindeutig und beeindruckend für einen gradualistischen, pluralistischen und reformistischen Sozialismus plädiert, so kann sein Buch doch auch dazu beitragen, den revolutionären Sozialismus besser zu verstehen und ihn nicht nur als Gegenposition, sondern auch als Dialogpartner zu akzeptieren. In seinem Plädoyer für die Reformstrategie weist er auch darauf hin, daß die notwendigen Reformen nur zusammen mit denen durchgesetzt werden können, die mehr wollen als nur Reformen.

Daß der französische Sozialismus nicht pauschal, wie im Nord-Süd-Schema unterstellt, dem revolutionären Sozialismus zuzurechnen ist, zeigt schon der französische Sozialist Louis Blanc, der als ein sehr früher Begründer des reformistischen Sozialismus angesehen werden kann. Und schließlich war ja auch der erste sozialistische Minister in einer bürgerlichen Koalitionsregierung Franzose. Denn als gegen Ende des 19. Jahrhunderts die französische Republik wieder einmal von ihren rechten Gegnern bedroht war, trat 1899 der Sozialist Millerand in ein Koalitionskabinett der bürgerlich-demokratischen Parteien ein.

Diese Beteiligung eines Sozialisten an der politischen Macht wurde in Frankreich nur von den reformistisch orientierten Possibilisten und der Gruppe um Jean Jaurès gebilligt, von den revolutionären Sozialisten (Guesdisten und Blanquisten) aber als Verrat an den sozialistischen Prinzipien verurteilt.

Léo Hamon zeigt, daß die Antwort auf die Frage, ob Sozialisten sich an einer bürgerlichen Koalitionsregierung beteiligen dürfen oder sollen, nicht nur von der Einschätzung der konkreten politischen Situation abhängig ist, sondern vor allem von der grundsätzlichen theoretischen und strategischen Alternative des revolutionären oder reformistischen Sozialismus. Eine Wurzel für die Stärke des revolutionären Sozialismus in Frankreich sieht Hamon in der an die Französische Revolution anknüpfenden Tradition, die vor allem das Geschichtsbewußtsein der linken Intelligenz beeinflußt. Daher ist die revolutionäre Konzeption für die Intellektuellen, die nach dem Absoluten streben, weit attraktiver als für die Masse der Wähler. So hatte zum Beispiel 1905 die revolutionäre Organisation der Sozialisten zwar mehr aktiv engagierte Mitglieder als die Reformisten, während letztere mehr Wähler hatten als die revolutionären Sozialisten.

Die geistige Tradition und das theoretische Weltbild des revolutionären Sozialismus legen es nahe, eine bloße Beteiligung an der politischen Macht grundsätzlich abzulehnen. Da der revolutionäre Sozialismus aus der radikalen Ablehnung der bestehenden Ordnung und dem Willen entstanden ist, sie durch eine ganz andere Ordnung zu ersetzen, erzeugt die bloße Regierungsbeteiligung innerhalb der alten Ordnung ein schlechtes Gewissen. Entstanden aus dem Geist der Revolte und der Verweigerung, begonnen als radikale Oppositionsbewegung, hat der revolutionäre Sozialismus bis heute seine Stärke in der Opposition, zumal bisher noch nirgendwo die Revolutionäre eine erfolgreiche Revolution durchgeführt haben.

Der revolutionäre Sozialismus folgt vor allem seiner prophetischen Berufung: Er verheißt den unmittelbar bevorstehenden Eintritt des Sozialismus, der sich aber so radikal von der bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden werde, daß er nicht schrittweise durch die gradualistische Veränderung der bestehenden Gesellschaft verwirklicht werden könne. Daher sei es überflüssig, sich in der bestehenden Ordnung um eine Beteiligung an der Macht zu bemühen, um einzelne Verbesserungen durchzusetzen. Die Übernahme direkter politischer Verantwortung wird vielmehr bis zu dem Zeitpunkt ver-

schohen, wo durch die Eroberung der ganzen politischen Macht und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die sozialistische Gesellschaft vollständig verwirklicht werden kann. Indem revolutionäre Sozialisten die Übernahme von politischer Verantwortung hinausschieben und sich nicht um die bescheidene Verwirklichung von Teilzielen bemühen, können sie aber sich selbst und ihren Anhängern die Leidenschaftlichkeit ihrer Hoffnung und die Totalität ihres Glaubens bewahren. Bestenfalls kann der revolutionäre Sozialismus in der Zeit vor der Revolution die Funktion eines Volkstribunen ausüben, nämlich durch politische Agitation bestimmte Bevölkerungsgruppen mobilisieren, um Druck auf die Herrschenden auszuüben und diese zu Zugeständnissen und zu Reformen zu veranlassen. Aber er verzichtet darauf, durch eine Beteiligung an der Macht einen direkten und konstruktiven Einfluß auf die praktische Politik und die Gestaltung der Gesellschaft auszuüben.

Der reformistische Sozialismus dagegen beginnt mit der Revision der Erwartung, daß der Eintritt des Sozialismus unmittelbar bevorstehe. Die Revolution, also die vollständige Verwirklichung des Sozialismus, ist für reformistische Sozialisten nicht mehr die Vorbedingung dafür, politische Verantwortung zu übernehmen. Sie wollen bereits in der bestehenden Gesellschaft durch Beteiligung an der politischen Macht direkt und konstruktiv in die bewußte Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft eingreifen.

Léo Hamon untersucht in seinem Buch die Alternative „revolutionärer oder reformistischer Sozialismus“ einerseits systematisch und grundsätzlich, andererseits stellt er das komplizierte Verhältnis zwischen diesen beiden Strömungen in der Geschichte des französischen Sozialismus dar, zwischen denen es keine eindeutigen organisatorischen Grenzen gibt. Vor der Abspaltung der revolutionär-marxistisch orientierten Kommunisten im Jahre 1920 waren die beiden idealtypischen Strömungen manchmal in einer Organisation zusammengeschlossen, manchmal aber auch in mehrere Organisationen aufgesplittert. Aber auch die Abspaltung der Kommunisten führte nicht zu einer klaren Trennung zwischen der revolutionären und der reformistischen Strömung. Denn auch innerhalb der Sozialistischen Partei blieb, zumindest in der Theorie, die revolutionäre Konzeption äußerst einflußreich, während andererseits die Kommunisten nach der Befreiung 1944, im Widerspruch zu den revolutionären Prinzipien, in eine Koalitionsregierung eintraten. Nach Auffassung Hamons hat selbst die neue Sozialistische Partei Frankreichs unter Mitterrand ihr „Godesberg“, das heißt die klare

Entscheidung für das reformistische Sozialismuskonzept, noch vor sich.

Hamon stellt in seiner Analyse vor allem auch die beiden wichtigsten Repräsentanten des reformistischen Sozialismus in Frankreich, nämlich Jean Jaurès und Léon Blum, ausführlich dar. Dabei verweist er auf frappierende Übereinstimmungen zwischen dem Denken Jaurès' und Blums einerseits und Eduard Bernsteins andererseits, dem er ein umfangreiches Kapitel widmet. Alle drei betonen besonders den unauflöslichen Zusammenhang zwischen Sozialismus, Demokratie und geistig-politischem Liberalismus und treten dafür ein, daß die Sozialisten bereits in der bestehenden Gesellschaft politische Verantwortung übernehmen, um die politische und gesellschaftliche Entwicklung konstruktiv zu beeinflussen. Doch andererseits gibt es auch wichtige Unterschiede zwischen dem Revisionisten Bernstein und den französischen Reformisten. Jaurès und Blum teilen fast vollständig die praktischen und politischen Konsequenzen des Revisionismus, verhalten sich aber dennoch gegenüber Bernsteins Bemühen um eine theoretische Revision des orthodoxen Marxismus zurückhaltend oder sogar ablehnend. Jaurès lehnte den Revisionismus Bernsteins mit dem Argument ab, daß der Marxismus selbst die Mittel für die von Bernstein geforderte Vervollständigung und Erneuerung der Theorie enthalte. Ähnlich wie einige Gegner Bernsteins in der deutschen Sozialdemokratie hielten Jaurès und Blum am Marxismus fest, um die zerbrechliche Einheit der sozialistischen Bewegung nicht noch mehr zu gefährden und um den Arbeitern nicht die Siegesgewißheit zu nehmen. Aus diesen Gründen blieben sie inkonsequente Reformisten, während Bernstein sich nicht davor fürchtete, seine Analyse konsequent zu Ende zu führen und offen zu sagen, „daß sein Gradualismus, sein Possibilismus reformistisch ist und daß ein konsequenter Reformismus revisionistisch sein muß“. Wegen dieser Konsequenz seines Denkens spricht Hamon Bernstein das Verdienst zu, einen umfassenden revisionistisch-reformistischen Theorieansatz entwickelt zu haben. Dagegen sieht er in der theoretischen Inkonsequenz der französischen Reformisten eine Ursache für das fortbestehende Theoriedefizit des französischen Reformismus.

Trotz der Inkonsequenz wurden die theoretischen

Positionen Léon Blums von der Mehrheit der französischen Sozialisten abgelehnt. Guy Mollet zum Beispiel, der in seiner politischen Praxis als Minister eine extrem rechte Kolonialpolitik unterstützte, in seiner Theorie aber am revolutionärsten marxistischen Konzept festhielt, hat Léon Blums differenziertere und undogmatischere theoretische Position als „humanistischen Revisionismus“ abqualifiziert.

Léo Hamon, der sich selbst eindeutig zum theoretischen Revisionismus und zum konsequenten Reformismus bekennt und daher von manchen als „gemäßigt“ eingestuft werden dürfte, kritisiert aber die revolutionären Sozialisten und die inkonsequenten Reformisten nicht etwa deshalb, weil aus ihrer revolutionären Theorie eine zu „radikale“ und zu „linke“ Politik folgte, die zu schnell zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft durchsetzte. Er hält im Gegenteil tiefgreifende Strukturreformen für längst überfällig und wirft daher den Sozialisten vor, daß sie bisher vor allem Umverteilungsreformen durchsetzten, aber noch nicht die notwendigen Strukturreformen in Angriff genommen haben. Eine Ursache für die zu geringe Reichweite der von den Sozialisten praktizierten Reformpolitik sieht er in folgendem Sachverhalt: „Es ist letzten Endes nicht eine zu weit gehende Revision der klassischen orthodoxen Auffassungen, sondern seltsamerweise das unzureichende Ausmaß dieser Revision, das die Reichweite der Strukturveränderungen begrenzt.“

Infolge der inkonsequenten Revision der orthodoxen Theorie haben die Sozialisten weiterhin streng zwischen der gegenwärtigen kapitalistischen und der künftigen sozialistischen Gesellschaft unterschieden. Ihre praktische Reformpolitik blieb daher nach ihrem Selbstverständnis Politik innerhalb des Kapitalismus und hatte nichts mit ihren sozialistischen Zielen zu tun, die in den Bereich der reinen Theorie entrückt blieben. Die von der orthodoxen Theorie postulierte starre Systemgrenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus hinderte die Sozialisten daran, eine reformistische Transformationsstrategie zu entwickeln und durchzusetzen, so daß man sich mit Umverteilungsreformen innerhalb des Kapitalismus begnügte und die notwendigen Strukturreformen bisher kaum in Angriff nahm, weil man auf dem Gebiet der Produktion Zwischenschritte in Richtung einer neuen Gesellschaft nicht für möglich hielt.

Roland A. Höhne: Die widersprüchliche Strategie der Kommunistischen Partei Frankreichs

Der Generalsekretär der KPF, Georges Marchais, erklärte am 15. November 1979 in einem Hörfunkinterview von France-Inter, seine Partei werde bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1981. einen eigenen Kandidaten aufstellen. Dessen Aufgabe sei es, sich an die Spitze der Linken zu stellen, um die Rechte zu schlagen. Marchais verband diese Ankündigung mit heftigen Angriffen gegen die Sozialistische Partei (PS). Diese führe eine linke Sprache, betreibe aber eine rechte Politik. Sie fordere einen „Bruch mit dem Kapitalismus“, unterstütze jedoch objektiv die Regierung, etwa in der Frage der europäischen Zusammenarbeit oder der Ausweitung der EG. Damit erteilte Marchais der Forderung Mitterrands nach Erneuerung der Linksunion oder wenigstens nach einem auch nur wahltaktischen Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten eine klare Absage.

Zwei Tage später, am 17. November 1979, unterstützten jedoch die Kommunisten die beiden Mißtrauensanträge der Sozialisten gegen die Regierung Barre, als diese am Ende der Haushaltsdebatte die Vertrauensfrage stellte. Beide Episoden sind kennzeichnend für die gegenwärtige Strategie der KPF: einerseits scharfe Angriffe gegen die Sozialistische Partei bei allen sich nur bietenden Gelegenheiten, andererseits gemeinsame Front mit dieser gegen die Regierung Barre, insbesondere gegen deren Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die scheinbar widersprüchliche Haltung der Kommunisten erklärt sich vor allem aus ihrem Bestreben, die 1973/74 verlorene Führung innerhalb der Linken zurückzugewinnen. Als sich die KPF 1972 mit der Sozialistischen Partei und dem linksliberalen Mouvement des Radicaux de Gauche (MRG) auf der Grundlage des „Gemeinsamen Regierungsprogramms“ zusammenschloß, um gemeinsam mit diesen die Macht auf legitimen Wege zu erobern, war sie eindeutig die führende Kraft der Linken. Ihr Anteil an der Wählerschaft war zwar nur geringfügig größer als die der Sozialisten und Linksliberalen, aber die Zahl ihrer Mitglieder war mindestens vier- bis fünfmal so groß wie die ihrer Verbündeten. Außerdem wurde sie von der stärksten Gewerkschaft, der CGT, sowie von zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen unterstützt.

Infolge der Erneuerung der Sozialistischen Partei ab 1971 verschob sich das Kräfteverhältnis innerhalb der linken Wählerschaft jedoch rasch zuungunsten der Kommunisten. Diese mußten daher bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen von 1974 mit François Mitterrand einen sozialistischen Einheitskandidaten der Linken akzeptieren. Damit war die Führung der Linken für alle sichtbar eindeutig auf die Sozialisten übergegangen. Im Falle eines Wahlsieges der Linken, den François Mitterrand 1974 nur ganz knapp verfehlte, hätten sich die Kommunisten nur als Juniorpartner der Sozialisten an der Regierung beteiligen können. Diese Aussicht schreckte sie, denn im Gegensatz zu den italienischen Kommunisten sind sie der Meinung, daß eine kommunistische Regierungsbeteiligung nur dann sinnvoll ist, wenn die Kommunisten die Hegemonie innerhalb des Regierungslagers ausüben. Sie beschlossen daher auf ihrem 21. Parteitag im Herbst 1974, die Führung innerhalb der Linken durch die Erweiterung ihrer sozialen Basis mit Hilfe einer „Union des französischen Volkes“ zurückzuerobern. Der „Union des französischen Volkes“ sollten alle „antistaatsmonopolistischen Kräfte“ angehören, also nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die technisch-wissenschaftliche Intelligenz, die freien Berufe, die mittleren und kleinen Selbständigen sowie die Bauern. Konzeptionell ähnelte damit die „Union des französischen Volkes“ von 1974 der „antimonopolistischen Einheitsfront“ von 1956.

Die in die neue Strategie gesetzten Erwartungen erfüllten sich jedoch nicht. Sowohl bei den Kantonalwahlen vom März 1976 als auch bei den Kommunalwahlen vom März 1977 errangen die Sozialisten und Linksliberalen deutlich mehr Stimmen als die Kommunisten und konnten damit ihre führende Stellung innerhalb der Linken ausbauen. Die KPF forderte deshalb in den Jahren 1975–77 die „Wiederherstellung des Gleichgewichtes“ innerhalb der Linken und verband diese Forderung mit einer Politik des begrenzten Konfliktes gegenüber der Sozialistischen Partei. Um auch für nichtkommunistische Wählergruppen der Linken wählbar zu werden, verzichtete sie auf ihrem 22. Parteitag 1976 auf den leninistischen Begriff der „Diktatur des Proletariats“, bekannte sich zum geistigen und politischen Pluralismus sowie zu einem „Sozialismus in den Farben Frankreichs“, d.h. zu einer französischen Form des Sozialismus, und kritisierte die Herrschaftspraxis der sozialistischen Staaten, besonders der Sowjetunion und der Tschechoslowakei.

Die Umfrageergebnisse des Jahres 1977 zeigten je-

doch, daß sich durch die Anpassung an die demokratischen und nationalen Vorstellungen der Mittelschichten kurzfristig keine neuen Wähler gewinnen ließen. Die KP-Führung entschloß sich daher im September 1977 zum Bruch mit den Sozialisten. Als Vorwand benutzte sie deren Weigerung, einer Ausdehnung der geplanten Nationalisierungen sowie einer drastischen Erhöhung des Mindestlohnes bei den Aktualisierungsverhandlungen des „Gemeinsamen Programmes“ zuzustimmen.

Seither verfolgt die KPF eine eindeutig antisozialistische Strategie. Sie wirft den Sozialisten vor, sie hätten sich nach rechts entwickelt und würden objektiv mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten. Durch diesen Vorwurf will sich die KPF als die einzig wahre Interessenvertretung der Arbeiterschaft profilieren und all diejenigen sozialistischen Wähler an sich ziehen, die nicht nur einen Regierungswechsel, sondern einen Systemwechsel wünschen. Auf diese Weise hofft sie, wieder zur führenden Kraft der Linken zu werden und die Sozialistische Partei zu einer zweit-rangigen Kraft zu degradieren, die ihr nicht mehr die Führung der Linken streitig machen kann. Erreicht sie ihr Ziel, dann wäre sie, ähnlich wie die Kommunistische Partei Italiens, die einzige Alternative zur jetzigen Regierungsmehrheit aus Christ-Demokraten, Neo-Liberalen und Gaullisten.

Die antisozialistische Strategie der KPF schließt ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei, wie es von François Mitterrand und seinen Parteigängern gefordert wird, aus. Die KPF lehnt deshalb auch eine Erneuerung der Linksunion ab und fordert statt dessen die „Union an der Basis“, d. h. die Aktionseinheit aller Arbeiter und Angestellten im Klassenkampf, unabhängig von ihrer politischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung.

Diese Forderung ist nicht neu. Sie wurde von den Kommunisten immer dann erhoben, wenn sie ein Bündnis mit den Sozialisten nicht wollten oder nicht für möglich hielten. Sie erhält aber in der gegenwärtigen innenpolitischen Konstellation Frankreichs einen neuen Stellenwert. Seit der Wahlniederlage vom März 1978, verstärkt aber seit dem Parteitag von Metz, ist die Sozialistische Partei in drei bzw. in fünf Strömungen zerfallen (Mitterrand, Mauroy, Rocard, Chevènement, Defferre). Die beiden Regierungsparteien, die neo-liberale UDF und das gaullistische RPR, sind heillos zerstritten, wie erst jüngst wieder die Haushaltsdebatte (Oktober/November 79) zeigte. Die Masse der Arbeitnehmer, die mittleren und kleinen Selbständigen, die Landwirte und Konsumenten sind mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik Barres

unzufrieden. Der Moment scheint also günstig, die 1974 proklamierte „Union des französischen Volkes“ durch die „Aktionseinheit an der Basis“ bei gleichzeitigen Angriffen gegen die übrigen Parteien, besonders aber die sozialistische, zu verwirklichen und so die Kommunistische Partei zur führenden politischen Kraft nicht nur der Linken, sondern des ganzen Landes zu machen.

Der antisozialistische Kurs der KPF stieß im Vorfeld des 23. Parteitages vom Mai 1979 auf die heftige Kritik kommunistischer Intellektueller wie Jean Elleinstein, Héléne Parmelin, Etienne Balibar, Gérard Molina, Yves Vargas u. a. Diese warfen der KP-Führung vor, ihre antisozialistische Haltung stehe im Widerspruch zu den Beschlüssen des 22. Parteitages von 1976 und verhindere die Einheit der Arbeiterklasse sowie der Linken. Im übrigen beschuldigten sie die KP-Führung des Sektierertums, des Opportunismus, des Stalinismus, der pro-sowjetischen Einstellung und der mangelnden Unterstützung der sowjetischen Dissidenten.

Die KP-Führung reagierte erstaunlich flexibel auf die innerparteiliche Kritik. Sie schloß die Kritiker nicht einfach aus der Partei aus, wie sie dies in der Vergangenheit stets getan hat (z. B. Charles Tillon oder Roger Garaudy), sondern räumte ihnen in den Grundeinheiten eine gewisse Meinungsfreiheit ein. Ja, sie veröffentlichte sogar einige ihrer negativen Stellungnahmen zum Resolutionsentwurf des Politbüros für den 23. Parteitag in der Parteipresse, besonders im Zentralorgan „L'Humanité“. Durch die Mobilisierung der Parteibasis gelang es ihr jedoch, die Kritiker zu isolieren. Von den circa 28 000 Grundorganisationen der KPF sprachen sich in der mehrmonatigen Programmdiskussion lediglich 82 gegen den Resolutionsentwurf aus, und von den insgesamt 20 445 Delegierten der 98 Regionalparteitage (Conférences fédérales) stimmten nur 63 dagegen, 151 Delegierte enthielten sich der Stimme. Es kam daher nicht zu einer oppositionellen Fraktionsbildung, die den geplanten Ablauf des 23. Parteitages hätte stören können.

Der 23. Parteitag zeichnete sich im Gegensatz zum 22. Parteitag vor allem durch seine Widersprüchlichkeit aus. In seinem Rechenschaftsbericht verkündete Generalsekretär Georges Marchais, die innerfranzösische Krise habe sowohl nationale als auch internationale Ursachen, die Kommunistische Partei sei eine revolutionäre Partei, aber sie strebe die Macht allein mit legalen Mitteln an, sie bekenne sich zum Eurokommunismus, aber dieser dürfe kein neues Dogma werden, sie strebe die Vollendung der Demokratie

im ganzen sozialen Leben an, verzichte jedoch nicht auf den Klassenkampf, denn „der Kampf für die Demokratie bildet das wichtigste Gebiet des Klassenkampfes“, sie befürworte die „Union der progressiven Kräfte“, lehne jedoch ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei ab, sie kritisiere den Machtmißbrauch in den sozialistischen Ländern, bejahe jedoch ihre sozio-ökonomische Basis und ihre internationale Politik, sie sei für ein demokratisches, soziales und fortschrittliches Europa, lehne aber die Europäische Gemeinschaft, deren Vertiefung und Erweiterung ab, sie sei für die innerparteiliche Demokratie, halte jedoch am „Demokratischen Zentralismus“ fest usw.

Führende Kommunisten begegneten dem Vorwurf der Widersprüchlichkeit mit dem Argument, die differenzierten Aussagen des Generalsekretärs sowie die des Resolutionsentwurfes resultierten aus der Komplexität der gesellschaftlich-politischen Realität. Differenzierung und Dialektik seien Instrumente zur Erfassung komplexer Zusammenhänge. So schrieb Claude Cabanes in der „Humanité“ am 14. Mai 1979: „Im Lande Descartes sind die Bilder stets scharf, weiß verbindet sich niemals mit schwarz. Aber das Leben vermengt die schönen Bilder und vermischt die Farben“, d. h. die gesellschaftliche Realität sei nicht so eindeutig, wie sie die Logik gern haben möchte. „Le Monde“ meinte dagegen, die Widersprüche der KPF ergäben sich alle zwangsläufig aus ihren Zielkonflikten, die ihrerseits aus den Widersprüchen zwischen den Zielen und den politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen Frankreichs resultierten.

Die KPF versteht sich nach wie vor als revolutionäre Avantgarde des französischen Proletariats. Daraus leitet sie ihren Führungsanspruch innerhalb der französischen Arbeiterbewegung ab, der ihr von der PS streitig gemacht wird. Sie muß sich daher scharf von dieser abgrenzen, was ein Bündnis mit ihr ausschließt. Da ihr Anteil an den Wählerstimmen seit Jahren jedoch um 20 Prozent stagniert, muß sie ihre soziale Basis erweitern, wenn sie ihren Hegemonialanspruch durchsetzen will. Deshalb bemüht sie sich um die Mittelschichten, die mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Barre unzufrieden sind. Dies zwingt sie, sich deren demokratischen und nationalen Vorstellungen anzupassen. Um jedoch nicht ihre Identität als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu verlieren, betont sie ihren revolutionären und proletarischen Charakter. Die Wider-

sprüchlichkeit ihrer Positionen resultiert somit aus der Widersprüchlichkeit ihrer Zielsetzung.

Angesichts der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse Frankreichs stellt sich jedoch die Frage, wie lange die KPF ihre widersprüchliche Strategie durchhalten kann. Wenn sie ihre Identität als revolutionäre Avantgarde der Proletariats bewahren will, dann wird sie sich nicht zur sozialistischen Volkspartei entwickeln können, die allen „antistaatsmonopolistischen Kräften“, d. h. sowohl den Arbeitnehmern als auch den mittleren und kleinen Selbständigen offen steht wie z. B. die Sozialistische Partei. Wenn sie sich jedoch zur Volkspartei entwickeln will, dann wird sie an den Kernbereichen des Marxismus/Leninismus, der marxistischen Gesellschaftstheorie und der leninistischen Gesellschaftsstrategie, nicht festhalten können, denn diese werden nicht nur von den Mittelschichten, sondern auch von einem erheblichen Teil der Arbeitnehmer abgelehnt.

Die Kommunistische Partei Frankreichs wird sich daher früher oder später entscheiden müssen, welchen Weg sie gehen will: den der kommunistischen Kaderpartei oder den der sozialistischen Volkspartei. Entscheidet sie sich für ein Festhalten am Prinzip der kommunistischen Kaderpartei, dann sind ihre Machtchancen trotz der gegenwärtigen Krise der Sozialistischen Partei und der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Barre gering. Entscheidet sie sich dagegen für die Entwicklung zur sozialistischen Volkspartei, dann könnte sie langfristig gesehen mehrheitsfähig werden. Die feindselige Haltung gegenüber der Sozialistischen Partei deutet darauf hin, daß die KPF trotz der Revision einiger ihrer zentralen theoretischen und politischen Positionen auf dem 22. Parteitag von 1976 am Prinzip der kommunistischen Kaderpartei festhalten will. Ein Scheitern der derzeitigen Strategie, etwa bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1981, könnte jedoch zu einer Revision des traditionellen Selbstverständnisses führen und damit eventuell den Weg zur sozialistischen Volkspartei öffnen. Die historische Erfahrung stimmt jedoch skeptisch. In ihrer nun fast sechzigjährigen Geschichte hat sich die KPF nach Niederlagen stets zum Rückzug auf ihr traditionelles Selbstverständnis entschlossen, auch wenn sie diesen Rückzug mit erheblichen Machteinbußen bezahlen mußte. Warum sollte sich dies in absehbarer Zeit ändern?



AUSSENPOLITIK

Yitzhak Patish: Der Erziehungsgedanke des Givat Haviva-Instituts

Die Niederlage der Arbeiterliste bei den Knessetwahlen 1977 ist bereits gründlich analysiert worden. Die Diagnose ist eindeutig: die Niederlage des Arbeiterblocks war größer als der Vorsprung, den der rechte Likud erreicht hat.

Es ist ein langer Weg von der absoluten Mehrheit bei den ersten Knessetwahlen im Jahr 1949 bis zur Wahl 1977: Vom Elan der Staatsgründung, des Befreiungskrieges, der Masseneinwanderung, der sozialistischen Ideale, den jungen Staat im Sinne des demokratischen Sozialismus, im Zeichen der Hegemonie der Arbeit und des Arbeiters aufzubauen, bis zu den Jahren moralischer Krisen, der Entfremdung breiter Volksschichten von der Arbeiterbewegung. Viele Karrieristen und Bürokraten waren in Schlüsselpositionen vorgerückt, und es hatten sich spektakuläre Korruptionsfälle ereignet. Der populistisch-chauvinistischen Demagogie des Likud gelang es, diese Entwicklung geschickt für ihren Wahlkampf auszunutzen, unterstützt durch den Einfluß militanter Orthodoxer nationalistischer Prägung, die bei traditionell-religiösen Schichten immer noch höchst wirkungsvoll sind.

Auf der anderen Seite hatten Technokraten und Manager der Privatindustrie, aber auch einige Spitzenfunktionäre der Histadruth-Werke sowie eine Gruppe hoher Reserveoffiziere zusammen die sogenannte „Demokratische Liste“ gegründet, die sich für „Fairness, Ordnung und Entbürokratisierung“ aussprach. Diesem Block ist es gelungen, die zentralen Probleme Israels – die Sicherheits-, Außen- und Friedenspolitik, die Bedeutung des arabisch-israelischen Konflikts – in den Hintergrund zu drängen und hunderttausende von Wählern mit Plänen zur Reform des öffentlichen Lebens zu betören. Es war einfach absurd: In der spannungsgeladenen Wirklich-

keit Israels, angesichts von Kriegsgefahr und zunehmender Verschärfung der Auseinandersetzungen über den arabisch-israelischen Konflikt und das Palästinenserproblem erreicht eine neue politische Formation 15 Mandate, schlägt die Arbeiterliste in dem einst „roten“ Haifa, und dies alles durch geschickte Verschleierung der entscheidenden Lebensfrage des Landes: Krieg oder Frieden.

Die Wahlniederlage hat die israelischen Sozialisten tief erschüttert, aber auch zu prompter Aktion aufgeführt. Der sich im Siegesrausch befindende Likud rüstete sich bereits, das Bollwerk des israelischen Sozialismus, die Histadruth, zu erobern. Doch die wenigen Wochen, die von der Parlamentswahl bis zu den Gewerkschaftswahlen blieben, genügten zur Mobilisierung aller Kräfte und brachten einen sozialistischen Wahlsieg in der Histadruth.

In den vordersten Reihen der Aktivisten standen tausende Kibbuz-Mitglieder, für die die Histadruth viel mehr bedeutet als eine allumfassende Gewerkschaft. In den Grundsätzen der Kibbuz-Föderation heißt es: „Der Kibbuz ist ein integraler Teil der Arbeiterbewegung und sieht als sein Ziel die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Israel, die auf wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit beruht.“ Die Kibbuzniks arbeiteten in breiter Front zusammen mit jüdischen und arabischen Arbeitern, Angestellten, Histadruth-Funktionären, jungen Intellektuellen und Studenten. Die Mehrheit in der Histadruth wurde gesichert, und die Leistungen der größten gesellschaftlichen Kraft im Leben des Landes liegen weiter in den Händen von Sozialisten.

Doch das Entscheidende für die Zukunft des sozialistischen Blocks muß eine klare Friedenspolitik sein, die die Sicherheit und die weitere Entwicklung des Landes bestimmt. Dreißig Jahre der Gefahren und der Kriege, des Ringens um Frieden und Sicherheit, stellen dies unabdingbar in den Vordergrund. Die Jugend in diesem Sinne zu erziehen und insgesamt Aufklärungsarbeit in allen Bevölkerungsschichten zu leisten, das sind die Aufgaben, die nicht nur im Parlament, sondern auch in der alltäglichen politischen Arbeit zu verwirklichen sind.

Durch die jüdisch-arabischen Beziehungen ist die Problematik politischer Erziehung und Aufklärungsarbeit in Israel vorgegeben. Die Lage der arabischen Minderheit im Lande, die Probleme der besetzten Gebiete und der Palästinenser innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen, die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation im Nahen Osten bilden den wichtigsten „Stoff“ in jedem Lehrplan. Für eine aktive Koexistenz und eine Atmosphäre friedlicher Zu-

sammenarbeit zwischen Juden und Arabern ist gegenseitiges Kennen und Verstehen Voraussetzung, muß man Geschichte, Gesellschaftsstrukturen und -probleme, Kultur und Tradition des Nachbarn erfassen, womöglich auch die Sprache. Blinder Nationalismus und eine chauvinistische Haltung errichten unüberbrückbare Barrieren.

Der Kibbuz Artzi und die Mapam haben sich seit ihrem Bestehen die Lösung des jüdisch-arabischen Konflikts, den Aufbau einer Kooperation der Völker und der Staaten im Nahen Osten zum Ziel gesetzt. Bis heute erscheint das Tageblatt der Mapam „Al Hamischmar“ mit der Parole auf der ersten Seite: „Für Zionismus, Sozialismus und Völkerverbrüderung.“ Bahnbrechende Arbeit leistete das Zentralseminar des Kibbuz Artzi und der Mapam, *Givat Haviva*. Dieses Institut wurde ein Jahr nach der Staatsgründung geschaffen. Der Schwerpunkt der Arbeitsgebiete liegt in der Analyse der Kibbuzbewegung und der israelischen Gesellschaft und in der politischen Schulung der Kibbuzniks. „Haviva“ – der Name erinnert an die junge Haviva Reik aus dem Kibbuz Maanit, die während der Nazi-Okkupation der Slowakei mit dem Fallschirm zu den jüdischen Partisanen abgesprungen war und im November 1944 hingerichtet wurde.

Kurz nach der Gründung wurden in Givat Haviva Versuche unternommen, auch arabische Kader in die Schulungsarbeit einzubeziehen. Für die arabische Jugend, für die Arbeiter und Fellachen wurden besondere Lehrpläne entwickelt und es wurden in der Mapam Gruppen der „Arabischen Pionierjugend“ gebildet. Als vor ungefähr 20 Jahren das erste Seminar für Beduinen nach Givat Haviva kam, machte dies Schlagzeilen. Nicht weniger sensationell wirkte der Versuch, erstmals auch arabische Mädchen an einem Seminar teilnehmen zu lassen. Heute, wo hunderte von arabischen Lehrern und Lehrerinnen zweimal im Jahr in Givat Haviva zusammenkommen, um über Erziehungsprobleme und moderne Pädagogik zu diskutieren, gehören diese Episoden aus den Anfängen der Vergangenheit an.

Seit 1963 existiert im Seminar ein besonderes Zentrum für Arabische Studien, welches von jungen Orientalisten der Kibbuzim gegründet worden ist. Das Institut hat mit Hilfe vieler Freunde ein Archiv wichtiger Materialien und Daten über die Araber in Palästina und später in Israel angelegt. Gearbeitet wird dort an verschiedenen Themen, die die arabische Gesellschaft, die besondere Problematik der Beziehungen zwischen Juden und Arabern, die wirtschaftliche, soziologische und kulturelle Fragen be-

rühren. Damit verbunden sind Publikationen in hebräisch und arabisch.

Doch eine der wichtigsten Leistungen dieses Instituts ist der Unterricht in der arabischen Sprache, der Geschichte des Islam und der modernen arabischen Gesellschaft in Lehrgängen für junge Kibbuzmitglieder. Eine solche Klasse lernt mehrere Monate sehr intensiv und kommt in Kontakt mit der arabischen Umgebung des Seminars: Es werden Besuche, Diskussionsrunden und sonstige gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Sinngemäß bedeutet der Name für diese Art von Lehrgängen: „Pfeil in die Zukunft“.

Eine andere wichtige Aufgabe von Givat Haviva ist die ideologische Schulung des Kibbuz-Nachwuchses. Die Kibbuzbewegung hat ihre Lebensfähigkeit in der stürmischen Pionierzeit des Aufbaus und der Verteidigung der Siedlungen und der Landwirtschaft bewiesen. Es gehört zu den Widersprüchen dieses Landes, daß die „sozialistischen Experimente“, die „Kommunen der Barfußigen“ heute verpönt und karikiert werden durch den Bourgeois-Zionismus arriierter, satter Kapitalisten.

Es ist bekannt, daß Israel durch die landwirtschaftlichen Spitzenleistungen der Kibbuzim in die erste Reihe moderner Agrarnationen vorgerückt ist. Weniger bekannt ist, was die Kibbuzim in ihren kleinen und hochmodernen Industriebetrieben erreicht haben. Eine freie demokratische Gemeinschaft mit sozialistischer Produktionsweise hat ein Muster an Produktivität und industrieller Demokratie geschaffen!

Dennoch leben die Kibbuzniks in einer kapitalistischen Umgebung. Zudem kann sich der Kibbuz nur mit hohen gesellschaftlichen und kulturellen Leistungen und entsprechender Lebensqualität im ständigen Kampf gegen den Urbanismus durchsetzen. In diesem Kampf geht es darum, die Kibbuz-Jugend zu gewinnen. Sie hat die Wahl zwischen verschiedenen Lebensformen, und der Drang in ferne Länder hat auch sie erreicht. Diese junge Generation, deren Eltern bereits in den Kibbuzim geboren sind, wächst in einem Israel auf, das von Pionieridealen und sozialistischer Ideologie ziemlich weit abgerückt ist. Ein Teil verläßt den Kibbuz und geht eigene Wege, doch viele kehren nach Hause zurück in den Kibbuz. Zu ihnen gesellen sich junge Leute, die durch Heirat in die Kibbuzim eintreten. Viele verlassen auch die Stadt, weil sie das Kibbuzleben bevorzugen: Es gibt ganze Jugendgruppen, Jugendliche aus Europa und Amerika, die in die Kibbuzim kommen. Die Bewegung wächst immer weiter – wenn sie auch, verglichen mit den Jahren der großen Einwanderungen, einen kleineren Anteil an der Bevölkerung hat.

Die große Aufgabe ist es, die Jugend und die neu eingetretenen Mitglieder auch weltanschaulich zu bilden: Die Grundsätze der Kibbuzgesellschaft, die Theorien des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, die Auffassung des sozialistischen Zionismus in der arabisch-israelischen Problematik sind zwar für jeden wichtigster Inhalt der Erziehung schon der

Kinder, aber jedes Seminar der Arbeiterbewegung muß immer aufs Neue versuchen, diese Grundsätze der Jugend näherzubringen.

Givat Haviva bemüht sich in diesem Sinne und arbeitet damit für den Frieden, für den Sozialismus, für unsere eigene Zukunft.

Teddy Preuss: Die Problematik der besetzten Gebiete

Aus wirtschaftlicher Sicht kann man das, was sich seit dem 8. Juni 1967 in der Westbank und in Gaza abspielt, nur als Wirtschaftswunder bezeichnen. Das Westufer des Jordan, durch das jordanische Heer im Jahr 1948 erobert, ist größtenteils Bergland. Auf diesem ca. 6000 qkm großen Gebiet lebten damals 600 000 Menschen; das Pro-Kopf-Einkommen betrug 210 US-Dollar – eines der niedrigsten in der ohnehin armen arabischen Welt. Überall herrschte Verwahrlosung und Arbeitslosigkeit, 1967 waren 13 % der Arbeitskräfte ohne Arbeit. Der Bevölkerungszuwachs lag nur bei 0,9 % und war damit der niedrigste in den arabischen Ländern, die sich sonst durch ihre hohen Geburtenzahlen auszeichnen. Dies lag keineswegs daran, daß auf dem Westufer keine Kinder mehr geboren worden wären, sondern daran, daß jeder ehrgeizige junge Mann, der in der Westbank keine Arbeit finden konnte, ans Ostufer oder in die Ölscheichtümer abwanderte. Dort wurden gut ausgebildete Arbeitskräfte, überwiegend Büropersonal, dringend gesucht. Die Einwohner der besetzten Gebiete gehören dank des Erziehungsnetzes, das die UNO-Hilfs- und Arbeitsagentur UNRWA für Flüchtlinge eingerichtet hat, zu den bestausgebildetsten der arabischen Welt. Es ist deshalb kein Wunder, daß diese Arbeitskräfte mühelos in anderen Ländern und in Übersee Arbeit fanden.

In Gaza sahen die Dinge damals noch trauriger aus. Die Arbeitslosigkeit unter seinen 400 000 Einwohnern war noch höher, das Pro-Kopf-Einkommen noch niedriger und darüber hinaus verfügten sie über keinerlei Bewegungsfreiheit. Im Gegensatz zu der Westbank, wo jedem Einwohner, „sofern er kein Jude ist“, wie es im jordanischen Gesetz heißt, das Recht zusteht, die jordanische Staatsbürgerschaft zu erwerben, gewährte die ägyptische Besatzungsmacht

den Einwohnern von Gaza keine entsprechenden Rechte. Der Gaza-Streifen unterstand der Militärherrschaft, und sein Verlassen nach Ägypten oder in irgendein anderes Land war verboten. Die Haupteinkommensquellen für die Bevölkerung waren der Schmuggel oder der Dienst im ägyptischen Heer – Möglichkeiten, die von dem Zeitpunkt an nicht mehr gegeben waren, als sich Ägypten 1967 aus dem Gaza-Streifen zurückgezogen hatte.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Lage der Flüchtlinge in Gaza noch verhältnismäßig günstiger war als die der angestammten Einwohner: Sie erhielten von der UNRWA Nahrungsmittelrationen, freie ärztliche und pädagogische Betreuung, den Einwohnern dagegen kam nichts dergleichen zugute. Die ungelerten Arbeiter in Gaza litten am stärksten. Flüchtlinge überschwemmten den Arbeitsmarkt, die Arbeitgeber – Zitrusplantagen- und Werkstattbesitzer sowie Inhaber von Fischereirechten – senkten daraufhin den Arbeitslohn. Die Arbeitgeber und die Hausbesitzer, die horrende Mieten verlangten, verdienten am meisten durch die ägyptische Besatzung.

Heute, nach zwölfjähriger israelischer Besatzung, sieht die Lage völlig anders aus: Das Pro-Kopf-Brutto sozialprodukt in der Westbank beträgt heute fast 900 Dollar – das höchste in der arabischen Welt, von den Ölländern abgesehen. Es herrscht nahezu keine Arbeitslosigkeit mehr, die Quote liegt sowohl in der Westbank als auch in Gaza bei nur 1 %. Die Einkommen sind in einem mehrjährigen Durchschnitt um 13 % und der private Verbrauch um ca. 7 % gestiegen, wobei die Tendenz immer noch ansteigend ist. Zur Illustration sei daran erinnert, daß 1967 nur 2 % der Familien einen Fernseher und nur 5 % einen elektrischen Kühlschrank besaßen, 1978 jedoch bereits ein Drittel der Einwohner über diese Gegenstände verfügte. Auch bei den anderen langlebigen Verbrauchsgütern sowie bei der Versorgung mit Strom und fließendem Wasser in den Häusern ist die Entwicklung ähnlich.

Als die israelischen Soldaten auf dem Westufer

und in Gaza einzogen, fanden sie eine desolante Wirtschaft vor, die noch zum größten Teil auf rückständiger Landwirtschaft beruhte. Die Abhängigkeit der Arbeiter von ihren Arbeitgebern ging weit über den normalen Rahmen hinaus. Es gab weder Gewerkschaften noch Unternehmerverbände – sowohl die jordanischen als auch die ägyptischen Behörden duldeten derlei „Dummheiten“ nicht.

Allerdings standen die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern 1967 nicht im Mittelpunkt des Interesses. „Wir haben als Geschenk einen Tiger erhalten“, sagte ein israelischer Politiker, „einen Tiger, den man ernähren muß und für dessen Unterhalt man sorgen muß.“ In der Westbank war dies allerdings keine Frage der nackten Existenz. Die Hälfte des Einkommens kam aus der Landwirtschaft, und damit konnten die Menschen ihren Lebensunterhalt größtenteils decken. Aber es stellte sich das Problem, wo die landwirtschaftlichen Überschüsse verkauft werden konnten, nachdem die Westbank und Gaza von der arabischen Umwelt abgeschnitten waren. Eine Lösung stellte sich ganz überraschend ein. Aufgrund einer Initiative des damaligen Verteidigungsministers Mosche Dayan versuchten arabische Speditionsunternehmen mit ihren Lastwagen aus den besetzten Gebieten über den Jordan zu setzen – genau wie in den Tagen der jordanischen Besatzung. Anfang August 1967 wurde der erste Versuch unternommen, und mehrere Dutzend Wagen setzten sich in Bewegung. Nach einigen Stunden der Spannung stellte sich zur Erleichterung aller heraus, daß Husseins Polizei die Durchfahrt der Lastwagen duldet. Damit war der erste wichtige Schritt zur Sicherung des Unterhalts der Bevölkerung getan.

Zweifelsohne hatten politische Erwägungen Hussein zu diesem Schritt veranlaßt. Durch die Offenhaltung der Grenzen demonstrierte er, daß er die israelische Verwaltung ignoriert (Hussein bezahlte und bezahlte bis zum heutigen Tag die Gehälter aller Staatsbeamten, die somit ein doppeltes Gehalt beziehen – einmal von ihm und zum anderen von den israelischen Behörden). Praktisch hielt er damit die Verbindung zu dem Gebiet aufrecht, das aus jordanischen in israelische Hände übergegangen war. Eine ähnliche Regelung wurde für Gaza getroffen, um dessen Erzeugnisse in Jordanien und seinem Hinterland zu verkaufen. Auf diese Weise sind die „offenen Brücken“ entstanden, über die auch in umgekehrter Richtung Waren in die besetzten Gebiete sowie nach Israel kommen.

Nachdem das Absatzproblem gelöst war, wurde mit der Entwicklung der Landwirtschaft begonnen.

Israelische Landwirtschaftsberater führten die Verwendung von Düngemitteln ein, die bis dahin unbekannt war, bauten neue Arten und Züchtungen von Früchten an und bedienten sich fortschrittlicher Anbau- und Bewässerungsmethoden. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. In den ersten Jahren wuchs die landwirtschaftliche Produktion um zweistellige Ziffern. Natürlich verlangsamte sich das Wachstum später, doch selbst 1970 betrug die Wachstumsrate noch immer 5–6% jährlich (wegen der unterschiedlichen jährlichen Klimabedingungen sind die Schwankungen sehr stark). Darüber hinaus öffnete Israel den Landwirten in Gaza und in der Westbank seine Absatzmärkte in Europa, wo wesentlich höhere Preise als in den arabischen Ländern erzielt werden können. Erzeugnisse der Klasse A gehen heute in den Westen, die der Güteklasse B in den Osten.

Aber die Landwirtschaft, so wichtig sie auch sein mag (1967 machte sie 45% des Sozialproduktes aus, heute dagegen nur noch 24%), förderte nicht allein den Anstieg von Einkommen und Lebensstandard. Den wichtigsten Faktor bildet die Arbeitsmöglichkeit in Israel als solche. Während in den besetzten Gebieten noch hohe Arbeitslosigkeit herrschte, fehlten in Israel Arbeitskräfte. Daß unter diesen Umständen Arbeitskräfte eingeführt wurden, lag nahe. Befürchtungen, den Arbeitsmarkt zu öffnen, bezogen sich hauptsächlich auf Fragen der Sicherheit. Es gab Gruppen in der arabischen Bevölkerung, die der PLO oder anderen Organisationen angehörten. Ihre Arbeit in Israel könnte es ihnen erleichtern, so befürchtete man, Bombenattentate und andere Sabotageakte vorzunehmen. Dazu kam natürlich die Sorge, daß das Überangebot an billigen Arbeitskräften die Löhne der israelischen Arbeiter drücken würde.

Ausgerechnet Verteidigungsminister Mosche Dayan setzte die Öffnung des Arbeitsmarktes für die Einwohner von Gaza und der Westbank durch. Er hatte die Hoffnung, daß eine wirtschaftlich zufriedene Bevölkerung weniger gefährlich sei als eine abgeschlossene, hungrige und arbeitslose. Im Hinblick auf die berufliche Frage fand man eine Lösung, ähnlich derjenigen für die Gastarbeiter in Europa: Die Gewerkschaften forderten und erreichten die gleiche Entlohnung der Ansässigen und der Gastarbeiter. Für letztere bedeutete dies zwei- bis dreimal höhere Reallöhne, als sie in ihrem Wohnort verdient hätten; allerdings stiegen auch die Preise in den besetzten Gebieten durch die Verbindung mit der israelischen Wirtschaft. Daraufhin mußten notgedrungen auch die Arbeitgeber in Gaza und in der

Westbank die Löhne anheben, wollten sie ihre Arbeiter behalten. Auf diese Weise trug die wirtschaftliche Fusion zu einer besseren Verteilung der Einkommen bei.

Anfangs belief sich die Zahl der in Israel Beschäftigten auf mehrere Tausend. 1973 waren es schon 70 000 (40 000 aus der Westbank, 30 000 aus Gaza). Nach dem Jom-Kippur-Krieg und dem Wirtschaftstillstand ging ihre Zahl um ungefähr 10 000 zurück; seit 1978 steigt sie wieder an und nähert sich bereits der 80 000-Grenze. Der Beitrag dieser Gruppe zum Volkseinkommen in den besetzten Gebieten beläuft sich auf ca. 30%. Interessant ist die Erscheinung, daß der Einkommensanstieg nicht von Gesellschaftsänderungen begleitet war, wie sie für die meisten der sich rasch entwickelnden Wirtschaften typisch sind. Es erfolgte keine Abwanderung in die Städte, ebenso wenig bildete sich ein städtisches Proletariat. Die Einwohner, die jetzt über mehr Geld verfügten, investierten ihr Geld in neue Häuser. Tausende von großzügigeren und komfortableren Häusern entstanden. Der Bauboom hat sich seit 1974 noch verstärkt – in den vier Jahren von 1974 bis 1977 wurden ca. 750 Millionen DM investiert. Gleichzeitig absorbierte der Bauaufschwung auch die in die Wirtschaftslaute in Israel entlassenen Arbeitskräfte. Eine zusätzliche Abhilfe boten die Ölscheichtümer und seit 1976 auch das Königreich Jordanien. Die Ölscheichtümer brauchten aufgrund der regen Entwicklung und Geschäftigkeit, die nach der Ölkrise einsetzte, dringend Arbeitskräfte. Jordanien benötigte überwiegend Büropersonal, da der Bürgerkrieg im Libanon zahlreiche Firmen aus Beirut vertrieben hatte und diese Firmen sich jetzt in Amman niedergelassen hatten.

Wirtschaftsexperten räumen ein, daß diese Entwicklung an sich eindrucksvoll, andererseits jedoch typisch für jede Wirtschaft ist, die einer entwickelten angeschlossen wird. Der wirtschaftliche Zusammenschluß ließ die Infrastruktur sowohl in der Westbank als auch in Gaza unverändert, selbst wenn er Wohlstand mit sich brachte. Es hat sich praktisch keine Industrie entwickelt – und wenn Unternehmen gegründet wurden, dann waren es Filialen israelischer Firmen. Dadurch vergrößerte sich natürlich nur die Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft. Die Arbeit in Israel ist das entscheidende Element für die bessere wirtschaftliche Lage, und Israel hat damit einen Hebel in der Hand, um beliebig Druck auszuüben.

Diese kritische Darstellung ist im großen und ganzen wohl richtig, aber die wirtschaftliche Wende muß

auch aus gesellschaftlicher und politischer Sicht unterstellt werden. Wie bereits erwähnt, brachte die Möglichkeit, in Israel zu arbeiten, eine Verringerung der Abhängigkeit des arabischen Arbeiters von seinem Arbeitgeber sowie eine gleichmäßigere Einkommensverteilung mit sich. Die Befreiung aus dem halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnis ermöglichte politische Veränderungen, die sich bei den Kommunalwahlen 1976 niederschlugen: Die meisten alten Scheichs verloren ihre Sitze an eine Reihe junger Funktionäre extremer politisch-nationalistischer Orientierung, die meist der PLO nahe stehen, während ihre Vorgänger eher Hussein unterstützt hatten.

Eine weitere strukturelle Änderung durch die neuen Arbeitsmöglichkeiten stellt das Versiegen der Auswanderung dar. Die Bevölkerung wuchs Anfang der 70er Jahre um 3,1%; in Israel selbst beträgt die Geburtenrate lediglich 1,9%. Sollten die Befürworter der Annexion siegen, die von einem „Groß-Israel“ träumen, müssen sie 1,1 Millionen Nicht-Israelis einkalkulieren, die sich um 60% schneller vermehren als die eigene Bevölkerung.

Die Herrschaft über eine feindliche Bevölkerung birgt jedoch nicht nur Gefahren für die Zukunft in sich. Schon heute, nur zwölf Jahre nach der Besetzung, hat sie Wunden in das gesellschaftliche Gewebe Israels geschlagen. Abgesehen von der wilden Besiedelung von Elon-More in diesem Jahr, die die Spannungen nur noch verschärfte, kann man Ministerpräsident Begin durchaus zustimmen, wenn er sagt, daß Israel unter den vier Besatzern (Türken, Engländer, Jordanier/Ägypter und Israel) am liberalsten sei. Ob nun aber liberal oder nicht, die Bevölkerung betrachtet jede Besatzungsmacht als fremdes Element – Zusammenstöße sind unvermeidlich, und wenn das Militär Feuer auf Demonstranten eröffnet, werden Menschen verletzt, Männer, Frauen und Kinder. Die Tatsache, daß Jordanien mit stärkerer Hand durchgegriffen hat, schwächt nicht die Grausamkeit, daß Kinder umkommen. Nach Terroranschlägen muß das Militär Hausdurchsuchungen durchführen, Verhaftungen vornehmen sowie Sicherheitsvorkehrungen treffen, bei deren Durchführung nicht mit Samthandschuhen vorgegangen werden kann. Wenn eine polizeiliche Überwachung und Bestrafung erfolgt, weil z. B. Anschläge ausgeübt wurden, dann ändert das nichts an den moralischen Auswirkungen auf die Soldaten, die diese Verhaftungen vornehmen und Häuser von Terroristen in die Luft sprengen. Es müssen notgedrungen Narben bei den Soldaten zurückbleiben.

Aber die negativen Auswirkungen beschränken

sich nicht auf die Armee. Wenn auch die israelische Gewerkschaft für die Interessen der arabischen Arbeiter eintritt – das muß sie tun, will sie den Lohn der Israelis vor der nicht gewerkschaftlich organisierten arabischen Konkurrenz schützen –, gibt es doch Fälle von Ausbeutung und Unterbezahlung. Die Öffentlichkeit entsetzte sich, als das israelische Fernsehen im Sommer 1978 in einer Reportage zeigte, wie Schulkinder aus Gaza während der großen Ferien in Israel arbeiten, obwohl nach israelischem Gesetz Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen. Zudem erhielten diese Kinder nur die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns, zum Teil sogar noch weniger.

Es muß wohl kaum noch erwähnt werden, daß die fremden Arbeiter – wie überall sonst auch – die „schmutzigen“ Arbeiten verrichten. Darin unterscheiden sie sich in keiner Weise von türkischen oder griechischen Gastarbeitern anderswo. In Israel hat dies jedoch eine andere, eine schwerwiegendere Bedeutung: Die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber entwickeln sich zwischen zwei Völkern im Kriegszustand. Damit wird der nationale Konflikt noch um eine soziale Komponente erweitert, was nicht zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Arabern und Juden beiträgt. Der Türke oder Spanier in Europa kann sich in Notfällen stets an das Konsulat in seinem Gastland wenden – an wen wendet sich jedoch der arabische Arbeiter? Er ist abhängig vom guten Willen der israelischen Gewerkschaft, die sich zwar im allgemeinen wohlwollend verhält, aber ihr Schutz ist im gegenwärtigen Kriegszustand eben immer noch ein Gefallen und kein positives Recht.

Der inzwischen verstorbene David Ben Gurion erkannte als erster, welchen Zündstoff diese soziale Erscheinung in sich birgt. Die arabischen Arbeiter würden „zu Wasserträgern und Holzhackern“, warnte der alte Mann, wobei er betonte, daß die Zehntausende von Fremden in untergeordneten Stellungen das zionistische Ideal der Brüderlichkeit zwischen Juden und Arabern sowie das Gebot erschüttern, daß die Juden wie jedes Volk mit eigenen Händen alle Arbeiten verrichten sollen: beginnend mit der Entdeckung der Relativitätstheorie und endend mit dem Fegen der Straßen.

Ben Gurions Warnung hat sich als berechtigt erwiesen. Für viele „niedrige“ Arbeiten traten Araber an die Stelle von Juden. Die politische Spannung verringert sich nicht und der wirtschaftliche Zusammenschluß, der verhältnismäßig hohe Lohn und materielle Wohlstand verstärkte die Forderung der Palästinenser nach Selbstbestimmung. Marx hat hier recht, aber nicht die Pseudomarxisten in der PLO und in Europa, die die Behauptung von einem Bund zwischen den jüdischen und arabischen Arbeitgebern gegen die jüdischen und arabischen Arbeiter verbreiten. Nein, die Marxsche These bewahrheitet sich, daß der Kontakt zwischen entwickelter und unterentwickelter Wirtschaft als Katalysator für die Entstehung eines bewußten Proletariats in der unterentwickelten Wirtschaft führt.

In der Arbeiterpartei und in der linken Mapam-Partei wird man sich zunehmend dieses Prozesses bewußt. Einige, darunter der ehemalige Generalsekretär der Histadruth, Yitzhak Ben Aharon, sagen, die besetzten Gebiete seien „glühende Kohlen in den Händen der israelischen Gesellschaft“. Unter den Nicht-Sozialisten vertrat auch der Religiöse Prof. Yeshayahu Leibowitz eine ähnliche Meinung. Seiner Ansicht nach steht der Friede zwischen Juden und Arabern nur auf dem Papier; Israel müsse einen einseitigen Rückzug vollziehen, sonst werde die israelische Gesellschaft unwiederbringlich vergiftet.

Die Arbeiterpartei verhält sich der erwähnten Gefahr gegenüber nicht blind; bisher hat sie allerdings ihre Einstellung nur negativ formuliert: Es solle eine territoriale Lösung gefunden werden, die Israel daran hindere, über die arabische Bevölkerung zu herrschen. Aber die Arbeiterpartei muß zu positiven Formulierungen finden, muß sagen, was geschehen muß, nicht nur, was nicht geschehen darf.

Ministerpräsident Begin ist sich der drohenden Gefahr dagegen nicht im geringsten bewußt. Er ignoriert das palästinensische Problem, und seine Haltung wird gefördert durch das starrsinnige Festhalten der PLO an der palästinensischen Charta, die nach der Vernichtung Israels ruft. Diese Charta hindert jene in Israel bei der Lösungssuche, die ansonsten einsehen, daß das palästinensische Problem einer Lösung bedarf.



LESERBRIEFE

So kommen wir nicht weiter

Ich habe Erkundigungen über die Vorwürfe eingeholt, die in dem Artikel „Ein Mercedes wiegt mehr als ein Mensch, Sozialverhalten deutscher Multis in der Dritten Welt“ von Heinrich M. Broder (NG 7/79) gemacht wurden. Insbesondere haben mich die Aussagen über Siemens in Südafrika interessiert, da ich zuletzt zu Beginn des vorvergangenen Jahres zusammen mit anderen Gewerkschaftern der südafrikanischen Tochtergesellschaft einen Besuch abstattete. Wir kamen seinerzeit zu dem Ergebnis, daß selbstverständlich noch vieles in Südafrika verändert werden muß und auch im Vergleich zu früheren Besuchen viele Verbesserungen für die nichtweiße Bevölkerung in Südafrika, insbesondere bei Siemens, geschaffen wurden.

Ich gebe nur einige Beispiele, um aufzuzeigen, was noch vor 10 Jahren in Südafrika nicht durchführbar war und heute, zumindest bei Siemens, verwirklicht wurde:

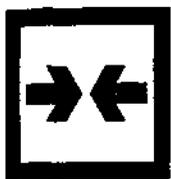
- gemischt-rassisches südafrikanisches Betriebsrats-system;
- Büros, in denen schwarze und weiße Kollegen nebeneinander arbeiten;
- Betriebssportgemeinschaft, in der alle Bevölkerungsgruppen integriert sind;
- Ausbildungseinrichtungen für alle Belegschaftsmitglieder (ungeachtet der Hautfarbe).

Ich erwähne diese Erfolge bewußt, weil in dem Artikel leider nicht auf die erreichten und vor allem erreichbaren Leistungen eingegangen wird. Wir sollten uns zu schwierigen und komplexen Themen, wie sie in Südafrika vorhanden sind, mit größerem, abgewogenen Sachverstand äußern und nicht auf wenigen Seiten versuchen, Pauschalurteile über die bösen Deutschen im Ausland zu fällen.

Die im Artikel erwähnten zwei Studien führten zu endlosem Schriftwechsel, weil die gemachten Vorwürfe ungerechtfertigt, die Informationen unvollkommen und nach Veröffentlichung zumeist veraltet waren. So kommen wir natürlich nicht weiter.

Die zu leistende Arbeit in Südafrika muß nach meinem Dafürhalten noch intensiver vor Ort, also im Lande selbst, mit den Betroffenen besprochen und angegangen werden und nicht, wie viele meinen, zehntausende Kilometer entfernt vom grünen Tisch.

Ferdinand Turek
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
der Siemens AG



KRITIK

Mein Gefängnis hat viele Mauern
Eine Palästinenserin berichtet
von Raymonda Tawil
Verlag Neue Gesellschaft
Bonn-Bad Godesberg 1979, 288 S.,
DM 24,-

„Nicht für einen Augenblick konnte ich vergessen, daß ich einen Zweifrontenkrieg gegen die Unterdrückung führte: Ich kämpfte für die Freiheit meines Volkes und gleichzeitig für meine Befreiung als Frau.“ Dieser Satz ist ein Schlüssel zu dem Bericht Raymonda Tawils, mit dem sie ihre Entwicklung zur persönlichen Unabhängigkeit als Frau inmitten einer traditionalistischen jordanisch-palästinensischen Umwelt und zu einer Vertreterin des Widerstandes gegen die israelische Besetzung der West Bank schildert. Der Bericht endet durchaus zufällig mit dem spektakulären Besuch des Staatspräsidenten Sadat in Israel, der durch einen nachgeschobenen Epilog mitsamt dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag verdammt wird. Ein logischer Abschluß hätte aus der Sicht Frau Tawils eigentlich zu dem Zeitpunkt gelegen, als sie von den israelischen Behörden unter Hausarrest gestellt wurde, also vom Feind zu der Rolle verurteilt wird, den die arabisch-palästinensische Frau von jeher innehat. „Ich bin nun in vier Wände eingeschlossen. Genau wie ein konventionelle Hausfrau. Ich denke an meine

Freundinnen und Bekannten, Frauen, die der traditionellen Rolle der arabischen Mutter und Hausfrau entsprechen, . . . die an die Langeweile und Bedeutungslosigkeit ihrer Häuslichkeit gebunden sind, die nach und nach in Trägheit versinken und deren Horizont sich fortschreitend verengt. Es ist ein schlimmes Los, ein Dahindämmern ohne Sinn und Wert. Bezweckt man etwa mit meiner Einschließung, daß ich mich an diese Lebensweise gewöhne? Niemals!“

Doch dieses scherenschnittartige Zusammenfallen von geschlechtlicher und politischer Unterdrückung ist nur eine Episode. Ein wenig später unterscheidet Frau Tawil Freund und Feind anders, sieht in ihrem Hausarrest eine Verschwörung der Männerwelt gegen eine sich emanzipierende Frau. „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß alle Männer in heimlichem Einverständnis gegen mich sind, Araber und Juden gleichermaßen.“ Derartige Brüche bei dem Versuch Frau Tawils, ihren Standpunkt zu finden, bestimmen den gesamten Bericht.

Frau Tawil bewegt sich zwischen drei Bezugspunkten. Da ist zunächst die „semi-feudale, patriarchalische Gesellschaft“ des alten Palästina, aus der sie stammt, eine „tyrannische Männergesellschaft, die die Freiheit des einzelnen beschneidet“ und die auf der Westbank durch den traditionalistischen Gleichklang mit den jordanischen Lebensformen noch bestärkt wird. Frau Tawil selbst stammt aus dieser Schicht und bleibt ihr letztlich bei aller Gegnerschaft verhaftet. Der Vater stammt aus der palästinensischen Oberschicht, war Eigentümer der Kreuzfahrerburg Montfort, Grundbesitzer und Kauf-

mann. Die Mutter, ebenfalls einer aristokratischen Familie zugehörig, war in den USA aufgewachsen und hatte dort „Vorstellungen von persönlicher Freiheit in sich aufgenommen, die den arabischen Traditionen ganz fremd waren.“ Sie ist für Frau Tawil Vorbild und zugleich Trauma, weil sie sich durch Scheidung ihrer Ehe aus der arabischen Gesellschaft ausgeschlossen und unter dem Opfer der Trennung von den Kindern aus eigener Kraft, insbesondere in den Wirren der israelischen Staatsgründung, durch karitative Tätigkeit Ansehen erlangt hatte.

Frau Tawil bleibt nach den äußeren Daten in diesem Kreis der traditionalistischen großbürgerlichen Elite, wächst als Christin in Klosterschulen auf, erwirbt eine französisch dominierte Bildung, heiratet nach ihrem Weggang aus Israel vor dem Sechstagekrieg einen Bankdirektor und bringt fünf Kinder zur Welt. Zugleich aber rebellierte sie mit Courage gegen die unterwürfige Rolle der Frau, verschafft sich intellektuelle und journalistische Kontakte, gründet in ihrem Haus einen „Salon“ nach dem französischen Vorbild des 18. Jahrhunderts. Ihr persönlicher Erfolg ist nicht ganz frei von Ironie, da sie sich schließlich Freiheit erkämpft, aber eben die Freiheit der Männer ihrer großbürgerlichen Schicht, die auf Bildung und Besitz ruht.

Der zweite Bezugspunkt sind die Israelis, die sie mit Haßliebe beobachtet. Politik und Emanzipation kollidieren hier miteinander. Frau Tawil bewundert „den modernen, offenen Lebensstil der israelischen Juden“, den sie in den Klosterschulen kennenlernte: „Mich faszinierte die kreative, intellektuelle Atmosphäre, ich bekam eine neue Freiheit zu kosten.“ Sie zögert nach der Grün-

dung des Staates Israel, unter Verlust ihrer israelischen Staatsbürgerschaft nach Jordanien zu gehen, wo ihre Brüder leben. „Eine schwierige Wahl: Demütigung als Araberin oder Unterdrückung als Frau – was ist besser?“ Nach der Besetzung der West Bank klagt sie: „Welche Ironie, wir befinden uns unter der Herrschaft einer freien Gesellschaft.“ Sie sieht, daß palästinensische Flüchtlingsfrauen unter der Besetzung Arbeitsplätze erhalten und dadurch zu Selbstbewußtsein gelangen. Unter der Gefahr von Mißachtung bei Freund und Feind hält sie Kontakte zu den israelischen Linken, denen sie im Vorwort des Berichts für bewiesene Solidarität dankt. Sie schildert differenziert das Verhalten der Besatzungsangehörigen, mit denen sie sich in der Sorge für Flüchtlinge oft erfolgreich auseinandersetzt. Die Härte und die „Arroganz der Sieger“ wecken in ihr „eine wilde Feindseligkeit gegen diesen Staat Israel“, doch verzweifelt sie gleichzeitig „nie am israelischen Volk“.

Dritter Bezugspunkt schließlich ist der palästinensische Widerstand, dessen Motive aber blaß bleiben, dessen bedenkenlose und mörderische Aktionen eher schemenhaft auftauchen und dessen Haß und Fanatismus, wie er in den Flüchtlingslagern genährt wird, von der Lektüre des Berichts her nicht voll verständlich werden. Freilich hat Frau Tawil diese Lager nicht besucht. Fraglos hat die Autorin eine pantheistisch definierte Liebe zu ihrer Heimat: „Ich fühle mich mit Palästina tief verbunden – mit seinen Bergen und Feldern, seiner reinen Luft und seiner strahlenden Sonne, seinen Geräuschen und seinem Geruch. . . Könnten Bäume und Felsen sprechen, so würden sie von meinen zärtlichen Gefühlen für das

Land meiner Geburt erzählen.“ Sie verehrt die uralte Kultur dieses Landes, deren Größe sie aber vor allem im Kosmopolitischen sieht, im Neben- und Miteinander von Religionen und Zivilisationen, so daß Begriffe wie die von der palästinensischen Identität, die sie verwendet, dazu nicht passen.

Frau Tawil ist das, was man eine gemäßigte Palästinenserin nennt. Sie erklärt, nicht die Vernichtung Israels zu wollen, weil „Politik die Kunst des Möglichen“ sei. Sie folgt der öffentlichen Linie der PLO, die Parallelen in der Suche der Juden und der Palästinenser nach einer Heimat sieht – „Wir Palästinenser sind die neuen Juden“ – und verfißt mal den „säkularen demokratischen Staat, in dem Christen, Moslems und Juden miteinander leben“, mal die Idee eines neben Israel zu errichtenden Palästinenserstaates, die sich beide eines ferneren Tages „zur Föderation zusammenschließen und damit den Weg für die gewaltlose Wiedervereinigung des ganzen Palästina frei machen.“ Auch in diesen schillernden Utopien des Friedens steckt aber immer das Ende des Staates Israel. „Ich bin kein Freund des Staates Israel, ich bin bereit, die Idee einer spirituellen Heimat für die Juden zu akzeptieren.“

Frau Tawils Beziehungen zur PLO sind ansonsten schwach, sie rechnet sich nicht zum Untergrund. Sie hat „tiefwurzelnde moralische Bedenken gegen Gewaltanwendung“, weint um tote Israelis und Fedayin, billigt aber vorbehaltlos Massaker wie das von Ma'alot, weil sie geeignet seien, den Palästinensern Würde und Selbstachtung zu geben. Ein Gefühl dafür, daß die Guerilla der PLO das internationale und humanitäre Recht entscheidend mitausgehöhlt hat, entwickelt sie, die

sonst den Werten des Westens verhaftet ist, nicht.

Sie rechtfertigt den Terror mit der Befreiung der Frauen. „Die Niederlage von 1967 war in hohem Maße die Niederlage der arabischen Männer. . . Unter dem Schock der Besetzung schüttelten die jungen Mädchen – meistens Teenager – die Zurückhaltung und Unterwürfigkeit ab, die der Konvention nach die Tugenden der arabischen Frau sind. . . Für eine Palästinenserin war es ein revolutionärer Akt, sich aktiv in den bewaffneten Kampf zu begeben. Plötzlich stand der arabischen Konvention das neue, strahlende Bild einer wirklich emanzipierten Frau gegenüber“. Und wieder geht das politische Feindbild in das feministische über, das die Männerherrschaft an sich zum Ziel hat: „Indem sie (die Frauen) gegen Israel zu den Waffen griffen, standen sie gleichzeitig gegen die eigene Gesellschaft auf.“

Bei dieser Geburt der Frauenbefreiung aus dem Terror endet die Sympathie mit Frau Tawil. Sozialdemokraten müssen hier strikte Gegnerschaft zeigen. Zitiert sei dazu aus dem Artikel Richard Löwenthal in „Die Zeit“ vom 20. Juli 1979, „Der Irrweg nach Wien“: „Die demokratische Arbeiterbewegung hat in keinem Land und zu keiner Zeit terroristische Kampfmethoden angewandt, und wo Einzelne das tun wollten, hat sie sich rücksichtslos von ihnen getrennt. Im Kampf um die Staatswerdung Israels ist Terror von Begin Irgun angewandt worden, nicht aber von der israelischen Arbeiterpartei. Denn unabhängig von der Zielfrage hat eine politische Organisation, die mit den Mitteln des Terrors arbeitet, mit den Prinzipien und Traditionen des demokratischen Sozialismus nichts gemein.“ Diese Feststellung gilt

nahtlos für die Befreiung der Frau, die selbstverständliches Ziel der demokratischen Arbeiterbewegung ist.

Es wäre gut, wenn der Verlag bei der Abfassung des Waschzettels auf dem Rückumschlag aus diesem Grund ein wenig Distanz hätte erkennen lassen, und nicht pure verkaufstechnische Sympathiewerbung betrieben hätte.

Der zur Erhellung dem Leser mitgegebene „Historische Abriss des israelisch-arabischen Konflikts“ ist obskur. Er schließt mit einer Fehlprognose für den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag und beginnt mit dem Vorwurf des Kolonialismus an die zionistische Bewegung. Wenn es in Palästina nach dem Zerfall des ottomanschen Reiches im Ersten Weltkrieg eine Kolonialmacht gegeben hat, dann Großbritannien. Der Text des „Abrisses“ drängt den Verdacht auf, man wolle die Staatsgründung Israels, die auf dem Willen der UN beruht, als Kolonialisierung Palästinas hinstellen, um so der PLO die Legitimation von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu verschaffen. Die Vokabeln, mit denen im weiteren der Nah-Ost-Konflikt und die Ursache der vier Kriege belegt werden, sind scheinneutral und durchsichtig parteiisch zu Lasten Israels gewählt. Zum besseren Verständnis der „Kompromißlosigkeit“ und „Rücksichtslosigkeit“ Israels sei an dieser Stelle nur Art. 20 der gültigen PLO-Charta zitiert: „Das Judentum ist nur eine Religion und nicht eine unabhängige Nationalität. Die Juden stellen nicht ein einzelnes Volk mit eigener Identität dar, sondern sind Bürger der Staaten, denen sie angehören.“

Dieses Vernichtungsprogramm ist mit Ausnahme Ägyptens immer noch das Credo der arabi-

schen Staaten und wird von der PLO tagtäglich praktiziert.

Peter Eickenboom

Mein Gefängnis hat viele Mauern
Eine Palästinenserin berichtet
von Raymonda Tawil
Verlag Neue Gesellschaft
Bonn-Bad Godesberg 1979,
288 S., DM 24,-

Aus diesen Erlebnisberichten und Betrachtungen einer ungewöhnlichen Frau zwischen den Fronten des Nahostkonflikts läßt sich über die Probleme diese Region und die Chancen ihrer Lösung mehr und mehr erfahren als aus einer ganzen Reihe gelehrter Abhandlungen. Das gilt nicht nur für Tatsachen und Entwicklungen, sondern mehr noch für die Empfindungen und Motive, die den Entwicklungen zugrunde liegen. Raymonda Tawil schildert in eindrucksvoller Darstellung ihre Kindheit und Jugend im späteren israelischen Kernland und ihren Kampf gegen die Einschränkungen und Übergriffe, die die israelische Besetzung Westjordanien seit 1967 mit sich brachte. Angesichts der noch immer unzureichenden und überwiegend einseitigen Berichterstattung hierzulande dürften für viele deutsche Leser die Hintergrundinformationen und Situationsberichte neuen Aufschluß bringen, die dieses überwiegend spannend zu lesende Buch in Form von Erlebnisberichten und Reportagen zur Situation der Palästinenser gibt.

Unerwartet aus hiesiger Sicht erscheint zunächst die Tatsache, daß die Palästinenser in den anderen arabischen Ländern keineswegs freudig willkommen ge-

heißen, sondern mit Distanz, Mißtrauen und, wenn nötig, auch brutaler Unterdrückung behandelt werden. Nicht zuletzt daraus speist sich ihre Forderung nach nationaler Selbstbestimmung anstelle einer bloßen Zuordnung zu einem anderen arabischen Staat. Es ist eindrucksvoll zu lesen, wie die Autorin, als selbstbewußte Palästinenserin soeben der Bedrückung durch die israelischen Behörden beim Passieren der Grenze entronnen, von den jordanischen Sicherheitsbeamten aus demselben Grund mit gleichem Mißtrauen derselben entwürdigenden Behandlung unterworfen wird.

Der „Schwarze September“ 1971, als Hussein seine Beduinenarmee gegen palästinensische Freischärler und Flüchtlingslager vorgehen ließ, machte nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar. Der Konflikt schwelte lange vorher und kennzeichnet auch heute noch das Verhältnis zwischen dem jordanischen Herrscherhaus und dem politisch selbstbewußten Teil der Palästinenser. Es wirft daher ein Schlaglicht auf die Situation der Palästinenser insgesamt, was Raymonda Tawil bei ihrem Grenzwert auf beiden Seiten des Stacheldrahts erlebte: Die Israelis formen sie in wechselnden Formen wegen ihres tapferen Eintretens für die Lebens- und Menschenrechte ihrer Landsleute im besetzten Gebiet. Die Jordanier empfinden es als unerträglich, daß eine Araberin Arbeits- und Freundschaftskontakte zu Israelis unterhält, die die Besatzungspolitik ihrer Regierung kritisieren, und daß sie sich dem Herrschaftsanspruch des jordanischen Königs nicht kritiklos unterwirft.

Betroffen machen die Berichte über die tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen, die verantwortliche Politiker Israels offenbar

als Preis für ihr gewaltsames Vordringen zu „sicheren Grenzen“ in den von ihnen besetzten Gebieten zu zahlen gewillt waren: Zerstörung der Häuser Verdächtiger, schikanöse Verhörmethoden, Landenteignungen, Vertreibungen wegen politischer Betätigung und Vorgehen gegen unbewaffnete Demonstranten, selbst Frauen und Kinder, mit Waffengewalt. Bürgermeister und führende Intellektuelle sind aus ihrer Heimat ohne Gerichtsverfahren auf unbefristete Zeit vertrieben worden, weil sie Kritik am Zustand und an den Methoden der Besatzung geübt haben. Eindringlich und bestürzend sind die Berichte Raymonda Tawils, bei denen die Tatsache der Folterung palästinensischer Gefangener durch israelische Sicherheitskräfte vorausgesetzt wird, als erübrige ihre bekannte Alltäglichkeit jede demonstrative Veranschaulichung. Die Erschrockenheit bleibt auch, wenn man weiß, daß viele der Opfer ihrerseits Terroranschläge auf Zivilpersonen verübt haben. Unauflöslich erscheint die grausame Dialektik von Terror und Gegenterror, die die neuere Geschichte des Nahen Ostens geprägt hat.

Wenn sie von den Grundgefühlen und dem Selbstverständnis ihres Volkes spricht, kreisen die Gedanken der Autorin stets aufs Neue um die Versagung eines freien und selbstverantwortlichen Lebens. Nichts erbitterte ihr Volk mehr als die täglich erneuerte Erfahrung der Ohnmacht und der Unfähigkeit, diesen Zustand aus eigener Kraft zu überwinden. Die Erfahrung beleidigter Würde ist, wie Raymonda Tawil deutlich machen will, einer der tieferen Gründe dafür, daß der palästinensisch-israelische Konflikt nicht langsam zum Einschlafen gebracht werden kann, indem einige Palästinenser

in Israel besser bezahlte Arbeitsplätze finden als in der Zeit vor der Besetzung.

Raymonda Tawil stammt aus einer Familie, zu deren Tradition es gehörte, freundschaftliche Kontakte zu ihren jüdischen Mitbürgern zu unterhalten und ihnen in der Not auch Beistand zu leisten. Für sie war es sogar noch eine menschliche Selbstverständlichkeit, die als Besatzungstruppen ins Land gekommenen israelischen Soldaten mit Kaffee zu bewirten. Die Autorin wuchs in gemeinschaftlicher Erziehung mit jungen, soeben der Vernichtungsgefahr im Machtbereich Hitlerdeutschlands entronnenen Jüdinnen auf und hat sich seitdem für das jüdische Schicksal und die reiche jüdische Kultur einen warm empfundenen Respekt bewahrt. Es gehörte zu den frühesten Erkenntnissen, die sie an ihre eigenen Kinder weitergab, trotz aller Erbitterung über erfahrene Willkür von Seiten der Besatzungsmacht, den Unterschied zwischen der zionistischen Politik der territorialen Ausdehnung und der Kultur und dem Menschsein der Juden nicht zu verwischen.

Raymonda Tawils Kampf für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes ist frei von Fanatismus und Blindheit. Sie nimmt auch Druck und Drohungen aus dem eigenen Lager in Kauf, um mit den verständigungsbereiten Kräften in Israel eng zusammenzuarbeiten. Dazu gehören sozialistische Kräfte ebenso wie Mitglieder der Kommunistischen Partei, die einen scharfen Oppositionskurs gegen die Besatzungspolitik eingeschlagen haben und dadurch manchen Arabern in dieser Frage als Bündnispartner erscheinen. Dazu gehören auch unabhängige Persönlichkeiten aus der israelischen Menschenrechtsliga.

Wegen dieser Kontakte setzt auch sie sich bei vielen ihrer Landsleute in den besetzten Gebieten dem Verdacht der Kollaboration aus. Sie weiß aber, daß es ohne Zusammenwirken der verständigungsbereiten Kräfte keine wirkliche Lösung des Nahostproblems geben kann.

Die Autorin, die durch französische Nonnen eine an der französischen Tradition orientierte Erziehung erhielt, vergleicht die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten mit der Lage im besetzten Frankreich während des zweiten Weltkrieges. Die Anschläge palästinensischer Fedajin sieht sie in derselben Tradition legitimen Widerstandes gegen gewaltsame Besetzung, in der die französische Resistance gehandelt habe. Obgleich sie davon ausgeht, daß mit militärischen Erfolgen solcher Anschläge angesichts der unvergleichlichen Überlegenheit der israelischen Waffen nicht zu rechnen ist, begrüßt sie diese Aktionen doch, weil mit ihnen die Würde des palästinensischen Volkes, sich nicht widerstandslos in die Unterwerfung zu fügen, wiederhergestellt werde. Auch der Leser, der sich auf diesen Gedankengang prinzipiell einmal einläßt, erwartet zumindest eine Differenzierung der verschiedenen militärischen Kommandosinsätze innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete, die ja schwerlich durch das angeführte Argument gerechtfertigt sein können. In diesem Punkt läßt ihn die sonst erprobte Unbestechlichkeit der Autorin im Stich. Nachdenklich stimmen jedoch erneut ihre eindringlichen Fragen: Sind nur die Anschläge der Fedajingruppen Terror oder nicht auch der staatlich organisierte Einsatz der israelischen Militärmacht zum Bombardement palästinensischer Flüchtlingslager und libanesischer

Städte und Dörfer mit ihrer stets hohen Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung?

Das Buch ist ein Lehrstück in Sachen Zivilcourage. Die Autorin hat nicht nur hohe Risiken für ihre eigene Sicherheit und Unversehrtheit in Kauf genommen, um für die Rechte willkürlich behandelter oder inhaftierter Landsteute ihre Stimme zu erheben, und dabei Erfolge erzielt. Sie mußte bei alledem noch gegen massive Vorurteile einer traditional geprägten Umwelt ankämpfen, die einer Frau ihre soziale Identität rauben wollte, die sich nicht der Vorschrift entsprechend auf Haushalt und Kinder beschränken ließ.

Raymonda Tawil vergleicht das Schicksal der Mehrheit ihres Volkes, über viele fremde Länder zerstreut leben zu müssen, mit dem Schicksal der Juden in der Diaspora und fragt, warum gerade ihr Volk diesen Preis bezahlen mußte. So sieht sie die Palästinenser als die „neuen Juden“. Der siegreiche Kampf der Juden um einen eigenen Staat ist ihr zugleich Mal der Unterdrückung und Zeichen der Hoffnung ihres eigenen Volkes, ist er doch auch ein Beispiel dafür, was entschlossener politischer Wille vermag. Die Bereitschaft zum Brückenschlag macht dieses Buch zu einer Hoffnung dafür, daß eine Verständigungslösung im Nahen Osten doch möglich sein kann. Das Recht der jüdischen Menschen auf ein sicheres und würdiges Leben in der Region hat für die Autorin nie in Frage gestanden. Sie trat aus diesem Grund als eine der ersten profilierten Palästinenserinnen für die Gründung eines palästinensischen Staates neben einem Staat Israel ein. Es scheint, als würde eine Lösung des Nahostproblems in greifbare Nähe rücken, wenn der Geist, von dem Raymonda Tawil

beseelt ist, auf beiden Seiten der Frontlinie zur Vorherrschaft gelangte. Thomas Meyer

Steuerungsprobleme in der medizinischen Versorgung
Zur Analyse der ökonomischen Beziehungen zwischen Konsumenten, Ärzten und Krankenhäusern von Michael Haarmann
Verlag Anton Hain
Königstein/Ts. 1978, 195 S., DM 54,-

Der Autor, Wirtschaftswissenschaftler und auf dem Gebiet der Forschung zur strukturellen Verbesserung des Gesundheitswesens tätig, untersucht in der vorgelegten Arbeit, ob angesichts der Kostenexplosion auf diesem Sektor weitere „Wohlfahrtssteigerungen“ überhaupt noch erreichbar sind.

Um einer Klärung dieser Frage nahezukommen, definiert er unter Anlehnung an einschlägige Literatur, besonders angelsächsischen Ursprungs, medizinische Pakten, analysiert unter Verwendung des Marktmodells die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Konsumenten (Patienten), Ärzten und Krankenhäusern und macht hierbei die strukturellen Schwäche der Nachfrage im medizinischen Bereich, das Angebotsverhalten der Ärzte und Krankenhäuser sowie die Steuerungsfunktionen des Preises in der medizinischen Versorgung deutlich.

Nach eingehender Untersuchung der Funktion der gesetzlichen Krankenversicherung, insbesondere deren Steuerungsfunktion, kommt der Autor zu der gesundheitspolitisch äußerst bedenklichen Folgerung, daß bei wohl-

fahrtsökonomischer Betrachtung die Forderung nach Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen hohen Selbstbeteiligungsquoten angemessen sei. Argumente von SPD und Gewerkschaften gegen die Selbstbeteiligung werden dabei teils gar nicht berücksichtigt, teils mit einseitigen theoretischen Risikoerwägungen vom Tisch gewischt.

Im Anschluß an dieses viel diskutierte Thema Selbstbeteiligung („Wer . . . fordert, die Selbstbeteiligung abzuschaffen bzw. von ihrer Einführung abzusehen, betrachtet das Risiko als meritotisch“) wirft der Autor die Frage nach effizienten Methoden zur Reduzierung des Krankheitsrisikos auf und weist insbesondere auf Maßnahmen zur Gesundheitserziehung und auf gezielte Gesundheitsaufklärung hin.

In bezug auf das Hauptproblem im Gesundheitswesen, nämlich die Eindämmung der expandierenden Kosten, ist sein Vorschlag zur Erweiterung der Wirtschaftlichkeitsprüfung von Interesse: „Eine Beeinflussung der Struktur der medizinischen Versorgung durch eine Lenkung des Verhaltens der Kassenärzte ist bei einer konsequenten Anwendung des Instrumentes der Wirtschaftlichkeitsprüfung der Behandlungs- und Verordnungsweise möglich. Eine solche im System der gesetzlichen Krankenversicherung enthaltene Möglichkeit ergibt sich aus der Verpflichtung zu einer wirtschaftlicheren Versorgung der Kranken.“

Die Möglichkeit einer Steuerung institutioneller Art im Rahmen des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung wird als allgemein positiv beurteilt. Eine generelle Stärkung der Verhandlungsposition der Krankenkassen und eine Beteiligung der Krankenkassen an Gremien, welche die Entwicklung im Krankenhaus be-

stimmen, könnte dem Kostengesichtspunkt nach Ansicht des Autors die notwendige Beachtung verleihen.

Das betont wissenschaftlich gehaltene Buch bietet eine Reihe interessanter Fakten und mag für einen überzeugten Anhänger der „freien“ Marktwirtschaft sicher eine Wohltat sein. Gesundheit als Ware und in erster Linie unter Kostengesichtspunkten zu betrachten, erscheint jedoch bedenklich.

Peter Hofmann

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von Horst Mierheim und Lutz Wicke Verlag J. C. B. Mohr Tübingen 1978, 303 S., DM 120,-

Das Thema Vermögensbildung hat in der politischen Diskussion der letzten Zeit wieder an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt deshalb, weil es Anhaltspunkte dafür gibt, daß die Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor hoch ist und deshalb immer noch von großer Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung gesprochen werden kann: „Von dem, was man in der Bundesrepublik guten Gewissens als gerechte Vermögensverteilung bezeichnen kann, sind wir noch sehr weit entfernt.“ (S. 61) Diese Schlußfolgerung ziehen die Autoren der hier vorgestellten Untersuchung zur personellen Vermögensverteilung, die vor kurzem veröffentlicht wurde. Die Ergebnisse dieser umfangreichen Arbeit beziehen sich auf das Jahr 1973 und basieren auf einer analytischen Spezialauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes.

Ähnlich umfangreiche Untersuchungen zur Vermögensverteilung in der Bundesrepublik haben für das Basisjahr 1960 Krelle/Schunk/Siebke auf der Grundlage der Statistik zur Vermögenssteuerveranlagung

und Willergodt/Bartel/Schillert für das Basisjahr 1969 auf der Grundlage der damals gemachten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt. Außerdem hat Siebke 1967 die Krelle/Schunk/Siebke-Untersuchung aus dem Jahre 1960 fortgeschrieben.

Die hier vorgestellte Arbeit von Mierheim/Wicke unterscheidet sich von den anderen Untersuchungen durch eine gesichere Datenbasis und durch eine breitere Palette der Korrelationskriterien im personellen Bereich (sozioökonomische Merkmale, Beruf des Haushaltsvorstandes, Haushaltszusammensetzung, Familiengröße, Altersstruktur u. a.). Gerade dieser letzte Aspekt ist für die normative Bewertung der gegenwärtigen Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von großem Wert.

Da die Resultate dieser Arbeit nicht nur hochinteressant sind, sondern auch für sich sprechen, seien hier einige wichtige Einzelergebnisse vorgestellt:

- Während 56 % der vermögensmäßig ärmsten Haushalte nur 6,5 % des privaten Nettovermögens besitzen, halten die 2,9 % reichsten Haushalte über 38,3 % des privaten Nettovermögens.
- 1,7 % aller Haushalte besitzen ca. 50 % des Nichtaktien-Produktivvermögens.
- Die reichsten 20 % aller Haushalte halten 81,5 % des Wertpapiervermögens.
- 20 % der reichsten Haushalte haben 86 % des gesamten Produktivvermögens (einschließlich Aktien).
- 20 % der reichsten Haushalte besitzen 80 % des gesamten Haus- und Grundstückseigentums.
- Die oberen 20 % der Haushalte halten 41 % des Sparvermögens, die unteren 60 % der Haushalte nur 35,5 %.
- Die reichsten 20 % der Haushalte besitzen 36 % des Bausparvermögens.
- Die reichsten 20 % aller Haushalte

repräsentieren 68 % des gesamten Lebensversicherungsvermögens.

- Die Arbeiterhaushalte sind in den unteren Vermögensgruppen deutlich über- und in den oberen Vermögensgruppen klar unterrepräsentiert: 81,3 % aller Arbeiterhaushalte sind in den Nettovermögensgruppen zwischen 0 und 99 999 DM, während 63,5 % aller Selbständigen-Haushalte in den höchsten Nettovermögensgruppen über 99 999 DM liegen.

Diese wenigen Zahlen mögen genügen um anzudeuten, mit welcher interessanten Daten Mierheim und Wicke aufwarten können. Ein Vergleich der Vermögenskonzentration von 1960 oder 1969 mit den Zahlen aus dem Jahre 1973 läßt die Autoren zu dem Schluß kommen, daß die Vermögenskonzentration abgenommen hat und daß die Schwerpunkte der breiteren Streuung des Vermögens in den letzten Jahrzehnten nicht beim Produktivvermögen, sondern in erster Linie beim Haus- und Grundeigentum sowie beim Spar- und Bausparvermögen lagen. Als Ursachen für diese Entwicklung werden vor allem der Anstieg der Masseneinkommen von 1969 bis 1973 und die tarifvertraglichen Vereinbarungen zur Vermögensbildung nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz genannt. Hier muß allerdings vor dem Trugschluß gewarnt werden, daß es eine dauerhafte Tendenz zur Dekonzentration gäbe. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Vermögenskonzentration seit 1973 wieder zugenommen hat. Dafür sprechen der anhaltende Konzentrationsprozeß bei den Unternehmen, der krisenhafte Wirtschaftsverlauf der letzten Jahre und die sichtbare Abnahme der Lohnquote.

Trotz des relativ weit zurückliegenden Erhebungsdatums für die Daten, die der Untersuchung von Mierheim/Wicke zugrundeliegen, muß dieses Buch jedem empfohlen werden, der sich qualifiziert in die vermögenspolitische Diskussion einschalten will. Siegmard Mosdorf

Mitarbeiter dieses Heftes

Gerhard Jahn

SPD-MdB; Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Eugen Glombig

SPD-MdB; Vorsitzender des AK Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion; stellv. Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand

Alfons Pawelczyk

SPD-MdB; Mitglied des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses im Bundestag

Karsten D. Voigt

Mitglied des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand; stellv. Obmann des Auswärtigen Ausschusses

im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Claus-Dieter Krohn

Historiker an der Hochschule Lüneburg; Privatdozent an der Universität Hannover

Ursula Knapp

Dipl.-Volkswirtin im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft an der Gesamthochschule Wuppertal

Dr. Thomas Ebert

Referent im AK Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Jürgen Egert

SPD-MdB; Obmann des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im AK Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Herbert von Borch

Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Washington

George Günther Eckstein

Publizist

Dr. Horst Heimann

Dozent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung; Mitglied im Vorstand der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

Dr. Roland A. Hühne

Assistenzprofessor am Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin

Yitzhak Pätish

Mitglied des Kibbutz „Kfar Masaryk“

Teddy Preuss

Redaktionsmitglied von „Davar“, der Tageszeitung des israelischen Gewerkschaftsbundes

Wilhelm Matull

Der Freiheit eine Gasse

Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterbewegung

Etwa 158 Seiten Text, 10 Seiten Abbildungen. Broschiert 16,— DM

ISBN 3-87831-318-7

Bisher liegen nur zeitlich eng begrenzte Darstellungen zur Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterbewegung vor, Matull gibt zum erstenmal einen zusammenfassenden Bericht. Ansätze zu einer auf Demokratisierung und soziale Emanzipation gerichteten Bewegung findet er schon in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts. Er schildert dann den großen Anteil, den Handwerker und Arbeiter an der fälschlich als bürgerlich bezeichneten Revolution von 1848/49 hatten. Natürlich nimmt in der Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterbewegung die Darstellung des Wirkens von Ferdinand Lassalle breiten Raum ein.

Ein politisch besonders wichtiges Kapitel der Arbeit ist dem Widerstand der Düsseldorfer Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus gewidmet, für dessen Darstellung der Verfasser nicht nur Gestapoakten, sondern vor allem auch Aussagen überlebender Teilnehmer heranziehen konnte.

Die Studie endet mit der Währungsreform 1948.

Wilhelm Matull, geb. 1903 in Königsberg. Studium der Geschichte, Germanistik, Musikwissenschaft und Pädagogik in Königsberg und München, 1928-1933 Kunstkritiker und Redakteur an der „Königsberger Volkszeitung“, 1933 „Schutzhaft“ und jüdisches Arbeitslager, bis 1945 Zwischentätigkeiten, 1946-1954 Aufbau der Volkshochschule Hannover, 1954-1968 staatliche Einrichtungen für politische Bildung. Lebt in Düsseldorf.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

